

Namen von Bürgern der Gemeinde, die den betreffenden jüdischen Mitbürger gekannt haben und über ihn Aussagen machen können (wünschenswert wäre eine kurze Schilderung der Persönlichkeit des ehemaligen jüdischen Bürgers, seines beruflichen Werdegangs, seiner wirtschaftlichen Verhältnisse, seines Vermögens zu seinen Mitbürgern, seines Schicksals nach 1933, soweit dies näher bekannt ist):

Nachlaß Helmerich

15 ... 6



Verhaftung bzw. vorübergehende Zwangseinweisung in ein Konzentrationslager nach der Kristallnacht 1938:

Haus- und Grundbesitz (Straße bzw. Parzellennummer; Angabe des damaligen Steuerwertes; Umfang des Grundbesitzes):

Inhaber einer Landwirtschaft (Eigenbewirtschaftung; Verpachtung):

Inhaber oder Teilhaber einer Bank, eines Handwerksbetriebs oder eines Industrieunternehmens (Branche; Zahl der Beschäftigten):

Besitzer oder Pächter eines Hotels, Gasthauses, Kaufhauses oder einer Warenhandlung, Apotheke usw.:

Veräußerung dieses Besitzes

a) Verkauf (Zeitpunkt; Käufer; Kaufsumme):

b) Zwangsenteignung (Zeitpunkt; durch welche Stelle):

Verbot der beruflichen Arbeit (Zeitpunkt):

Mittel und Wege zur Erlangung des Lebensunterhalts nach dem Berufsverbot (z. B. Hilfsarbeiter, Tagelöhner):

Wirtschaftliche Verhältnisse nach der Enteignung bzw. dem Berufsverbot:



Bonn, den 27. August 1958

Nr. 156/S. 1593

## Was heißt eigentlich „sozialer Fortschritt“?

Die Sozialpolitik muß erneut die Frage nach dem Menschen stellen

Vom 20. bis 23. September 1958 findet in Lüttich/Brüssel der Internationale Kongreß für Sozialen Fortschritt statt. Veranstalter ist die Internationale Vereinigung für Sozialen Fortschritt (Association Internationale pour le Progrès social), der die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Bonn, als deutsche Sektion angehört. Weitere Mitgliedsländer sind Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, die Niederlande, die Schweiz, die Türkei und die USA; mit England, Österreich und den skandinavischen Ländern werden korrespondierende Beziehungen unterhalten. Als die beiden Hauptthemen des Kongresses nennt das Programm „Jugend von heute — Gesellschaft von morgen“ und „Die Wandlung des Begriffs Sozialer Fortschritt“. Generalbericht für das zweite Thema ist der Niederländer Prof. Dr. Van der Ven, Universität Utrecht.

### Karl Jaspers und Theodor Litt

Die Schlußsitzung des Kongresses wird im Rahmen der Brüsseler Weltausstellung stattfinden. Auch sie, die Weltausstellung, ist dem Gedanken des Fortschritts gewidmet; allerdings dokumentiert sie nur den technischen Fortschritt. Dies ist die Form, in der Fortschritt jedermann sichtbar wird und keinem Zweifel unterliegt. Karl Jaspers läßt überhaupt nur technischen Fortschritt gelten, nur in diesem Bereich ist für ihn das Wort am Platze. In „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ sagt er noch jüngst (S. 258): „Nur die Rationalisierung läßt sich, soweit sie gewonnen ist, identisch wiederholen und ins Unabsehbare erweitern... Es ist irreführend, den Fortschrittsgedanken von hier, wohin er gehört, zu übertragen auf alle Gebiete des Geistes und auf die Geschichte im ganzen. Denn hier gilt er nur insoweit, als die Fortschritte der Rationalisierung allem anderen menschlichen Tun, auch dem je einzigen geschichtlich schöpferischen und existenziellen Mittel der Verwirklichung und Bedingungen seines Daseins bringen“. Und ganz ähnlich heißt es in „Vom Ursprung und Ziel der Geschichte“ (S. 241) mit Bezug auf die Verbreitung und Vermehrung des technischen Wissens und Könnens: „Die Weltgeschichte läßt sich in diesem Bereich als eine Entwicklung in aufsteigender Linie auffassen, zwar mit Rückschlägen und Stillständen, aber im ganzen mit ständiger Vermehrung des Besitzes, zu dem Menschen und Völker ihren Beitrag geben, der — seinem Wesen nach allen Menschen zugänglich — auch zum Besitz aller wird. Man sieht historisch die Stufen dieses Fortschritts und steht gegenwärtig auf dem höchsten Punkt. Das aber ist nur eine Linie im Ganzen. Das Menschsein selbst, das Ethos des Menschen, seine Güte und Weisheit machen keinen Fortschritt“.

Es war ebenfalls im Rahmen der Weltausstellung, und zwar am 7. Juni 1958 im Kongreßsaal des Deutschen Pavillons, als Professor Dr. Theodor Litt die Deutschen Tage mit einem Vortrag zum Thema der Ausstellung „Der Mensch und der Fortschritt“ einleitete, und dabei dem Sinne nach die gleiche Unterscheidung traf wie Jaspers: Für den Bereich der Zivilisation könne man ohne Bedenken die Idee des Fortschritts gelten lassen, aber hier vollziehe sich nicht notwendig auch entsprechender menschlicher Fortschritt, noch fielen hier die eigentlichen Entscheidungen: „Sind wir hineingezogen in einen gesamten Prozeß, der nach uns als Menschen und Personen nicht mehr fragt, sondern der uns einfach so verbraucht, wie die Sache es geradezu fordert? Wir alle kennen das Vokabular, in dem die gegenwärtige Menschheit diesem Angstgefühl Ausdruck gibt. Sie spricht von der Mechanisierung, der Verapparatisierung, der Standardisierung, der Kollektivierung — sie klagt darüber, daß der Mensch sich mehr und mehr in einen Funktionär, wohl gar in einen Roboter verwandle. Sie hat das dumpfe Gefühl, daß mit diesem sogenannten Fortschritt sich in einem beängstigenden Maße verbindet ein Verlust an personalem Sein“.

Und wieder die gleiche Frage wie bei Jaspers, nur ins Politische gewendet: „Können und dürfen wir eigentlich das Prinzip des Fortschritts so sorglos auf die anderen Lebensgebiete übertragen, wie das beispielsweise im Kommunismus geschieht?“ Wird die Menschenwelt, die Welt der Seele, der Gesellschaft, der Geschichte, setzte Litt seine Fragen fort, tatsächlich in dem gleichen Maße von den Naturgesetzen beherrscht wie die Welt der außermenschlichen Natur? Wäre es nicht wirklich eine verlockende Vorstellung, daß es einmal gelingen sollte, die Menschenwelt, die Welt der staatlich-gesellschaftlichen Dinge auf die Linie eines ebenso unaufhalt-samen Fortschritts zu bringen, wie es im technischen Bereich gelungen ist? Diese Vorstellung sei deshalb unreal, weil die Regelung menschlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten sich von naturwissenschaftlicher Arbeit eben durch das Dazwischentreten des Menschen mit seiner Individualität, seinen Sehnsüchten und Leidenschaften unterscheidet.

Es sei durchaus nicht wünschenswert, sagte Litt in Brüssel, „daß auch im Bereich unserer menschlichen Angelegenheiten eine wissenschaftlich feststellbare Sache uns die persönlichen Entscheidungen abnimmt und erklärt: gemäß dem wissenschaftlich erwiesenen Fortschritt hast du an dieser Stelle das und das zu tun?“ Der technische Fortschritt liefere nur die Mittel; was mit ihnen angefangen werde, liege in dem ganz anders gearteten Bereich der unvorhersehbaren geschichtlichen Entscheidung. Alles Fortschreiten wissenschaftlich-technischer Errungenschaften könne den Menschen nicht aus der Stellung der entscheidenden Instanz verdrängen. Sowohl dem Zivilisationsoptimismus gegenüber müsse man sich unabhängig halten wie freilich auch gegenüber jenem müden Kulturpessimismus, der die Energien lähmt, die zur Selbstbehauptung unter den Daseinsbedingungen der Gegenwart erforderlich seien.

### Ist sozialer Fortschritt möglich?

Wenn man sich den Meinungen von Jaspers und Litt anschließt, würde auch der Begriff des sozialen Fortschritts viel von den Elementen der Gewißheit und Selbstverständlichkeit verlieren, die ihm heute noch fürs allgemeine Bewußtsein innewohnen. In einem Bericht für den Lüttich/Brüsseler Kongreß (vgl. „Sozialer Fortschritt“ 1958, S. 177 ff.) wurde deshalb auch eingeräumt, daß sozialer Fortschritt nach den Jasper-

## INHALT

Was heißt eigentlich „sozialer Fortschritt“? .. S. 1593

„Truppenbetreuung“ bei der Bundeswehr .... S. 1596

Aktuelle Probleme des Lastenausgleichs ..... S. 1597

Aus dem Blickpunkt Berlins ..... S. 1599

Beileid zum Tode des Ministerpräsidenten Strijdom —  
Deutscher Botschafter beim Malaiischen Bund — Gast  
aus Somaliland in der Bundesrepublik — Verhand-  
lungen mit Marokko — Besuch aus dem General-  
sekretariat der Vereinten Nationen — Vertrag über  
wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien —  
Bundesbahnaufträge für Notstandsgebiete — Aus-  
gabe des Deutschen Zolltarifs in fünf Sprachen —  
Verordnung zum Schutz der türkischen Währung —  
Die Gaswirtschaft des Bundesgebiets im Juni —  
Bekanntgabe von Ratsbeschlüssen der OEEC — Spa-  
nien in der Agentur für Kernenergie der OEEC



schen Kriterien zweifellos nicht zu den identisch wiederholbaren und unbegrenzt ausweitbaren Vorgängen, sondern vielmehr zu den geschichtlich eigenartigen Objektivationen des Menscheitsgeistes zu rechnen ist, d. h. gar nicht zum „gemeinen Fortschritt“ (Litt) im strengen Sinne, daß wir es also terminologisch mit einem Notbehelf zu tun haben. Aber nach einem solchen Notbehelf besteht denn doch ein Bedürfnis, ohne eine derartige verbale Hilfskonstruktion ist nicht auszukommen. Während der letzten 70, 80 Jahre sind Veränderungen im Leben des einzelnen und der Gesellschaft vor sich gegangen, die man nicht anders denn als ein Fortschreiten aus schlechteren zu besseren, aus niederen zu höheren Verhältnissen begreifen kann. Ist auch die identische Wiederholbarkeit und unbegrenzte Ausweitbarkeit in Frage zu stellen, so hat doch ganz unverkennbar eine Aufwärtsentwicklung stattgefunden, zu deren Signierung nun einmal der Begriff sozialer Fortschritt — stellvertretend, alle Vorbehalte zulassend — sich anbietet.

Über mehrere Jahrzehnte richteten Einzelne, Gruppen, Gesellschaften ihr Augenmerk auf Verminderung der Armut, Schutz gegen Not und Krankheit, Befreiung von Unwissenheit, Abwendung der Hilflosigkeit und Gefährdung im Arbeitsleben, Verhinderung von Ausbeutung und Machtmißbrauch, Gewährleistung von Beschäftigung und angemessener Entgeltzahlung, Sicherung bei Invalidität, Alter und Tod des Ernährers, Schaffung von Freizeit, Mehrung der Freiheit. Aus dem Vollzogenen läßt sich ablesen, was erreicht wurde. Die Berechtigung zur Verwendung des Begriffs kann unbedenklich aus der geschichtlichen Erfahrung hergeleitet werden.

Man muß hier freilich an die Unterscheidung erinnern, die auch Professor Litt getroffen hat: Sozialer Fortschritt wird sowohl in demokratischen wie totalitären Ordnungen für bejahenswert und förderungswürdig erachtet. Aber nur der totalitäre Staat kann verbindlich bestimmen und, mit Unterstützung seiner gesellschaftlichen Hilfsorgane, zwingend veranlassen, was als sozialer Fortschritt zu gelten hat. Seine Definitionen umgreifen die Zukunft wie die Gegenwart und die Vergangenheit. Dagegen ist in der Demokratie die Gesellschaft genötigt, unter Abwägung und Ausgewichtung divergierender Interessen den Begriff als Vorgang dauernd zu korrigieren und im Prozeß der Realisierung immer wieder faktisch neu zu bestimmen. Korrektive sind dabei die jeweilige geschichtlich-politische Situation und das aus ihr anfallende Erfahrungsgut, die weltanschaulichen Einstellungen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten in ihrer für das betreffende Land spezifischen Konstellation und Veränderlichkeit, die ökonomisch-technischen Möglichkeiten und endlich, mit der Bildung größerer Wirtschaftsräume, auch die allgemeinen übernationalen sozialökonomischen und sozialrechtlichen Entwicklungstendenzen.

Die Resultate aus diesen Einflüssen auf die Begriffsbildung ist, wir wiederholen es, nur in der Rückschau festzustellen. Das Geschehene läßt für Unterschiede des Urteils weniger Raum als das Seinsollende. Die Programmatik muß sich damit abfinden, daß — sofern die Verhältnisse das Notwendige nicht zweifelsfrei bezeichnen — der soziale Fortschritt unvorhersehbar ist. Den Begriffsinhalt bestimmt der historische Vollzug, aber die Zukunft ist offen. Für Demokratien gilt die Freiheit des Handelns und Unterlassens. Es gibt keine bindenden, über längere Zeiträume hinweg unverändert gültigen Leitsätze, aus denen für konkrete Situationen Entscheidungen eindeutig sich entwickeln lassen. Um jedes Teilziel und jeden Weg, der darauf hinführt, muß neu gerungen werden, und jeder Schritt, der getan wird, ist zunächst nicht mehr als ein Ausdruck der Erwartung, daß mit ihm, wie es auch für die Vergangenheit zutraf, sozialer Fortschritt sich verbinden werde.

#### Fortschritt und soziale Sicherung

Die Frage, ob von einem Fortschritt die Rede sein kann, mußte auf allen Gebieten der Sozialpolitik gestellt und gesondert beantwortet werden; in der Einkommenspolitik macht sie sich ebenso geltend wie im Arbeitsrecht, in der Mitbestimmung nicht anders als in der sozialen Selbstverwaltung. Am lebhaftesten begegnen, wie in dem Bericht ausgeführt wird, die Meinungen einander gegenwärtig im Bezirk der sozialen Sicherung. Wünsche an den Gesetzgeber, welche die Gewährung neuer oder erweiterter Rechtsansprüche oder die Ausdehnung des personellen Geltungsbereichs von Sicherungsmaßnahmen betreffen, pflegen regelmäßig in die Problematik hineinzuführen — die durchaus nicht nur eine finan-

zielle ist, sondern im Gegenteil bei wachsendem Allgemeinwohlstand einen höheren Schwierigkeitsgrad anzunehmen neigt —, daß zwar der moderne Staat um des Menschen und der Gesellschaft willen soziale Sicherung zu bewirken hat, daß aber, wiederum um des Menschen und der Gesellschaft willen, das Maß, das dabei einzuhalten ist, niemals von vornherein feststeht, sondern in jedem Fall neu bestimmt werden muß. Unerläßlich scheint dabei zu sein, wenn man von Schlagworten wegkommen will, daß konkret herausgefunden wird, an welchen Stellen soziale Sicherung in eine Gefährdung persönlicher Werte umschlägt, welches die Kriterien sind, die erkennen lassen, daß ein vermehrtes gesellschaftliches Bemühen tatsächlich der Entfaltung und Bewährung individueller Verantwortlichkeit im Wege steht. Zu suchen wäre auf diese Weise das Optimum sozialer Sicherung, wenn schon ein Maximum theoretisch nicht denkbar ist.

#### Die Frage nach dem Menschen

Ausweis des Optimums wird u. a. sein, daß die Menschen zu deren Gunsten Politiker, Verbände, Publizisten sozialpolitische Aktivität entfalten, dieses ihnen geltende Bestreben als ihre eigene Sache empfinden und sich daran persönlich unmittelbar interessiert zeigen. Aus diesem Beteiligtsein wäre abzulesen, ob die Sozialpolitik echten Bedürfnissen entgegenkommt oder, so sehr sie zusätzliche Hilfe zu geben bemüht ist, doch im Effekt den Adressaten verfehlt. Mit anderen Worten: die Sozialpolitik muß erneut die Frage nach dem Menschen stellen, an den sie ihr Hilfsangebot richtet. Wird diese Frage nicht gestellt, wäre die Erzielung sozialen Fortschritts vollends dem Zufall überlassen.

Ganz zweifellos befindet sich der Mensch 1958 nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich in einer anderen Situation als 1945. Zwar haben ihn die weitverzweigten Sozialveranstaltungen besonders des letzten Jahrzehnts, auf dem Hintergrund einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, entscheidend aus Not und Sorge herausgeholfen, nachhaltiger wohl, als dem einzelnen heute noch bewußt sein wird. Aber er hat auch erlebt, daß er mit Mut und Fleiß und Zähigkeit selbst Einfluß auf die Gestaltung seines Schicksals gewinnen kann. In dem Maße, wie das Vertrauen in die eigene Kraft wuchs, schwand das Gefühl der Hilfs- und Stützungsbedürftigkeit dahin. Diese innere Wandlung darf die soziale Sicherungspolitik nicht übersehen, vielmehr ist sie so deutlich wie möglich ins Bewußtsein zu heben; denn sie läßt die Möglichkeit der Selbstbehauptung in den Schwierigkeiten des Daseins auch für die Zukunft als unerwartet tragfähig erscheinen.

Indessen sind die Schattenseiten übersteigerter Aktivität, der Rastlosigkeit des Strebens nach Wiedergewinnung des einstigen und Verbesserung des gegenwärtigen sozialen Status unverkennbar. Nicht nur die physische Leistungsfähigkeit wird überbeansprucht, ernsthafter sind noch das allenthalben bemerkbare Anwachsen seelischer Gespanntheiten, ganz augenfälliger Unausgeglichenheiten trotz materiellen Aufstiegs, die Zunahme neurotischer Erkrankungen bei entsprechendem Nachlassen gesundheitlicher Widerstandskraft, ohne daß die Medizin, aufs Ganze gesehen, wirksam helfen könnte. Die Menschen, die ihr Glück auf eigene Faust zu suchen unternehmen, sind nicht in jedem Fall glücklicher geworden. Der „Verlust der Mitte“ zeigt sich auch im sozialen Bereich. Wenn die Sozialpolitiker, neben Theologen und Pädagogen, dem entgegenwirken wollen, so haben sie sich auf ein Tun zu besinnen, das, ohne den Willen zu wirtschaftlichem Erfolg zu lähmen, doch zu innerem Ausgleich führt, ein Tun, das helfen kann, Lebensstandard mit Lebensinhalt auf höherer Stufe wieder in Einklang zu bringen.

#### Das Eigentum und die Freiheit

In diesem Zusammenhang ist die vermehrte Bildung persönlichen Eigentums zu einem Programmpunkt erster Ordnung geworden. Sie zielt sozialpolitisch auf Ergänzung der kollektiven sozialen Sicherung aus Eigeninitiative. Aber sie würde auch den Menschen unmittelbar berühren, nachhaltig einwirken auf sein Bewußtsein und Verhalten, wie Prof. Dr. von Nell-Breuning erst unlängst beim 7. Europäischen Gespräch in Recklinghausen dargestellt hat. Wird Eigentum erlebt und erfahren, der Umgang mit Eigentum erlernt, die Verfügung über Eigentum möglich und nötig, so fließen Elemente der Selbständigkeit, der Unabhängigkeit und Freiheit ins tägliche Verhalten, die dem Dasein vor allem des Arbeitnehmers bisher fremd waren. Die Züge der Proletarität ver-



blassen, ein Hineinwachsen ins Vollbürgertum bahnt sich an. So kann es geschehen; ob es geschieht, wird wohl wiederum nur rückschauend zu ermitteln sein. Daß in der Eigentumsbildung breiter, ehemals eigentumsloser Kreise Chancen des sozialen Fortschritts gesehen werden, macht jedenfalls die seit Jahren andauernde und unvermindert lebhaft diskussion um dieses Programmziel überragend deutlich.

In dem Maße, wie es gelang, äußerste Mängel und offensichtliche Defizite zu beheben, ist wohl verstanden worden, daß bislang erst das Vorfeld bereinigt wurde, hinter dem die eigentliche Aufgabe noch auf die Fähigen und Entschiedenen wartet. Diese aber, so lautet etwa die gegenwärtig herrschende Überzeugung, wird man nicht mit Hilfe denkmöglicher Globalmaßnahmen erfüllen können, mit einem unbefangenen gebotenen Mehr an Leistungen und Erleichterungen, jedenfalls nicht mit diesem Mehr allein, sondern nur in Verbindung mit einem anderen, das an dem Menschen selbst zu bewirken wäre. Das Quantitative verknüpft sich mit dem Qualitativen, die Wirkung auf und für den Menschen tritt in die Fragestellung ein.

Auf welches Menschenbild hin aber will man im Raume der Sozialpolitik erziehen unter den Bedingungen des industriellen Zeitalters? Diese Bedingungen haben, wie gesagt wird, den Menschen in den Zustand des Ausgeliefertseins und der Entfremdung versetzt. Das gilt für die Arbeitswelt, was hier nicht näher auszuführen ist, ebenso wie für die sozialen Vorkehrungen, ob sie nun vom Staat oder von Verbänden getroffen werden. Überindividuelle Sozialfunktionen haben immer etwas von Machtfunktionen an sich. Der versorgte Mensch ist auf seinen Versorger angewiesen.

Hier schlagen als Besorgnis und Mahnung unmittelbare deutsche Vergangenheit und nachbarliche Gegenwart durch: Denn so verhält es sich nicht nur im totalitären Staat, sondern auch in der demokratischen Gesellschaft. Wie die Produktions- und Absatztechniken beider bis ins Detail übereinstimmen können, so lassen auch die Sozialtechniken keine prinzipiellen Unterschiede erkennen. Der Sozialapparat ist so gut auswechselbar und übertragbar wie der Wirtschaftsapparat. Ja, in aller materiellen Hinsicht können sich die Bilder gleichen, ohne daß sie doch nur im entferntesten das gleiche bedeuten sollen. Auch die totalitären Staaten bauen ihre Programme der sozialen Sicherung aus, auch sie lohnen Leistung und schützen Mutter und Kind. In der Jugend- und Begabtenförderung, in allem, was die Planmäßigkeit der Ausbildung körperlicher oder geistiger Anlagen betrifft, bemühen sie sich gar, den Demokratien überlegen zu sein. Ihnen wohnt ein Drang zur Perfektionierung des Sozialsystems inne, der es schlechthin verbietet, die unablässige Vereinheitlichung und Verbesserung seiner Organisation und seines Leistungsstands im eigenen Lande ohne Bedenken für den Ausdruck sozialer Fortschrittlichkeit zu halten. Mit großer Sorgfalt ist zu unterscheiden zwischen dem Anschein und der Wirklichkeit. Auf die zugrunde liegenden Zwecke kommt es an; auf den tatsächlichen Gewinn ist zu sehen, den Mensch und Gesellschaft davontragen.

#### Die Sonderfälle und das Allgemeine

Schließlich sei noch ein Abschnitt aus dem Bericht hervorgehoben, der in den Gedankengang über Chancen des sozialen Fortschritts die Unterscheidung zwischen extensiver und intensiver Sozialpolitik einführt: Man könnte sagen, daß Entscheidungen über Systeme der sozialen Sicherung in den Bereich der extensiven Sozialpolitik gehören. Diese war un-erhört erfolgreich; in ihr ist ausgesprochen humanitärer Elan zum Zuge gekommen. Gleichwohl können Zweifel an der unfehlbaren Fortschrittlichkeit einer Sozialpolitik nicht verstummen, die generalisierend arbeiten muß. Sie ist so richtig und ihren Gegenstand treffend, wie Generalisierungen zu sein pflegen. Sicher hat sie Zustände, die schlecht waren, verbessert. Kann das aber für alle Zukunft erwartet werden? Ist sie nicht bei wachsender Wohlfahrt zu einem Stilwandel genötigt, wenn sie ihrer eigentlichen Aufgabe treu bleiben will? Stilwandel würde bedeuten Ergänzung durch intensive Sozialpolitik. Darunter wäre auch ein Bestreben zu verstehen, das den vielen Sonderfällen Rechnung trägt, die von allgemeinen Regelungen nicht oder nur unzulänglich berücksichtigt werden können.

Ein Beispiel für das, was gemeint ist, bietet die deutsche Krankenversicherung, insoweit sie heute noch die leicht und vorübergehend Erkrankten mit ihren Familien erheblich besser

#### Beileid zum Tode des Ministerpräsidenten Strijdom

Der Bundeskanzler hat an Seine Exzellenz den amtierenden Ministerpräsidenten der Südafrikanischen Union, Herrn Charles Robert Swart, Pretoria, folgendes Telegramm gesandt: Zu dem schweren Verlust, der die Regierung und das Volk der Südafrikanischen Union durch das Hinscheiden Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Strijdom betroffen hat, spreche ich Euerer Exzellenz mein und der Bundesregierung aufrichtiges Beileid aus.

Adenauer

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

#### Deutscher Botschafter beim Malaiischen Bund

Das Auswärtige Amt teilt mit: Die Regierung des Malaiischen Bundes hat Generalkonsul Dr. Georg Vogel das Agrément als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur erteilt.

Dr. Vogel ist im 15. Januar 1903 in Hamburg geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften und Geschichte und wurde 1925 zum Dr. phil. promoviert. Nach Ablegung der 1. und 2. juristischen Staatsprüfung war er bei der Reichsfinanzverwaltung, an der Staatsanwaltschaft und im Staatsamt in Hamburg beschäftigt. 1934 trat er in den Auswärtigen Dienst ein und war an der Gesandtschaft in Prag, der Botschaft in London, der Gesandtschaft in Athen und im Auswärtigen Amt tätig. Dr. Vogel war nach dem Kriege vier Jahre lang Amtsrichter und trat 1949 in das Bundesministerium für den Marshallplan ein; 1952 wurde er dort zum Ministerialdirigenten ernannt. Am 1. Juni 1956 trat er wieder in den Auswärtigen Dienst ein und wurde im Juli 1956 zum Generalkonsul in Salisbury ernannt.

stellt, als diejenigen, deren Arbeitsunfähigkeit sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Ausgerechnet dort, wo Krankheit nicht subjektives Empfinden, sondern objektives Schicksal ist, wo es wie eine Katastrophe die von ihr Betroffenen und deren Angehörige heimsucht, wo sie, je weiter der Erkrankte sich von der Zeit normalen Arbeitsverdienstes entfernt, um so sicherer und gefahrvoller mit Not und Verelendung sich verbindet, ausgerechnet dort hilft die soziale Sicherung weniger nachhaltig als bei nur geringfügigem Einkommensausfall. Die Ursache dafür liegt in der Begrenztheit der finanziellen Mittel der sozialen Krankenversicherung, die aber andererseits nicht verhindert hat, daß noch in jüngster Zeit vornehmlich zugunsten der Leichtkranken erhöhte Leistungen beschlossen wurden, mit der bemerkenswerten Folge nun, daß der Spielraum für die wirtschaftliche Abdeckung des außergewöhnlichen Krankheitsrisikos sich weiter verengt hat. Hier war ausschließlich extensive Sozialpolitik am Werk, die sich zwar rechtfertigen ließ, aber der intensiven Komponente durchaus entbehrt hat. Auch die weniger zahlreichen Fälle katastrophenhafter Erkrankung sind der Regelung zugänglich; wenn aber solche noch nicht getroffen wurde, so liegt der Schluß nahe, daß die Not der Einzelschicksale, die hinter ihnen steht, den Sozialpolitikern noch nicht eindrucksvoll genug zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie von ihrem traditionellen Hang zu Globalmaßnahmen im Vordergrund der Aufgaben festgehalten werden.

Ähnlich verhält es sich mit den vielen Sondergruppen im Volk, die aus Rahmen und Regel der sozialen Sicherung herausfallen, weil sie individuelles Unglück bedeuten, so mit den Körperbehinderten, den Hirnverletzten, den Blinden, soweit sie nicht Kriegsoffer sind, für die eine eigene Versorgung besteht, mit den Multiple-Sklerose-Kranken und manchen anderen mehr oder weniger großen Inseln im Meer der Regelfälle. Praktische Beispiele für das, was gemeint ist, gibt es in Fülle: Man denke an die oft noch unerschwinglichen Kosten für Hörgeräte, die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rollstühlen, Blindenhunden und vielen anderen Erleichterungen. Man denke auch an die bürokratischen Hindernisse bei der Anerkennung eines erhöhten Bedarfs und entsprechend höherer Pflegesätze. Das ganze Darniederliegen der Hauspflege spielt hier hinein. Sonderschulen für Entwicklungsgehemmte sind, wo sie wirklich geschaffen werden, vielbestaunte Novitäten. Immer wieder stößt man darauf, daß der Blick für den Einzelfall — das heißt aber doch: für den Mit-



menschen in seiner Not — nicht genügend geschärft ist, ja, unter dem Eindruck, daß es im allgemeinen doch offensichtlich aufwärts gehe, an Schärfe noch zu verlieren droht.

Gerade dann aber, wenn eine Gesellschaft aus Armut wieder zu Wohlstand aufgestiegen ist, sollte sie die Fürsorge für die vielen Einzelnen, die durch unerforschlichen Ratschluß von Arbeit und Verdienst ausgeschlossen sind oder doch nur unter sehr erschwerten Umständen Zugang dahin haben, nicht als Irregularitäten behandeln, die unbequem von der Norm abweichen. Die Sozialpolitik tut sich viel darauf zugute, daß sie die Armenpflege alten Stils überwunden habe, und das mit Recht. Aber vielleicht hat diese Armenpflege doch mehr vom Menschen selbst gewußt und gesehen, woraus zu schließen wäre, daß die Sozialpolitik neuen Stils auf höherer Ebene alter Tugenden sich wieder vergewissern sollte. Hier handelt es sich für die Gesellschaft um Ehrenpflichten, denen nachzukommen sich schon aus Gründen ihrer eigenen Würde geziemt. Sie darf der Unglücklichen in ihren Reihen nicht nur nebenbei und nach Erledigung aller anderen Anliegen gedenken, sondern sie hat hier mit besonderer Hartnäckigkeit darauf zu sehen, daß das Mögliche nicht versäumt wird. Das gilt unabhängig davon, wie groß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesamtheit ist; im Falle der Alternative müßten beim derzeitigen Stand der sozialen Sicherung besondere Maßnahmen den Vorrang vor den allgemeinen haben. Zumal aber in einem Lande, das sich einer vielfältigen Nichtachtung des Individuums und der Menschlichkeit schuldig gemacht hat, liegt es nahe, auf das bereitwilligste dem Mitmenschen Hilfe zu leisten, der vom Schicksal ungleich weniger begünstigt ist als die große Menge.

Es wäre denkbar, daß im Zeichen intensiver Sozialpolitik, die den qualitativen Aspekt betont, auch die Fürsorge Ansehen und Bedeutung hinzugewinnt. Solange sie verurteilt war, den Geldleistungssystemen nachgeordnet Lückenbüsserdienste zu tun, ein Auffangbecken hinter der Front, an der die eigentliche Schlacht geschlagen wurde, konnte sie ihre

Vorzüge der Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit nur ungenügend zur Geltung bringen. Sobald es aber wichtig erscheint, daß der Einzelfall schärfer in den Blick genommen wird, ist sie theoretisch imstande, sich unter Umständen als den anderen Systemen überlegen zu erweisen. Hilfe in Notfällen kann durch Geldleistung erbracht werden; daß sie sich darin nicht zu erschöpfen braucht, in dieser Form vielleicht gar nicht in jedem Fall angemessen ist, zeigt sich bei der allgemeinen Entwicklung von Armut zu Wohlstand je länger um so deutlicher. Sozialhilfe ist nicht mehr gebunden — ob sie es jemals gänzlich war, sei dahingestellt — an das Kriterium bestimmter Einkommenslagen; den Ausschlag gibt mehr und mehr die Lebenslage. Fürsorge kann, vom Schalterdasein befreit, unters Volk gehen und bei den Menschen aller Kreise nach dem Rechten sehen. Ratsuchende, die in Ehe- und Erziehungsschwierigkeiten sich befinden, die nicht zu wirtschaften verstehen, die seelisch am Ende ihrer Kraft sind, ohne krank zu sein, aus welchen Gründen auch immer, die sich im Leben nicht mehr zu orientieren wissen, sie gibt es überall und heute nicht weniger als gestern.

Hier öffnet sich ein weites und dankbares Betätigungsfeld denen, die bisher am engen Ausschnitt von Zahlstellen Not zu lindern hatten. Diese Art Individualhilfe, wie die Fürsorge besser genannt würde, kann eminente gesellschaftspolitische Bedeutung erlangen. Voraussetzung ist, daß die Gesellschaft sie als notwendig, ja, als vordringlich anerkennt und ihr den Rang einräumt, auf den sie Anspruch erheben kann. Sonst würde man natürlich die Helfer nicht gewinnen, mit denen Individualhilfe steht und fällt. Ob es nach Zahl und Qualität ausreichende Freunde ihrer Mitmenschen heute noch gibt und ob das öffentliche Klima sie in ihrer Tätigkeit beflügelt, nun, auch darauf würde man ablesen können, wie es um die Chancen des sozialen Fortschritts bestellt ist. Hier winken keine spektakulären Erfolge, auch statistisch wird diese Arbeit nicht imponierend zu Buche schlagen, aber rühmlich wäre sie auch, wenn um des Menschen willen noch Ruhm vergeben wird.

A. M.

## „Truppenbetreuung“ bei der Bundeswehr

Wie der Soldat die Freizeit verbringt — Jeder Zwang wird abgelehnt — Rund 400 Truppenbüchereien

Die Bundes-Wehr-Korrespondenz hatte ein Gespräch mit dem Leiter des Referats „Truppenbetreuung“ im Bundesministerium für Verteidigung. Den Kern seiner Ausführungen faßte die Korrespondenz, wie folgt, zusammen:

**Frage:**

Was ist das Wesen der sogenannten Truppenbetreuung?

**Antwort:**

Es ist nicht — um das vorweg zu sagen — Betriebsmacherei à la KdF. Wir wollen erreichen — und das hängt mit der soldatischen Aufgabe zusammen —, daß der Soldat sich entspannen kann, daß er Ruhe und Erholung findet, daß er auch der Besinnlichkeit Raum gibt. Außerdem soll der Soldat die Voraussetzungen — auch in der Kaserne — vorfinden, um seinen Neigungen in der Freizeit nachgehen zu können. Diese Neigungen reichen bekanntlich vom Lesen zum Basteln, vom Fotografieren bis zum außerdienstlichen Sport; so vielseitig die menschlichen Interessen sind, so vielseitig sind die Möglichkeiten. Wir richten daher u. a. Werk- und Bastelräume wie Truppenbüchereien ein. Daraus die im Rahmen des militärischen Dienstes realisierbaren Freizeit-Möglichkeiten zu schaffen, das ist die Aufgabe, die sich vom Führungsstab der Bundeswehr über alle Instanzen bis zur Kompanie stellt. Unser Prinzip dabei: Der Soldat soll grundsätzlich selbst entscheiden, wovon er Gebrauch macht und wie er die Freizeit verbringen will. Jeder Zwang wird von uns abgelehnt.

**Frage:**

Gibt es zur Erfüllung dieser Aufgabe Planstellen bei den Kommandobehörden und Dienststellen?

**Antwort:**

Nein. Betreuung ist ein Teilgebiet der Erziehung in der Bundeswehr überhaupt und insofern Aufgabe aller Vorgesetzten aller Rangstufen. Sie wird natürlich innerhalb der höheren Stäbe von den GI-Offizieren wahrgenommen (Bearbeiter für Fragen der Inneren Führung), mündet aber auf der Ebene der Truppe in die Verantwortung des Kompanie-

chefs ein. Hauptamtliche „Betreuungs-Offiziere“ oder „-funktionäre“ lehnen wir ab, einmal, weil die dem Kompaniechef zugeteilte Aufgabe der Menschenführung nicht geteilt werden kann, und zweitens, weil der „Betreuungsfunktionär“ immer Gefahr laufen würde, Betrieb um des Betriebes willen zu machen; außerdem fürchten wir, daß die Freiwilligkeit gefährdet würde.

**Frage:**

Sie sprachen vorher von Truppenbüchereien. Wie werden diese eingerichtet und welchen Zulauf haben sie?

**Antwort:**

Wir haben zur Zeit rund 400 Truppenbüchereien. Für diesen Zweck sind bis zum Ende des Haushaltsjahres 1957 800 000 DM ausgegeben worden. Die Büchereien enthalten in erster Linie natürlich schöne Literatur, Unterhaltungsliteratur, aber auch allgemein-bildende und belehrende Bücher. Sie werden von den Bataillonen und selbständigen Kompanien in eigener Verantwortung aufgebaut. Die Mittel werden ihnen zugewiesen. Sie kaufen praktisch ihre Bücher selbst. Die Auswahl — soweit wir das bisher übersehen können — ist sehr gut vorgenommen worden. Das allgemeine Niveau der Büchereien ist überraschend hoch. In allen Bataillonen muß ein Ausschuß gebildet werden, der die Wünsche der Kompanien berücksichtigen muß, in den Kompanien werden Wunschlisten aufgelegt. Wir haben bewußt von einer zentralen Beschaffung abgesehen. Es gibt daher keine uniformen Truppenbüchereien.

Was den Zulauf anlangt — um auf den zweiten Teil ihrer Frage einzugehen —, so wird außerordentlich viel gelesen. In einem Standort mit einer Bücherei von rund 1000 Bänden wurden in einem Monat 4500 Leser notiert, d. h. praktisch, daß jeder Soldat sozusagen alle paar Tage sich ein neues Buch auslieh. Diese Erfahrung machen wir überall. Übrigens lesen auch Leute, die nach eigener Aussage früher nie ein Buch gelesen haben. Nebenbei möchte ich noch erwähnen, daß genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß auf etwa zehn Soldaten eine Zeitung trifft. Auch die Auswahl der Zeitungen ist den örtlichen Truppenteilen überlas-



sen. Es soll eine lokale Zeitung und eine überregionale große Tageszeitung dabei sein. Die Auswahl der Tageszeitungen erfolgt durch den Kompaniechef im Zusammenwirken mit dem Hauptfeldwebel und dem Vertrauensmann. Die Wochenzeitung „Das Parlament“ und der „Pressefunk“ werden über die Standorte an die Einheiten geliefert.

**Frage:**

*Wie ist denn nun, generell, der Erfolg Ihrer Arbeit?*

**Antwort:**

In allen Einheiten ist von den gegebenen Möglichkeiten reger Gebrauch gemacht worden — trotz der teilweise vorhandenen technischen Schwierigkeiten — alte Kasernen, Überbelegung in der Aufstellungszeit, dienstliche Überbelastung der Verantwortlichen usw. Natürlich muß oft eine gewisse Initiative von Seiten des Chefs der betreffenden Einheit ausgehen. Denn häufig ist die heutige Generation von sich aus der Freizeit gegenüber einigermaßen hilflos — aber das ist kein Spezialproblem der Bundeswehr, das ist heute ein allgemeines Problem. Abschließend möchte ich noch sagen: das Experiment mit der grundsätzlichen Freiwilligkeit scheint, bis jetzt, gelungen.

## Gast aus Somaliland in der Bundesrepublik

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: In der Zeit vom 9. bis 16. August 1958 unternahm der Wirtschaftsminister von Italienisch-Somaliland, Hagi Farah Ali Omar, als Gast der Bundesregierung eine Informationsreise durch die Bundesrepublik. Begleitet wurde der Minister von dem Präsidenten der Agentur für die wirtschaftliche Entwicklung in Somaliland, Dr. Gasbarri, und seinem Vizekabinettschef, Omar Mahallim. Minister Hagi Farah erörterte in Gesprächen mit Regierungsvertretern und führenden Persönlichkeiten der Industrie Möglichkeiten einer deutschen Mitwirkung an den wirtschaftlichen Entwicklungsvorhaben Somalilands. Dieses derzeit noch unter italienischer Treuhandschaft stehende Land wird spätestens Ende 1960 seine volle Selbständigkeit erlangen. Die Wünsche der somalischen Regierung beziehen sich auf die Gewährung von Stipendien für die Ausbildung von Facharbeitern und leitendem Personal sowie die Entsendung einer Sachverständigenkommission von Vertretern aus Regierung, Handel und Industrie zum Studium der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nach Somaliland.

## Aktuelle Probleme des Lastenausgleichs

### Mit beträchtlicher Beschleunigung gewisser Maßnahmen für die Geschädigten kann gerechnet werden

In der Sendung des Norddeutschen Rundfunks „Alte und neue Heimat“ hatte O. von Wrangel am 23. August 1958 folgendes Gespräch mit dem Präsidenten des Lastenausgleichsamtes Dr. Friedrich Käss über aktuelle Probleme des Lastenausgleichs:

**Frage:**

*Herr Präsident, in der letzten Zeit ist durch die Aufnahme von Anleihen der Eindruck entstanden, als könne die Hauptentschädigung nun schneller abgewickelt werden. Ist eigentlich diese Annahme richtig?*

**Antwort:**

Mit den Anleihen steht es so: Wir haben in diesem Jahr eine erfreuliche Situation. Die Bundesregierung, die darüber ja die Entscheidung zu treffen hat, hat uns bei Jahresbeginn zunächst 200 Mill. DM Anleihen in Aussicht gestellt, sie hat vor einigen Wochen durch einen neuen Beschluß wegen der günstigen Entwicklung auf dem Kapitalmarkt gefaßt und weitere 300 Mill. DM neuerdings zur Verfügung gestellt. Inzwischen haben wir bereits von den ersten 200 Mill. DM 150 Mill. DM hereinbekommen, die nächsten 50 Mill. DM kommen in der nächsten Zeit, die weiteren 300 Mill. DM werden in den nächsten Monaten — das muß mit den Kapitalmarktstellen abgestimmt werden — auf uns zukommen. Es ist ja nicht so, daß der Beschluß des Kabinetts uns automatisch schon das Geld gibt, sondern er gibt nur die Erlaubnis, mit dem Kapitalmarkt über diese Dinge zu verhandeln. Um auf ihre Frage zurückzukommen: Natürlich werden diese zusätzlichen 300 Mill. DM uns die Möglichkeit geben, zusätzliche Maßnahmen bei Hauptentschädigung oder Hausrentenschädigung oder bei beiden Maßnahmen durchzuführen. Es wird also auf alle Fälle eine beträchtliche Beschleunigung gewisser Maßnahmen für die Geschädigten eintreten.

**Frage:**

*Vielleicht könnten Sie noch einmal sagen, wer denn die Hauptentschädigung bevorzugt bekommen wird?*

**Antwort:**

Im Augenblick liegen die Dinge so, daß die Hauptentschädigung in erster Linie an alle, die das 70. Lebensjahr erreicht haben, ausbezahlt wird. Vorausgesetzt ist dabei — das muß ich immer wiederholen — daß die Schadensfeststellung vorliegt und daß die betreffenden Geschädigten nicht Kriegsschadenrente, also Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente, beziehen. Da gibt es Ausnahmen bei sehr hohen Grundbeträgen. Im Regelfall ist aber beides nebeneinander nicht möglich. Außerdem ist jetzt schon die Möglichkeit gegeben, soziale Notstände besonderer Art mit kleineren Beträgen bis zu 2000 Mark zu berücksichtigen, wenn beispielsweise ein Beschädigter schwer krank wird, wenn der Arzt ihm sagt: Sie müssen einen Kuraufenthalt machen, um wieder zu gesunden, oder wenn in der Familie besondere Unglücks-

fälle eintreten, die einen einmaligen hohen Mittelbedarf erfordern; dann kann in diesen Sonderfällen bis zu gewissen Grenzen vorweg und außer der Reihe die Hauptentschädigung ausbezahlt werden.

**Frage:**

*Wer entscheidet darüber?*

**Antwort:**

Darüber entscheiden das Ausgleichsamt und der Ausgleichsausschuß nach den allgemeinen Grundsätzen. In Zukunft — und nun komme ich wieder auf Ihre Frage — werden wir natürlich gerade durch die Möglichkeit, die uns die Vorfinanzierungsmaßnahmen geben, diesen Kreis der Berechtigten erweitern können. In erster Linie wird bei der Hauptentschädigung daran gedacht, die Altersfälle zu erweitern. Als Endziel streben wir an, daß jeder, der das 65. Lebensjahr vollendet hat, mindestens bis zum Betrage von 5000 DM die Hauptentschädigung alsbald ausgezahlt bekommt. Dieses Endziel können wir aus verwaltungsmäßigen und finanziellen Gründen noch nicht sofort erreichen. Darüber wird noch eine beträchtliche Zeit vergehen; aber wir prüfen laufend, inwieweit wir die Altersgrenze herabsetzen können oder inwieweit wir auf andere Weise zusätzliche Empfänger der Hauptentschädigung schaffen können.

**Frage:**

*Ich möchte aber doch noch einmal fragen: Wann wird denn Ihrer Meinung nach die Auszahlung an diesen Personenkreis ungefähr abgeschlossen sein, und das steht doch wohl auch im Zusammenhang mit der Schadensfeststellung?*

**Antwort:**

Ich möchte so schätzen, obwohl ich hier natürlich keine ganz verbindliche Angaben machen kann: Wir haben ein sehr genaues Bild über die Zahl der Feststellungsanträge. Sie liegt bei etwa 4,6 Millionen, was die Hauptentschädigung im Endziel anlangt. Wenn ich die sogenannten WAG-Fälle — das sind an sich nicht unmittelbar in Betracht kommende Fälle — ausscheide, sind es etwa 3,9 Millionen. Wir wissen ungefähr, was unsere Ämter zur Zeit monatlich schaffen können; das liegt etwa zwischen 60 000 und 65 000 Fällen. Und wenn ich

## Verhandlungen mit Marokko

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Die zur Zeit gültige Regelung des Warenverkehrs mit Marokko (Protokoll vom 31. Oktober 1957) läuft am 30. September 1958 ab. Auf Anregung der marokkanischen Regierung werden in der ersten Hälfte des Monats September deutsch-marokkanische Verhandlungen in Rabat mit dem Ziel aufgenommen werden, ein Handelsabkommen abzuschließen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich acht Tage in Anspruch nehmen.



das durchrechne, komme ich zu dem Ergebnis, daß wir im großen und ganzen, vorbehaltlich der schwierigen Fälle, die etwa vor die Gerichte kommen, in drei Jahren mit der Hauptwelle der Feststellungsfälle fertig sein werden. Mit den Feststellungsfällen, die jetzt schon für die Hauptentschädigung Bedeutung haben, hoffen wir allerdings schon wesentlich schneller fertig sein zu können. Persönlich möchte ich glauben, daß es etwa in ein bis anderthalb Jahren soweit sein wird, daß kein Geschädigter nur deswegen auf die an sich ihm schon zustehende Hauptentschädigung warten muß, weil sein Feststellungsantrag noch nicht fertig bearbeitet ist.

**Frage:**

*Ist es richtig, daß die Heimatauskunftstellen mangelhaft besetzt sind, und wie kann man diesem Mangel abhelfen?*

**Antwort:**

Ich möchte glauben, daß die Behauptung in dieser allgemeinen Form nicht zutrifft. Sicherlich sind unsere Heimatauskunftstellen und unsere Ausgleichsbehörden wie die meisten Behörden überhaupt knapp besetzt, d. h. sie könnten ihr Arbeitstempo erhöhen, wenn sie reichlicher besetzt wären; aber es ist nicht so in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, daß davon eine nennenswerte Beschleunigung zu erwarten wäre. Im großen liegt der Engpaß, von den wenigen Sonderfällen abgesehen, zur Zeit nicht bei den Heimatauskunftstellen.

**Frage:**

*Wo liegt denn der Engpaß, Herr Präsident?*

**Antwort:**

Der Engpaß liegt entscheidend bei unseren Ausgleichsbehörden, also bei den Stadt- und Landkreisen, aber auch dort — ein Thema, das oft besprochen wird — ist es nicht so, daß wir nun dadurch, daß wir das Personal um 10 oder 15 v. H. vermehren, das Tempo der Leistungen entsprechend steigern könnten, sondern die Einarbeitung der Leute und all die anderen Schwierigkeiten, die da bestehen, müssen berücksichtigt werden. Es ist in der Tat im Augenblick so, daß die Ausgleichsbehörden schon seit Jahren auf vollen Touren arbeiten und längere Zeit noch arbeiten werden und daß — ich kann es nicht bestreiten — die Leistungsmöglichkeiten bei ihnen im Augenblick ihre Grenze finden. Allerdings würde

schon eine mäßige Vermehrung ihrer Leistungsmöglichkeiten dazu führen, daß wieder die Finanzen der Engpaß wären. Das ist ja an sich das Nächstliegende.

**Frage:**

*Es gibt Meldungen, denen zufolge die Hausratentschädigung bis 1960 endgültig abgeschlossen sein soll. Sind diese Meldungen richtig?*

**Antwort:**

Man kann auf dem Gebiet nicht mit völliger Sicherheit prophezeien; aber nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, und nach den Annahmen, die ich mit guten Gründen für die Entwicklung der Finanzlage des Ausgleichsfonds in den nächsten Jahren zugrunde legen kann, halte ich es für recht wahrscheinlich, daß es uns gelingen wird, die Masse der Hausratentschädigung — auch hier vorbehaltlich der schwierigen Fälle, der Erbfälle, der Fälle, die vor die Gerichte kommen — etwa bis Ende des Rechnungsjahres 1960, also bis zum 31. März 1961, abzuwickeln.

**Frage:**

*Der Abschluß der Hausratentschädigung würde doch wahrscheinlich eine zügigere Auszahlung der Hauptentschädigung möglich machen?*

**Antwort:**

Ganz zweifellos. Die Finanzdispositionen des Ausgleichsfonds laufen ja, im großen gesehen, immer so, daß wir zunächst alle anderen Ausgleichsleistungen außer Hauptentschädigung und Hausratentschädigung kalkulieren und die Mittel dafür, die weitgehend durch das Gesetz vorgezeichnet sind, bereitstellen. Was dann noch zur Verfügung steht aus laufenden Einkünften oder aus Vorfinanzierung, steht restlos der Hauptentschädigung und Hausratentschädigung zur Verfügung. In dem Augenblick, in dem die Hausratentschädigung ganz oder zum überwiegenden Teil wegfällt, weil alle Geschädigten befriedigt sind, ist natürlich der von uns sehnlich erwartete Moment gekommen, in dem die Mittelbereitstellung für die Hauptentschädigung schlagartig erhöht werden kann, derart, daß wir hoffen, dann sehr rasch zu einer wesentlich befriedigenderen Entwicklung bei der Hauptentschädigung zu kommen als gegenwärtig, wo eben leider noch sehr viele Geschädigte länger warten müssen, als uns lieb ist.

### Besuch aus dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Auf Grund einer von der Bundesregierung ausgesprochenen Einladung stattete am 22. August 1958 der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Lüne Carlson, in Begleitung zweier weiterer Angehöriger des Generalsekretariats dem Bundesministerium für Wirtschaft einen Besuch ab. Sie wurden vom Leiter der Abteilung Außenwirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft, Ministerialdirektor Dr. Reinhardt, empfangen. Der Besuch gab Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch über allgemeine wirtschaftspolitische Probleme auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen in wirtschaftlichen Fragen.

### Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Über die auf Grund des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 10. März 1956 Jugoslawien zur Verfügung gestellten ersten drei Darlehnsraten in Höhe von je 50 Mill. DM, zusammen 150 Mill. DM, ist hinsichtlich des für Nichtkonsumgüter vorgesehenen Anteils von 80 v. H. bereits vollständig verfügt. Demgegenüber sind jugoslawischerseits Bescheinigungen in gewissem Umfang über die vorgesehenen Raten hinaus ausgestellt worden, für die das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft innerhalb des laufenden Finanzjahres, das am 30. April 1959 endet, die Erteilung von Unbedenklichkeitsvermerken ablehnen muß. Den deutschen Exporteuren, die im Besitz von Bescheinigungen der Jugoslawischen Nationalbank oder der Jugoslawischen Investitionsbank sind, für die sie einen Unbedenk-

lichkeitsvermerk gemäß Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 3/57 vom 4. Januar 1957 (Bundesanzeiger Nr. 10 vom 16. Januar 1957) nicht erhalten können, muß daher anheimgestellt werden, sich mit dem jugoslawischen Partner in Verbindung zu setzen, um eine Bezahlung auf anderem Wege zu vereinbaren.

### Bundesbahnaufträge für Notstandsgebiete

Die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn teilt mit: Die Deutsche Bundesbahn hat in die anerkannten Notstandsgebiete und an bevorzugte Bewerber im Sinne der Richtlinien zum Bundesvertriebenengesetz von 1949 bis zum 30. Juni 1958 Aufträge im Werte von rd. 1,9 Mrd. DM vergeben. Hieran sind im einzelnen beteiligt: Berlin (West) mit rd. 748,6 Mill. DM, Wilhelmshaven mit rd. 14,1 Mill. DM, Schleswig-Holstein mit rd. 172,2 Mill. DM, Niedersachsen mit rd. 380,7 Mill. DM, Hessen mit rd. 298,1 Mill. DM, Bayern mit rd. 169,7 Mill. DM und bevorzugte Bewerber im Sinne des § 1 a der Richtlinien zum BVFG mit rd. 116,6 Mill. DM.

Die Deutsche Bundesbahn hat allein im ersten Halbjahr 1958 Aufträge im Werte von rd. 72,2 Mill. DM nach Berlin (West) vergeben.

### Ausgabe des Deutschen Zollltarifs in fünf Sprachen

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Das Brüsseler Büro des Verbandes für die Veröffentlichung der Zollltarife hat in seinem „Internationalen Anzeiger für Zollwesen“ soeben den jetzt geltenden Deutschen Zollltarif in fünf Sprachen, und zwar in Einzelheften in der deutschen, der französischen, der englischen, der italienischen und der spanischen Sprache, herausgegeben. Die Hefte werden vom Zolllbüro des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn zum Preise von 18,60 DM je Stück an Interessenten abgegeben, solange Hefte in der betreffenden Sprache verfügbar sind.



## Aus dem Blickpunkt Berlins

### Der Regierende Bürgermeister zu aktuellen politischen und Berliner Problemen

Im Sender RIAS machte am 24. August 1958 der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der zur Zeit auch Präsident des Bundesrates ist, zu aktuellen politischen und Berliner Problemen u. a. nachstehende Ausführungen:

Für unsere Jungen und Mädels hat inzwischen der Schulbetrieb wieder begonnen. Noch einmal möchte ich all' denen danken, den Privatpersonen, den Organisationen und Institutionen, vor allem in der Bundesrepublik und im Ausland, die sich mit wirklicher Hingabe und im Geist schöner Verbundenheit um die Ferienverschickung Berliner Kinder verdient gemacht haben.

Die Weltpolitik hat keine Ferien gemacht. Sie hat in der Zwischenzeit nicht stillgestanden, im Gegenteil. Die Berliner waren von den Ereignissen im Nahen Osten weniger beunruhigt, als es andere waren; nicht weil der Krisenherd räumlich ziemlich weit entfernt war — das will in unserer Zeit wenig heißen —, gewiß auch nicht, weil der Ernst dieser Ereignisse unterschätzt wurde; aber die Menschen in unserer Stadt sind seit Jahren gezwungen, tagtäglich im Schnittpunkt politischer Spannungen zu leben. Sie wissen daher, daß Unruhe und Unsicherheit die schlechtesten Ratgeber vor allem in ernsten Situationen sind.

#### Entspannte Lage

Bei den Vereinten Nationen in New York hat man sich in der Nah-Ost-Frage inzwischen zu vieler Überraschung auf eine gemeinsame Entschließung geeinigt, und die Westmächte haben vernünftige Vorschläge unterbreitet, die dem Unabhängigkeitsstreben der arabischen Völker gerecht werden und mit einem Programm wirtschaftlicher Hilfe verbunden sind. Die Lage hat sich also wesentlich entspannt, und das können wir nur begrüßen.

Auch aus Genf kam eine ermutigende Nachricht. Führende Wissenschaftler aus West und Ost haben sich nach siebenwöchigen Beratungen über die technischen Voraussetzungen für ein Kontrollsystem zur Feststellung von Kernwaffenversuchen geeinigt. Falls sich die Regierungen diese Empfehlungen zu eigen machen, könnte das der Anfang einer hoffnungsvollen Entwicklung sein; denn damit wäre ein großer Schritt auf dem Wege zur Milderung der Spannungen in der Welt und zur Erhaltung des Friedens getan. Wir in Berlin ersehnen eine solche Entwicklung, aber wir sind andererseits durch bittere Erfahrungen skeptisch geworden und werden daher die Dinge in aller Nüchternheit beobachten.

#### Der Übergriff in Steinstücken

In unserer Stadt ist mit der Verletzung West-Berliner Territoriums in Steinstücken durch die Volkspolizei wieder einmal die Politik des „Immerfestedruff“ vorerzählt worden. Ich möchte hier nicht noch einmal die Einzelheiten des Ihnen allen bekannten empörenden Zwischenfalls aufzählen. Nur soviel möchte ich sagen, daß Vorkehrungen getroffen sind, damit bei erneuten Vorfällen dieser Art die Nachrichtenübermittlung schnell und sicher funktioniert. Und ein zweites: Es hat keinen Augenblick Veranlassung bestanden, an den Sicherheitsgarantien der Westmächte für unsere Stadt zu zweifeln. So, wie die Dinge nun einmal liegen, werden wir immer wieder, mal hier mal da, mit ähnlichen Vorfällen rechnen müssen. Aber die Drahtzieher im Osten sollten sich nicht einbilden, daß sie uns durcheinanderbringen können. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß Steinstücken zum Bezirk Zehlendorf gehört. Was an den zuständigen alliierten Stellen und an uns selbst liegt, wird geschehen, um Übergriffe zu unterbinden.

#### 1958: Wieder 20 000 neue Wohnungen

Lassen Sie mich nun einiges aus dem Berg von Briefen herausgreifen, der sich während der letzten Wochen auf meinem Schreibtisch angesammelt hat. Mehrere Zuschriften befassen sich — wie immer — mit der Wohnungsfrage. Für alle, die sich mit ihrer Familie auch heute noch mit vielfach völlig unzureichendem Wohnraum begnügen müssen, ist es kein Trost, daß wir — wie in den vergangenen Jahren — auch 1958 wieder mehr als 20 000 Wohnungen bauen werden. Damit ist

das Baugewerbe voll ausgelastet. Aber die Zahl der Neubauten wird auch in den nächsten Jahren nicht ausreichen, solange die Zahl der Wohnungssuchenden ständig zunimmt.

Wir würden jedoch keine Wohnung mehr schaffen, wenn wir, wie dies eine Hörerin vorschlägt, den Straßenbau einstellen. Ebenso wenig würde die Einstellung z. B. des Flüchtlingswohnungsbaus den Einheimischen eine Erleichterung bringen, weil er aus besonderen, von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln bestritten wird. Bestimmte Mittel stehen uns eben nur für bestimmte Zwecke zur Verfügung. Und im übrigen ist uns wenig damit gedient, daß wir ein Loch zustoßen, um gleichzeitig ein neues aufzureißen. Alle Betroffenen, nicht zuletzt die jungen Ehepaare, dürfen jedoch überzeugt sein, daß der Senat ehrlich bemüht ist, ihnen in einem möglichst raschen Tempo zu helfen.

#### Tiefster Stand der Arbeitslosigkeit

Wollen wir doch bitte auch nicht vergessen — ich sage das in Beantwortung von an sich verständlichen Briefen aus den Kreisen arbeitsloser Mitbürger —, daß wir trotz vieler Schwierigkeiten auf unserer Insel Berlin ein gutes Stück vorangekommen sind. Die wirtschaftliche Entwicklung ist weiter aufwärts gegangen. Mit 66 000 arbeitslosen Frauen und Männern hatten wir am 31. Juli 1958 den tiefsten Stand der Arbeitslosigkeit seit Aufhebung der Blockade erreicht. Im Verlauf der vergangenen vier Jahre ist es gelungen, 130 000 Arbeitsplätze neu zu schaffen.

Unsere besondere Sorge gilt nach wie vor der Unterbringung der langjährig erwerbslosen Angestellten. Bedauerlicherweise ist die Möglichkeit der Einstellung solcher Kräfte durch die Wirtschaft, trotz der besonderen Beihilfen des Senats und der bisher allein für Berlin bewilligten Eingliederungsbeihilfe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung viel zu wenig genutzt worden. Wir werden nach neuen Möglichkeiten suchen, um im Zusammenwirken zwischen der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

#### Teilnahme der Zonenbewohner am kulturellen Leben

Für unsere Landsleute im Ostsektor und in der Zone haben wir die Möglichkeiten, am kulturellen Leben im freien Teil Berlins teilzuhaben, weiter ausbauen können. Ihnen ist nunmehr der Besuch von Kinos, die wertvolle Filme zeigen, der Besuch der Theater, der Konzerte, der Volkshochschulen, der Gärten und Schlösser, der Ausstellungen sowie eine Reihe weiterer Veranstaltungen zum Eintrittspreis im Währungsverhältnis 1:1 möglich. Bei privaten Veranstaltungen können wir allerdings nur bedingt Einfluß nehmen. Im übrigen kann ich denen, die danach gefragt haben, die erfreuliche Mitteilung machen, daß „die Insulaner“ in absehbarer Zeit wieder im Rundfunk zu hören sein werden.

Angesichts des verschärften Kurses in der Zone beschäftigen sich viele Zuschriften mit den Maßnahmen gegen die sogenannten Grenzgänger sowie mit den erschwerten Bedingungen für Reisen nach der Bundesrepublik. Mit steigender Sorge beobachten wir diese Entwicklung, die zweifellos das Ziel hat, die menschlichen Kontakte weiter einzuschränken und die Spaltung unserer Stadt und unseres Vaterlandes zu vertiefen.

#### Unbeantwortet gebliebene Fragen

Sie werden sich daran erinnern, daß ich am 16. Juni Herrn Ebert zehn Fragen vorgelegt habe, die sowohl die Gewährung von Erleichterungen bei der Ausstellung von Reise genehmigungen betrafen als auch die Beseitigung der aus politischen Gründen vorgenommenen Erschwerungen für die sogenannten Grenzgänger. Auf alle diese Fragen ist uns Herr Ebert bis heute die Antwort schuldig geblieben. Statt dessen versucht man, den Bewohnern der Zone und vor allem der Zonenrandgebiete einzureden, es sei ehrenrührig, ihre Arbeitskraft den angeblichen Imperialisten und Monopolkapitalisten zur Verfügung zu stellen oder im eigenen Land Angehörige oder Verwandte zu besuchen. Die Widersprüche zu den Einheitsbeteuerungen sind so gravierend, daß deren Unglaubwürdigkeit, wäre es nicht schon längst geschehen,



nun aber auch dem Letzten deutlich werden müßte. Dieses Gemisch von Zwangsmaßnahmen, Drohungen und sogenannter Aufklärung ist einerseits ein deutlicher Beweis für die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in der Zone, andererseits eine Bestätigung der Furcht, die die Machthaber in Pankow vor dem bloßen Vergleich vor dem Nebeneinander der Tatsachen haben.

Wir werden, obwohl unsere Mittel begrenzt sind, der jeweiligen Situation entsprechend geeignete Maßnahmen zu treffen bemüht sein, um unseren in existenzieller und in Gewissensnot befindlichen Landsleuten beizustehen.

Wir wissen alle — und ich möchte meinen, auch Herr Ulbricht ist, wenn auch widerwillig davon überzeugt —, daß nur ein Bruchteil der Bevölkerung in der Zone Anhänger seiner Ideologie und seiner Politik sind. Um seine Zwangsherrschaft aufrechtzuerhalten, braucht er die Vertiefung der Spaltung Deutschlands, muß er schikanieren und einschüchtern.

#### Die Flucht des Rektors der Jenaer Universität

Wie es tatsächlich aussieht, ist durch die Flucht des Rektors der Universität Jena noch einmal besonders deutlich geworden. Ich habe Prof. Hämel, der nicht nur Rektor der Friedrich-Schiller-Universität war, sondern auch Ehrenbürger der Stadt Jena ist, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums der Freien Universität Berlin kurz gesprochen. Es war ein von beiden Seiten behutsam geführtes Gespräch, und vielleicht deshalb um so erschütternder. Denn in Prof. Hämels Leben und Wirken nach 1945 offenbart sich in ganz besonderer Weise die Tragik der willkürlichen Spaltung unseres Vaterlandes. Hier war jemand, der glaubte, den ihm anvertrauten Menschen, Kranken und Studenten verpflichtet zu sein und deshalb eine Bürde tragen zu müssen, die schier unerträglich wurde. Daß Prof. Hämel, dem Befehl seines Gewissens und seines Herzens folgend, den Weg in den freien Teil Deutschlands fand, sollte vor allem jene nachdenklich stimmen, die in wenigen Tagen das 400jährige Bestehen einer deutschen Universität begehen, die mit dem Namen des Freiheitsdichters Friedrich Schiller verbunden ist.

#### Verordnung zum Schutz der türkischen Währung

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Die türkische Regierung hat im Amtsblatt Nr. 9972 vom 4. August 1958 die Verordnung Nr. 15 zum Schutze der türkischen Währung veröffentlicht. Die Verordnung enthält außer den bereits mitgeteilten Vorschriften über Devisenverkaufsprämien u. a. folgende Übergangsbestimmungen:

1. Für Devisenverkäufe, die nach Veröffentlichung der Verordnung erfolgen und sich auf Waren beziehen, die vor Veröffentlichung der Verordnung in die Türkei eingeführt wurden, sind keine Devisenverkaufsprämien zu zahlen.

2. Für Waren, die auf Kredit gekauft und in die Türkei eingeführt worden sind, finden die Bestimmungen über Devisenverkaufsprämien keine Anwendung, soweit die einzelnen Raten am Tage der Veröffentlichung der Verordnung noch nicht fällig waren.

3. Bei Devisenverkäufen, die auf Grund gültiger vor der Veröffentlichung der Verordnung ausgestellter Devisengenehmigungen für Dienstleistungen (unsichtbare Einfuhren) erfolgen, werden keine Devisenverkaufsprämien eingezogen.

4. Soweit vor der Veröffentlichung der Verordnung Devisen verkauft oder Gegenwerte in T£ bei zugelassenen Banken eingezahlt, die entsprechenden Waren jedoch noch nicht in das Land eingeführt worden sind, haben die Importeure die festgesetzten Devisenverkaufsprämien zu entrichten.

5. Auf Devisenerlöse aus vor Veröffentlichung der Verordnung ausgeführten Exporten wird bei dem Ankauf keine Devisenverkaufsprämie gezahlt. Dabei gelten Waren, für die eine Zollausfuhrerklärung ausgestellt wurde, als exportiert.

In einer zusätzlichen Verordnung zur Verordnung Nr. 14 zum Schutz der türkischen Währung wird u. a. folgendes bestimmt: Der Gesamtbetrag der Kredite, die von der Zentralbank der Türkischen Republik in der Zeit vom 1. Juli 1958 bis

zum 31. Dezember 1958 an staatlichen Behörden, Organisationen, Unternehmen und Banken gewährt werden, darf 400 Mill. T£ nicht überschreiten. Von diesem Gesamtkredit sind 250 Mill. T£ für das Staatsamt für landwirtschaftliche Produkte (Toprak Mahsulleri Ofisi) und 150 Mill. T£ für inländische Finanzierung vorgesehen.

#### Die Gaswirtschaft des Bundesgebiets im Juni

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Die endgültigen Zahlen der Gaswirtschaft des Bundesgebiets für den Monat Juni 1958 bestätigen die bereits in der Vormeldung berichtete Tatsache (vgl. BULLETIN Nr. 137 vom 31. Juli 1958), daß bei der Gasdarbietung der Ortsgaswirtschaft eine erhebliche Steigerung (+ 5,5 v. H.) gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat eingetreten ist. Der im Bericht für den Monat Mai festgestellte starke Verbrauchsrückgang in der Kokereigaswirtschaft hat sich im Juni um 6 v. H. verringert (— 1,0 v. H. gegenüber dem Vorjahresmonat). Die Gesamtgasdarbietung (Kokerei- und Ortsgas) ist gegenüber dem Juni 1957 praktisch unverändert geblieben. Bemerkenswert ist ein starker Rückgang der Gaskoksbestände im Juni 1958 von 467 000 auf 380 000 t, also um 19 v. H.

Nähere Einzelheiten sind aus nachfolgender Zahlentabelle zu entnehmen:

(Mengenangaben in Mill. Nm<sup>3</sup> (Ho = 4300 kcal/Nm<sup>3</sup>) bzw. in 1000 t

	1957	1958	Veränderung in v. H. gegen Vorjahr
1. Kokereigaswirtschaft			
Gaserzeugung und -gewinnung	1 684,2	1 677,7	— 0,4
Gasdarbietung gesamt	935,8	926,9	— 1,0
2. Ortsgaswirtschaft			
Mischgaserzeugung	237,2	227,6	— 4,0
Darbietung aus Erzeugung	192,5	201,1	+ 4,5
Klärgasbezug	0,8	0,9	+ 12,5
Kokereigasbezug	176,4	188,1	+ 6,6
gesamte Gasdarbietung	369,7	390,1	+ 5,5
3. Kokereigas- und Ortsgaswirtschaft			
gesamte Gasdarbietung	1 129,1	1 128,9	—
4. Kohle (Ortsgaswirtschaft)			
Verbrauch für Gaserzeugung	559,6	516,6	— 7,7
Gesamtverbrauch	563,2	520,2	— 7,6
Bestand am Monatsende	856,5	1 155,4	
Bestand in Tagen	46	67	
5. Koks (Ortsgaswirtschaft)			
Erzeugung	424,2	390,2	— 8,0
verkäuf. Koks	348,4	305,6	— 12,3
Bestand am Monatsende	187,0	380,2	

#### Bekanntgabe von Ratsbeschlüssen der OEEC

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Im Bundesanzeiger Nr. 160 vom 22. August 1958 wurden 1. der Ratsbeschluß C (58) 161 vom 2. Juli 1958 über die weitere Anwendung des Artikels 11 des Abkommens über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion, über das Zusatzprotokoll Nr. 10 zu diesem Abkommen und über das Zusatzprotokoll Nr. 2 zum Europäischen Währungsabkommen, 2. der Ratsbeschluß C (58) 162 vom 2. Juli 1958 über die Verrechnung der Überschüsse und Defizite bestimmter Vertragsparteien des Abkommens über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion in deutscher Übersetzung bekanntgegeben.

#### Spanien in der Agentur für Kernenergie der OEEC

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Bekanntlich nimmt Spanien seit Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der OEEC am 18. April 1958 an den Arbeiten der OEEC teil. Neuerdings ist es auch der Agentur für Kernenergie der OEEC als assoziiertes Mitglied angeschlossen.



blik seit dem Jahre 1950 zu verzeichnen ist. Bis zum Jahre 1953 lag die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe, also der langfristig Arbeitslosen, zum Teil ganz erheblich über der Zahl der Empfänger von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Dieses Verhältnis zeigt, daß in jener Zeit der Schwerpunkt bei der strukturellen Arbeitslosigkeit lag, bedingt durch die die wirtschaftlichen Beziehungen unterbindende Grenzziehung im Osten und die überdurchschnittliche Zusammenballung von Heimatvertriebenen in allen östlichen Randgebieten der Bundesrepublik von Schleswig-Holstein bis zum Bayerischen Wald. Es war das Hauptziel der Umsiedlung, das in diesen Gebieten brachliegende oder nicht voll ausgenutzte Arbeitspotential in die Industriegebiete der Bundesrepublik zu verlagern. Darüber hinaus ist es auch durch besondere Eingliederungsmaßnahmen gelungen, in den Notstandsgebieten neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

An Arbeitslosen wurden gezählt:

Übersicht VII

Im Durchschnitt des Rechnungs- jahres	Arbeitslose insgesamt einschließl. Berlin	davon Unterstützungsempfänger			Verhältnis
		insgesamt	Arbeitsl.- Geld (Versichg.)	Arbeitsl.- Hilfe (Fürsorge)	
1950	1 868 366	1 454 659	535 442	919 217	37 : 63
1951	1 721 823	1 377 656	478 746	898 910	35 : 65
1952	1 632 425	1 338 801	512 642	826 159	38 : 62
1953	1 511 487	1 255 774	525 128	730 646	42 : 58
1954	1 353 679	1 149 717	532 790	616 927	46 : 54
1955	994 253	817 053	444 820	372 233	54 : 46
1956	816 506	654 424	410 272	244 152	63 : 37
1957	785 813	646 719	453 092	193 627	70 : 30
Schätzung					
1958	765 000	631 000	465 000	166 000	74 : 26
1959	750 000	620 000	465 000	155 000	75 : 25

Übersicht VIII

## Aufwand (einschließlich Berlin)

Rechnungsjahr	Arbeitslosengeld in Millionen DM	Arbeitslosenhilfe in Millionen DM
1950	767	1 063
1951	819	1 191
1952	900	1 114
1953	1 040	1 042
1954	1 016	912
1955	915	554
1956	890	400
1957	1 146	355
Schätzung		
1958	1 220	320
1959	1 220	320

Beide Übersichten zeigen neben dem erfreulicherweise zu verzeichnenden Rückgang der Zahl der Arbeitslosen wie auch des versicherungs- und fürsorgemäßigen Geldaufwands, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Notstandsprogramme, Lastenausgleich, sozialer Wohnungsbau sowie der allgemeine Wirtschaftsaufschwung) der Bundesregierung von Erfolg waren. Weiterhin ist daraus abzulesen, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen der Arbeitslosen, den kurzfristigen Empfängern von Arbeitslosengeld (Versicherungsleistungen) und den langfristigen Empfängern von Arbeitslosenhilfe (früher Arbeitslosenfürsorge) in zunehmendem Maße zu Lasten der Arbeitslosenversicherung, also der kurzfristigen Existenzsicherung, verschoben hat. Mit anderen Worten: die Zahl der langfristig Arbeitslosen nimmt ständig ab. Bei der Mehrzahl der jetzt noch vorhandenen Empfänger von Arbeitslosenhilfe handelt es sich um solche Personen, die aus individuellen Gründen schwer in Arbeit zu vermitteln sind. Arbeitsmarktpolitisch gesehen, steht die Bundesrepublik

im Zeichen der Vollbeschäftigung. Dieser Tatbestand wird auch nicht durch die aus den Jahresergebnissen ermittelten Durchschnittszahlen abgeschwächt; denn diese Zahlen werden sehr stark durch die saisonale und fluktuierende Arbeitslosigkeit beeinflusst. Der Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der unselbständigen Erwerbspersonen betrug im Jahresdurchschnitt 1957 rd. 96,3 v. H., nach dem Stand vom Monat September 1957 rd. 98,1 v. H.

Der Rückgang beim Geldaufwand würde stärker in Erscheinung treten, wenn nicht die Leistungssätze in der Zwischenzeit wiederholt, zuletzt durch das Gesetz vom 23. Dezember 1956, verbessert worden wären.

Neben der Förderung der allgemeinen Wirtschaftsbelebung und den Eingliederungsmaßnahmen durch den Lastenausgleich wurden folgende besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme durchgeführt:

Übersicht IX

Rechnungs- jahr	Schwerpunkt- programm der Bundes- regierung	Mittel der Bundesanst. für Arbeits- vermittlung und Arbeitsl.- Versicherung in Millionen DM	Mittel des Bundes (für Arbeitslosen- hilfe- empfänger)	Zusammen
1950	300	51	54	405
1951	—	87	42	129
1952	—	191	37	228
1953	—	85	66	151
1954	—	111	82	193
1955	—	97	72	169
1956	—	39	49	88
1957	—	32	39	71
1958	—	17	46	63
Schätzung				
1959	—	30	32	62
Zusammen	300	740	520	1 560

## Kriegsfolgenhilfe

Die Aufwendungen der Kriegsfolgenhilfe nach dem Ersten Überleitungsgesetz in der Fassung vom 28. April 1955 sind die auf Grund gesetzlicher Anordnung von den Bezirks- und Landesfürsorgeverbänden oder den Ländern geleisteten Fürsorgekosten für Heimatvertriebene, Evakuierte, Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und der Stadt Berlin, Ausländer und Staatenlose, Angehörige der Kriegsgefangenen und Vermissten sowie Heimkehrer, ferner für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen, sofern noch zusätzliche Leistungen zu den Versorgungsleistungen zu gewähren sind. Außerdem gelten als Kosten der Kriegsfolgenhilfe Erziehungsbeihilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz, Erholungsfürsorge für Mütter, Kinder und Jugendliche, Gesundheitsfürsorge für Tbc- und Geschlechtskranke, Kriegsblinde und Hirnverletzte, allgemeine Maßnahmen für den Transport und die lagermäßige Unterbringung, z. B. für Sowjetzonenflüchtlinge, sowie Entlassungsgelder und Übergangsbeihilfen für Heimkehrer. Als Kriegsfolgenhilfe werden außerdem anerkannt die Kosten für Rückführung von Deutschen aus dem Ausland, für die Grenzdurchgangs- und Notaufnahmehäuser, die Rückführung von Evakuierten, Beihilfen zur Wiederherstellung der Gesundheit von Heimkehrern sowie Entschädigungs- und Ersatzleistungen nach dem Flüchtlingsnotleistungsgesetz u. a. m.

Die Kriegsfolgenhilfekosten stellen einen Teil der Aufwendungen innerhalb der Allgemeinen Fürsorge dar. Die innerhalb der Allgemeinen Fürsorge auf die Kriegsfolgenhilfe entfallenden Kosten wurden bei der Übernahme dieser Lasten von den Ländern im Jahre 1950 vom Bund in Höhe von 75 v. H., ab 1951 in Höhe von 85 v. H. getragen. Nach dem Vierten Überleitungsgesetz werden ab 1955 diese Leistungen auf der Grundlage der Aufwendungen in der Zeit vom 1. Juli 1953 bis zum 30. Juni 1954 pauschaliert. Die Länder erhielten in der Form von Pauschalbeträgen für das Rechnungsjahr 1955 100 v. H. der in dem obengenannten Zeitraum nachgewiesenen Aufwendungen. Die den Ländern zu zahlenden Pauschalbeträge vermindern sich in den nachfolgenden Rechnungsjahren stufenweise in der Weise, daß ab 1969 weitere Bundeszahlungen für



die erwähnten Personengruppen und Aufgaben entfallen, da unterstellt wurde, daß diese Kriegsfolgelast dann praktisch nicht mehr vorhanden ist.

Ausgenommen worden sind von der Pauschalierung die Fürsorgekosten für die Sowjetzonenflüchtlinge, weil der Zustrom der Sowjetzonenflüchtlinge, der von den politischen Maßnahmen in der Sowjetzone abhängt, erheblichen Schwankungen unterworfen ist, die eine Pauschalierung der hierdurch entstehenden Aufwendungen nicht zulassen. Außerdem werden noch die Leistungen der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene nach §§ 25 bis 27 des Bundesversorgungsgesetzes vom Bund in voller Höhe getragen.

Die Entwicklung der Ausgaben zeigt folgendes Bild:

Übersicht X

Im Durchschnitt des Jahres	Fürsorge- empfänger insgesamt Parteien	Davon Kriegs- folgenhilfe- empfänger Parteien	mithin Verhältnis		Aufwand	
			Allgem. Fürsorge	Kriegs- folgen- hilfe	Allgem. Für- sorge	Kriegs- folgen- hilfe
			in Millionen DM			
1950	869 470	393 760	44,7	: 45,3	429	522
1951	720 130	302 490	58,0	: 42,0	466	534
1952	700 449	287 040	59,3	: 40,7	494	625
1953	736 410	311 320	57,7	: 42,3	536	710
1954	738 220	313 120	57,6	: 42,4	646	708
1955	723 300	305 000	57,8	: 42,2	700	737
1956	759 171				514	782
1957	704 000				564	728
Schätzung						
1958	700 000				580	671
1959	700 000				580	670

Vom Jahre 1956 ab wird wegen der Pauschalregelung die Fürsorgestatistik nicht mehr getrennt nach allgemeiner Fürsorge und Kriegsfolgenhilfe geführt.

#### Zuschüsse an den Lastenausgleich

Durch das Inkrafttreten des Soforthilfe- und später des Lastenausgleichsgesetzes erhielten sehr viele Heimatvertriebene, Kriegs- und Währungsgeschädigte usw. Unterhaltshilfeleistungen aus dem Soforthilfe- bzw. Lastenausgleichsfonds, die vorher als Fürsorgeleistungen von den Gemeinden (Länder) aufgebracht werden mußten. Ohne Zweifel ist durch die Errichtung des Soforthilfe- bzw. Lastenausgleichsfonds bei den Gemeinden (Ländern) wie auch beim Bund, der für die Kriegsfolgenhilfe-Empfänger aufzukommen hat, eine gewisse Ersparnis der Aufwendungen eingetreten. Im wesentlichen zum Ausgleich dieser ersparten Fürsorge-(Kriegsfolgenhilfe-)leistungen zahlt der Bund neben den Ländern auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes jährliche Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds. Diese betragen:

Übersicht XI

Rechnungs- jahr	Zuschuß an den Lasten- ausgleichs- fonds	Verstärkung des Härtefonds	Zusammen
in Millionen DM			
1952	79,7	—	79,7
1953	116,2	—	116,2
1954	132,2	—	132,2
1955	167,4	—	167,4
1956	136,6	100,0	236,6
1957	242,8	100,0	342,8
1958	141,7	100,0	241,7
1959	287,2	100,0	387,2
	1 303,8	400,0	1 703,8

#### Umsiedlung und Auswanderung

Dieses Haushaltskapitel spiegelt zwei Bewegungen wider. Die seit dem Jahre 1949 laufende Umsiedlungsaktion soll die überdurchschnittlich mit Heimatvertriebenen belegten Länder entlasten und Heimatvertriebene zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß in produktionsintensiven Ländern ansiedeln. Parallel hierzu laufen die Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, um die erforderlichen Wohnungen neben den Arbeitsstätten zu errichten. Es wurden umgesiedelt:

Übersicht XII

Rechnungsjahr	Heimat- vertriebene	Aufwand in Millionen DM
1950	194 314	12,6
1951	96 509	8,2
1952	141 881	12,7
1953	153 653	15,0
1954	105 472	11,9
1955	95 000	16,6
1956	53 902	17,8
1957	46 144	15,0
Schätzung		
1958	50 000	14,1
1959	40 000	13,0
Zusammen	976 875	136,9

Nach dem im Grundgesetz verankerten Recht der Freizügigkeit steht jedem Bürger der Bundesrepublik die Auswanderung frei. Die staatliche Förderung der Auswanderung hatte ihren Ursprung in dem Bestreben, das durch die große Zahl von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen überbevölkerte Bundesgebiete zu entlasten und diesen Personen die Gründung einer Existenz zu erleichtern. Wenn auch dieser Grund inzwischen mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist, so wird die Auswanderung doch auch jetzt noch in begrenztem Umfange aus Bundesmitteln gefördert, da die Überfahrt- und Ansiedlungskosten von den Auswanderungswilligen oft nicht aufgebracht werden können.

Übersicht XIII

Rechnungsjahr	Es gelangten zur Auswanderung Personen	An Mitteln wurden bereitgestellt in Millionen DM
1950	35 000	1,5
1951	61 000	10,4
1952	59 000	8,1
1953	60 933	10,2
1954	61 614	10,7
1955	48 567	10,4
1956	68 135	10,2
1957	51 000	15,0
Schätzung		
1958	40 000	6,9
1959	40 000	6,7
Zusammen	525 249	90,1

#### Bundesbeihilfen zur betrieblichen Altersfürsorge

Auf Grund der Bundesrichtlinien vom 17. Oktober 1951 werden zum Ausgleich von Härten im Rahmen der betrieblichen Altersfürsorge Bundesbeihilfen an solche Unterstützungseinrichtungen der betrieblichen Altersfürsorge gewährt, die durch Kriegseinwirkungen so große Verluste erlitten haben, daß sie die für die betrieblichen Pensionseinrichtungen erforderlichen Mittel nicht aufbringen können. Die Leistungen sind ihrer Natur nach auslaufend, sie kommen mit der zunehmenden wirtschaftlichen Gesundung der Betriebe in Wegfall. Für das Rechnungsjahr 1959 sind die Ausgaben auf 3,5 Mill. DM geschätzt worden.



## B.

## Die durch Beiträge gedeckten Sozialleistungen

Zur Sicherung gegen die Risiken des Lebens, Invalidität, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter und Kinderreichtum, sind verschiedene Versicherungszweige geschaffen worden, die Rentenversicherungen für die Arbeiter, Angestellten und Bergleute, dazu die Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie die Familienausgleichskassen. Diese sich aus

Beiträgen bzw. Umlagen finanzierenden Versicherungsträger tragen auch heute noch den Hauptteil der sozialen Sicherung. Die Staatszuschüsse, die verschiedene Versicherungsträger erhalten, sind im Teil A behandelt worden.

Das Beitragsaufkommen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung betrug:

Übersicht XIV  
(Beitragsaufkommen)

	1938	1950	1953	1956	1957	1958	1959
			in Mill. RM bzw. DM			Schätzung	
a) Rentenversicherung	1 977	3 652	5 658	8 369	11 354	11 740	12 250
b) Unfallversicherung	225	611	877	1 074	1 430	1 530	1 590
c) Krankenversicherung	1 754	2 022	3 289	4 392	4 752	5 160	5 360
d) Arbeitslosenversicherung	1 746	1 098	1 600	1 619	1 335	1 400	1 450
e) Familienausgleichskassen (Kindergeld)	—	—	—	470	490	570	570
Zusammen	5 702	7 383	11 424	15 924	19 361	20 400	21 220

Im Zusammenhang mit dem absoluten Aufkommen aus Beiträgen bzw. Umlagen ist die gegenwärtige Beitragsbelastung, die anteilig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufzubringen ist, von Bedeutung. Volkswirtschaftlich gesehen, stellen

die Arbeitgeberanteile einbehaltene Lohn- bzw. Gehaltsteile dar, die an die jeweiligen Versicherungsträger abgeführt werden. Die Belastung mit Beiträgen (Umlagen) für das Rechnungsjahr 1959 beträgt:

Übersicht XV

	Gewerbliche Wirtschaft		Bergbau		Bund
	Arbeit- nehmer	Arbeit- geber	Arbeit- nehmer in v. H.	Arbeit- geber	
Renten- versicherung	7,0	7,0	8,5	15,0	—
Arbeitslosen- versicherung	1,0	1,0	—	—	—
Kranken- versicherung *)	Durchschnitt 4,25	4,25	4,0	4,0	1,0
Unfall- versicherung *)		2,5	—	12,5	—
Kindergeld *)		1,1	—	1,05	—
	12,25	15,85	12,5	32,55	1,0
	28,10			46,05	

\*) einschl. der dem Bundestag vorliegenden Reformgesetzentwürfe

Aus diesen Beiträgen (Umlagen) haben die Sozialversicherungsträger folgende Leistungen (ohne Bundesanteile und unter Ausschaltung von Doppelzahlungen) erbracht:

Übersicht XVI  
(Leistungen aus Beiträgen)

	1938	1950	1953	1956	1957	1958	1959
			in Mill. RM bzw. DM			Schätzung	
a) Rentenversicherung	1 338	3 137	3 887	6 659	9 763	11 440	12 061
b) Unfallversicherung	332	512	820	1 034	1 397	1 495	1 550
c) Krankenversicherung	1 003	1 820	2 848	4 400	4 959	5 030	5 100
d) Arbeitslosenversicherung	725	677	1 101	860	1 131	1 150	1 150
e) Familienausgleichskassen (Kindergeld)	—	—	—	450	481	552	552
Zusammen	3 398	6 146	8 656	13 403	17 731	19 667	20 413



Der Vergleich der Übersicht XIV (Beitragsaufkommen) mit der Übersicht XVI (Leistungen) zeigt, daß die Rentenversicherungsträger und die Arbeitslosenversicherung in den vergangenen Jahren erhebliche Überschüsse erzielt haben. Die angesammelten Überschüsse betragen:

Übersicht XVII

	1953	1954	am Ende der Rechnungsjahre			1958	1959
			1955	1956	1957		
			in Mill. DM			Schätzung	
Rentenversicherungsträger (ArV, AnV, KnV)	4 153	5 940	7 770	9 900	11 720	12 370	12 810
Arbeitslosenversicherung	1 788	2 282	2 581	3 096	3 058	3 100	3 150

Die bei diesen Versicherungsträgern vorhandenen Überschüsse, die der Bildung einer Vermögensrücklage dienen, sind zur Zeit beträchtlich. Für den Bereich der Arbeitslosenversicherung, deren Träger gesetzlich nicht verpflichtet ist, eine Vermögensrücklage oder eine Kassenreserve in bestimmter Höhe zu bilden, ist aus der Vermögensentwicklung bereits die Konsequenz gezogen worden, indem bei Erlass des Renten-Mehrbetrags-Gesetzes 1 v.H. des Beitragssatzes von der Arbeitslosenversicherung auf die Rentenversicherungsträger übertragen wurde; aus Anlaß der Rentenreform wurde weiterhin 1 v.H. des Beitragssatzes auf die Rentenversicherung verlagert.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten durch die Renten-

versicherungs-Neuregelungsgesetze wurde das Anwartschaftsdeckungsverfahren zugunsten eines Abschnittsdeckungsverfahrens (modifiziertes Umlageverfahren) aufgegeben. Danach soll in jedem der zehnjährigen Deckungsabschnitte der Beitragssatz so bemessen sein, daß der Wert aller in diesem Deckungsabschnitt eingehenden Beiträge und sonstigen Einnahmen samt dem Vermögen mit Zins und Zinseszins den Betrag deckt, der erforderlich ist, damit alle in dem betreffenden Deckungsabschnitt zu leistenden Aufwendungen bestritten werden können und außerdem am Ende des Deckungsabschnitts eine Rücklage verbleibt, die den Ausgaben im letzten Jahre des Deckungsabschnitts abzüglich der Bundeszuschüsse gleichkommt.

## C.

## Der Gesamt-Sozialhaushalt der Bundesrepublik

Die Zusammenfassung der aus Steuern und Beiträgen gedeckten Sozialleistungen zeigt im Verhältnis zur gesamten Abgabenbelastung sowie zum Sozialprodukt folgende Entwicklung:

Übersicht XVIII

## Die sozialen Leistungen der Bundesrepublik einschließlich Berlin

Sämtliche Grundzahlen (Haushaltszahlen der Versicherungsträger) und Bezugsgrößen (Steueraufkommen, Sozialprodukt) sind zur Anpassung an die Rechnungsergebnisse des Bundeshaushalts auf das jeweilige Rechnungsjahr umgerechnet worden.  
Beträge in Mill. DM bzw. RM (sämtliche Beträge ohne Verwaltungskosten)  
Stand: Oktober 1958

	Reichsgebiet				Bundesgebiet einschl. Berlin				
	1913	1929	1938	1950	1953	1956	1957	1958 <sup>1)</sup>	1959 <sup>1)</sup>
1. Leistungen der sozialen Selbstverwaltungen aus Beiträgen (Umlagen)									
a) Rentenversicherungen (ArV, AnV, KnV) <sup>2)</sup>	215	1 200	1 338	3 137	3 887	6 659	9 763	11 440	12 061
b) Unfallversicherung <sup>3)</sup>	179	350	332	512	820	1 034	1 397	1 495	1 550
c) Krankenversicherung <sup>4)</sup>	506 <sup>5)</sup>	2 023	1 003	1 820	2 848	4 400	4 959	5 030	5 100
d) Arbeitslosenversicherung <sup>6)</sup>	—	1 162	725	677	1 101	860	1 131	1 150	1 150
e) Kindergeld (Familienlastenausgleich)	—	—	—	—	—	450	481	552	552
Summe 1	900	4 735	3 398	6 146	8 656	13 403	17 731	19 667	20 413
2. Soziale Leistungen der Gebietskörperschaften									
a) Kriegsopferversorgung <sup>7)</sup>	63	1 627	1 037	2 290	2 986	3 582	3 596	3 575	3 336
b) Zuschüsse zur Sozialversicherung <sup>2)</sup>	59	582	583	700	2 502 <sup>8)</sup>	4 021	4 745	4 843	5 238
c) Arbeitslosenhilfe <sup>9)</sup>	—	225	60	1 117	1 108 <sup>10)</sup>	450	394	366	352
d) Öffentliche Fürsorge									
aa) Kriegsfolgenhilfe (Bund)	—	—	—	522	710	782	728	671	670
bb) Allgemeine Fürsorge (Länder)	371	1 053	928	429	536	514	564	580	580
e) Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds									
aa) Bund	—	—	—	—	116	237	343	242	387
bb) Länder	—	—	—	—	189	274	286	283	574
f) Umsiedlung und Auswanderung	—	—	—	14	25	28	30	21	20
g) Betriebliche Altersfürsorge	—	—	3	—	7	5	4	5	4
Summe 2	493	3 487	2 611	5 072	8 179	9 893	10 690	10 586	11 161
davon Bund	—	—	—	4 643	7 454	9 105	9 840	9 723	10 007



	Reichsgebiet				Bundesgebiet einschl. Berlin				
	1913	1929	1938	1950	1953	1956	1957	1958 <sup>1)</sup>	1959 <sup>1)</sup>
3. Sozialleistungen vom Sondervermögen (Soforthilfegesetz bzw. Lastenausgleichsgesetz)									
a) Unterhaltshilfe	—	—	—	691	670	827	852	850	800
b) Ausbildungshilfe	—	—	—	33	89	101	82	75	65
c) Hausratshilfe	—	—	—	251	923	820	1 146	700	— <sup>11)</sup>
Summe 3	—	—	—	975	1 682	1 748	2 080	1 625	865
Zur Ausschaltung der Doppelzählung sind die Zuschüsse des Bundes und der Länder abzusetzen <sup>12)</sup>	—	—	—	—	305	511	629	525	500
Summe 4	—	—	—	975	1 377	1 237	1 451	1 100	365
4. Sozialleistungen insgesamt <sup>16)</sup>	1 393	8 222	6 009	12 193	18 212	24 533	29 872	31 353	31 939
5. Abgabenbelastung									
a) Steuern <sup>13)</sup>	4 064	13 509	22 907	20 917	36 719	47 892	50 440	52 800	55 780
b) Beiträge zur Sozialversicherung									
aa) ArV, AnV, KnV	505	1 667	1 977	3 652	5 658	8 369	11 354	11 740	12 250
bb) Unfallversicherung	195	406	225	611	877	1 074	1 430	1 530	1 590
cc) Krankenversicherung <sup>14)</sup>	596	2 241	1 754	2 022	3 289	4 392	4 752	5 160	5 360
c) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	—	869	1 746	1 098	1 600	1 619	1 335	1 400	1 450
d) Beiträge zur Familienausgleichskasse	—	—	—	—	—	470	490	570	570
Summe 5	5 360	18 692	28 609	28 300	48 143	63 816	69 801	73 200	77 000
6. Sozialleistungen in v.H. der Abgabenbelastung	26,0	43,9	21,0	43,1	37,8	38,4	42,8	42,8	41,5
7. Bruttosozialprodukt <sup>15)</sup>	45 600	88 800	100 950	101 060	149 457	201 648	218 663	233 000	245 700
8. Sozialleistungen in v.H. des Bruttosozialprodukts	3,1	9,3	6,0	12,1	12,2	12,2	13,6	13,5	13,0

Die hier erfaßten Aufwendungen stellen Netto-Sozialleistungen dar, d. h. die bei den einzelnen Leistungsträgern entstehenden Verwaltungskosten blieben unberücksichtigt. Rechnet man jedoch die bei der Durchführung der Sozialgesetze unvermeidbar erwachsenden Verwaltungskosten, die beispielsweise bei den Sozialversicherungsträgern aus dem Beitragsaufkommen vorab gedeckt werden müssen, dem Sozialaufwand zu, so ergeben sich für das Rechnungsjahr 1959 Brutto-Sozialleistungen in Höhe von 33 958 Mill. DM (vgl. hierzu Anm. 16 zu Übersicht XVIII). Im Rahmen sozialpolitischer Überlegungen wird es jedoch sachlich für richtiger gehalten, von den Beträgen auszugehen, die den Anspruchsberechtigten tatsächlich zufließen, d. h. also von den Netto-Sozialleistungen.

Aus der Übersicht XVIII ist ersichtlich, daß die Sozialleistungen seit dem Rechnungsjahr 1950 um mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen sind, d. h. von rd. 12,2 Mrd. DM auf rd. 32 Mrd. DM. Umgerechnet auf den Kopf der Gesamtbevölkerung in Höhe von rd. 53,4 Millionen (Bundesgebiet und West-Berlin) ergibt sich hiernach eine Sozialbelastung von 598 DM; umgerechnet pro Kopf der Erwerbspersonen in Höhe von rd. 26,3 Millionen (Bundesgebiet und West-Berlin) ergibt sich eine Sozialbelastung von rd. 1216 DM. Parallel dazu ist auch die Abgabenbelastung (Steuern + Beiträge) von 1950 bis 1959 auf fast das Dreifache gestiegen, und zwar von rd. 28 Mrd. DM auf 77 Mrd. DM. Die Abgabenbelastung beträgt somit jetzt pro Kopf der Bevölkerung 1442 DM, pro Kopf der Erwerbspersonen 2928 DM.

### Anmerkungen zur Übersicht XVIII

1. Haushaltsansätze bzw. Schätzung.

2. Erfaßt sind die Ausgaben für Rentenleistungen, Heilverfahren, Krankenversicherung der Rentner, sonstige Sachkosten, jedoch ohne Verwaltungskosten. Abgesetzt sind die in den Beträgen Ziffer 2 Buchst. b) enthaltenen Bundeszuschüsse an die Rentenversicherungsträger.

3. Renten, Krankengelder, Krankenbehandlung, Unfallverhütung, Abfindungen, Sterbegelder, Witwenbeihilfen, Berufsfürsorge.

4. Krankenbehandlung, Zahnbehandlung, Kranken- und Wochenhilfe für Mitglieder und Familienangehörige, Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge, Sterbegelder (ohne Krankenversicherung der Rentner).

Zur Vermeidung von Doppelzählung sind die Aufwendungen für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe in Höhe der Beiträge abgesetzt, da die Beiträge vom Bund getragen werden und in dem Betrag Ziffer 2 Buchst. c) enthalten sind.

5. Beträge für 1914, da 1913 noch das alte Krankenversicherungsgesetz in Kraft war.

6. Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (ohne Sofortprogramm), Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit.

7. Die vom Bund für die Kriegsoferversorgung aufgewandten Verwaltungskosten sind in der Übersicht II nachgewiesen.

8. Einschließlich 551 Mill. DM Erstattung in Schuldbuchforderungen.

9. Zu diesen Leistungen des Bundes treten als Verwaltungskostenerstattung hinzu:

Rechnungsjahr 1953	60,7 Mill. DM
Rechnungsjahr 1956	19,7 Mill. DM

Rechnungsjahr 1957	17,5 Mill. DM
Rechnungsjahr 1958	16,2 Mill. DM
Rechnungsjahr 1959	15,7 Mill. DM.

10. Einschließlich 185 Mill. DM Erstattung in Schuldbuchforderungen.

11. Hausratshilfe nicht mehr hinzugerechnet, da diese jetzt als Hausratsentschädigung gewährt wird und deshalb nicht mehr als konsumtive Sozialleistung anzusehen ist.

12. Für die Zusammenfassung der Sozialleistungen sind die Zuschüsse des Bundes und der Länder (Ziffer 2 Buchst. e) abgesetzt worden, mit Ausnahme des 1959 zu leistenden Zuschusses von 461 Mill. DM zur Auffüllung des Aufkommens aus den Lastenausgleichsabgaben.

13. Erfaßt wurden Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden zuzüglich Kohlenbergbauabgabe und Soforthilfe bzw. Lastenausgleichsabgabe (einschl. Vermögensteuer, Hypothekengewinn- und Kreditgewinnabgabe).

Lastenausgleichsabgabe:

Rechnungsjahr 1953	2043 Mill. DM
Rechnungsjahr 1956	2179 Mill. DM
Rechnungsjahr 1957	2036 Mill. DM
Rechnungsjahr 1958	1933 Mill. DM (veranschlagt)
Rechnungsjahr 1959	1910 Mill. DM (veranschlagt).

14. Ohne Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner sowie der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

(Fortsetzung nächste Seite)



15. Für das Reichsgebiet nach Kalenderjahren, für das Bundesgebiet auf Rechnungsjahre umgerechnete Werte.

	1956	1957	1958	1959
	in Millionen DM			
16. Rechnet man zu diesen Netto-Sozialleistungen von	24 533	29 872	31 353	31 939
die Verwaltungskosten hinzu mit	1 626	1 894	2 004	2 019
so ergeben sich Brutto-Sozialleistungen von	26 209	31 766	33 357	33 958
Die Verwaltungskosten einschließlich der Sonstigen Ausgaben (Verfahrenskosten, Beitragszahlung usw.) setzen sich wie folgt zusammen:				
	1956	1957	1958	1959
	Schätzung in Millionen DM			
Rentenversicherungsträger	263	321	359	374
Krankenversicherung	367	380	390	400
Unfallversicherung	129	140	150	160
Arbeitslosenversicherung	374	376	384	390
Arbeitslosenhilfe	19	17	16	16
Öffentliche Fürsorge	150	155	155	160
Lastenausgleich *)	204	322	352	314
Kriegsopferversorgung	158	168	183	190
Familienlastenausgleich (Kindergeld)	12	15	15	15
Zusammen	1676	1894	2004	2019

\*) Die Beträge wurden aus den vom Bund geleisteten Abschlagszahlungen ermittelt.

## Erleichterungen im Post-Zollverkehr

Das Bundesministerium der Finanzen teilt mit: Am 1. Dezember 1958 tritt eine Verordnung des Bundesministers der Finanzen in Kraft, nach der künftig von Geschenken mit einem Rohgewicht bis zu 10 kg und einem Warenwert bis zu 50 DM, die von Privat an Privat gesandt werden, keine Eingangsabgaben mehr erhoben werden, ohne daß es auf Bedürftigkeit oder Verwandtschaft ankommt. Das entspricht dem Umstand, daß weite Bevölkerungskreise im Zuge der internationalen Annäherung der Völker in engere Beziehungen zum Ausland getreten sind, die zum ständig wachsenden Austausch kleiner Geschenke führen. Um eine mißbräuchliche Ausnutzung zu vermeiden, sind Waren wie Kaffee, Tee, Spirituosen und Tabakwaren von der Vergünstigung ausgeschlossen. Gleichzeitig wird zur Beschleunigung und Vereinfachung des Postverkehrs der Kreis der Waren, die von der Post dem Empfänger unmittelbar zugestellt werden können, ohne den Zoll durchlaufen zu müssen, erheblich erweitert. Außer Geschäftspapieren und Phonopostsendungen sind zur Förderung des Austausches von Kulturgütern Bücher, Zeitungen und Zeitschriften von der Gestellung befreit und damit auch frei von Eingangsabgaben. Mit dieser Maßnahme geht die Bundesrepublik weiter als jedes europäische Land.

(Schluß der Finanzpolitischen Mitteilungen)

## Europäische Sozialcharta

### Erörterung durch eine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation

Eine dreigliedrige Konferenz, die auf Ersuchen des Europarates von der Internationalen Arbeitsorganisation einberufen wurde, wird vom 1. bis 13. Dezember 1958 in Straßburg tagen, um den Entwurf der Europäischen Sozialcharta zu erörtern, der vom Sozialausschuß des Ministerkomitees des Europarates ausgearbeitet wurde. Wie die Zusammensetzung der jährlichen Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation wird auch die Straßburger Konferenz dreigliedrig sein, d. h. sie setzt sich aus zwei Regierungsvertretern und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter für jeden Staat, der sowohl Mitglied des Europarates wie der Internationalen Arbeitsorganisation ist, zusammen. Dadurch ist gewährleistet, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Möglichkeit haben werden, konstruktiv an der Gestaltung der Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta mitzuarbeiten.

#### Inhalt der Charta

In der Europäischen Sozialcharta versichern die Regierungen der Mitgliedsländer des Europarates, indem sie sich die Prinzipien, die der Tätigkeit des Europarates zugrunde liegen, vergegenwärtigen, daß sie entschlossen sind, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, den Lebensstandard ihrer Völker zu verbessern und ihren sozialen Wohlstand zu heben. Die Vertragsparteien erkennen als Ziel ihrer Sozialpolitik, das sie mit allen zweckmäßigen Mitteln verfolgen werden, eine Sicherung der tatsächlichen Ausübung folgender Rechte und Grundsätze an: das Recht auf Arbeit, das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen, das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das Vereinigungsrecht, das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Schutz, das Recht der weiblichen Arbeitnehmer auf Schutz, das Recht auf Berufsberatung, das Recht auf berufliche Ausbildung, das Recht auf Schutz der Gesundheit, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf soziale und ärztliche Hilfe, das Recht der Behinderten auf Eingliederung und Wiedereingliederung, das Recht der Familie auf sozialen und wirtschaftlichen Schutz, das Recht der Mütter und Kinder auf sozialen und wirtschaftlichen Schutz, das Recht auf Ausübung der Erwerbstätigkeit in anderen Mitgliedstaaten, das Recht der Wanderarbeiter auf Schutz und Beistand. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, mindestens zehn Artikel oder 45 Paragraphen, in die die vorgenannten Grundrechte im Teil II

der Charta aufgegliedert werden, für sich als bindend anzusehen. Bei Ratifizierung der Sozialcharta ist jede Vertragspartei gehalten, dem Europarat die Artikel und Paragraphen, zu deren Einhaltung sie sich verpflichtet, mitzuteilen.

#### Berichte der Regierungen

Der Entwurf sieht vor, daß die Regierungen dem Europarat alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen, der die Anwendung der von ihnen angenommenen Bestimmungen der Charta behandelt. Auch die Einzelheiten der Prüfung dieser Berichte werden ausgeführt. Auf sozialem Gebiet stellt die Charta eine Ergänzung zu der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten dar. Als Diskussionsgrundlage wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär des Europarates ein Bericht erstellt, der die Bestimmungen des Entwurfs der Charta den entsprechenden Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, die durch internationale Übereinkommen und Empfehlungen auf zahlreichen Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen wurden, gegenüberstellt. Konferenzteilnehmer sind folgende Länder: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Türkei und das Vereinigte Königreich. Beratende Mitglieder sind: Delegationen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, des Europarates und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Beobachter entsenden: die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Westeuropäische Union, die Europäische Atomenergie-Gemeinschaft und das Zwischenstaatliche Komitee für Europäische Auswanderung.

## Deutsches Wahlkonsulat auf den Kanarischen Inseln

Das Auswärtige Amt teilt mit: Das Wahlkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Las Palmas de Gran Canaria ist am 3. November 1958 eröffnet worden. Konsul ist Herr Harald Flick. Der Amtsbezirk umfaßt die Ostkanarischen Inseln, Gran Canaria, Fuerteventura, Lobos, Lanzarote, Granciosa, Montaña Clara und Alegraza. Die Anschrift der Behörde lautet: Las Palmas de Gran Canaria, Juan Rejon 91, Tel. 3089.



# FINANZPOLITISCHE MITTEILUNGEN

des Bundesministeriums der Finanzen

26. November 1958

Nr. 218/S. 2163

## Die sozialen Leistungen der Bundesrepublik

Von Ministerialrat Dr. Konrad Elsholz, Bundesministerium der Finanzen

Den Sozialausgaben kommt wegen ihrer Größenordnung innerhalb des Bundeshaushalts besondere Bedeutung zu; sie stellen innerhalb des Bundeshaushalts im großen und ganzen gesehen einen starren Ausgabenblock dar. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung und sind weitgehend unbeeinflussbar, abgesehen von solchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich auf die Ausgabenhöhe etwa bei der Arbeitslosenhilfe und den Ausgleichsrenten der Kriegsoferversorgung u.a.m. auswirken. Allerdings ist im Hinblick auf die Entwicklung, die die Sozialausgaben seit dem Jahre 1950 bis heute genommen haben, festzustellen, daß diese in ihrer Entwicklungstendenz nur in der Richtung nach unten, nicht aber nach oben starr sind. Dies liegt zu einem Teil in der Natur der Sache, weil die Sozialleistungen bei den ausschließlich auf soziale Hilfe angewiesenen Menschen ein bestimmtes Existenzminimum niemals unterschreiten dürfen und auch, insgesamt gesehen, der Personenkreis der Anspruchs-

berechtigten ständig zugenommen hat, zum anderen Teil in der sozialen Verpflichtung der Bundesrepublik, die nach Artikel 20 des Grundgesetzes ein „sozialer Bundesstaat“ ist, und sich Regierung wie Parlament einig sind in der Aufgabe, die innere Wohlfahrt des Staates zu fördern und darum entsprechend der Entwicklung des Sozialprodukts bemüht waren, die Lage der Hilfsbedürftigen ständig zu verbessern. Die Einführung der sich an der Lohnentwicklung orientierenden Produktivitätsrente in der gesetzlichen Rentenversicherung ist Ausdruck dieses sozialpolitischen Bestrebens.

Die nachfolgende Zusammenstellung technischer Daten, die sich auf die Angabe der Anzahl der anspruchsberechtigten Personen wie der Entwicklung der Ausgaben in den einzelnen Sozialbereichen auf Grund der bestehenden gesetzlich festgelegten Leistungssätze beschränkt, dürfte der Beurteilung der finanziellen Auswirkung weiterer Pläne zur Verbesserung sozialrechtlicher Regelungen dienlich sein.

### A.

#### Die aus Steuern gedeckten Sozialleistungen

Der Anteil der Sozialausgaben an den Bundesaussgaben betrug:

##### Übersicht I

(Bundesgebiet einschließlich Berlin [West])

	1950	1953	1956	1957	1958	1959
	in Milliarden DM					
Bundesaussgaben (ohne durchlaufende Posten, insbes. Lastenausgleichs- und Kohlenbergbauabgabe)	12,4	23,5	28,4	32,4	36,5	37,0
Sozialausgaben	4,7	7,5	9,1	9,8	9,7	10,0
in vom Hundert	37,9	31,9	32,0	30,5	26,6	27,0

Im Durchschnitt der Jahre seit 1950 entfallen somit rund 30 v. H. der Bundesaussgaben auf die Sozialleistungen. Als Sozialleistungen im engeren Sinne sind hier nur die Zuschüsse an die Sozialversicherung, Kosten der Kriegsoferversorgung, Kriegsfolgenhilfe, Arbeitslosenhilfe usw. (s. Übersicht II) erfaßt. Wie bei den Bundesaussgaben, die im Jahre 1959 rd. 15 v. H. des Bruttosozialprodukts ausmachen, zeigt die ständige Zunahme der Sozialausgaben die gleiche steigende Tendenz unbeschadet der Tatsache, daß der Anteil der Sozialausgaben an den Bundesaussgaben selbst wegen steigender anderer Lasten abgenommen hat.

#### Rechtsgrundlagen

Nach Artikel 120 des Grundgesetzes trägt der Bund die sozialen Kriegsfolgenlasten nach näherer Bestimmung eines Bundesgesetzes und die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Dieses im Artikel 120 des Grundgesetzes genannte Bundesgesetz ist in Gestalt des „Ersten Gesetzes zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund“ ergangen, das jetzt in der Fassung des Vierten Überleitungsgesetzes vom 27. April 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 189) gilt. Hiernach sind mit Wirkung vom 1. April 1950 die

bis dahin von den Ländern geleisteten Ausgaben für die Kriegsfolgenhilfe, Kriegsoferversorgung, Arbeitslosenfürsorge, Zuschüsse zur Sozialversicherung u.a.m. auf den Bund übergeleitet worden. Im einzelnen hat der Bund nach dem zur Zeit geltenden Recht den Finanzbedarf auf Grund folgender Gesetze sicherzustellen:

#### Kriegsoferversorgung

Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges vom 20. Dezember 1950 nebst Novellen vom 19. März 1952, 7. August 1953, 19. Januar 1955, 6. Juni 1956 und 1. Juli 1957. — Gesetz über die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 13. Juni 1950 in der Fassung vom 30. April 1952. — Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz) in der Fassung vom 13. März 1957.

#### Zuschüsse zur Sozialversicherung

##### a) Rentenversicherung

Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter vom 23. Februar 1957. — Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten vom 23. Februar 1957. — Gesetz zur Neuordnung der knappschaftlichen Rentenversicherung vom 21. Mai 1957. — Gesetz über die Tuberkulose-Hilfe (noch nicht verabschiedet).

##### b) Unfallversicherung

Verordnung zur Überführung der Ausführungsbehörde für Unfallversicherung in der britischen Zone vom 14. März 1951 — Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz vom 7. August 1953 — Kindergeldergänzungsgesetz vom 23. Dezember 1955 unter Berücksichtigung des Änderungsgesetzes vom 27. Juli 1957 — Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. Juli 1957.

##### c) Krankenversicherung

Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz vom 17. Juni 1949 in Verbindung mit dem Knappschaftsversicherungs-Anpassungsgesetz vom 30. Juli 1949 — Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 19. Juni 1950 und Novellen dazu vom 30. Oktober 1951, 17. August 1953 und 23. Dezember 1956 — Gesetz



zum Schutz der erwerbstätigen Mutter vom 24. Januar 1952 — Häftlingshilfe-Gesetz vom 6. August 1955 in der Fassung vom 13. März 1957.

#### Arbeitslosenhilfe

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 3. April 1957 — Heimkehrergesetz vom 19. Juni 1950 und Novellen dazu vom 30. Oktober 1951, 17. August 1953 und 23. Dezember 1956 — Häftlingshilfe-Gesetz vom 6. August 1955 in der Fassung vom 13. März 1957 — Kindergeldanpassungsgesetz vom 7. Januar 1955 in der Fassung vom 23. Dezember 1955 und 23. Dezember 1956.

#### Kriegsfolgenhilfe, Umsiedlung und Auswanderung

Erstes Überleitungsgesetz in der Fassung des Vierten Überleitungsgesetzes vom 27. April 1955 in Verbindung mit den entsprechenden fürsorgerechtlichen Vorschriften.

#### Zuschuß an den Lastenausgleichsfonds

Lastenausgleichsgesetz in der Fassung des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957.

Die vom Bund aufzubringenden Sozialleistungen haben sich wie folgt entwickelt:

### Übersicht II Aus Steuern gedeckte Sozialleistungen des Bundes

	Reichs- gebiet	Bundesgebiet einschl. Berlin					
	1938	1950	1953	1956	1957	1958	1959
	in Millionen RM bzw. DM						
a) Kriegsoferversorgung							
aa) Sachaufwand	1 037	2 290	2 986	3 582	3 596	3 575	3 336
bb) Verwaltungskosten	44	114	168	8	6	—	—
b) Zuschüsse zur Sozialversicherung	583	700	2 502	4 021	4 745	4 843	5 238
c) Arbeitslosenhilfe							
aa) Sachaufwand	60	1 117	1 108	450	394	366	352
bb) Verwaltungskosten	—	—	61	19	17	16	16
d) Kriegsfolgenhilfe	—	522	710	782	728	671	670
e) Zuschüsse an den Lastenausgleich	—	—	116	237	343	242	387
f) Umsiedlung und Auswanderung	—	14	25	28	30	21	20
g) Betriebliche Altersfürsorge	3	—	7	5	4	5	4
mit Verwaltungsaufwand	1 727	4 757	7 683	9 132	9 863	9 739	10 023
ohne Verwaltungsaufwand	1 683	4 643	7 454	9 105	9 840	9 723	10 007

In Vom-Hundert-Zahlen betrug die Steigerung des Sozialaufwands gegenüber dem Jahre 1950:

60,5 v. H. im Rechnungsjahr 1953	} mehr gegenüber 1950
96,1 v. H. im Rechnungsjahr 1956	
111,9 v. H. im Rechnungsjahr 1957	
109,4 v. H. im Rechnungsjahr 1958	
115,5 v. H. im Rechnungsjahr 1959	

### Die Entwicklung in den einzelnen Sozialbereichen

#### Kriegsoferversorgung

Der hohe Gesamtaufwand nach dem Bundesversorgungsgesetz an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene erklärt sich aus der Tatsache, daß nach dem Ersten Weltkrieg rund 1 500 000 Kriegsofervorhanden waren, nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch rd. 4 300 000 Kriegsoferversorgungsansprüche stellten. In dieser Zahl von 4 300 000 Kriegsopfen sind noch rund 500 000 Kriegsofervorhanden aus dem Ersten Weltkrieg

enthalten. Die Durchführung der Versorgung der Kriegsofervorhanden zeigt wie bei der Durchführung der Versorgung nach dem Ersten Weltkrieg die gleiche Entwicklung, zunächst eine ansteigende Tendenz, da in den ersten Jahren nach dem Kriege noch laufend neue Anspruchsberechtigte in die Versorgung einzubeziehen sind, weil sich erst nachträglich körperliche Leiden auf Grund von Kriegsbeschädigungen herausstellen, dann ein Absinken der Zahl der Versorgungsberechtigten. Es wurden gezählt:

#### Übersicht III

	Versorgungs- berechtigte insgesamt	davon				Versorgungs- aufwand in Mill. DM
		Kriegs- beschädigte	Witwen	Waisen	Eltern	
jeweils am						
31. 3. 1950	3 759 595	1 454 906	756 149	1 390 722	157 818	2 290
1951	4 238 358	1 584 020	1 015 486	1 415 858	222 994	3 037
1952	4 332 236	1 573 883	1 078 112	1 437 186	243 055	3 039
1953	4 313 369	1 518 882	1 135 060	1 404 618	254 809	2 986
1954	4 342 971	1 523 635	1 184 443	1 329 390	305 503	2 894
1955	4 262 695	1 516 590	1 183 645	1 218 053	344 407	3 445
1956	4 105 815	1 505 794	1 170 783	1 090 132	339 106	3 582
1957	3 979 545	1 495 579	1 170 659	961 839	351 468	3 596
1958	3 711 888	1 473 801	1 170 232	786 090	281 765	3 575
Schätzung 1959	3 413 000	1 443 000	1 163 000	531 000	276 000	3 336



Aus der Entwicklung der Zahl der Anspruchsberechtigten ist zu ersehen, daß die Zahl der Versorgungsempfänger bis zum Rechnungsjahr 1954 ständig zunahm, von diesem Kulminationspunkt ab infolge der natürlichen Entwicklung (Abgang durch Tod / Wiederverheiratung der Kriegerwitwen / Herauswachsen der Waisen aus der Versorgung) jedoch abzunehmen beginnt. Der Rückgang bei der Zahl der Versorgungsberechtigten hätte an sich auch einen Rückgang beim Versorgungsaufwand mit sich gebracht, wenn nicht seit Inkrafttreten des Bundesversorgungsgesetzes vom 20. Dezember 1950 die Leistungen durch sechs Novellen, zuletzt durch Gesetz vom 1. Juli 1957, erheblich verbessert worden wären.

Diese Leistungsverbesserungen überdecken auch den weiteren Tatbestand, daß infolge der in den letzten Jahren stetig fortgeschrittenen Eingliederung der Schwerbeschädigten in den Wirtschaftsprozeß sowie der Erhöhung der Sozialversicherungsrenten (was zu einer Verschiebung von Soziallasten auf einen anderen Träger, und dadurch zu Einsparungen im Kriegsofferhaushalt geführt hat) eine Umgruppierung innerhalb des Kreises der Empfänger von Ausgleichsrenten stattgefunden hat. Trotz der wiederholt heraufgesetzten Grenzen für die Anrechnung des sonstigen Einkommens ist die Zahl der Empfänger der vollen Ausgleichsrente, also der überwiegend oder ausschließlich auf die Versorgungsbezüge angewiesenen Personen, zurückgegangen. Der Anteil der Empfänger der vollen Ausgleichsrente an der Gesamtzahl der Ausgleichsrenten-Empfänger betrug:

bei den Schwerbeschädigten im Jahre 1954	14,3 v. H.
im Jahre 1957	9,5 v. H.
bei den Witwen im Jahre 1954	32,7 v. H.
im Jahre 1957	11,3 v. H.

Die Bundeszuschüsse an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung betragen:

Übersicht IV

	Reichs- gebiet	Bundesgebiet einschl. Berlin (West)					
		Ist-Ausgaben (bis 1957)				Haushaltsansätze	
		1938	1950	1953	1956	1957	1958
in Millionen RM bzw. DM							
Rentenversicherung der Arbeiter	—	563	1 778	2 356	3 005	3 114	3 271
Angestelltenversicherung	—	72	633	788	771	797	835
Knappschaftliche Rentenversicherung	—	122	331	518	763	737	900
Zuschüsse zur Tbc.-Bekämpfung							
Fürs. Verb.	—	—	14	23	28	30	30
Arb.-R. Vers.	—	22	28	23	13	14	14
Ang.-Vers.	—	8	7	4	5	5	5
Kn.-R. Vers.	—	—	1	1	1	1	1
Zusammen	583 *)	787	2 792	3 713	4 586	4 698	5 056

\*) nicht aufteilbar, da andere Rechtsgrundlage

In Vom-Hundert-Zahlen betragen die Bundesbeteiligungen bei den gesetzlichen Rentenversicherungsträgern:

Übersicht V

	1938	1950	1953	1956	1957	1958	1959
in Millionen RM bzw. DM							
Gesamtleistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	1 921	3 924	6 665	10 349	14 321	16 108	17 087
davon Leistungen des Reichs bzw. des Bundes	583	787	2 792	3 713	4 586	4 698	5 056
Leistungen des Reichs bzw. des Bundes in v. H. der Rentenleistungen	30,3	20,1	41,9	35,8	32,0	29,1	29,6
Steueraufkommen	22 907	20 917	36 719	47 892	50 440	52 800	55 780
Leistungen des Reichs bzw. des Bundes in v. H. des Steueraufkommens	2,55	3,76	7,60	7,75	9,09	8,89	9,06



Die Übersicht V weist aus, daß der Leistungsanteil des Staates im Durchschnitt gerechnet stets etwa 30 v. H. betragen hat. Das Absinken des v. H.-Satzes vom Rechnungsjahr 1957 ab beruht auf der Neuordnung der Rentenversicherung, bei der die Erhöhung der Leistungen, die im Jahre 1959 rund 6,7 Mrd. DM gegenüber den Ausgaben nach früherem Recht (1956) beträgt, überwiegend zu Lasten der Beitragszahler und des Verzichts auf eine Rücklagenbildung geht. Dadurch vermindert sich zwar der v. H.-Satz der Beteiligung des Bundes an den Gesamtausgaben der Rentenversicherungsträger, doch ist die Beteiligung des Bundes im Jahre 1959, in absoluten Zahlen betrachtet, bereits auf das Achteinhalbfache gegenüber dem Jahre 1938 angewachsen. Jedoch ist zu bemerken, daß diese Durchschnittsberechnung für die Bundesbeteiligung der Lage bei der knappschaftlichen Rentenversicherung nicht gerecht wird. Die Bundesleistungen an die knappschaftliche Rentenversicherung mit insgesamt 900 Mill. DM im Jahre 1959 betragen zur Zeit 53,37 v. H. von den Rentenausgaben oder 46,62 v. H. von den Gesamtausgaben. Im strengeren Sinn kann daher kaum noch von einer Knappschaftsversicherung gesprochen werden; die knappschaftliche Versicherung erhält mit den in den kommenden Jahren weiter ansteigenden Bundeszuschüssen immer mehr den Charakter einer Knappschaftsversorgung.

Der oft geltend gemachte Einwand, daß der Anteil des Bundes an den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungsträger sich gegenüber dem Anteil des Reichs nicht wesentlich erhöht habe, ist nicht durchschlagend. Es trifft zwar zu, daß seit Einführung der Rentenversicherung im Jahre 1889 (in Kraft getreten 1. Januar 1891) der Reichszuschuß (Grundbeiträge + Zuschuß) ungefähr 30 v. H. der Gesamtleistungen der Rentenversicherung ausmachte. Eine solche Vom-Hundert-Betrachtung ist jedoch irreführend, entscheidend ist hier die Höhe der absoluten Zahlen. Denn in Wirklichkeit ist der Staat immer stärker zur Stützung der Rentenversicherung herangezogen worden; ein ständig wachsender Prozentsatz des Steueraufkommens fließt in die Kassen der Rentenversicherungsträger. Der Reichszuschuß im Jahre 1938 in Höhe von 583 Mill. RM betrug 2,55 v. H. des Steueraufkommens in Höhe von 22 907 Mill. RM. Der Bundeszuschuß im Jahre 1959 in Höhe von 5 056 Mill. DM beträgt dagegen 9,06 v. H. des geschätzten Steueraufkommens in Höhe von 55 780 Mill. DM; d. h.

also, rund 6,5 v. H. müssen in Gestalt von Steuern gegenüber dem Jahre 1938 vom Sozialprodukt mehr abgeschöpft werden, um die Rentenversicherung liquide zu erhalten.

Bei den Bundesleistungen an die gesetzlichen Rentenversicherungsträger von 787 Mill. DM im Jahre 1950 auf 5 056 Mill. DM im Jahre 1959 (binnen zehn Jahren also eine Steigerung um rd. 642 v. H.) ist zu unterscheiden zwischen der bis zum Jahre 1956 bestandenen Rechtslage und dem durch die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze eingeführten System der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Rentenversicherungsträger.

Bis zum Jahre 1956 waren die Rentenleistungen durch eine Reihe von verschiedenen Gesetzen angehoben worden, wobei der Bund die dadurch entstehenden Mehraufwendungen ganz oder überwiegend zu tragen hatte. Außerdem wirkte sich die auch organisch bedingte, von Jahr zu Jahr zunehmende Alterslast im Hinblick auf den Bevölkerungsaufbau der Bundesrepublik auf die Höhe der Bundeszuschüsse aus. Bei der mit Wirkung vom 1. Januar 1957 eingeführten Erhöhung der Renten durch die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze auf grundsätzlich 65 v. H. des Bruttolohns (70 bis 80 v. H. des Nettolohns) wurden auch die Bundeszuschüsse beträchtlich erhöht und für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten mit festen Beträgen in den Neuregelungsgesetzen festgelegt. Gleichzeitig wurden die Bundeszuschüsse an diese Versicherungszweige an die Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage (Lohnentwicklung im Durchschnitt der letzten drei Jahre) gekoppelt. Da die allgemeine Bemessungsgrundlage für das Jahr 1958 um 6,1 v. H. über dem für das Jahr 1957 geltenden Betrag lag und sich für das Jahr 1959 wiederum um rd. 6 v. H. erhöhen wird, steigt im gleichen Verhältnis auch der Bundeszuschuß. In der knappschaftlichen Rentenversicherung dagegen hat der Bund das Defizit zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu decken, also praktisch das gesamte Risiko zu tragen.

Die ständig ansteigende Alterslast hat zwar zunächst noch keinen Einfluß auf die Entwicklung der Zuschüsse des Bundes zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, jedoch lassen die nachstehenden Zahlen die sich daraus ergebenden finanz- und sozialpolitischen Probleme erkennen.

Übersicht VI

	Zahl der Rentenfälle im Durchschnitt der Jahre				Schätzung	
	1950	1953	1956	1957	1958	1959
<b>Rentenversicherung der Arbeiter</b>						
Versichertenrenten	1 939 028	2 404 107	2 568 733	2 602 962	2 702 000	2 896 000
Witwenrenten	728 512	1 032 910	1 451 294	1 598 146	1 652 000	1 743 000
Waisenrenten	581 573	1 017 336	771 829	683 254	612 000	528 000
Zusammen	3 249 113	4 454 353	4 791 856	4 884 362	4 966 000	5 167 000
<b>Angestelltenversicherung</b>						
Versichertenrenten	467 323	637 938	764 598	800 510	837 000	896 000
Witwenrenten	343 276	465 000	545 494	571 951	594 000	631 000
Waisenrenten	147 290	269 448	237 748	234 224	234 000	225 000
Zusammen	957 889	1 372 386	1 547 840	1 606 685	1 665 000	1 752 000
<b>Knappschaftliche Rentenversicherung</b>						
Versichertenrenten	288 369	336 580	369 703	371 457	381 000	393 000
Witwenrenten	178 081	201 350	224 309	228 664	232 000	236 000
Waisenrenten	77 248	78 396	65 956	60 160	55 000	50 000
Zusammen	543 698	616 326	659 968	660 281	668 000	679 000
Insgesamt	4 750 700	6 443 065	6 999 664	7 151 328	7 299 000	7 598 000

Die hieraus ersichtliche Zunahme der Alterslast (einschließlich vermehrter Frühinvaliditäts-Fälle) von rd. 4,75 Millionen Sozialrentnern im Jahre 1950 auf rd. 7,6 Millionen Sozialrentner im Jahre 1959 (nach den für die Haushaltsansätze der Versicherungsträger zugrunde gelegten Vorausschätzungen) wird auch noch weiterhin anhalten, eine Entwicklung, die noch durch den Umstand verschärft wird, daß gleichzeitig die Zahl der ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen bis zum Jahre 1965 sehr erheblich unter dem Stand von 1950 liegen wird. Denn die ständig ansteigende Alters- und Invaliditätsrenten-

Kurve überdeckt den anderen Tatbestand, daß in allen drei Zweigen der gesetzlichen Rentenversicherung die Waisenrenten durch Herauswachsen aus der Versorgung vom Jahre 1953 an abnehmen, weil die Nachwuchsjahrgänge schwächer als in den Vorjahren sind.

#### Arbeitslosenhilfe

Die Entwicklung der Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe spiegelt in ihrer Weise die wirtschaftliche Entwicklung wider, die in der Bundesrepu-



# AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT E. V.

HEIDELBERG, den 12. Juni 1957  
Dantestraße 24 · Ruf 27682

Verehrter Leser!

Die Frage „Hat der Westen eine Idee?“, unter die wir unsere 7. Tagung stellten, beleuchtet den ganzen Ernst unserer weltpolitischen Situation.

Wir überreichen Ihnen anliegend Auszüge aus den Tagungsreferaten und aus unserem Aktionsprogramm. Sie ersehen aus diesen grundsätzlichen Äußerungen Rahmen und Richtung unserer konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Tätigkeit.

Als eine Hauptaufgabe sehen wir es dabei an, wie auf der Tagung gesagt wurde, „gegenüber der Offensive des Kommunismus gegen das Eigentum, die das Eigentum verketzert, als etwas Jämmerliches, Schädliches, Unmoralisches denunziert hat, bewußt eine Gegenoffensive zu unternehmen, die die Würde, den moralischen Charakter des Eigentums klarstellt und die zeigt, daß gerade jene Eigenschaften der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen, die der Kommunismus dem Eigentum vorwarf, umgekehrt für die Sozialisierung zutreffen.“

Als unabhängige Vereinigung haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in einer freien Gesellschaft wachsam, beharrlich und drängend auf dem Boden der praktischen Politik durchzusetzen. Wir rufen Sie auf, die Arbeit für dieses Ziel durch Ihren Beitritt zu unserer Aktionsgemeinschaft zu fördern.

AKTIONSGEMEINSCHAFT  
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT E. V.



# AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT E. V.

## VORSTAND

*Vorsitzender: Professor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; stellvertretende Vorsitzende: Wilhelm Blum, Direktor der Frank'schen Eisenwerke A.G., Adolfsbütte, Niederscheld/Dillkreis, Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V., Bonn, geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Wolfgang Frickhöffer, Heidelberg.*

*Heinrich Barthelmess, kaufmännischer Leiter der Firma Peek & Cloppenburg K. G., Essen; Professor Dr. Franz Böhm, MdB., Frankfurt am Main; Dr. August Dresbach, MdB., Runderoth Bez. Köln; Walter Hoch, Martin Hoch Druckerei und Verlagsanstalt Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt und Notar, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lenoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Fa. Heinrich Schwab, Import, Gießen.*

## BEIRAT

*Professor Dr. Franz Böhm, MdB., Universität Frankfurt; Dr. Hans Ilau, Frankfurt; Professor Dr. Friedrich A. Lutz, Universität Zürich; Professor Dr. Fritz W. Meyer, Universität Bonn; Professor Dr. Heinrich Niehaus, Universität Bonn; Professor Dr. Hans Carl Nipperdey, Universität Köln, Präsident des Bundesarbeitsgerichts; Professor Dr. Bernhard Pfister, Universität München; Professor Dr. Hans Reif, MdB., Berlin; Professor Dr. Wilhelm Röpke, Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Genf; Professor Dr. Alexander Rüstow, Universität Heidelberg; Professor Dr. Günter Schmolders, Universität Köln, Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann K. K. Schürer, Coburg; Dr. Hans Otto Wesemann, Köln.*

## EHRENMITGLIEDER

*Professor Dr. Franz Böhm, MdB., Frankfurt/Main; Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft, Bonn; Professor Dr. Wilhelm Röpke, Genf; Professor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg.*



## Das Problem der Rentenreform

Vorträge und Diskussion auf der sechsten Arbeitstagung der Aktions-  
gemeinschaft Soziale Marktwirtschaft · 132 Seiten DM 8.70

*Professor Dr. Alexander Rüstow*

Sicherung in einer freien Gesellschaft

*Ministerialdirektor Dr. Kurt Jantz*

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung

*Professor Dr. Ernst Schellenberg, MdB*

Der Gesetzentwurf der Sozialdemokratischen Partei

*Dr. Heddy Neumeister*

Der Arbeiter und die Rentenreform

*Dr. Hanns-Joachim Rüstow.*

Ist eine Dynamisierung von Sozialrenten volkswirtschaftlich  
zu verantworten?

Mit der inzwischen verkündeten, aber wissenschaftlich wie politisch immer noch sehr umstrittenen Rentenreform befaßte sich die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft auf ihrer 6. Arbeitstagung. Die Vorträge sowie die anschließende Diskussion zielen darauf ab, die weitreichenden Wirkungen auf das Gesamtgefüge der Wirtschaft, auf die Gesellschaftsordnung und die Währungspolitik darzustellen, die durch die Rentenreform hervorgerufen werden. Die kommende Zeit wird zeigen, ob die von Kritikern aus Wissenschaft, Versicherungswesen und Wirtschaft gemeinsam geltend gemachten Bedenken sich als stichhaltig erweisen. Das in der vorliegenden Schrift behandelte Problem der Rentenreform dürfte die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik während der kommenden dritten Legislaturperiode des Bundestages stark beeinflussen und damit für lange Zeit seine Aktualität behalten.

MARTIN HOCH  LUDWIGSBURG



# Hat der Westen eine Idee?

Vorträge auf der siebenten Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.

108 Seiten • DM 8.70

„Die skeptische Frage, die die positive Beantwortung nicht unbedingt in sich schließt, ob der Westen eine Idee habe, mag schockierend und angesichts des sich allgemein breitmachenden, wohlgefälligen Konformismus nahezu provozierend wirken. Können wir solche Schocks und Provokationen noch vertragen?“ so fragte die Frankfurter Allgemeine Zeitung nach der siebenten Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, die unter dem Thema „Hat der Westen eine Idee?“ stand. Der überaus zahlreiche Besuch und die starke politische Beachtung, die diese Tagung fand, zeigten, daß mit der im Thema gestellten Frage das Zentralproblem unserer gegenwärtigen Situation angeschnitten wurde.

Die Vortragenden kamen zu dem Schluß: Der Westen hat eine Idee, sie ist sogar der des Ostens weit überlegen; der Westen ist sich aber seiner Idee nicht ausreichend bewußt, ja, er handelt ihr vielfach zuwider — durch Trägheit des Herzens und des Geistes ebensosehr wie z. B. durch eine verfehlte Eigentums- und Steuerpolitik.

Das Protokoll, das nunmehr über diese Tagung erschienen ist, enthält den vollen Wortlaut der Referate und behandelt unter einheitlichen Gesichtspunkten die wichtigsten Grundsatz- und Einzelfragen unserer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Auf vielfachen Wegen werden die Verbindungen zwischen der weltpolitischen Lage und unserem Alltag in Familie, Öffentlichkeit und Betrieb nachgezeichnet. Von Parteien und Interessen unabhängig wird hier eine Darstellung der entscheidenden Lebensfragen des Westens gegeben.

Das Buch empfiehlt sich für Schulen und Lehrgänge, es sollte auch in den Unternehmen und Verbänden den Führungskräften zugänglich gemacht und überall eingehend diskutiert werden.

MARTIN HOCH ⊗ LUDWIGSBURG

*Professor Dr. Wilhelm Röpke,*

*Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Genf:*

**Marktwirtschaft ist nicht genug**

*Dr. Hans Hlau, Frankfurt am Main:*

**Der Sinn des Eigentums**

*Professor Dr. Franz Böhm MdB, Universität Frankfurt:*

**Zerfällt die freie Welt  
oder zerfällt der Kommunismus?**

*Professor Dr. Günter Schmolders, Universität Köln:*

**Stabile Währung, gezügelte Finanzen**

*Professor Dr. Carl Joachim Friedrich,*

*Harvard University und Universität Heidelberg:*

**Die Vereinigten Staaten als Vormacht des Westens**

*Professor Dr. Alexander Rüstow, Universität Heidelberg:*

**Weltpolitische Folgerungen**

MARTIN HOCH ⊗ LUDWIGSBURG



## Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft

Vorträge und Diskussion auf der vierten Arbeitstagung der Aktions-  
gemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Bad Godesberg DM 6.80

*Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft*  
Mittelstandspolitik

*Professor Dr. Franz Böhm, MdB*  
Die Bedeutung des Mittelstandes und die Ursachen seiner  
Gefährdung

*Professor Dr. Hans Reif, MdB*  
Wettbewerbsbeschränkungen als Mittel der Mittelstandspolitik?

*Professor Dr. Günter Schmölders, Universität Köln*  
Steuerpolitik und Mittelstand

*Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes  
(Schulze-Delitzsch) e. V.*  
Das mittelständische Kreditproblem

## Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

Wortlaut der Vorträge und Diskussion auf der fünften Arbeitstagung der  
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft DM 6.80

*Professor Dr. Heinrich Niehaus, Universität Bonn*  
Das Bauerntum in Wirtschaft und Gesellschaft

*Professor Dr. Hermann Priebe, Universität Gießen*  
Der bäuerliche Betrieb

MARTIN HOCH  LUDWIGSBURG



# Wir fordern eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wortlaut der Vorträge und Diskussion auf der dritten Arbeitstagung der  
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

DM 6.80

*Dr. Johann Lang*

Zuviel Staat in der Wirtschaft

*Professor Dr. Günter Schmolders, Universität Köln*

Steuerreform, Rüstung, Währung, Lebensstandard

*Professor Dr. Bernhard Pfister, Universität München*

Marktwirtschaft und soziale Sicherheit

*Dr. August Dresbach, MdB*

Berufsordnungen als Zwangskartelle

*Wolfgang Frickhöffer*

Mut zur Freiheit auch in der Wohnungswirtschaft

*Professor Dr. Heinrich Niehaus, Universität Bonn*

Agrarpolitik, Irrlichter und Wegweiser

*Professor Dr. Franz Böhm, MdB*

Schutz dem Leistungswettbewerb

*Professor Dr. Alexander Rüstow, Universität Heidelberg*

Die überwirtschaftliche Bedeutung der Wettbewerbs-  
wirtschaft

MARTIN HOCH & LUDWIGSBURG



## **Wir fordern die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft**

Vorträge und Diskussion auf der zweiten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. 184 Seiten mit 13 Bildbeigaben.  
DM 6.80

### **Wir fordern von Regierung und Bundestag . . .**

*Johann Lang*

. . . die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft

*Alexander Rüstow*

. . . die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung

*Otto Lautenbach*

. . . stabile Währungsordnung

*Franz Böhm*

. . . den vollständigen Leistungswettbewerb

*Günter Schmolders*

. . . die große Steuerreform

*Kurt Forberg*

. . . die Befreiung des Kapitalmarktes

*Fritz Hellwig*

. . . scharfe Abgrenzung von Staat und Wirtschaft

*Friedrich A. Lutz*

. . . die freie Konvertibilität der Währungen und die  
Integration Europas

*Ludwig Erbard*

. . . was mir am meisten am Herzen liegt

*Hans Jlau*

. . . die soziale Befriedung

*Alexander Meier-Lenoir*

. . . die staatsrechtliche Verankerung der Wirtschaftsordnung

**MARTIN HOCH ⊗ LUDWIGSBURG**



## Bestellschein

Ich/Wir bestelle(n) hiermit

- \_\_\_\_\_ Ex. Hat der Westen eine Idee? DM 8.70
- \_\_\_\_\_ Ex. Das Problem der Rentenreform DM 8.70
- \_\_\_\_\_ Ex. Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft DM 6.80
- \_\_\_\_\_ Ex. Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft DM 6.80
- \_\_\_\_\_ Ex. Wir fordern eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik DM 6.80
- \_\_\_\_\_ Ex. Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der sozialen Marktwirtschaft DM 6.80
- \_\_\_\_\_ Ex. Entscheidung für die Freiheit DM 5.80
- \_\_\_\_\_ Ex. *Walter Eucken*, Wettbewerb, Monopol u. Unternehmer DM 1.80
- \_\_\_\_\_ Ex. Programm der Freiheit DM 6.80
- \_\_\_\_\_ Ex. Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft DM 4.80
- \_\_\_\_\_ Ex. *Theodor Kuhr*, Demokratie und Monopol in den Vereinigten Staaten von Amerika DM 15.80
- \_\_\_\_\_ Ex. *Carl Adolf Schleussner*, Wer ist Unternehmer? DM 1.80
- \_\_\_\_\_ Ex. *Paul Kleinewefers · Erika Hantel · Theodor Wuppermann · Fritz Hellwig · Alexander Hellwig · Alfred Fr. Flender*  
Zusammenarbeit im Betrieb DM 3.80
- \_\_\_\_\_ Ex. *Heinrich Krumm · Paul Binder · Carl C. Thalheim*  
Wirtschaftliche Vorbereitung der Wiedervereinigung mit der Sowjetzone DM 2.80
- \_\_\_\_\_ Ex. *Josef Wünsch*, Sinn und Unsinn der Wirtschaftsdemokratie DM 1.80

Landeszentralbank von Baden-Württemberg, Ludwigsburg, Konto 548/89.  
Kreissparkasse Ludwigsburg, Konto 427. Postscheckkonto Stuttgart 442. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Ludwigsburg.

Name/Firma \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



MARTIN HOCH

DRUCKEREI UND VERLAGSGESELLSCHAFT

LUDWIGSBURG IN WÜRTTEMBERG 303



## BEITRITTSERKLÄRUNG

Korporative Mitgliedschaft (für Firmen und Verbände)

Wir treten als korporatives Mitglied der

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. bei.

Wir zahlen einen Jahresbeitrag von \_\_\_\_\_ DM (satzungsgemäße Bemessungsgrundlage untenstehend) und eine einmalige Aufnahmegebühr von (gem. Satzung § 4, Ziffer 2:  $\frac{1}{2}$  Jahresbeitrag) \_\_\_\_\_ DM.

Ferner zeichnen wir einmalig \_\_\_\_\_ DM.

(Als Werbungskosten abzugsfähig sind neben der einmaligen Aufnahmegebühr Jahreszahlungen im Rahmen der Bemessungsgrundlage für den Jahresbeitrag: Firmen 0,1 ‰ des Umsatzes oder 1,— DM pro Beschäftigten; Vereinigungen 1 % ihres Beitragsaufkommens; in allen Fällen mindestens 120,— DM.)

Firma / Verband

Anschrift

Datum

Unterschriften

## BEITRITTSERKLÄRUNG

Einzelmitgliedschaft

Ich trete als Einzelmitglied der

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. bei.

Ich zahle einen Jahresbeitrag von \_\_\_\_\_ DM (nach Satzung § 4, Ziffer 1 u. 3: zwischen 24,— DM und 240,— DM) und satzungsgemäß eine einmalige Aufnahmegebühr von 5,— DM.

Ich zeichne ferner einmalig \_\_\_\_\_ DM.

(Jahreszahlungen bis zur Höhe von 240,— DM und die Aufnahmegebühr sind als Werbungskosten abzugsfähig)

Vor- und Zuname

Beruf

Anschrift

Datum

Unterschrift



AN DIE

AKTIONSGEMEINSCHAFT

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

HEIDELBERG

DANTESTRASSE 24

AN DIE

AKTIONSGEMEINSCHAFT

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

HEIDELBERG

DANTESTRASSE 24



# AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT E.V.

Heidelberg · Dantestraße 24 · Fernruf 276 82

## Hat der Westen eine Idee?

Unter diesem Thema hielt die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V. vor über 650 Teilnehmern am 8. Mai 1957 in Bad Godesberg ihre 7. Tagung ab. Auf der Tagung sprachen:

*Professor Dr. Wilhelm Röpke, Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Genf:*

Marktwirtschaft ist nicht genug

*Dr. Hans Hlau, Frankfurt am Main:*

Der Sinn des Eigentums

*Professor Dr. Franz Böhm, MdB., Universität Frankfurt:*

Zerfällt die freie Welt oder zerfällt der Kommunismus?

*Professor Dr. Günter Schmölders, Universität Köln:*

Stabile Währung, gezügelte Finanzen

*Professor Dr. Carl Joachim Friedrich, Harvard University und Universität Heidelberg:*

Die Vereinigten Staaten als Vormacht des Westens

*Professor Dr. Alexander Rüstow, Universität Heidelberg:*

Weltpolitische Folgerungen

„Wenn wir die Frage nach der Idee des Westens zum Thema der heutigen Veranstaltung gemacht haben, so ist das nicht — man möchte sagen: leider nicht — so zustande gekommen, daß der Westen von sich aus, aus eigenem inneren Drang, das unwiderstehliche Bedürfnis nach einer Idee und nach ihrem Bewußtwerden empfindet. Es ist vielmehr, wie wir alle wissen, eine Induktionswirkung von außen her; es beruht darauf, daß der Osten eine Idee hat und die Einheitlichkeit dieser Idee nach innen und außen mit großer Wucht durchsetzt, daß er also den ungeheuren Vorteil — wie teuer er auch erkaufte sei — einer solchen wuchtigen Einheitlichkeit auch im Ideologischen hat, und daß wir es nun auf unserer Seite als Armut, als Nachteil, als Schwäche empfinden, wenn wir demgegenüber nichts dergleichen haben sollten. Aus dieser Situation, aus dieser Kampflage heraus überlegen wir uns nun: Haben wir im Grunde nicht auch eine Idee, und sollten wir nicht, wenn ja, Arbeit, Mühe, Energie daran setzen, uns dieser Idee bewußt zu werden? Das ist der Sinn unserer heutigen Veranstaltung.“

(Der Vorsitzende zu Beginn seines Referats)



## Aus den Vorträgen der Tagung

Die Marktwirtschaft ist die nach unserer sorgfältig begründeten Meinung allein mögliche und taugliche Antwort auf die Frage, wie das Wirtschaftsleben einer hochentwickelten Industriegesellschaft so geordnet werden soll, daß Freiheit, höchste Ergiebigkeit, gerechtes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, wirtschaftlich vernünftige und harmonische Entfaltung aller Kräfte und internationale Gemeinschaft gewährleistet sind, aber sie bedarf, wie alle guten Dinge, der Bedingungen, Voraussetzungen und Begrenzungen, die sie vor dem Untergang an Unbedingtheit und Maßlosigkeit bewahren. Wir wollen keinen Abstrich an Marktwirtschaft, Wettbewerb und freier Wirksamkeit des Preismechanismus, keinen gut geschüttelten Cocktail von Markt, Monopol und Kommandowirtschaft. Aber ebenso gut wissen wir, daß, wenn wir eine reinliche, freie und auf dem Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft anstreben, diese nicht frei im gesellschaftlichen, politischen und moralischen Raume schweben kann, sondern von einem festen Rahmenwerk gesellschaftlich-politisch-moralischer Art gehalten und geschützt werden muß. Recht, Staat, Sitte und Moral, feste Normen und Wertüberzeugungen, eine solide Währungsordnung, für die nicht der Automatismus des Marktes, sondern Zentralbank und Regierung Tag für Tag die Verantwortung übernehmen müssen, gehören zu diesem Rahmenwerk nicht minder als eine Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, die jenseits des Marktes Interessen ausgleicht, Schwache schützt, Zügellose im Zaum hält, Auswüchse beschneidet, Macht begrenzt, Spielregeln setzt und ihre Innehaltung bewacht.

Die Marktwirtschaft setzt eine Gesellschaft voraus, in der bestimmte grundlegende Dinge ohne Klugrederei respektiert werden und dem ganzen Gewebe der gesellschaftlichen Beziehungen Farbe geben: individuelle Anstrengung und Verantwortung, unantastbare Normen und Werte, im Eigentum verankerte Unabhängigkeit, Wägen und Wagen, Rechnen und Sparen, selbstverantwortliche Lebensplanung, rechte Einbettung in die Gemeinschaft, Familiensinn und Familienfestigkeit, Sinn für Überlieferung und die Verbundenheit der Generationen bei offenem Blick für Gegenwart und Zukunft, rechte Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft, feste moralische Bindungen, Respekt vor der Unantastbarkeit des Geldes, der Mut, es mit dem Leben und seinen Wagnissen und Unsicherheiten auf eigene Hand aufzunehmen, der Sinn für die natürliche Ordnung der Dinge und eine unerschütterliche Rangordnung der Dinge. Wer darüber die Nase rümpft und dahinter „Restauration“ und „Reaktion“ wittert, ist allen Ernstes zu fragen, für welche Wertordnung und für welche Leitbilder er denn im Kampfe mit dem Kommunismus in die Schranken treten will, ohne bei ihm selber Anleihen zu machen.

Diejenigen, die in der Triebkraft des individuellen Selbstbehauptungs- und Entfaltungsdranges den Geruch der Heiligkeit vermissen, haben nicht begriffen, daß hier die ungeheure Kraft liegt, die unsere Kultur im letzten bewegt und, kanalisiert durch bestimmte moralische Grundüberzeugungen und eingedämmt durch den echten Leistungswettbewerb, über die Turbinen der Wirtschaft zu leiten ist. Sie haben zu lernen, daß eine Wirtschaftsordnung, die zu ihrem Funktionieren Helden und Heilige voraussetzt, schließlich im Zwang und der systematischen Seelenvergiftung des totalitären Polizei- und Ideologiestaates endet. Sie vergessen, daß derjenige, der für sich und die Seinen aus eigener Kraft und Verantwortung sorgt, nichts Geringes und Verächtliches tut, und wir erklären mit aller Entschiedenheit, daß er unserer Sympathie würdiger ist als diejenigen, die diese Sorge im Namen einer vermeintlich höheren sozialen Ethik den anderen überlassen möchten, und auch als solche, die sich moralisch etwas darauf zugute tun, daß sie freigebig auf Kosten anderer sind, und über sich selber zu Tränen gerührt sind, wenn sie sich durch Propagierung des wohlgeölten Wohlfahrtsstaates einen Platz im Herzen der Unbekümmerten — und zugleich einen solchen auf der Kandidatenliste einer Partei sichern.



Gerade das, was der Sozialismus verfehlt, das Selbstinteresse privater Eigentümer, gerade das sichert dem Privateigentum eine Behandlung, die dem Gemeininteresse in aller Regel ungleich mehr dient als die bürokratische Behandlung eines Eigentums, das im Grunde niemandem gehört, keinem Eigentümer-Selbstinteresse dient und den stolzen Namen Gemeineigentum trägt.

Für den Staat bestehen mannigfache Versuchungen und Möglichkeiten, ihm gehörenden Unternehmen, die in Konkurrenz mit Privatunternehmungen arbeiten, allerlei Vorteile zuzuspielen und damit den Leistungswettbewerb zum Schaden der Privatunternehmungen zu verfälschen. Hierin, im Interesse eines sauberen Leistungswettbewerbs, liegt ein sehr wesentlicher, im allgemeinen nicht genügend beachteter Grund für eine Privatisierung öffentlicher Unternehmungen, die in unmittelbarer Konkurrenz mit Privatunternehmungen stehen. Was in solchen Fällen den Leistungswettbewerb zwischen öffentlichen und privatem Eigentum verfälscht, benachteiligt nicht nur das private Eigentum, sondern geht auch auf Kosten der Allgemeinheit. In der Praxis sind diese gesamtwirtschaftlichen Nachteile weit größer als die gesamtwirtschaftlichen Vorteile, die zuweilen einer sogenannten Marktkontrolle öffentlicher, in Konkurrenz mit privaten stehender Unternehmen angedichtet werden.

Die in der ganzen freien Welt bestehende absurde Höhe der Ertragsbesteuerung bedeutet im Grunde — darüber sollte man sich nicht täuschen — Ausdruck eines tiefen Mißtrauens, ja einer verdeckten Feindseligkeit, gegenüber der Institution des Privateigentums. Die hierin liegende Kurzsichtigkeit, ja Blindheit wird noch dadurch grotesker, daß die scheinbar dem Eigentum aufgebürdeten Ertragssteuerlasten durch verwickelte Ab- und Rückwälzungsprozesse vom Markt in ganz großem Umfang tatsächlich auf andere Schultern verlagert werden. Das ist ein sozialer Segen, weil nämlich andernfalls das wirtschaftliche Wachstumstempo der westlichen Welt und ihre allgemeine Wohlstandszunahme in den letzten Jahrzehnten viel geringer gewesen wäre. Man betreibt also gegenüber den Früchten des Eigentums, deren Wiederaussäen in Gestalt von Investitionen die Voraussetzung ständig zunehmenden Wohlstandes ist, eine Steuerpolitik, die das Saatgut zum Glück nicht vermindert, aber den Eindruck erweckt, daß im Namen sozialer Gerechtigkeit ein erheblicher Teil jener Früchte und jenes Saatgutes vom Staat gepflückt und seinen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden müsse. Kann man von einer Gesellschaft, die so handelt, sagen, daß sie den Sinn des Privateigentums und damit eines der wesentlichsten Fundamente ihrer Idee, nämlich der Idee der Freiheit, erfaßt und begriffen habe?



Der Sinn des Eigentums besteht nicht nur in seinen wirtschaftlichen Antriebs- und Richtkräften und in der aus ihnen erwachsenden höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Produktivität, sondern auch in der enormen Bedeutung, die individuelles Eigentum für das persönliche Freiheits- und Lebensgefühl des einzelnen Menschen und der einzelnen Familie hat. Vielleicht liegt in dieser psychologisch-moralischen Wirkung des Eigentums sein größter Wert für die Immunisierung der Völker des Westens gegen das Gift des Kommunismus.

Aber nicht nur weite Streuung von Eigentum unter der Arbeitnehmerschaft ist von eminenter soziologischer Bedeutung, sondern auch von mit selbstverantwortlicher unternehmerischer Tätigkeit gekoppeltem unternehmerischem Eigentum. Anders ausgedrückt: Eine übermäßige wirtschaftliche Konzentration und die mit ihr verbundene Schrumpfung selbständigen Unternehmertums schwächt und dezimiert eine Gesellschaftsschicht, die soziologisch, aber auch für das sinngemäße materielle Funktionieren unserer Wirtschaftsordnung von außerordentlichem Wert ist. Die Gedankenlosigkeit unserer Steuergesetzgebung bewirkt leider auch in dieser Beziehung genau das Gegenteil von dem, was soziologisch und wirtschaftlich geboten wäre. Die rigorose Ertragsbesteuerung fördert den Konzentrationsprozeß, in verstärktem Maße noch durch die Doppelbesteuerung der Aktie.



Man hat häufig den Eindruck, als fehle es heute an der Einsicht in die Wurzel des Übels, in die prinzipielle Gefährlichkeit des totalitären Staates und in die Wichtigkeit und in die Natur der politischen Freiheit und ihrer Einrichtungen noch in einem beängstigenden Grade. Vor allem scheint ein Generalirrtum noch weit verbreitet zu sein, nämlich der Irrtum, als liege die Gefahr überdimensionierter politischer Gewalt nicht in ihrem Vorhandensein, sondern bloß im Mißbrauch, der mit ihr gemacht wird. So sehen denn heute viele Menschen in der sogenannten freien Welt ihre Aufgabe nicht darin, zu erreichen, daß der totalitäre Staat verschwindet, sondern bloß darin, die Herrscher dieser Staaten dahin zu bringen, von ihren Aggressionen, von ihrem Expansions- und Missionswillen Abstand zu nehmen und eine Politik des Friedens und der Humanität zu treiben. Eine leidvolle Geschichte von Jahrtausenden hat alle Völker darüber belehrt oder sollte sie darüber belehrt haben, daß es unmöglich ist, schrankenlose Macht zu bändigen. Wenn sich die Menschen gegen den Mißbrauch von Macht sichern wollen, so müssen sie die Macht beseitigen oder wirksam begrenzen; der andere Weg, nämlich die Macht unangetastet zu lassen, dafür aber den Inhabern der Macht Moral zu predigen, ist eine Don-Quijoterie.

Die schwerste Gefahr die uns heute bedroht, ist nicht die Gefahr der Atombombe, sondern die Gefahr des totalitären Staates, der heute die einzige Ursache davon ist, daß wir vor der Gefahr der Atombombe zittern müssen. Wir haben es also nicht nur mit *einem* gefährlichen Ding, sondern mit *zwei* gefährlichen Dingen zu tun. Das zweite gefährliche Ding ist die Gesellschaft, genauer gesagt, eine bestimmte Form der menschlichen Gesellschaft, die wir Staat nennen, noch genauer, eine ganz bestimmte Form dieses Staates.

Nur wirklich elementar notwendige Staatszwecke wie die Verteidigung gegen schwere äußere Gefahren rechtfertigen eine vorübergehende Massierung der Herrschaftsmittel in der Hand der Staatsführung. Dagegen ist es ungemein gefährlich und bedeutet den Beginn der Perversion des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft, wenn man dem Staat zum Zwecke der Besorgung bloß nützlicher — möglicherweise nützlicher — Angelegenheiten eine überdimensionierte Gewalt überträgt. Es ist besser, auf die Lösung auch solcher nützlichen Aufgaben überhaupt zu verzichten, als sie in den Bereich der obrigkeitlichen Besorgung einzubeziehen, weil jede Hypertrophie des Machtapparats im günstigsten Fall die Aktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft durch Erzeugung von Unübersichtlichkeit und Vielgeschäftigkeit beeinträchtigt und im schlimmsten Fall Despotie und Machtungleichgewicht erzeugt.

Eine wirklich gute Idee — sie mag noch so alt sein, sie mag noch so oft verwendet worden sein — gewinnt sofort ihren vollen Glanz wieder, sobald man sie gebraucht und blank putzt. Das ist eine allerletzte Chance, die wir haben: aus der Not eine Tugend zu machen — aus der Not, daß wir eine derartige Gefahr im Nacken haben —, indem wir uns wohl oder übel, wenn auch sehr ungern, dazu entschließen, unser eigenes Freiheitssystem endlich einmal wieder blank zu putzen.



Wir müssen also nach zwei Seiten die Idee des Westens auf dem Gebiet der Währung und der Finanzen verteidigen: auf der einen Seite den Umgang mit dieser Währung lernen, an der alle möglichen politischen und quasipolitischen Instanzen knabbern — wenn ich es einmal vulgär ausdrücken darf —, und auf der anderen Seite Zügelung unserer Finanzpolitik, daß sie nicht zu einem Mißbrauch der großen Summen führt, die durch die öffentlichen Kassen gehen, die also rein liquiditätsmäßig, rein kassenmäßig eine große Gefahr darstellen, vor allem aber auch der Synchronisierung, die zwischen den Ansprüchen an das Sozialprodukt und seiner Vermehrung erforderlich ist. Wir haben mehrfach die Gefahren aufgezeigt, die sich ergeben, wenn die Parlamentarier in ihrer übergroßen Güte dem Drängen immer neuer Schichten und Klassen nachgeben und sagen: du kriegst auch etwas, du auch etwas, und du auch etwas. Wie das in einem Wahljahr sein kann, davon haben wir ja schon eine Reihe deutlicher Eindrücke erhalten, und ich fürchte, wir sind noch nicht ganz am Ende, wir werden noch weitere deutliche Eindrücke erhalten. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, und so glaubt das Parlament, die Wiederwahl der Abgeordneten sei davon abhängig, daß Geldgeschenke gemacht werden. Ich möchte mit allem Ernst sagen: Ich glaube das nicht. Ich glaube, daß Geldgeschenke die Begehrlichkeit erhöhen. Ich glaube vor allem, daß das, was auf dem Gebiet der Sozialpartner geschieht, das Schüren von Unzufriedenheit, nicht zur Zufriedenheit führt, sondern zu immer weiterer Unzufriedenheit. Eine dauernd aus politischen oder interessenpolitischen Gründen geschürte Unzufriedenheit bedroht aber letztlich die Währung.

Die Länder des Westens sitzen alle in einem Boot auch hinsichtlich der Währungs- und Finanzpolitik. Infolgedessen die ungeheure Gefahr der Lohn-Preis-Spirale mit der eingebauten Sperrklinke, so daß es nur nach oben gehen kann, und vor allem mit dem Beschleuniger, der unter Umständen wirksam wird und diese Spirale tatsächlich in Kraft setzt! Das ist der ganz gefährliche Aberglaube von der säkularen Inflation, der säkularen Geldentwertung. Der Westen muß sich davor hüten, die säkulare Inflation einfach als Tatsache, als Schicksal hinzunehmen. Diese Dinge liegen in unserer Hand. Es ist nicht wahr, daß uns von irgendeiner



höheren Gewalt die säkulare Geldentwertung aufgezwungen wird. Wenn manche Finanzkreise und Gutachter der Regierung von dieser säkularen Geldentwertung als einer Tatsache ausgehen, dann ist das der erste Fauxpas, den der Knigge über den Umgang mit unserer Währung uns verbieten sollte. Nichts ist so verderblich, nichts sollte so sehr verboten sein, wie dem Glauben an die ständig fortschreitende Geldentwertung Ausdruck zu geben oder gar, wie bei uns zeitweise die Gefahr bestand, Regierungsmaßnahmen auf diesen Glauben zu gründen. Sich gegen diesen Schicksalsaberglauben von der säkularen Inflation, von der ständig fortschreitenden Geldentwertung zur Wehr zu setzen, und nicht nur mit Worten, sondern mit Taten, mit einem mannhaften Protest dagegen, daß das Währungsschicksal uns von oben oder von außen aufgedrückt werde, ohne daß wir uns dagegen wehren könnten, — das scheint mir bereits ein Teil der Idee des Westens zu sein, die sich in puncto Währung und Inflation nicht von einer materialistischen Geschichtsauffassung leiten lassen kann, daß alles so komme, wie es kommen müsse. Was hier kommt, das kommt aus unseren eigenen Handlungen, unseren eigenen Maßnahmen. Hierzu gehört schließlich auch rein quantitativ der Anteil der öffentlichen Hand an den Umsätzen der Volkswirtschaft, an dem Volkseinkommen und am Volksvermögen.



In Europa besteht allgemein die Neigung, anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten natürlich und selbstverständlich Europa als die erste Priorität ihrer Außenpolitik ansehen und alle anderen Erwägungen den Notwendigkeiten der europäischen Position unterordnen. So sehr ich persönlich auf der Seite dieser Konzeption stehe, so fern liegt es mir zu verhehlen, daß gerade hier eine der großen Schwierigkeiten in der amerikanischen Außenpolitik zu suchen ist. Es gibt einen sehr erheblichen Sektor in der amerikanischen Öffentlichkeit, im amerikanischen Senat, der gegenteiliger Ansicht ist, der der Ansicht ist — zum Teil sich beziehend auf Dinge wie die berühmte Lehre McKinders vom Herzland der Welt, nämlich Asien — daß die Hauptproblematik der amerikanischen Außenpolitik nicht in Europa, sondern in Asien liegt und daß deshalb eine außenpolitische Konzeption, die Europa zur ersten Priorität amerikanischer Außenpolitik macht, gänzlich verfehlt sei, daß an die Stelle einer solchen Politik eine Politik zu treten habe, in der Asien als erste Priorität behandelt wird, und daß, wenn ein Konflikt entsteht, Amerikas Position in Asien die Priorität haben sollte.

Viele Politiker in Europa sind fest davon überzeugt, daß die amerikanische Außenpolitik auf die Niederringung der Sowjetunion ausgerichtet ist. Vielleicht wäre es sehr gut, wenn es so wäre. Sie ist es aber nicht. Wenn sie es wäre, würden die Vereinigten Staaten viele Dinge sehr viel anders machen, als sie sie de facto tun. Daß in den Vereinigten Staaten allgemein die Sowjetunion als der Feind erkannt ist, ist gar keine Frage; aber man kann einen Feind erkennen und braucht dennoch nicht die Politik darauf auszurichten, ihn niederzuringen. Man spricht viel von einer Politik des „containment“. Das ist kein Niederringen. Man umschreibt damit ja nur die passive Außenpolitik: wo immer der andere versucht, einen Vorstoß zu machen, versucht man einen Gegenstoß zu führen.

Diese etwas düstere Diagnose unserer Lage unter der Vormacht der USA gestaltet sich etwas freundlicher, wenn man die Problematik der Gegenseite mit in Betracht zieht. Denn in der Sowjetunion kracht es erheblich im Gebälk. Es sind Anzeichen für erhebliche Zersetzungserscheinungen vorhanden, die zu einer sehr veränderten Lage führen könnten. Ihre Ideologie, der Marxismus-Leninismus-Stalinismus, erweist sich in zunehmendem Maße als den Erfordernissen und Bedürfnissen einer hochindustrialisierten Gesellschaft nicht gewachsen. Ihre politische Primitivität hat einen Rückfall in barbarische staatliche Verhältnisse herbeigeführt oder zum mindesten gefördert. Ich gehöre nicht zu denen, die eine allmähliche Umbildung der Sowjetunion in einen demokratischen Rechtsstaat für wahrscheinlich halten. Das Wesen der totalitären Diktatur schließt dies m. E. aus. Aber die innere Auflösung der totalitären Diktatur könnte auch andere Wege gehen.

Auf jeden Fall scheint es für uns angezeigt, auf dem eigenen Wege einer freiheitlichen Gestaltung unserer Welt mutig voranzuschreiten. Amerikas Neigung zu einem Primat der Innenpolitik hat diese gute Seite, daß sie eine fortlaufende Höherentwicklung der rechtsstaatlichen freien Wirtschaft und Gesellschaft mit beinhaltet. Ja, man kann geradezu sagen, daß die von mir geschilderte Friedenspolitik bei aller Schwäche auf kurze Sicht doch auch diejenige große Stärke besitzt, die sich aus ihrer Zuordnung zur Idee der Freiheit und der Menschlichkeit ergibt. Man darf diese innenpolitische Stärke, dieses stetige Wachstum einer in sich starken und gefestigten Gemeinschaft, nicht in ihrer Bedeutung für die Außenpolitik unterschätzen.



Wenn ich nun vorweg mit einem Wort sagen sollte, was denn eigentlich diese Idee des Westens ist, so würde ich sagen: Es ist die Idee der Menschlichkeit. Es ist eine der traurigen Krankheitserscheinungen des 19. Jahrhunderts, in dessen Ausläufern wir ja immer noch zum großen Teil stehen, daß dieser Begriff Menschlichkeit degeneriert ist zu der flachen Meinung, daß es sich dabei nur um eine gewisse Freundlichkeit, eine gewisse Bereitschaft zur Nachgiebigkeit und Wohltätigkeit handele, und daß damit die Sache erledigt sei. Er scheint mir gerade die Aufgabe der Entwicklung, in der wir stehen, zu sein, diesem Begriff der Menschlichkeit wieder einen großen, vollen, lebendigen Inhalt zu geben, dabei wieder an alles das zu denken, was den Menschen zum Menschen macht, was der Mensch braucht, was der Menscherstreben muß, um wirklich Mensch zu sein.

Diese Menschlichkeit in dem neuen, vollen Sinne, den wir erstreben, ist auch der eigentliche Inhalt zu dem Ideal der Freiheit. Ich habe mit Absicht nicht gesagt, daß die Idee des Westens die Idee der Freiheit sei, weil Freiheit ein negativer und zunächst leerer Begriff ist. Es kommt dann sofort die Frage: Freiheit wozu?, und je nachdem, wie man den Rahmenbegriff der Freiheit füllt, bedeutet er etwas ganz Verschiedenes. Meine Meinung ist eben, daß dieser Rahmenbegriff der Freiheit mit dem Inhalt der Menschlichkeit gefüllt werden muß, daß er daraus seine Berechtigung entnimmt und daß man sich darüber klar sein muß, warum man die Unfreiheit, warum man die Vergewaltigung ablehnt, nämlich deshalb, weil sie einen daran hindert, ein Mensch zu sein. Weil man ein Mensch sein will, will man nicht von Andern vergewaltigt werden; denn zum Menschsein, zur Entfaltung der Menschlichkeit gehört eben die Freiheit.



Es erscheint mir außerordentlich dringend, wenn wir unter dem Gesichtspunkt unserer abendländischen Idee diese höchst bedrohliche Situation meistern wollen, wenn wir verhindern wollen, daß der Bolschewismus die Unsummen von Gegengefühlen, von Haß und Erbitterung, die unsere imperialistische Kolonialpolitik von fünf Jahrhunderten in allen Kontinenten angesammelt hat, als Sprengstoff gegen uns benutzt, daß wir uns darüber klar werden, wie man das nun in Ordnung bringen kann und wie man den bisherigen Kolonialvölkern zu ihrer Entwicklung verhelfen kann, ohne daß sie dadurch in das Lager der Gegenseite getrieben werden.

Worum es sich alles in allem letzten Endes handelt, ist, das Leben lebenswert zu machen und damit verteidigungswürdig und verteidigungsfähig. Wir befinden uns in dieser Beziehung in einem Wettstreit, einem Wettlauf mit dem Osten. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir uns einbildeten, daß wir diesen Wettlauf schon gewonnen hätten. Zwar ist gar kein Zweifel, daß wir in soundso vielen leicht sichtbaren Dingen dem Osten voraus sind. Unsere Läden sind voll, wir haben Bewegungsfreiheit usw. Aber, auch in dieser Beziehung lebt der Mensch nicht vom Brot allein.

Je mehr, je ehrlicher, je nachdrücklicher wir es dahin bringen, daß unsere Weise zu leben, daß unsere Lebensverhältnisse, daß unsere Vitalsituation diesseits des eisernen Vorhanges wirklich evident der jenseits überlegen ist, desto näher kommen wir dem Siege im kalten Krieg, im kalten Krieg, der ja weitergeht, ob wir es wissen und wollen oder nicht. Bisher ist immer nur daran gedacht worden, den kalten Krieg defensiv zu führen und sich gegen die polemischen, propagandistischen usw. Angriffe der anderen Seite zu verteidigen. Es wäre höchste Zeit, daß wir ihn offensiv führten, daß wir ihn so führten, daß unser Ziel der Sieg im kalten Krieg ist.

Wenn es uns gelingen sollte, im kalten Kriege zu siegen, d. h. eine klare, nicht ableugbare, von niemandem zu übersehende Überlegenheit unserer Lebensverhältnisse über diejenigen drüben zu erreichen, dann ist damit das getan, was dabei allein in unserer Hand liegt, dann haben wir unser Teil dazu getan, zu verhindern, daß es zum heißen Kriege, zum III. Weltkriege kommt. Das ist das, was wir tun können und tun müssen, und zwar nicht etwas, was nur unsere Regierung oder etwa nur die Regierung der Vereinigten Staaten tun kann, sondern eine Sache, an der jeder Einzelne an seiner Stelle jeden Tag und jede Stunde arbeiten kann und arbeiten muß. Dabei ist jede Erfahrung, die auf diesem Wege gemacht wird, in der Familie, im Betrieb, in der Schule, und wo es immer sei, ein Fortschritt. Das muß auf der ganzen Front geschehen, gerade bei uns, wo nicht von einer Zentrale aus alles erledigt und befohlen werden kann. Darum ist diese Idee des Westens, die nicht ein fertiges Besitztum ist, sondern die etwas ist, das dauernd erarbeitet, dauernd weitergebildet, dauernd verwirklicht werden muß, ein Gut, das jedem einzelnen von uns anvertraut ist, für das jeder einzelne von uns verantwortlich ist.

## Pressestimmen zur Tagung

*Handelsblatt* vom 11. 5. 1957: Es war ein kühner Gedanke der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, auf ihrer Tagung am 8. Mai in Bad Godesberg hervorragende Wissenschaftler zu der Frage „Hat der Westen eine Idee?“ Stellung nehmen zu lassen. Das Resultat: Der Westen hat durchaus Ideen, ihm mangle aber häufig Kraft und Beharrlichkeit, diese Ideen zu vertreten.

*Stuttgarter Zeitung* vom 10. 5. 1957: Der Aktionsgemeinschaft war klar, daß es nicht reichen würde, dieses in diesen Tagen der Auseinandersetzung über die Atombombe so überaus brennende Problem allein von der wirtschaftlichen Seite zu betrachten, wenngleich es diese Aktionsgemeinschaft versteht, klarzumachen, einen wie wichtigen Teil die Form des Wirtschaftens in der Gesamtpolitik einnimmt.

*Grenzland-Kurier Coburg* vom 18. 5. 1957: Es gehört schon einiger Mut dazu, sich auf einer ganztägigen Vortragsveranstaltung mit der Frage herumzuschlagen, ob der Westen eine Idee habe; denn schließlich könnte man meinen, daß diese Frage gar nicht „fragwürdig“, das heißt, des Fragens wert wäre. Die Referenten der Tagung waren freilich anderer Meinung. Von wirtschaftspolitischen, wirtschaftsethischen, staatsrechtlichen, finanzpolitischen und außenpolitischen Gesichtspunkten her kreisten sie das Thema ein und entwickelten die Voraussetzungen, unter denen allein der Westen auf lange Sicht gesehen gegenüber dem Osten eine Chance hat. Als den roten Faden, der sich durch diese Tagung hindurchzog, könnte man die These bezeichnen, daß der Westen durchaus brauchbare Ideen entwickelt habe, daß es aber nunmehr darauf ankomme, daß sich der Westen, d. h. eigentlich jeder im Westen Lebende, dieser Ideen bewußt werden muß, um dann auch danach zu handeln und zu leben. Gelingt es nicht, die etwas abgegriffene These von der Freiheit und, worauf Rüstow vor allem hinwies, der Menschlichkeit mit sehr konkretem Inhalt zu erfüllen, dann hat der Westen in der Tat wohl wenig Aussicht, gegenüber dem Osten und seiner Heilslehre zu bestehen.

*Cellesche Zeitung* vom 16. 5. 1957: Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hielt dieser Tage in Bad Godesberg

eine Arbeitstagung ab, auf der hervorragende Wissenschaftler des In- und Auslandes zu der Frage Stellung nahmen, ob der Westen „eine Idee“ habe. Wenn im Ergebnis diese Frage positiv beantwortet wurde, dann geschah es nicht, ohne daß an der Haltung des Westens gerade den Grundfragen der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber zum Teil recht scharfe Kritik geübt worden wäre.

*Schwäbische Landeszeitung Augsburg* vom 13. 5. 1957: Man hat dieser Gemeinschaft von Universitätsprofessoren, Unternehmern, Publizisten, Wissenschaftlern und Verbandsleitern früher einmal den Namen „Stoßtrupp Erhards“ gegeben. Die jetzige Tagung bewies mit einem Teilnehmerkreis von mehr als 600 Personen, daß sich dieser Stoßtrupp nicht nur beträchtlich vermehrt, sondern auch an Ansehen und Initiative gewonnen hat. Das Motto „Hat der Westen eine Idee?“ verriet, daß die Veranstalter auch erkannt haben, welches die schwache Stelle der freien Welt in der Auseinandersetzung mit ihren Widersachern ist. Die Aktionsgemeinschaft hat sich bemüht, eine Antwort auf diese Frage zu finden; eine Antwort, die allen Teilnehmern der Godesberger Zusammenkunft nicht nur gut begründet, sondern auch überzeugend formuliert erschienen sein mag.

*Vorwärts* vom 17. 5. 1957: Diese Verteidigung des Gruppenegoismus, auf nichts anderes laufen nämlich in der Praxis die Forderungen der Aktionsgemeinschaft und ihrer Sprecher hinaus, ist keine Idee, die diese edle Bezeichnung verdienen würde. Sie stellt lediglich den Versuch dar, einen gesellschaftspolitischen status quo zu zimmern, dessen Auflockerung aber gerade zur Überwindung des Bolschewismus von höchster Bedeutung ist.

*Frankfurter Allgemeine* vom 15. 5. 1957: Man sollte meinen, daß es heute nicht viele gibt, die sich durch solche Fragen aus dem beschaulichen Prozeß der ständigen Umsatzsteigerung aufstören lassen. Aber es war erstaunlich, daß die Vortragsveranstaltung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“, die sich mit der unangenehmen Fragestellung, ob der Westen eine Idee habe, herumschlug, eine starke und positive Resonanz fand.



## *Aus dem Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*

Die Soziale Marktwirtschaft, von einem klaren gesamtwirtschaftlichen Denken durch die Energie und Überzeugungskraft eines Kreises Mutiger getragen und in der Praxis gegen alle Zweifel und Anfeindungen immer wieder bestätigt, hat seit 1948 in der Bundesrepublik, obwohl erst unvollständig verwirklicht, einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt. Aber noch sind wir weit vom Ziel entfernt.

*Stabilität des Geldwertes* ist die erste Voraussetzung jeder gesunden Wirtschaftspolitik. Inflation ist ein wirtschaftliches und soziales Verbrechen, das nie wieder begangen oder zugelassen werden darf. Auch in Geld verkörpertes oder ausgedrücktes Eigentum muß wieder vollgültiges und sicheres Eigentum werden. Das Bundesnotenbankgesetz hat eine von der Bundesregierung währungspolitisch unabhängige Notenbank zu verpflichten, die Kaufkraft der Währung zu sichern. Präventivsicherungen einzelner Gruppen oder Titel gegen Geldentwertung sind abzulehnen, da sie das Vertrauen zur Währungsstabilität untergraben.

Die *Freiheit des Wettbewerbs* ist sicherzustellen und vor Zersetzung durch monopolistische und marktbeherrschende Machtgebilde zu schützen; der Leistungswettbewerb ist vor Entartung in Schädigungswettbewerb zu bewahren: Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Die bisherige übermäßige *Ausdehnung der Staatsaufgaben* als Ursache übermäßiger Staatsausgaben ist mit der Sozialen Marktwirtschaft unvereinbar und muß nachdrücklich und wirksam bekämpft werden.

Entschlossener *Rückzug des Staates aus der Wirtschaft*, Offenlegung und Kontrolle des Vermögens von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere des Besitzes an gewerblichen Betrieben und Beteiligungen; Reprivatisierung aller Betriebe und Beteiligungen, für deren öffentlichen Charakter nicht zwingende sachliche Gründe vorliegen.

Endliche Verwirklichung der immer wieder versprochenen großen *Steuerreform*, die das Steuersystem vereinfacht, bereinigt und organisch den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft anpaßt, den Wirtschaftserfolg im Leistungswettbewerb nicht durch übermäßige Einkommensteuer nachträglich mit Geldstrafe belegt, die Funktion des Kapitalmarktes nicht beeinträchtigt, den Wettbewerb nicht verfälscht und die Entstehung neuer Unternehmungen nicht behindert. Insbesondere ist auch die Umsatzsteuer so umzugestalten, daß sie keine wettbewerbsverfälschenden oder konzentrationsfördernden Wirkungen hervorruft.

In dem Maße, wie eine krisen- und inflationsgesicherte Soziale Marktwirtschaft den allgemeinen Wohlstand hebt, sollte die *Vorsorge für Krankheit und Alter* auf dem Wege privater Eigentumsbildung breiter Schichten und freiwilliger Versicherung zielbewußt gefördert und wieder zu einem *Akt persönlicher Verantwortung und Selbsthilfe gemacht werden*, wie es die Würde des Individuums fordert. Reform der öffentlichen Krankenversicherung; Beschränkung auf wirtschaftlich Schwache, Minimum an Selbstbeteiligung, Wahrung der beruflichen Freiheit der Ärzte.

Die Sozialpolitik ist zu einer umfassenden *Vitalpolitik* auszubauen, die, in die Marktwirtschaft organisch eingebaut, durch geeignete fördernde und anregende Maßnahmen alle Umstände einbezieht, die für das Lebensgefühl des arbeitenden Menschen wesentlich sind. Eine organische Siedlungspolitik soll das echtem Familienleben dienende Eigenheim und die halbbäuerliche Industriesiedlung fördern und Ballungen verhindern. Pflege des Familiensinns soll dem durch politische Ereignisse, Wirtschaftskrisen und falsche Sozialpolitik verdrängten Grundsatz wieder Geltung verschaffen, daß der in Not geratene Mensch zunächst Hilfe von seiner Familie erhält.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft *unvereinbar* sind *künstliche Einkommensnivellierungen* und ein „Wohlfahrtsstaat“, der seine hohen Sozialleistungen nach kurzer Zeit unvermeidlich dem Leistungsempfänger selbst als Steuerzahler aufbürden muß.

Die moderne Marktwirtschaft erwirbt ihr Prädikat „Sozial“ nicht dadurch, daß sie einem im übrigen unveränderten kapitalistischen System künstlich, etwa durch Begünstigung einzelner Gruppen, einige sozial scheinende Elemente aufpfropft. Die neuliberale Soziale Marktwirtschaft weist vielmehr eine *wesentlich veränderte innere Ordnung* auf, die von ihren *Grundlagen* her auf *natürlichem Wege* selbsttätig eine Übereinstimmung des wirtschaftlich und sozial Erstrebenswerten herbeiführt.

Die Soziale Marktwirtschaft erfordert einen zielklar und entschieden im Gesamtinteresse handelnden Staat, der, ohne selbst Wirtschaft zu treiben und in die Preisbildung und die Lenkung der Güterströme einzugreifen, seine Wirtschaftspolitik nach einer geschlossenen einheitlichen Ordnungskonzeption gestaltet und dadurch seine Integrität als Rechtsstaat bewahrt.

Die Soziale Marktwirtschaft garantiert zwar nicht jedem einzelnen ein bestimmtes Einkommen, aber sie sichert ein stetiges Wachstum der Produktion und damit des Gesamteinkommens; sie gibt also *jedermann Anreiz und Möglichkeit*, sich durch eigene Leistung Wohlstand zu erwerben.

Die Soziale Marktwirtschaft gestattet den *höchsten Gewinn* dort, wo die *Wünsche der Verbraucher* am besten erkannt und am billigsten erfüllt werden. Im Bereich des Leistungswettbewerbs fällt hierdurch das private Gewinninteresse mit dem Allgemeininteresse der volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung zusammen und ist die stärkste Triebkraft in seinem Dienste.

Die Soziale Marktwirtschaft überwindet die Baufehler des herkömmlichen Kapitalismus mit freiheitlichen Mitteln, während eine freiheitsfeindliche staatliche Befehlswirtschaft diese Baufehler nur noch verschärft und um neue, noch schlimmere vermehrt.



# NACHRICHTENDIENST

DES

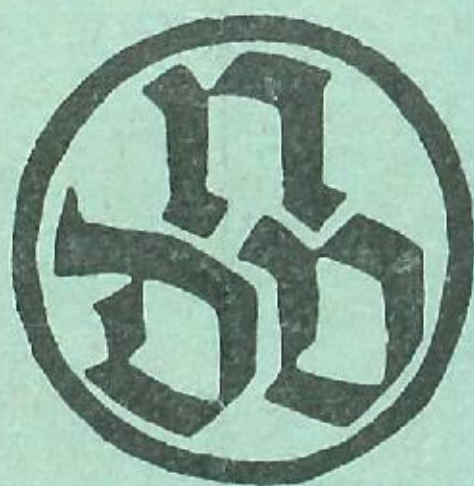
DEUTSCHEN VEREINS

FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE · FRANKFURT/MAIN

BEGRÜNDET

VON

PROF. DR. WILHELM POLLIGKEIT



HERAUSGEGEBEN

VON

PROF. DR. HANS MUTHESIUS

1958

Frankfurt/Main, Dezember

Nr. 12

## I N H A L T

	Seite
<i>Allgemeine Fragen</i>	
Beschlüsse des Ausschusses für Fragen der Fürsorge beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zur Fürsorgerechtsreform	301
Die Sozialausgaben des Bundes . . . . .	314
<i>Altenpflege und Altersfürsorge</i>	
Alterspsychologie als Grundlage der Altersfürsorge . . . . .	317
Die Alterssituation der Stadt Freiburg i. Br. in der Sicht einer planmäßigen Altenhilfe . . . . .	319
<i>Wirtschaftliche Fürsorge</i>	
Änderung von Richtsätzen . . . . .	323
Kriegsfolgenhilfe des Saarlandes . . . . .	324
<i>Rehabilitation</i>	
Die Entwicklung zum Rehabilitations-Team . . . . .	324
Was verstehen wir unter Rehabilitation? . . . . .	327
<i>Kurze Nachrichten</i>	
Einführung des Mutterschutzgesetzes vom 23. 1. 1952 im Saarland .	329
Lehrgang für psychiatrische Sozialarbeit in Nürnberg . . . . .	329
<i>Persönliche Nachrichten</i>	
Monsignore Kuno Joerger † . . . . .	329
<i>Aus dem Ausland</i>	
Weltkongreß für Jugendhilfe in Brüssel . . . . .	330
<i>Rechtsprechung</i>	
Entscheidungen der Verwaltungsgerichte . . . . .	332
Berichtigungen . . . . .	336
<i>Buchbesprechung</i> . . . . .	2. Umschlagseite



In den Schriften des Deutschen Vereins, Carl Heymanns Verlag KG., Berlin-Köln, ist erschienen:

## Alice Salomon

— Die Begründerin des sozialen Frauenberufes in Deutschland —

Format DIN A 5 — 348 Seiten

Alice Salomon zählt zu den Persönlichkeiten, die auf die deutsche Sozialpolitik, insbesondere die öffentliche und private Sozialarbeit sowie die Ausbildung der dort tätigen Kräfte, einen ungewöhnlichen Einfluß ausgeübt hat. Ihre Reden und Schriften waren von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Fürsorge in den letzten fünf Jahrzehnten. Darüber hinaus genoß Alice Salomon international ein bedeutendes Ansehen. Sie war Mitglied zahlreicher internationaler Körperschaften und gehörte vor allem dem Ständigen Ausschuß der Internationalen Konferenz für Sozialarbeit an.

(Eine ausführliche Besprechung der Schrift finden Sie nachstehend.)

Vorzugspreis für unsere Mitglieder und Bezieher des Nachrichtendienstes DM 8.— zuzüglich Versandkosten (Ladenverkaufspreis DM 15.80).

Bestellkarte liegt bei

### Buchbesprechung

*Alice Salomon, die Begründerin des sozialen Frauenberufes in Deutschland. Ihr Leben und ihr Werk.* Carl Heymanns Verlag KG. Köln-Berlin 1958, 348 S. kartoniert. Vorzugspreis für Mitglieder des Deutschen Vereins und Bezieher des Nachrichtendienstes bei Bezug durch die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins, Frankfurt/Main, Beethovenstraße 61, DM 8.—, zuzüglich Versandkosten, Buchhandelspreis DM 15.80.

-k- Wir besitzen in Deutschland nur wenige Darstellungen des Lebens und Lebenswerkes von Führern und Führerinnen der sozialen Arbeit. Unter ihnen fehlte bisher Alice Salomon. Als dem Deutschen Verein Ende 1956 eine sachkundig geschriebene Biographie aus dem Ausland angeboten wurde, entschloß sich der Vorstand sofort, dieses Lebensbild in den Schriften des Deutschen Vereins zu veröffentlichen. Das Buch wurde im November 1958 zur 50-Jahrfeier der Alice Salomon-Schule in Berlin herausgebracht.

Verfasserin der Biographie ist Dora Peyser, einst Schülerin Alice Salomons, dann ihre Mitarbeiterin und persönliche Sekretärin, durch enge persönliche und sachliche Verbindung mit ihr in besonderem Maße zur Biographin berufen. Sie schildert — wenn wir hier Worte aus der Vorrede dieses Buches wiederholen — in lebendiger und anschaulicher Weise, wie das Werk Alice Salomons aus kleinen örtlichen Anfängen in Berlin in schlichter hingebender Arbeit entstand, wie ein wachsender Kreis von Aufgaben hinzutrat und ihrer Arbeit Bedeutung für ganz Deutschland gab, wie neben der Sozialarbeit die Tätigkeit in der Frauenbewegung in ihren Lebensbereich trat, der sie später die ersten internationalen Verbindungen verdankte, und wie sie schließlich in die Führung der internationalen Bestrebungen um die Ausbildung zum sozialen Beruf hineinwuchs, aus denen sie auch für Deutschland fruchtbare Anregungen empfing.

Alice Salomon hat einmal für die Anfänge des sozialen Berufs von der „überragenden Leistung einer Generation von Pionieren“ gesprochen. Diese Charakteristik trifft auch auf ihr eigenes Lebenswerk zu. Sie hatte, wie Dora Peyser schön sagt, die große Gabe, Ideen zur Verwirklichung zu bringen.

Der biographische Teil des Buches enthält weiter 2 Kapitel aus den unveröffentlichten Lebenserinnerungen Alice Salomons,

übersetzt von Emmy Wolff, und eine Darstellung der Beziehungen Alice Salomons zum Deutschen Verein von Carl Ludwig Krug von Nidda.

Der außergewöhnliche Lebenslauf Alice Salomons legte es nah, auch den Zusammenhängen zwischen Leben und Werk nachzugehen und die Biographie durch eine Auswahl von Vorträgen und Abhandlungen Alice Salomons abzurunden. Dieser II. Teil des Buches, den Krug von Nidda besorgte, umfaßt 14 Schriften und Vorträge aus den Jahren 1908 bis 1937. Darunter sind 4 Themen, die Alice Salomon auf Tagungen des Deutschen Vereins behandelte (Nr. 1, 3, 4 und 5).

Der bedeutendste dieser 4 Vorträge behandelt „Die sittlichen Grundlagen und Ziele der Wohlfahrtspflege“ (1921). Wie sehr dieses weltanschauliche Thema Alice Salomon am Herzen lag, zeigen 2 weitere Vorträge: „Religiös-sittliche Kräfte in der sozialen Arbeit“ vom Herbst 1920 (Auszug auf Seite 144 — 146) und „Das Verhältnis der Kirche zu den Sozialarbeitern“, in englischer Sprache auf der 50. Amerikanischen Nationalversammlung für Sozialarbeit 1923 gehalten (Seite 200, deutsche Übersetzung Seite 205). In diesen 3 Vorträgen wird der Gedanke der gegenseitigen Hilfe als Lebensgesetz, die Bedeutung des Dienstes für andere als Grundlage der sozialen Hilfe entwickelt. Das Ethos des sozialen Berufs klingt auch in dem Kapitel aus Alice Salomons Hauptwerk „Die Ausbildung zum sozialen Beruf“ an (Nr. 7, S. 210).

Den Problemen der Ausbildung sind insgesamt 6 Themen gewidmet (Nr. 7, 8, 9, 10, 13 und 14), wohl die wichtigsten Dokumente auf dem für die Lebensarbeit Alice Salomons in erster Linie kennzeichnenden Gebiet der sozialen Ausbildung. Sie gehören zu den reifsten Arbeiten Alice Salomons und sind auch dadurch reizvoll, daß sie Einblicke in ihre Arbeitsweise geben (Sammlung von Tatsachenmaterial, Aufstellung und Erörterung der Probleme — auch der ungelösten —, Deutung und vorsichtige Wertung). Ein Teil dieser Themen führt auch in die internationalen Fragen der Ausbildung ein.

Eine Bibliographie und ein biographisches Personenverzeichnis bilden den Abschluß des Buches. Der Verfasser des Personenverzeichnisses war bemüht, namentlich den Lebens- und Berufsschicksalen einer Generation von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern nachzugehen, die die Entwicklung des sozialen Berufes in den letzten 50 Jahren mit getragen haben.

NDV Dezember 1958

### Einbanddecken für den Nachrichtendienst 1958

können zum Preise von DM 3.50 (zuzüglich DM 0.50 für Versandkosten) bezogen werden. Die Bestellungen können sich auch auf zurückliegende Jahrgängen erstrecken. Qualität und äußere Form der Einbanddecken werden beibehalten.

Eine Bestellkarte liegt bei.



DRUCKSACHE

An den

Deutschen Verein  
für öffentliche und private Fürsorge

16

Frankfurt/M.-1

Beethovenstraße 61



....., den .....

Ich bestelle hiermit

..... Exemplar(e) des

„Gesamtberichtes über den Deutschen Fürsorgetag 1957“  
zum Vorzugspreis von 44.50 DM zuzügl. Versandkosten

..... Exemplar(e) der Schrift

„Alice Salomon — Die Begründerin des sozialen Frauenberufes  
in Deutschland“  
zum Vorzugspreis von 8.— DM zuzügl. Versandkosten.

Privatanschrift bzw. Dienststelle:

Name: .....

.....

Ort, Straße: .....

— Blockschrift erbeten —



der Brücke mehr gewollt, was aber die  
 Defensiv- und die Beaufschlagung dieser Frage gemein  
 ist. Berücksichtigung. Es ist in der Tat ein  
 komplexes Sachbild entstanden, aber es sind  
 längst auch Richtlinien für ein weitere gemeinsames  
 Handeln der Stadt festgelegt worden, und die  
 die Handhabung mit Hilfe können.

Es lohnt sich die Hauptabstände der Brücke  
 kurz zu bezeichnen:

In der Umgebung ist Gestalt- und Fortbewegung  
 der Stadt in Längs- und Querschnitt zu sehen. In  
 der Länge - Jahre 1230 bis etwa  
 1557 war keine mehr ein Wohnort. Nach  
 der Länge der Jahre 1548 etw. 1558  
 mit v. 1558 - 1877 die ~~bedeutende~~ <sup>unvergleichliche</sup>  
 so bedeutende Universitätsstadt. Etwa in 1877  
 steht die zu nennende Entwicklung fest, so  
 dass die in Hamburg in der Universität - in der  
 überlebt ist. Der Bestand ist

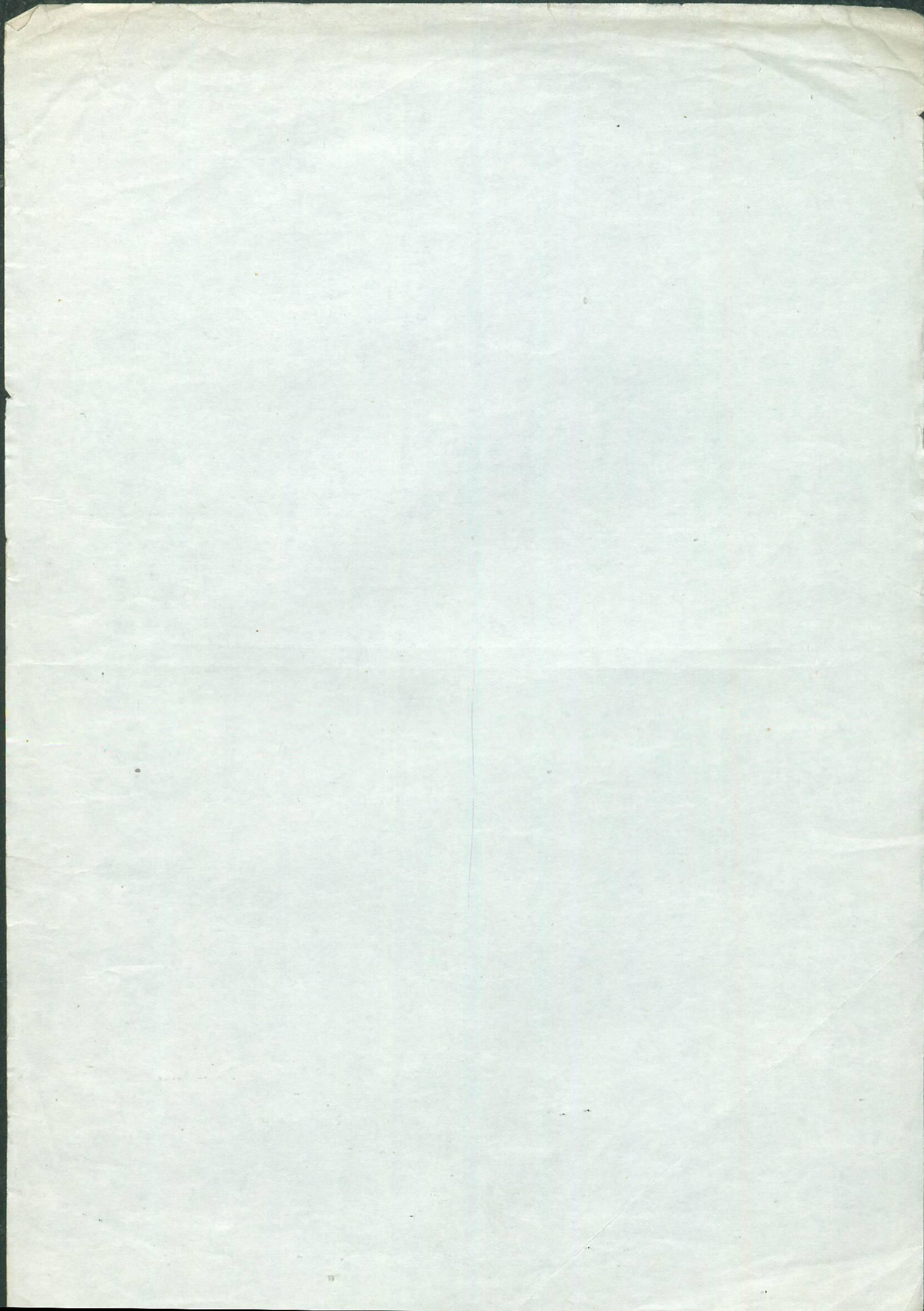
1878 4459 Einwohner

1880 10326

1950 80185

Die Stadt nennt keine ein Späterwachsen. Es vergleicht  
 eine mit Oxford, Göttingen, Oxford u. Cambridge  
 die Stadt hat die Lage - die Stadt, die aber  
 ein wenig besser als die anderen ist, als eine  
 aber die diese Vergleichsstädte kann man zu  
 eine geschichtliche Entwicklung der Hochschule mit der  
 Universität von Paris. Deren Hauptpunkt ist  
 - der Hauptteil der Stadt ist







daup nicht wesentlich zu sein wenn alle  
 Wirtschaft sich klar verhält und in Produktion  
 gestellt werden

Kern ist die Zahl der Betriebe stark zurückgegangen  
 Betrieb - Einzelhandel 1933 / 799 1957 / 488  
 in Einzelhandel a 1 70 bei 60000 bei 80000 Einw.  
 11 / 63

Beitrag zur Wahl auf nur sehr geringe  
 Entwicklung der Konsumgütermarkt für 1954:  
 94 Konsumgüter  
 in HD - Lebensmittel 1953 63 Konsumgüter

Für den Einzelhandel übersteht.

X Einzelhandel Entwicklung  
 deutsche Marktplatz  
 zur Planung von Einzelhandelsbetriebe  
 Abnahme der Geschäfte (108)

Baum 1935 76

1957 2

Baum Holzwerk  
 Stadt - in Holzwerk

Allgemeine Probleme

- Konsumierung 48

Stadt. Zentrum

Baum von aus der  
 in Holzwerk  
 Holzwerk

~~Abnahme~~

Stadt 1997

Durch - Neukonsum  
 für den Lebensmittel 234

Konsumierung

Stadtplanung 25%

in Zentrum der Holzwerk

Holzwerk der Holzwerk  
 Stadt 264/205 25%



Abbe zug Lohr nach Jene, nur es 1889  
mit Unterstützung der Pemp. Staaten zur Erwerbs  
des Glanzes Lohr - Jene "kan. 6. von  
Lohr (Lohr - Lohr) und die 2 Weltkriege hinweg  
der wertvolle Berater der Jene Wirtschaft  
leben geblieben. 1950 werden

be Zug 12000 Penn

" Zug 3300

insgesamt also 19% der Bevölkerung. Wäre ein  
gerade wie der Punkt nicht zu betonen. Offensiv  
ist dieser Punkt - Jene nicht zu groß, und nicht  
wertvolle Punkte. Auch die chemische u. pharmazeutische

Industrie werden mit Jene 2 Klein Betriebe  
für die Bevölkerung 2890 - 2816. Ein erheblicher  
Anstieg durch die Jene pharmazeutische Industrie  
durch die Lohr u. Penicillin u. Antibiotika  
Zustand der Volkswirtschaft Lohr - Jene. 201  
1947. Es wurde eine neue Linie 1913 Jeneplan  
gegründet, die 1954 24000 Bevölkerung hat.  
Abbau nach der Jene. Das Bevölkerungswachstum spielt  
in Jene eine so große Rolle wie in der westdeutschen  
Länder.

Genauere Schilderung der einzelnen Gewerbegebiete  
an wichtiges Lebenselement der Stadt, gibt eine  
hohe Bedeutung der Bevölkerungsdienst.  
Es wird gesagt, daß die meisten Betriebe der Jene.  
Wirtschaft eine kleine bürgerliche Industrie von  
dankbar daß alle Industrie die private Industrie  
unterstützung in der Hinterland gehabt ist gegenüber  
der Stadt. geplanten Wirtschaftsplanning.  
Kleinere wirtschaftliche Entwicklung. Keine Bedürfnisse in  
Bedeutung. Keltische der kleinen Quellwasser, zwei  
rangige Gewerbezone. Bevölkerung als Teilnahme  
der bestimmten Wirtschaftswirtschaft. Jene



Alle diese Fragen und Probleme, die heute  
alle deutschen Städte beschäftigen. Aber kann je  
wunder solche Fragen so glücklich beantwortet, wie  
das Prof. Schulze in seinem <sup>bisher</sup> von Herbst 1957 an  
~~die das den Stadt~~ ~~für eine~~ ~~erwartete~~ / ~~Prof. Schulze~~  
~~ausgewählten~~ ~~gelten~~ hat. / ~~aber~~ ~~erst~~ in  
Jahre 1955 in einer ~~kurzen~~ Form veröffentlichten ~~Studien~~  
publiziert sein hat.

Das wichtigste Ausdrucksmittel in dieser  
dargestellt. In 7 Jahrhunderten hat diese eine  
mehrere Gestalt- und Funktionswandel erlebt. Aus der  
ursprüngliche Markensiedlung wurde in der Mitte  
des 16. Jahrhunderts eine in ihrer inneren Struktur  
stark sich wandelnde Universitätsstadt. Daraus  
hat sich im 18. J. ab die industrielle Entwicklung  
der Stadt, die wiederum Einwohnerzahl spiegelt  
diese Entwicklung wieder.

	1818	4459	Einw.	
4. Hauptkategorie	1880	10326	"	1. e. ebenfalls
seit 1909. Fläche	1900	20686	"	Beibehaltung des
hat sich verändert	1925	52649	"	universitären
	1950	80785	"	charakteren

Prof. Dr. weist darauf hin, dass diese in der  
Entwicklung Städte mit G. H. G., darunter auch Oxford  
ähnlich, aber auch diese Entwicklung ist die  
steht eine so enge Beziehung der Hochschule mit  
der Industrie von der gerade in diese der Fall  
ist. Der junge beabsichtige Herr Zeitmann  
die eigene Bedeutung ein wenig mehr und  
die können die Universität & G. für Europa ist deshalb  
in diese nicht in. Gerade in die jungen Bevölkerung  
kommt aber eine gewisse Minderheit für die  
beibehalten, das man die



einige Gespräche mit ihm vorausgegangen seien. Er dürfte also die Fragestellung des Rates in dem einen oder anderen Punkte beeinflusst haben. Aber schon die Tatsache, daß es zu einer solchen Fragestellung überhaupt gekommen ist, spricht für die Einsicht der Jenaer Ratsmitglieder. Professor Schultze hatte schon vorher die Städte Nordhausen und Erfurt in ähnlichen Angelegenheiten beraten. Sein Arbeitsverfahren hat Professor Schultze in einer als Buch erschienenen Akademie-Abhandlung "Stadtforschung und Stadtplanung" (2. Auflage Bremen 1952) dargelegt. Als Ergebnis seiner Arbeiten über Jena legte Professor Schultze im Herbst 1951 dem Rat der Stadt ein Strukturgutachten vor, das nun in Buchform unter Berücksichtigung der inzwischen fortgeschrittenen Entwicklung der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist und das auch bei allen westdeutschen Städten auf größtes Interesse stoßen muß. Das Buch ist so aufschlußreich, lehrreich und beispielgebend, daß es sehr lohnend erscheint, seine Hauptabschnitte etwas näher zu betrachten.



der Bevölkerung - 20 Jahre später  
 die junge Bevölkerung 1884  
 gemeinde zu leben zusammen 1884  
 Schott nach 1884  
 nur Unterbefehl der preuss. Staats- und Verwaltung  
 des Glanzes, Schott - 1850  
 selbst in der Heimat 11000 Personen  
 in der Heimat 3300 Personen 1912 der  
 Staatbevölkerung Bevölkerung der Stadt  
 andere wichtige - fernöstliche Handels-  
 haben sich entwickelt. Chemische Industrie  
 Industrie

Gefährdung: Deswegen der  
 deutsche Volksgemeinschaft. Weltweite mit der  
 Kreis - Schottung - 1884 - Westdeutschland  
 Abhängigkeit der Bevölkerung nach Landkapital  
 in der Lage der Volkswirtschaften - ohne  
 Jahr 1884. Mensch der Hyperkopte; jene  
 der Welt nicht mehr zu sein werden, die  
 Welt mit jenen jenen Jahren  
 Bayern - Bayern

Einzelhandelsmarkt - 1884

Abhängigkeit der Bevölkerung - 1884  
 1893/1950 - 8000

\* 1920 - infolge Wirtschaftskrisen  
 und 100000

1892: jene verbleiben jenseits, fast 2 jenseits  
 1892: jene verbleiben jenseits, fast 2 jenseits



*der saalestadter Kap. ul des Punkts*

In der Einführung ist Gestalt und Funktionswandel der Saalestadt in 7 Jahrhunderten dargestellt. Von der Gründung im Jahre 1230 bis etwa 1557 war Jena eine Weinbauernstadt. Nach der Gründung der Jenaer Hochschule im Jahre 1548 entwickelte sich bis 1871 eine wissenschaftlich sehr bedeutende Universitätsstadt. Etwa um 1871 setzte die industrielle Entwicklung Jenas ein, sodass dann eine Kombination von Universitäts- und Industriestadt vorlag. Die Stadt hatte

1818	4459	Einwohner
1880	10326	Einwohner
<del>1900</del>	<del>20686</del>	
1950	80185	Einwohner
1925	52649	

Die stärkere Bevölkerungsentwicklung hat also in Jena nach 1900 eingesetzt. *gerade nennt* Professor Schultze ~~nennt~~ Jena einen "Spätentwickler". Das Wirtschaftsgefüge und damit das berufliche Gefüge der Stadt hat sich nach 1900 stark gewandelt. Im mittelalterlichen Jena standen Weinbau und Weinhandel im Vordergrund. Dann entwickelte sich, wie Professor Schultze ausführt, ein recht beachtliches Handwerk mit Kunden-Produktion und allmählich auch ein Gewerbe mit Markt-Produktion. Die Universität führte der Stadt neue Konsumenten zu.

*Prof. Schultze vergleicht Jena mit  
Städten ähnlicher Größe - Hamburg-Frankfurt  
(Lübeck, Danzig, Regensburg), weist aber  
darauf hin, dass keine diese Vergleichs-  
städte eine so enge <sup>gehobene</sup> Verknüpfung der Hoch-  
schule mit der ~~industriellen Entwicklung~~  
entwickelt hat wie Jena. Hier ist die  
Industrie - <sup>spätere</sup> ~~frühere~~ <sup>spätere</sup> ~~frühere~~ Bedeutung allmählich  
entstanden - <sup>später</sup> ~~früher~~ <sup>später</sup> ~~früher~~ Bedeutung hervorge-  
wachsende Industriemischungen da nur  
das - Jena der Fall ist der <sup>späte</sup> ~~frühe~~ <sup>späte</sup> ~~frühe~~ <sup>späte</sup> ~~frühe~~ <sup>späte</sup> ~~frühe~~  
Wandel <sup>1846</sup> ~~1846~~ <sup>1846</sup> ~~1846~~ <sup>1846</sup> ~~1846~~ <sup>1846</sup> ~~1846~~  
Bedeutung für die Entwicklung einer <sup>später</sup> ~~früher~~ <sup>später</sup> ~~früher~~ <sup>später</sup> ~~früher~~ <sup>später</sup> ~~früher~~  
Hauptstadt <sup>1846</sup> ~~1846~~ <sup>1846</sup> ~~1846~~ <sup>1846</sup> ~~1846~~ <sup>1846</sup> ~~1846~~  
eine <sup>spätere</sup> ~~frühere~~ <sup>spätere</sup> ~~frühere~~ <sup>spätere</sup> ~~frühere~~ <sup>spätere</sup> ~~frühere~~*



Wennewang. : summe 6. 11. 1871  
Putz  
Telgert - Thüngen und zusammen mit  
Klempner  
Katharinen. 10. 11. 1871



Das geistige Leben

Stadt der bestimmten Intelligenz

" " lebendige Jugend

Unsere mütterliche Liebe

Endenreife

1954

3839

Frank

283

das t-BF

1476.

727

5315

1480 Beate, Fyrmell - Stier

davon 293 von Oben - Fyrmell - m.

206 Asper

399

in Velpen M.

Funke als

Kultur

y. 67. 1. 68.

Gesundheitliches

Das Klimaproblem: optimale Beschäftigung  
in allg. und hinsichtlich der ersten  
Klimatur. Frage des Hauptortes, Hauses

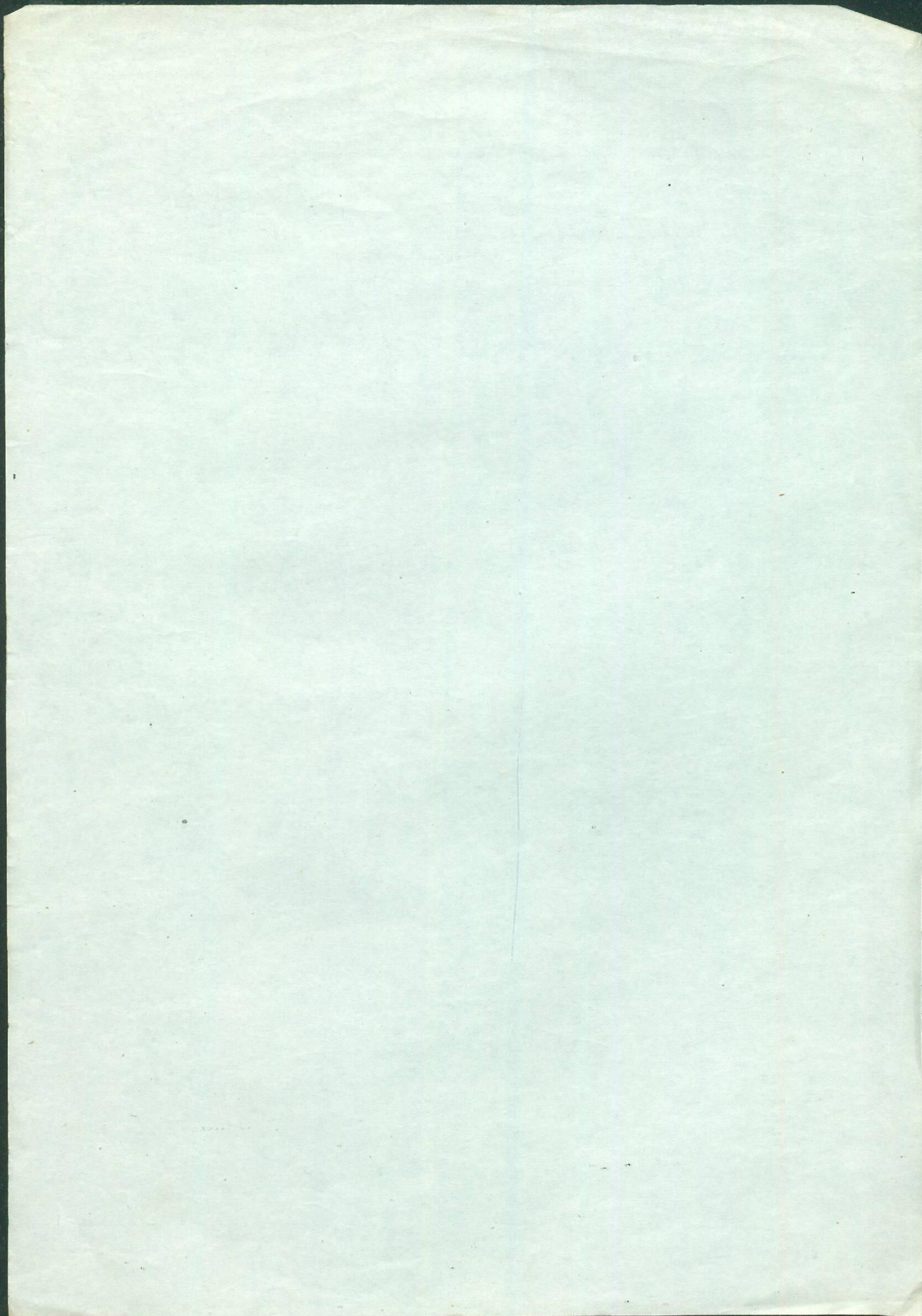
Klimaturkomplex in Libada nicht empfehlend  
weil, da ein Treibhauseffekt entsteht und  
in Folge eine Thermoanlage

Leute werden wegen Vermehrung 1954  
geboren

Ergebende Klimaturkomplex  
möglich für Wohlfühlende - sollte typischer  
die Bevölkerung: mildes Klima - mehr  
bessere Schokolade: man teile Sonnen

Neuere Ladungst: Lohnt sich - aber  
div. Ladungst.  
y. 52 / 53.







lange erwarren 12. Die die Entstehung  
 dieses Buches ist sehr interessant. Der Herr der  
 hat jene Bitte - vom 1949

Es handelt sich um Kopf. Ich habe selbst bemerkt  
 nur ein "komplexes Kopf" der nur  
 auf die Landgeographie fußt aber nicht die  
 Natur ein solche Landgeographie weil hin-  
 weis.

berühmtes Liedly - in München  
 gelebt

herausgegeben, von Reutling und  
 als 100 von Ein.

Reparat des Hinterbundes  
 Roberts Kopf

Innerweltliche Reibungsmythos

Ein Pender	1950/57	gewählt	2699	
		Kulturbild	2734	Lithologie, Glasur
(Seite 230)			5433	
	1954		von 8000	

Engländer sagen Seite 236







seines Buches die "komplexe Stadtforschung", die auf der Stadtgeographie fusst, aber doch weit über den Rahmen einer solchen Stadtgeographie hinausgeht.

Wie kam das umfassende Werk zustande ? Der Rat der Stadt Jena hat im März 1949 Professor Schultze um seinen Rat und vor allem um die Untersuchung folgender Punkte gebeten:

1. Künftiges Wachstum und künftige Einwohnerzahl der Stadt.
2. Künftige Wohn- und Siedlungsgebiete, wobei an die Gebiete . . . . gedacht ist.
3. Lage und Größe der Überschwemmungsgebiete unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes durch die Saaletalsperren.
4. Künftige industrielle und gewerbliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Firmen Zeiss und Schott; etwaige Ansiedlung neuer Industriezweige als Zubringerindustrien. Welche Kleinindustrie ist besonders zu fördern?
5. Unterricht, Kultur, Forschung und Gesundheitswesen: Strukturaufgaben, regionale Wirkungsbereiche. Lage der Einrichtungen innerhalb der Stadt. Ist eine Veränderung der Stadtlage anzustreben usw. ?
6. Aufstellung einer Karte 1: 10 000 über die baulich-funktionelle Gliederung des Stadtgebietes unter Berücksichtigung des Altstadtraumes.
7. Verkehrsanlagen: Nah- und Fernverkehr, Verkehrsbelastung der Strassen, Streckenbelastung der Eisenbahn usw.
8. Wirtschaftliches Hinterland. Grösse und Abgrenzung des Versorgungshinterlandes. Ist der Landkreis Stadtroda imstande, das Stadtgebiet mit Fleisch, Kartoffeln und Getreide zu beliefern? Sind die Saalewiesen unter Verwendung der Abwässer der Stadt für den Gemüsebau zu verwenden?
9. Wasserversorgung. Soll die Wasserversorgung durch weitere Bohrungen im Buntsandsteingebiet oder durch Anschluss an ein Talsperrenprojekt der Thüringer Städte gelöst werden?
10. Eingemeindung. Ist eine Eingemeindung von Kunitz und eine Eingemeindung von Göschwitz aus verwaltungsmässigen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen zweckmässig ?

Inwieweit Professor Schultze diese Fragestellung beeinflusst hat, verrät das Buch nicht. Aber schon die Tatsache dieser Fragestellung spricht für die Einsicht der Jenaer Ratsherren. Was freilich Professor Schultze aus diesen Fragen gemacht hat, dürfte sein alleiniges Verdienst und das seiner Mitarbeiter sein. Es ist in der Tat ein komplexes Stadtbild entstanden, das zugleich einen Leitfaden für die künftige Stadtpolitik darstellt.

Es lohnt sich, die Hauptabschnitte des Buches etwas näher zu betrachten:



ist mit der große Kunst, die dunkle Erdkrasse  
Handbuch für Vervollständigung, Naturgeschichte - Halbes - und  
geheim, Beispiel - Elemente und die Top. Natur  
Brück - Thema - Ernst Meyer, 18. Jahrgang, Natur  
geschichte und - Naturwissenschaften und ihre  
Erkenntnis, aber weitere sind - Erkennen der  
Leben, danach zu erst hat es Naturgeschichte  
die ein Handbuch mit der ungeliebten Erdkrasse  
zusammenfassen beabsichtigt. es handelt sich  
dabei um Natur - Erdkrasse Erdkrasse  
von der mit besonderer Sorgfalt der Erkennen  
dieser Natur - die Erdkrasse Umweltgeschichte  
Naturgeschichte zusammenfassen

Es ist bedauerlich, dass zu verschiedenen  
Theilen noch derselbe Hauptwintertermin  
in die letzte Phase des in Angriff genommen  
werden und, obwohl sich viele von  
Theile in ein gewisses Stadium  
befinden und 2 sehr wichtige, die  
Richtlinien für die künftige künftige  
zu Ziel haben, geradezu transigieren.

Dieser sehr kurze Entwurf ist nach  
 Maßstab des Augenmaßes auf ein <sup>Anteil</sup> ~~Anteil~~  
~~Anteil~~, das von Prof. Dr. J. H. Lohr, der  
 Direktor des Geographischen Instituts der Universität  
 zu Berlin, das 1958 in der Festschrift  
 herausgegeben ist und der Titel lautet  
 „Eine Karte, Merkmal - Entschlüsselung  
 möglicherweise der Mineralien - ... Industriematerialien?  
 Ich stelle mir vor, ob es auch als die erste  
 Publikation in der Geographie, die seit







Zeichengruppe 2000  
63362

In der Karte Folie 1, Seite 1955  
in der Karte Prof. Dr. Frank H. Schulke, der  
Direktor des Geographischen Instituts der Universität  
Jena, das der Titel sagt, Jena,  
Wend, Wachsen und Entwicklungsmöglichkeiten  
der Universität. - Industriestandort. Das Wort  
das 277 Buchstaben umfasst - die Karte zeigt  
mit Abgrenzung. N. Seite nach 3. Karte.  
Studium v. Dr. Paul Hübner, Prof. Dr. Frank Hübner  
- Dr. Hübner sagt, dass die Karte angewandte  
Topographie zeigt ein Stadtnetz. Hübner von  
Prof. Dr. Schulke zu finden, das der Titel sagt  
"Stadtplanung - Stadtplanung" und das in 2. Teil  
1952 in Jena erschienen ist. Die Karte der Re-  
ferenzen über Jena geht auf folgendes zurück. Ursprünglich  
bezieht es sich auf die Stadt Jena - Seite 1957  
in der Stadtplanung, aus der dann das folgende  
Buch entsteht.

Das Buch aus der jüngsten Zeit stellt  
Kartographie dar. In der Hauptkarte handelt  
es sich dabei um eine Karte nach Schöner  
Bildkarten, die in der Karte dargestellt werden  
mit der Entwicklung. Hübner ist der  
letzte 20 Jahre in der Stadt gegeben. Die  
es handelt sich um Stadtplanungsmuster, die  
gute Karten umfassen. Das Buch ist ein



gen. Monarch, die die Thematik dieser Zeiten  
- die lokale Jahre bezeugt. - 2, ist der  
Bruch Augustus 955-1955, Frühlinge  
- Studien zur Kultur - Wohnplatzgeschichte  
- Augsburg. Eingehende Stadtmonumentierung  
erselbe Stadt gibt es aber, wenn ich das  
bestimmt übersehen kann, kann, das ~~Land~~ <sup>Land</sup> ~~ausgesprochen~~  
~~Zustand~~ von Dorf Neundörfer gelatte Landgeschichte  
Zustand - Fruchtpunkt a. h. hat in diesen  
nur selbst <sup>ist</sup> Stadtmonumentierung begonnen, aber  
Unterstützung - Landreparatur

Le bryt das Bruch von Dorf Schulte - te  
fene etwas Neues - ungewöhnliche Bedeutung,  
weller. Das Bruch bietet mehr als ein - lokale  
Stadtmonumentierung; Dorf Schulte bezeichnet als die Stadt  
des Bruches - die komplexe Stadtplanung, die auf  
den Stadtmonumentierung führt, aber doch nicht - die  
die Planung in Stadtmonumentierung herausgeht.

Wie kann eine solche ungewöhnliche Bruch  
zustande? da der die Stadt fene heute sehr  
- bis 1949 bei Dorf Schulte a. Landreparatur  
angefordert - heute dann die Stadtmonumentierung folgt  
Bruch ~~angefordert~~ führt:

1 - 20.

Zusammenhang der Planung des Bruches durch  
Freyschütz beeinflusst hat, führt mit auf die





# AMTSBLATT

FÜR DEN STADTKREIS MANNHEIM

Nr. 8 / 17. Jahrgang  
Erscheinungsweise einmal wöchentlich

Freitag, 24. Februar 1961

Preis 10 Pf / Monatl. 40 Pf  
Postverlagsort Mannheim 1

## Grundsatzdebatte im Gemeinderat

### Neutrale Jugend - organisierte Jugend

Kritik an der Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz

Im Anschluß an die Etatreden der Fraktionsvorsitzenden entspann sich in der Gemeinderatsitzung am 16. Februar eine Grundsatzdebatte über die Ausführungen von Stadtrat Dr. Merkert (CDU): Ungleiche Verwendung öffentlicher Gelder im Hinblick auf die freie Wohlfahrtspflege und die organisierte Jugend (veröffentlicht in der letzten Amtsblatt-Ausgabe). Nachstehend wird diese Debatte auszugsweise wiedergegeben.

Stadtrat Esser (SPD) führt aus, es sei eine erfreuliche Tatsache, daß eine Grundsatzdebatte möglich sei; man höre dabei manches, was man bisher trotz guter Zusammenarbeit nicht gewußt habe. Er glaube, gerade zu dem, was Stadtrat Dr. Merkert ausgesprochen habe, wenn es auch nicht im Bereich der heutigen Beratungen liege, etwas sagen zu müssen. Er habe sich zwar überlegt, ob er das überhaupt tun sollte, weil er fast Angst gehabt hätte, daß man sich in einem undemokratischen Staat befände und weil in den Ausführungen von Stadtrat Dr. Merkert deutlich zum Ausdruck gekommen sei, daß die Gemeinden und Kommunen schon recht stark entdemokratisiert sein müßten.

Nun sei mit der Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz vom Herbst 1960 das, was man wollte, nämlich eine paritätische Arbeit mit der Jugendpflege zu schaffen, geradezu auf den Kopf gestellt. Heute sei die öffentliche Hand hier fast undemokratisch in der Frage der Subsidiarität herausgestellt worden; wie Stadtrat Dr. Merkert es dargestellt habe, sei sie nichts anderes geworden, als Zahlmeister für die freie Wohlfahrtspflege. Was man als Selbstverwaltung wollte, eine echte Mitarbeit und Hilfestellung, sei mit dieser Novelle geköpft worden.

Stadtrat Dr. Merkert habe einige Dinge erwähnt, die er korrigieren müsse: Ob eine Jugendgruppe konfessionellen oder sozialistischen Charakters oder eine Gruppe, die aus nicht-organisierten Jugendlichen zusammengesetzt sei, ein

Lied singt, einen Volkstanz übe oder einen staatspolitischen Vortrag höre, sei dasselbe. Er wisse nicht, warum Stadtrat Dr. Merkert besondere Organisationen herausstreiche und sage, nur diese seien beim Empfang solcher Themen usw. die eigentlich Berechtigten und die anderen nicht. Wo bleibe die Gleichheit, wenn nicht berücksichtigt werde, daß unter den organisierten Jugendlichen ein großer Prozentsatz verschieden stark sei und damit eine Ungleichheit in der Inanspruchnahme des Jugendhilfegesetzes und der Jugendpflege auftrete, weil sie die Ausgangsposition zu den Einrichtungen, die nach der Frage der Hilfe oder Unterstützung durch die Jugendämter möglich sei, gar nicht besitzen, nämlich das Eigenkapital. Deshalb könnten die von Stadtrat Dr. Merkert genannten Jugendorganisationen in der Frage der Jugendorganisation keine Vorrangstellung einnehmen.

Der Bundesjugendplan dürfe in diesem Zusammenhang nicht genannt werden. Wenn man die Jugendhilfe auf eine so gefährliche Bahn bringen wolle, daß Einrichtungen zu fördern und zu errichten sind, um sie der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen, dann müsse man fragen, wie der Bund dazu die Mittel gebe. Warum gebe er keine Mittel oder warum beziehe er keine konkrete Stellung? Das fehle in der Novelle. Auch die Umschreibung der Aufgaben fehle, weil es bei dieser Frage wieder Wahrheit werde, daß den Letzten die Hunde beißen.

### „Man darf 80 Prozent der Jugendlichen nicht einfach abschreiben“

Stadtrat Dr. Merkert habe weiter von den Rechten gesprochen, die hier quasi totgeschlagen würden. Er habe die 80 Prozent nichtorganisierter Jugendlichen mit einer Handbewegung auf die Seite gestellt. Man dürfe nicht einfach den größten Teil der Jugendlichen abschreiben und sagen, dieser wolle sich nicht unter die Zucht einer Organisation stellen. Hier müsse man recht vorsichtig sein, denn die Frage der Jugendpflege und Jugendfürsorge könne nicht Sache einer bestimmten Richtung sein, sondern sie sei Sache der Allgemeinheit, die nach seiner Ansicht nach genauso gut in einem freien Verband wie in der Kommune vertreten sei. Man könne auch nicht jeden Bürger, der sich nicht an einen Verband binden wolle, abschreiben, sondern er sei mitbestimmend.

Früher habe Dr. Merkert so viel vom Elternrecht gesprochen. Was bleibe von diesem Recht übrig, wenn Einrichtungen, die die Gemeinde gefördert hat, nur auf die drei von ihm genannten Organisationen beschränkt würden? Die kleinen Organisationen würden ausscheiden, weil sie gar nicht den Ausgangspunkt, das Eigenkapital, hätten. Allerdings spreche der Bund auch hiervon nichts. Das Eigenkapital hindere die meisten, Einrichtungen zu schaffen. Aber wenn dann die Gemeinde alles bezahle, werde man eine Flut von Einrichtungen erhalten. Aber das gleiche Recht und die gleiche Berechtigung werde doch dadurch verhindert, daß man nachher die Jugendlichen und die Eltern zwingt, dahin zu gehen, wo Einrichtungen sind. Er denke an Heime, Einrichtungen usw. Wenn man davon absehe, wie groß der Prozentsatz der Eltern teile ist, die in Verbänden organisiert sind, dann werde die Zahl noch erschreckender und der Beweis, daß man unrecht handeln würde, noch deutlicher und größer.

Abschließend bemerkt Stadtrat Esser, man werde sich zur Besprechung dieser Dinge eben wieder zusammensetzen müssen, wenn Fälle in dieser Gemeinde anfallen.

Man werde gut daran tun, das was als Novelle und noch nicht als Gesetz vorliege, recht genau und vorsichtig anzusehen und mit Vernunft die Dinge in unserer Gemeinde zu handhaben. Dann würden wahrscheinlich alle Teile befriedigt, auch der Teil, der sich nicht konfessionell oder sozialistisch binden wolle, aber als Bürger der Gemeinde ein Recht auf Hilfe habe. Es sei interessant, daß es sich bei der Novelle im wesentlichen um den § 4 handle, während die übrigen schwierigen Aufgaben der Berufshilfe usw. überhaupt nicht angesprochen seien. Hier behaupte er, daß die Verbände sogar verwaltungsmäßig und in der Ausübung der pädagogischen Seite längst überfordert seien. Er könne sich nicht vorstellen, wie diese Dinge der öffentlichen Hand abgenommen werden könnten. Davon werde nicht viel geredet, weil es mit materiellen Dingen nichts zu tun habe.

Er fürchte, bei der starren Auslegung dessen, was man gesetzlich fundiere, werde die Jugendpflege und Jugendfürsorge einen Zusammenbruch erfahren und das gute Verhältnis in vielen Orten gefährden.

### „Freiheit der eigenen Entscheidung nicht vorwegnehmen“

Stadtrat Dr. Kübler (SPD) bittet um Verzehrung, daß er einen militärischen Vergleich zum Anfang seiner Ausführungen bringe; aber eine „Zeitbombe“ lasse sich am besten rechtzeitig entschärfen. Deshalb wolle er noch etwas weiterfahren, wo Stadtrat Esser aufgehört habe:

Er sei erstaunt und ehrlich verwundert über die philologische Leistung von Stadtrat Dr. Merkert, der das Subsidiaritätsprinzip mit 18 Worten übersetzt habe. Es sei auch ihm klar, daß es einen außerstaatlichen und vorstaatlichen Raum immer gegeben habe und geben müsse. Aber alle Verteilung von Steuermitteln sei letztlich nur im staatlichen Raum möglich. Deshalb müsse er sich aus vielerlei Gründen dagegen wehren, daß Stadtrat Dr. Merkert die Monopol-

kompetenz des Staates anführe. Er habe als Beispiel nur den Kindergarten gebracht, er (Stadtrat Dr. Kübler) glaube aber auch die Schulen herausgehört zu haben.

Wenn behauptet worden sei, daß Erziehung nur in weltanschaulichem Rahmen gewährleistet sei, so stimme das. Damit dürfe nicht unterstellt werden, die staatlichen und öffentlichen Erziehungseinrichtungen stünden außerhalb jeglicher Bindung. Der Rahmen unserer Landesver-

### Mannheimer Erfolg der Tobey-Ausstellung

Die Mark-Tobey-Ausstellung in der Mannheimer Städtischen Kunsthalle (17. Dezember 1960 bis 5. Februar 1961), die 120 Arbeiten aus den letzten Jahren umfaßte, hatte einen außergewöhnlichen Erfolg bei Publikum und Presse zu verzeichnen. Diese erste Ausstellung eines der bedeutendsten Maler Amerikas in einem europäischen Museum ist von über 7500 Menschen besucht worden, darunter von über 1100 Schülern. Die Ausstellung, zu der verschiedene Privatsammler in Frankreich und der Schweiz und der Maler selbst Leihgaben beigelegt hatten, ist inzwischen wieder aufgelöst worden. Für den Herbst dieses Jahres wird in Paris im Musée des Arts Décoratifs (Louvre) eine Kollektivausstellung mit einer Uebersicht über die gesamte Entwicklung von Mark Tobey vorbereitet.

fassung dürfe nicht eingeengt werden, wenn man von echten weltanschaulichen Erziehungsmöglichkeiten spreche. Man könne die staatliche Erziehungsarbeit deshalb nicht als minder-demokratisch ansehen, weil sie den Jugendlichen zu nichts verpflichte, das heißt weil sie ihm — besonders in der Schule — die Freiheit der eigenen Entscheidung nicht schon im Kindesalter vorwegnehmen wolle, indem er weltanschaulich nur eine einseitige Ausbildung erhält.

Der von Stadtrat Dr. Merkert erwähnte Aufruf des Evangelischen Bezirkskirchenrats sei genau das Gegenteil der Ausführungen von Stadtrat Dr. Merkert. Dieser Aufruf habe sich an die Verantwortung der Erziehenden gerichtet, angefangen bei den Eltern, über die Lehrer an alle Erwachsenen, die für die Jugend verantwortlich sind. Von einem prozentualen Anspruch auf öffentliche Gelder sei darin kein Wort zu lesen gewesen, und es könne auch nicht darin stehen.

Man müsse also bei der Parole des Subsidiaritätsprinzips sehr vorsichtig sein, und er wolle wegen der damit verbundenen Zeitbombe doch daran erinnern, was vor acht Jahren in Frankreich geschehen sei, als der staatliche Erziehungsanspruch angegriffen worden sei, ähnlich vor sechs Jahren in Belgien, als es zu fast bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen kam. Der Staat sei bei uns laut Verfassung der Erziehungsträger, man könne eine Monopolkompetenz des Staates nicht behaupten, weil alle anderen Erziehungsträger erlaubt seien, wenn sie sich zum Teil auch frei finanzieren; sie müssen dafür ein Opfer bringen. Wer öffentliche Steuermittel an die anderen Erziehungsträger unter Ausschluß des Staates oder unter prozentualer Einengung des Staates verteilen wolle, begehe etwas, was nach der Verfassung in Baden-Württemberg nicht mehr zulässig sei. Stadtrat Dr. Merkert habe die Verfassung zitiert und ihre schönen Stellen herausgehoben. Man könnte diese direkt als Parolen in die Schulen hängen. Aber man dürfe diese schönen Stellen nicht mit Nebensätzen einengen. Er hoffe, daß das nicht die Absicht von Stadtrat Dr. Merkert war, sondern daß es vielleicht eine einseitige Übersetzung des Subsidiaritätsprinzips war.



## „In einem partnerschaftlichen Gespräch die Frage erledigen“

Stadttrat Dr. Merkert (CDU) erwidert: Als er sich darüber Gedanken machte, was er zum Gegenstand seiner Etatrede benutzen wolle, war er sich der Tragweite seiner Ausführungen bewußt, weil es ein heißes Eisen sei. Aber er habe dadurch Mut bekommen, das heiße Eisen im Plenum anzufassen, nachdem er mit Stadtrat Heckl und Stadtrat Esser immerhin habe fruchtbare Gespräche führen dürfen. Er werde den Herren, die eben gesprochen hätten und der SPD-Fraktion den Wortlaut seiner Rede in der nächsten Woche noch zukommen lassen. Wenn sie diesen in Ruhe gelesen hätten, glaube er, daß man damit einen durchaus vernünftigen Boden für weitere Gespräche habe. Es seien ihm in der Diskussion einige Dinge unterstellt worden, die sich unabsehlich ergäben, wenn man eine Rede mitanhöre, ohne den Wortlaut vor sich zu haben. Seine Ausführungen zu der ganzen Problematik sollten dazu dienen, das sehr wertvolle Problem zu einem Gespräch auszuwerten. Denn wenn man als verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker nicht den Mut habe, vom eigenen Standpunkt aus Probleme in die Diskussion zu stellen, um dann vielleicht mit einer anderen Auffassung konfrontiert zu werden, dann fehle ein Stück echter Zusammenarbeit.

Stadttrat Dr. Merkert erklärt weiter, er habe nur ein Anliegen, von dem er glaube, daß jeder hier im Saale damit einig gehen könne. Es sei von

der Gleichberechtigung gesprochen worden. Sein Anliegen sei ebenfalls die Gleichberechtigung aller Jugendlichen, soweit sie überhaupt zu realisieren sei. Als Beispiel habe er den krassen Fall erwähnt, wonach man für einen Heimmisssassen in einem sädtischen Heim 843,— DM und in einem nicht-städtischen Heim nur 54,— DM jährlich ausbehalte. Auf den Einwurf von Stadtrat Schweizer, auch die Qualität spiele eine Rolle, erwidert Stadtrat Dr. Merkert, wenn man etwas Qualitätsvolles schaffen wolle, könne man es nicht ohne Geld tun.

Auf die Bemerkung von Stadtrat Dr. Kübler, eine Verteilung der Steuergelder käme nur im staatlichen Bereich in Frage, antwortet Stadtrat Dr. Merkert, dann scheide er sich von Stadtrat Dr. Kübler in den Ausgangspunkten, denn nach seiner Auffassung müsse der subsidiäre Raum in gleicher Weise bezuschußt werden.

Stadttrat Dr. Merkert glaubt und nimmt die Zusage dankbar auf, daß man nach der Verabschiedung des Etats und wenn man seine Ausführungen in Ruhe durchgelesen habe, im Laufe des Sommers in einem partnerschaftlichen Gespräch die Frage erledigen könne. Auf die Frage von Stadtrat Wittkamp, ob diese Diskussion in der Tagesordnung vorgesehen sei, erwiderte der Oberbürgermeister, es handle sich um die Etatrede von Stadtrat Dr. Merkert, die diskutiert werden könne.

## Heime der offenen Türe von 92 Prozent der Jugend benutzt

Stadttrat Bartsch (CDU) weist Stadtrat Dr. Merkert darauf hin, bis zu seinem nächsten Gespräch zu berücksichtigen, daß er selbst zugeben mußte, daß durch das Fehlen eigener Mittel auch die Voraussetzung fehle, irgend etwas zu schaffen. In Anbetracht dieser Feststellung sei zu bemerken, daß zum Beispiel die Heime der „Offenen Türe“, die durch die Gemeinde geschaffen und unterhalten werden, nicht nur von den 80 Prozent, sondern wahrscheinlich von 92 Prozent der Jugendlichen benutzt würden, also von allen auch der organisierten Jugend, die keine Eigenmittel besitzen.

Gesetzesgrundsätze könnten unter Umständen vor den Tatsachen und Zeitverhältnissen verblasen. Er könne sich vorstellen, daß es 1921 und auch 1945 nicht darum ging, wer sich der Jugend annimmt, sondern ob sich überhaupt jemand der Jugend annimmt. Damals habe man in der Jugendarbeit nicht gefragt, ob staatliche Fürsorge oder nicht; man habe die Menschen genommen, wo man sie fand und ließ sie arbeiten. Er stimme mit Stadtrat Dr. Merkert darin überein, daß die freie Wohlfahrtspflege, die noch durch andere Aufgaben — Wiederaufbau der Gotteshäuser — in Anspruch genommen war, erst jetzt die Möglichkeit habe, ihre Gemeindehäuser in Ordnung zu bringen, die durchaus als modern anzusehen seien.

In der praktischen Arbeit sei im Laufe der Jahre festgestellt worden, daß die Standpunkte

nicht mehr so weit auseinander sind, wie dies vor einigen Jahren noch der Fall gewesen sei.

Die praktische Arbeit sei nur möglich, wenn bei gegensätzlichen Auffassungen jeder einiges abstreiche; andernfalls habe der Betroffene, nämlich der Jugendliche, den Nachteil. Der Oberbürgermeister habe vor einem Jahr einmal zugesagt, über die Frage der Jugendfreizeitgestaltung und der Jugendheime im Sozialausschuß zu sprechen. Dies sei bisher noch nicht geschehen; wahrscheinlich seien andere Probleme vordringlicher gewesen.

Er sei dafür, diese Angelegenheiten nun im Rahmen der Notgemeinschaft auszuhandeln. Man habe sich schon bisher in den gegensätzlichen Auffassungen „zusammengerauft“. Es seien noch einige Restgebiete vorhanden, und wenn er Stadtrat Dr. Merkert richtig verstanden habe, gehe es um diese Reste, wobei das Hauptproblem sei: neutrale Jugend — organisierte Jugend.

Abschließend bemerkt Stadtrat Bartsch, es schade nichts, wenn bei den geringen Möglichkeiten des Gemeinderats, am Etat etwas ändern zu können, auch einmal solche Probleme vorgebracht und dazu die Standpunkte der Fraktionen dargelegt würden. Eine Lösung dieser Dinge werde jedoch nicht im Plenum gefunden werden, sondern indem sich alle Beteiligten mit dem Willen zum Kompromiß und zur Konzession zusammensetzen, um dann eine tragbare Lösung zu finden.

## „Für die Mannheimer Situation wäre die Novelle nicht notwendig“

Oberbürgermeister Dr. Reschke erklärt, auch er habe es begrüßt, daß über solche grundsätzlichen Fragen diskutiert werde, wenn es auch nicht auf den Etat zugeschnitten sei. Auch er wolle dazu noch einige Worte sagen, u. a. deshalb, weil er dafür sorgen müsse, daß die eigentlichen Etatberatungen dann nicht mehr mit grundsätzlichen Diskussionen angereichert werden.

Der Oberbürgermeister erwidert Stadtrat Bartsch, er glaube, daß über solche angestrebten Ziele, zu dem sich Stadtrat Dr. Merkert immer wieder bekannt habe, nicht mehr allzu fern sei. Es sei immerhin erreicht worden, im Rahmen offener interfraktioneller Gespräche den Weg zu finden, den man ansteuern wollte, auf den sich alle Fraktionen geeinigt hätten und der auch eine weitgehende Lösung gegeben habe. Insoweit habe man mit Stadtrat Dr. Merkert, wenn vielleicht nicht denselben Ausgangspunkt, so dasselbe Ziel, daß es möglich sein müsse, dieses offene und freie Gespräch mit dem gegenseitigen Willen, sich von der Aufgabe her zu einigen, als Grundlage der Arbeit anzusehen.

Stadttrat Heckl habe angeführt, daß er (der Oberbürgermeister) in eine gewisse Phase der Novelle eingeschaltet war. Dies sei richtig, und es sei auch sehr intensiv — zeitweilig in Gegenwart von Minister Würmeling — diskutiert worden. Ebenso richtig sei, daß er sich gegen diese Novelle ausgesprochen habe, und zwar deshalb, weil nicht nur er, sondern andere mit ihm die Befürchtung hatten, daß gerade diese Novelle die Atmosphäre des freien und offenen Gesprächs behindern und nicht fördern könnte. Es sei ihnen dann vom Vertreter des Familienministeriums etwas ähnliches entgegengehalten worden, wie Stadtrat Dr. Merkert gesagt habe: es habe sich faktisch gar nichts geändert. Man hätte die Gegenfrage gestellt: wenn

sich faktisch nichts geändert habe, warum wolle man dann die Novelle haben? Darauf sei keine konkrete Antwort gegeben worden.

Bundesminister Würmeling habe hinsichtlich des § 4 a insoweit beruhigt, als er gesagt habe, es solle in diesem Paragraphen nicht etwa ein einklagbarer Rechtsanspruch auf öffentliche Mittel festgestellt werden. Die zur Zeit vorliegende Fassung lasse diesen Schluß offen. Das sei jedoch nicht beabsichtigt, die Formulierung würde geändert werden. Damit sei man aber noch nicht zufrieden gewesen, weil man befürchtete, daß die in vielen Gemeinden gefundene gute Zusammenarbeit leiden würde. Er sei daraufhin sowohl von kirchlicher wie von sozialistischer Seite angesprochen worden, wobei vor allem von kirchlicher Seite betont worden sei, daß man nicht auf der Novelle bestehen würde, wenn die Zuschüsse überall so durch freie Vereinbarung geregelt wären wie in Mannheim.

Die Befürchtungen, daß diese Novelle in der Praxis die in freier Vereinbarung gefundene Zusammenarbeit stören könnte, seien nicht zerstreut worden. Stadtrat Dr. Merkert habe davon gesprochen, daß man sich kein behördliches Zuständigkeitsmonopol anlasten dürfe. Darin stimme er mit ihm vollkommen überein, und zwar nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch auf anderen Gebieten sollte die Gemeinde sich nicht Aufgaben aufbürden, sondern sich abwartend gegenüber privaten Vereinigungen verhalten.

Es sei aber nicht so — und das sei einer der springenden Punkte —, daß man sich auf den Standpunkt stellen könnte, die Gemeinde sei die Obrigkeit und Behörde schlechthin, genau wie der Staat. Die Gemeinde sei auf genossenschaftlichem Prinzip aufgebaut und organisiert; sie unterscheide sich dadurch von jeder staatlichen Be-

hörde. Die Gemeinde gehöre zu den primären Gemeinschaften neben der Familiengemeinschaft und der Wohngemeinschaft.

Wenn dieses genossenschaftliche Prinzip in einer großstädtischen Verwaltung nicht mehr so sichtbar sei, so sei es als Prinzip doch noch vorhanden. Nun sei niemand in der Verwaltung einer großen Stadt so vermessen, anzunehmen, daß die reale Gemeinschaft der Gemeinde noch die ordnungsbildende Funktion ausüben könnte, wie dies in kleineren Gemeinden der Fall sei. Man könne die Bevölkerung einer Stadt nur durch das Medium von Personalgemeinschaften caritativer, politischer oder wie immer sie geartet sein mögen, erfassen. Insoweit gehe er damit einig, daß ohne diese Personalgemeinschaften und ohne Unterstützung der Arbeit dieser Gemeinschaften das genossenschaftliche Prinzip in einer Großstadt nicht mehr zum Tragen und zur Funktion gebracht werden können. Das Einzige, worum es gehe und worum es auch in der Diskussion in Bonn gegangen sei, sei, daß man nicht den Vorrang der Personalgemeinschaften vor dem genossenschaftlichen Prinzip der Gemeinden anerkennen könne, sondern nur den Gleichrang. Er wolle hier nicht größere Ausschnitte aus der Diskussion und den Überlegungen in Bonn geben. Er habe — er dürfe das hier vielleicht einmal mit aller Vorsicht aussprechen und bitte um die Bemühung, ihn nicht mißzuverstehen — mit großer Sorge in der Diskussion Ansätze dafür gesehen, daß man folgern könnte, wenn man es auch nicht ausgesprochen habe — er vereinfache absichtlich: Bist du ein guter Christ, dann mußt Du für diese Novelle sein, Bist Du gegen diese Novelle, bekennt Du Dich weniger intensiv zur christlichen Arbeit!

## „Durch Vereinbarungen wird mehr erreicht als durch Gesetz“

Er habe es für eine ungeheure Gefahr gehalten, daß dieser Riß überhaupt aufbrechen könnte, denn es stünden an jeder Stelle unseres öffentlichen Lebens — auch in der Gemeinde — so viele Menschen, die sich bemühen, aus christlicher Verantwortung zu handeln. Insofern sei das Wort der „Wertneutralität“ ein gefährliches Wort, denn wir seien keine Maschinen, sondern Menschen. Aus dieser Sorge heraus habe er sich gegen gewisse Argumentationen, gegen diese Novelle bekannt und habe den Wunsch geäußert, diese Novelle, die man für die hiesige Arbeit nicht für zwingend und notwendig halte, zurückzustellen, um sie noch einmal zu diskutieren, bis einwandfrei geklärt ist, daß das, was in der Novelle vorgesehen ist, nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Es gebe eine Reihe von Punkten, von denen z. B. der Staatsrechtslehrer Kötgen sehr eingehende Darlegungen gemacht habe, wonach diese seiner Ansicht nach gegen das Grundgesetz verstießen. Bundesminister Würmeling neige einer anderen Auffassung zu, sei aber immerhin nicht unbeeindruckt geblieben.

Man möge davor bewahrt bleiben, ein Jugendgesetz oder eine Novelle zu bekommen, die vor dem Verfassungsgericht angegriffen werden und dadurch über ein bis zwei Jahre den Zustand latenter Unsicherheit bringen, der lediglich zu Lasten der Arbeit und damit zu Lasten der Jugendlichen ginge.

Das seien die Gründe gewesen, die ihn veranlaßt hätten, sich für die Diskussion im Hauptausschuß für öffentliche und private Fürsorge, dem er seit Jahren angehöre, zur Verfügung zu stellen und darum zu bitten, daß alle diese Fragen einwandfrei geprüft werden — zumal es nicht auf den Nägeln brenne, diese Novelle zu haben —. Er sei überzeugt, daß man auch in den kommenden Jahren auf dem Wege einer vertrauensvollen Vereinbarung mehr erreichen könne als durch ein Gesetz.

Ein Ministerialrat vom Bundesfamilienministerium habe die Frage gestellt, ob man ein modernes Jugendwohlfahrtsgesetz schaffen wolle oder ein juristisches Minimum. Er habe geantwortet, er wäre für ein juristisches Minimum, das alles Uebrigste dem freiem Spiel der Kräfte innerhalb der Gemeinde überlasse. Man könne sich hierüber im Laufe des Jahres auch im Jugendwohlfahrts-Ausschuß gerne unterhalten. Er persönlich habe Zweifel, ob die Novelle in dieser Legislaturperiode noch durchgebracht werde, weil offenbar einige Bedenken aufgegriffen worden seien, die der Prüfung wert erachtet wurden.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dieses Problem nach der jetzigen Aussprache beim weiteren Ablauf der Beratungen des Rumpfausschusses auszuklammern, um es später wieder aufzunehmen. Er sei leider nicht daran erinnert worden.

Stadttrat Dr. Schmechel (CDU) bemerkt, die soeben beendete grundsätzliche Aussprache gereiche dem Mannheimer Gemeinderat zur Ehre, denn sie habe wirklichen Tiefgang gehabt.



# FEUILLETON

## Siebzig Jahre Fabische Gesellschaft

Pioniere des Wissenschaftlichen Sozialismus

Die „Fabian Society“, die diese Woche ihren siebzigsten Geburtstag feiert, spielt heute im Vergleich mit jenen frühen Tagen eine stark veränderte Rolle. Als sie im Jahre 1884 gegründet wurde — George Bernard Shaw und Sidney Webb gehörten mit zu ihren ersten Mitgliedern — gab es noch keine Labour Party, und in England kaum auch nur Anfänge einer sozialistischen Bewegung. Wenn Gewerkschaftler sich in jenen Tagen überhaupt um Politik kümmerten, waren sie zumeist Liberale (sogenannte „Lib-Labs“). So mußte die Aufgabe, die jene jungen Intellektuellen sich bei der Gründung der Fabischen Gesellschaft setzten, die fundamentale sein, das Gedankengut (zum Unterschied von den Gefühlselementen) der sozialistischen Idee in einfachem, allgemein verständlichem Englisch auszudrücken, ohne sich allzusehr um die Politiker und ihre Theorien zu kümmern. Sie waren bewußt akademische Denker, nicht politische Kämpfer, und im Grunde sind sie, selbst unter den veränderten Verhältnissen unserer Zeit, das noch heute.

Vor zehn Jahren, gelegentlich des 60 jährigen Jubiläums der Fabier, schrieb Shaw: „Es ist klar, daß die Fabier, um ihre alte intellektuelle Führung der sozialistischen Bewegung zu halten, nicht davon träumen dürfen — wie H. G. Wells es tat — große Mitgliederzahlen und Beitragssummen zu erreichen. Sie müssen eine Minderheit von kulturellen Snobs und echt wissenschaftlichen sozialistischen Taktikern bleiben, wenig genug, um bei der Nasenzählung des Wahlvorganges unerheblich zu bleiben, und ohne Zeit verschwenden zu müssen mit der Bekehrung und elementar-sozialistischen Erziehung von Analphabeten und politischen Neulingen . . .“

Damals predigten sie allen, die zuhören wollten, die völlig neue Lehre der schrittweisen Kollektivisierung und nannten diese Tätigkeit „Durchdringung“ („permeation“). Heute dagegen bilden sie sozusagen das „Forschungslaboratorium“ der gesamten sozialistischen Bewegung, nicht etwa eines der vielen Teile und Strömungen, aus denen diese besteht — Gewerkschaften, Genossenschaften, christliche Sozialisten, „Bevanisten“, „Orthodoxe“, Marxisten, „Fortschrittler“. Von all diesen Richtungen saugt die Fabische Gesellschaft heute die Ideen und Argumente auf, prüft und analysiert sie erbarmungslos, sondert den Weizen von der Spreu und arbeitet ihn in die Schriften der Gesellschaften hinein, die letzten Endes die Formulierung sämtlicher programmatischen Erklärungen der Labour Party zugrundeliegen, ohne daß die Gesellschaft in der Partei einen offiziellen, statutenmäßigen Status hätte. Es ist eben eine dieser zufällig organisch gewachsenen Verbindungen, mit denen die Engländer eine so glückliche Hand haben, die aber dem methodischen, klaren und ordentlichen Verhältnisse liebenden Deutschen oder Franzosen so gar nicht liegen. Die Parteiführung hat keine

Macht, etwa den Fabiern die Richtung ihrer Forschungsarbeit vorzuschreiben, und andererseits können diese den Politikern ihre Ergebnisse wohl vorlegen, sogar warm empfehlen, doch keinesfalls ihre Annahme erzwingen. Die politischen Kurse werden von der Partei und den (ihr als Bestandteile angehörigen) Gewerkschaften festgelegt. Die Aufgabe der sozialistischen Intellektuellen in der „Fabian Society“ ist heute, nicht etwa den Entscheidenden zu sagen, was sie denken sollen, sondern Gedankengänge zur Prüfung vorzulegen, sowie Bestrebungen und Zielsetzungen dadurch zu klären, daß sie diese, von der Schlacke gereinigt, in klar formulierte Pläne verwandeln.

Der „Fabische Sozialismus“ wird nicht selten als die Antithese des „Marxismus“ hingestellt. Das stimmt, und stimmt auch wieder nicht. Es stimmt insofern, als für den Fabier das Bild der Welt, der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge sich dauernd fortentwickelt und er seine Aufgabe darin sieht, die sozialistische Theorie stets der Entwicklung anzupassen und „up-to-date“ zu halten. Für den Marxisten der alten Schule, dem jedes Wort, das Karl Marx jemals gesprochen oder geschrieben hat, ein unabänderliches Evangelium ist, muß daher das Wirken der Fabier schiere Ketzerei sein. Um ein volkstümlich bekanntes Beispiel zu nehmen: „Proletarier . . . ihr habt nichts zu verlieren, als eure Ketten . . .“ — dieses Axiom ist heute veraltet, wo die Arbeiter, zwar nicht aller, so doch der meisten Länder sich viele Errungenschaften erkämpft haben — Achtstundentag, Koalitionsfreiheit, Gewerkschaften, Genossenschaften, politische Vertretung, soziale Dienste u. s. w. — die sie sehr wohl (wie die Beispiele des Dritten Reiches und Sowjetrußlands eindeutig zeigen) „verlieren“ können,









# AMTSBLATT

FÜR DEN STADTKREIS MANNHEIM

Nr. 7 / 17. Jahrgang  
Erscheinungsweise einmal wöchentlich

Freitag, 17. Februar 1961

Preis 10 Pf / Monatl. 40 Pf  
Postverlagsort Mannheim 1

Stadttrat Heckl (SPD):

## Erhöhte Zuschüsse für die freien Wohlfahrtsverbände

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit dem vorliegenden Haushalts-Vorschlag sehr eingehend befaßt. Im Laufe der Vorbereitungen wurden schon eine ganze Reihe von Einzelfragen geklärt. Die weitere Behandlung im Plenum wird die Möglichkeit geben, auf andere Punkte einzugehen. Ich möchte mich hier auf einige wenige Probleme beschränken, die mir besonders wichtig erscheinen.

Seit Jahren machen wir die größten Anstrengungen, um beim Schulhausbau mit der Entwicklung Schritt zu halten. Große Leistungen würden hierbei vollbracht. Auch in diesem Haushalt sind im außerordentlichen Haushalt wieder 25 Millio-

Bei unseren Überlegungen für den weiteren Fortgang des Schulhausbaues müssen wir uns darüber klar sein, daß Mannheim die Einführung des obligatorischen 9. Volksschuljahres nicht mehr allzulange hinausschieben kann.

Daß wir ein gleichgroßes Interesse auch den Berufsschulen und den Oberschulen zuwenden, brauche ich eigentlich nicht besonders zu betonen. Hier zeichnet sich erfreulicherweise eine gewisse Entspannung ab, wenn die Pläne für die Unterbringung der Handelsschulen, die Aufstockung des Karl-Friedrich-Gymnasiums und der Neubau des Mollgymnasiums durchgeführt werden. Durch die Einrichtung der Tagesfachschulen für Maschinen-Technik und Elektro-Technik, der Berufsfachschule für Radio- und Fernseh-Technik und der zur Fachschulreife führenden Berufsaufbauschule, ist unser Berufsschulwesen in erfreulicher Weise ausgebaut worden. Wir wünschen, daß das Schulreferat den beschrittenen Weg weiter verfolgt, damit wir in Mannheim auch zu einem vollausgebauten zweiten Bildungsweg kommen.

Wir haben in diesem Etat auch die Zuschüsse für die privaten Oberschulen der Ursulinen und des Johann-Sebastian-Bach-Gymnasiums von 25 000 DM auf 50 000 DM jährlich erhöht. Wir möchten empfehlen, daß auf der jetzt gefundenen Basis der Zuschuß je Mannheimer Schüler errechnet wird, und daß in Zukunft dieser Zuschuß — entsprechend der Zahl der aus Mannheim stammenden Schüler — für jede dieser Schulen jährlich neu festgesetzt, also variabel gehalten wird. Dies scheint uns eine gerechte Lösung dieser Frage zu sein.

Verkehrsfragen befassen müssen, genau wissen, daß eine ganze Reihe von wichtigen Projekten, die in dem jetzigen Haushaltsplan noch nicht in Erscheinung treten, auf ihre Verwirklichung warten.

Wenn im Karnevalszug launigerweise die Parkuhren als Groschengrab bezeichnet wurden, dann kann man den Straßenbau füglichweise als Millionengrab bezeichnen. Ein Ende dieses verhängnisvollen Zustandes ist nicht abzusehen. Wir stimmen den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters in seiner Etatrede zu, daß es aussichtslos ist, den Verkehrsraum für die ständig steigende Zahl der Autos in der Innenstadt bereit zu stellen. Wir werden trotz aller finanziellen Anstrengungen immer hinter der tatsächlichen Entwicklung herhinken. Es gibt keine andere Möglichkeit als sukzessive den ruhenden Verkehr aus den innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen auf die vorhandenen und noch zu errichtenden Parkplätze und Parkhäuser zu verweisen, damit der fließende Verkehr und vor allem der öffentliche Verkehr, der immer noch dem größten Teil der Bevölkerung als Beförderungsmittel dient, nicht zum Erliegen kommt.

Bei der Ausführung der vorliegenden Projekte muß das Tempo verlangsamt werden, schon aus rein finanziellen Erwägungen, aber auch, um die Planungen einwandfrei mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen ohne Zeitdruck durchdenken und durchberaten zu können.

Ueber den fehlenden Wohnraum hat der Herr Oberbürgermeister in seiner Etatrede ausführlich gesprochen, die Fakten sind auch schon so oft diskutiert worden, daß den Zahlen nichts hinzuzufügen ist. Sein in diesem Zusammenhang gebrachter Hinweis auf die in diesem Haushaltsentwurf nicht mehr in Erscheinung tretende Getränkesteuer hat im Verwaltungsausschuß und in den Fraktionen zu erneuter Ueberprüfung der Situation geführt. Auf der einen Seite steht die Tatsache, daß die Wohnungsnot nicht kleiner, sondern eher größer geworden ist. Es handelt sich doch hierbei um eine echte Notlage, die zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, die Stadt verpflichtet ist. Gleichzeitig ist klar, daß wir bei einer Bereitstellung der 8 Millionen für den Wohnungsbau, wovon 6 Millionen durch Darlehens-Aufnahme gedeckt werden sollen, in wenigen Jahren dahin kommen, daß der Kapitaldienst für diese Darlehen es unmöglich macht, noch irgendwelche Mittel aus dem ordentlichen Haushalt für den Wohnungsbau flüssig zu machen, der städtisch subventionierte Wohnungsbau also ganz zum Erliegen kommt.

### Lage auf dem Wohnungsmarkt schreit nach Abhilfe

Auf der anderen Seite steht der Beschluß des Gemeinderates vom vergangenen Jahr, daß von 1961 ab die Getränkesteuer nicht mehr erhoben werden sollte. Ausgangspunkt für diesen Beschluß war die von den Vertretern des Gastwirtsgewerbes mit sehr viel Geschick und großem propagandistischem Aufwand vertretene Meinung, daß ein Teil des Gastwirtsgewerbes notleidend sei. Dazu kam die in der Presse erschienene Notiz, daß der Herr Oberbürgermeister der Aufhebung der Getränkesteuer keinen Widerstand entgegensetzen würde. Es wurde dadurch bei den Gemeinderäten der falsche Eindruck erweckt, als würde der in erster Linie für die städtischen Finanzen Verantwortliche keinen Wert mehr auf das Aufkommen aus dieser Steuer legen.

Der Herr Oberbürgermeister hat inzwischen erklärt und eindeutig nachgewiesen, daß seine Äußerung von den Vertretern der Gastwirte falsch wiedergegeben wurde. Der Herr Oberbürgermeister hat ja auch im vergangenen Jahr gegen die Aufhebung der Getränkesteuer gestimmt. Was die Not eines Teiles des Gastwirtsgewerbes betrifft, so konnte zu dem damaligen Zeitpunkt kein Mensch voraussehen, daß durch

Sie lesen heute auf den Seiten 1 bis 3:

### Die Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden zum Rumpf-Etat 1961

(Auszugsweise Wiedergabe)

nen DM - davon 10 Millionen DM Darlehen - für Neubauten und größere Instandsetzungen eingeplant, wobei allerdings feststeht, daß die Bauvorhaben sich zum Teil über mehrere Jahre hinziehen werden. Es ist jetzt schon vorzusehen, daß trotz dieser Anstrengungen an einzelnen Brennpunkten wieder große Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Schüler entstehen werden.

### „Keine Degradierung der Jugendämter zu Zahlmeistereien“

Auch zum Abschnitt 4 „Fürsorge und Jugendhilfe“ möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Wir haben in offener Aussprache mit den anderen Fraktionen des Gemeinderates gemeinsame Vorschläge für die Erhöhung der Zuschüsse an die caritativen Verbände — Caritas, Innere Mission, Arbeiterwohlfahrt — erarbeitet, die ihren Niederschlag in diesem Etat gefunden haben. Die Zuschüsse für die drei Wohlfahrtsverbände selbst wurden von 54 000 DM auf 90 000 DM jährlich erhöht, ebenso die Sätze für die Lehrlingsheime der drei Wohlfahrtsverbände von bisher 30 000 DM auf 46 000 DM. Außerdem wurde ein neuer Etatposten mit 100 000 DM für Baukostenzuschuß bei Errichtung neuer Kindergärten geschaffen. Wenn man hierzu die 300 000 DM zählt, die wir jährlich für die Kindergärten der freien Wohlfahrtsverbände zuschießen, dazu ferner noch den Betrag von 100 000 DM erstmalig in diesem Jahre für die Ergänzung des Einrichtungsstockes der örtlichen Erholungsfürsorge und ebenfalls erstmalig in diesem Jahr 50 000 DM für kinderreiche Familien, dann können wir mit ruhigem Gewissen sagen, daß wir der Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände ein hohes Maß von Anerkennung — umgemünzt in Deutsche Mark — zollen.

Es wäre bedauerlich, wenn diese großzügige und einträchtige Haltung des Gemeinderates in Zukunft durch das in Vorbereitung befindliche „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes“ gestört würde. Der deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der Städte der Bundesrepublik, hat gegen diesen Gesetzentwurf bereits eindeutig Stellung genommen, weil dadurch, wie er in seinem Organ „Der Städtetag“ schreibt, die Jugendämter „zu Zahlmeistereien für die Finanzierung der Vorhaben anderer“ degradiert und „in Richtung auf ein Jugendverfolgungsamt zurückentwickelt“ würden. Es wird in dieser Stellungnahme ganz klar gesagt, daß der gefährdeste Teil aller Familien und etwa 70 Prozent der Jugendlichen von den freien Verbänden nicht erfaßt werden. Aber gerade auf diese besonders gefährdeten Jugendlichen kommt es uns doch besonders an. Es wäre verhängnisvoll, wenn durch dieses Gesetz die

Fürsorge der Gemeinden für die Jugendlichen in eine Richtung gedrängt würde, die an den eigentlichen gefährlichen Punkten vorbeigeht und diese Hilfsbedürftigen, weil sie sich keiner Organisation anschließen, einfach ihrem Schicksal überlassen würde. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat daher einstimmig gegen diesen Gesetzentwurf Einspruch erhoben. Wir begrüßen es, daß bei Behandlung dieser Frage im Städtetag und seinen Gremien der Herr Oberbürgermeister mit Nachdruck den Standpunkt der Städte vertreten hat. Ich bin hier etwas ausführlicher auf diese Dinge eingegangen, obwohl sie diesen Etat nicht direkt betreffen, aus der Sorge heraus, daß in Zukunft die gute Zusammenarbeit des Gemeinderates auf diesem Gebiet schweren Belastungen und Störungen ausgesetzt sein könnte.

Daß nach Abschluß der Etatberatungen dem Gemeinderat endlich feste Pläne für den schon vor Jahren von der SPD-Fraktion beantragten Bau eines Pflegeheimes vorgelegt werden sollen, erfüllt uns mit Befriedigung. Wir hoffen, daß die lange Zeit, die zwischen Antragsstellung und der Vorlage ausgearbeiteter Pläne verstrichen ist, dazu benutzt wurde, um alle einschlägigen Probleme gründlich zu untersuchen, und daß die Erfahrungen anderer Städte hierbei zu Rate gezogen wurden. Wenn die Gestaltung und Einrichtung dieses Pflegeheimes mustergültig wird, dann versöhnt uns das mit der langen Verzögerung, die seine Verwirklichung erfuhr.

### Millionengrab Straßenbau

Den höchsten Zuschußbedarf im vorliegenden Haushalt beansprucht wieder, wie schon seit Jahren, das Bauwesen und hier vor allem der Straßenbau und alles was mit ihm zusammenhängt. Im ordentlichen Haushalt beansprucht dieser Teil unserer Stadtverwaltung allein einen Zuschuß von 14,11 Millionen, im außerordentlichen Etat gar den phantastischen Aufwand von 62,7 Millionen. Daß sich diese enormen Beträge über mehrere Jahre verteilen, einfach weil die Kapazität unserer Bauwirtschaft diese Summen in einem Jahr gar nicht verkraften kann, ist nur ein kleiner Trost. Und zwar deshalb, weil die Mitglieder des Gemeinderates, die sich mit den



eine Novellierung des Gewerbesteuergesetzes gerade die selbständigen Gewerbetreibenden eine wesentliche Erleichterung ihrer Steuerlast erfahren werden.

Für unseren städtischen Haushalt wird der entsprechende Steuerausfall auf vier Millionen geschätzt. Da die Gewerbesteuerbefreiung von 2400 auf 7000 DM Einkommen erhöht und die Steuererleichterung bis zu einem Gewerbeertrag von 50 000 DM wirksam wird, kann man füglich unterstellen, daß der allergrößte Teil der Gastwirte in den Genuß der Steuererleichterung kommt. Dazu kommt, was seinerzeit ebenfalls nicht zu erkennen war, die Erhöhung der Gewerbesteuerabgabe von 75,— auf 100,— DM je Einpendler an die Wohngemeinden. Damit entsteht für den Gemeinderat eine neue Situation: Einerseits hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, die nach Abhilfe schreit, nicht gebessert, sondern eher verschlechtert, auf der anderen Seite wird sich die Situation des Gaststättengewerbes durch die noch vor der Bundestagswahl in Kraft tretende Novellierung des Gewerbesteuergesetzes wesentlich verbessern.

Stadtrat Dr. Merkert (CDU):

## Ungleiche Verwendung öffentlicher Gelder

Die Verabschiedung eines Rumpfhaushaltes verdient gewiß die gleiche Sorgfalt und Prüfung wie bei einem normalen Rechnungsjahr. Es ist aber auch eine Gelegenheit geboten, vom üblichen Stil einer Etatrede abzuweichen, um grundsätzliche Fragen der Kommunalpolitik zur Diskussion zu stellen, die allgemeiner Natur sind und nur mittelbar auf die kommunale Haushaltspolitik einwirken.

Es ist wohl erstmalig, daß bei den diesjährigen Etatvorbereitungen eine Reihe bedeutsamer Haushaltspositionen für die freie Wohlfahrtspflege, die oft schon Anlaß zu Auseinandersetzungen waren, nach interfraktionellen Gesprächen in einem gemeinsamen Antrag der drei Gemeinderatsfraktionen ihre Bereinigung gefunden haben. Ich möchte aber auch nicht verschweigen, daß einige Fragen auf dem Gebiet der Jugendpflege und Jugendfürsorge aus diesem Gemeinschaftsantrag ausgeklammert werden mußten, weil noch keine Übereinstimmung zwischen der CDU und der SPD erzielt werden konnte. Die CDU-Fraktion beabsichtigt nicht, diese offen gebliebenen Fragen bei der Verabschiedung dieses Rumpfetats zum Gegenstand von Abstimmungen zu machen, da bis zum Etat 1962 die Gespräche in diesen Fragen noch weitergeführt werden sollen.

Wir klagen über die Vielfalt der kommunalen Aufgaben die auf uns zukommen und können nicht genug Aufgaben uns aufbürden, weil wir nicht bereit sind, uns auf den genannten Lebens-

gebieten bewußt eine Selbstbeschränkung aufzuerlegen und den Vorrang den privaten und als gemeinnützig anerkannten Verbänden und Einrichtungen zu überlassen. Ich darf an die Erläuterung des Herrn Stadtsyndikus zum Stellenplan 1961 erinnern, als er darauf hinwies, daß die einzige Bremse gegen die Personalvermehrung darin bestehe, keine neuen städtischen Einrichtungen zu schaffen, wie es sich gerade beim „Städtischen Jugendamt zeigt, das die meisten neuen Stellen angefordert hat“. Auch in diesem Zusammenhang zeigt sich, wie notwendig es ist, sozial helfendes Wollen, das in unserer Zeit ohnehin nicht hoch im Kurs steht, auch finanziell zu fördern, um den Haushalt in diesem Sektor zu entlasten. Denn mit der Zuteilung von Mitteln an die freien Träger auf dem Weg der Restfinanzierung wird mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen ein größerer wirtschaftlicher Effekt erzielt als mit der Totalfinanzierung eigener Einrichtungen.

Und noch ein Gesichtspunkt zur Selbstbeschränkung der öffentlichen Hand: Die laufend sich erhöhenden Steuereingänge der letzten Jahre verführen zu leicht zum Bau von großen Einrichtungen in städtischer Regie, die dann später in einer Zeit rückläufigen Steueraufkommens kaum noch durchgehalten werden können, wobei dann dieser Rückgang zu Lasten der freien Verbände gehen würden, deren Zuschüsse gekürzt werden müßten.

### Unter dem Deckmantel publizistischer und „künstlerischer“ Freiheit

Wir wollen aber auch die hierbei sehr wichtige ideale Seite nicht vergessen: Der Bundesjugendplan, dessen zehnjähriges Bestehen im Dezember 1960 gefeiert wurde, ist in diesem Ausmaß nur denkbar und zu realisieren gewesen, weil er sich auf die in Gemeinschaften gruppierten Jugendbünde und die ausgebauten Organisationen der Jugendarbeit stützen konnte, welche auch die nicht organisierte Jugend ansprechen. Gerade sie haben es vermocht, viele, zunächst abseits stehende junge Menschen wirksamer und nachhaltiger zu gewinnen, als es Behörden und Ämter je tun können. Die Jugendförderung in der Hand erfahrener und bewährter Träger im freien Raum der Jugendhilfe ist die pädagogisch und politisch beste und auch wirtschaftlich rationellste Lösung der Aufgaben an der jungen Generation. Derjenige, welcher die innerstaatliche Freiheit zur sittlich guten und sozialen Tat in den zwischenmenschlichen Beziehungen im Volk zu nutzen be-

reit ist, darf hierfür die behördliche und auch die finanzielle Hilfe erwarten, wenn er dem Staat die Erfüllung öffentlicher Aufgaben abnimmt. In welcher Weise wird jedoch heute die Freiheit, die der Rechtsstaat jedem seiner Bürger zu geben bereit ist, gerade zum Schaden unserer Jugend mißbraucht! Was geschieht da alles bei uns im Westen unter dem Deckmantel publizistischer und sogenannter künstlerischer Freiheit. Es wäre sehr segensreich, wenn wir uns ernsthafte Gedanken machen würden, diesem Freiheitsmißbrauch, der selbst vor der sittlichen und moralischen Vergiftung unserer Kinder und Jugendlichen nicht zurückschreckt, entschieden zu begegnen, anstatt dort, so sich die guten Kräfte um Jugendförderung und Jugendbetreuung regen, das Subsidiaritätsprinzip zu verneinen. Die Gelder, welche den Trägern der freien Jugendhilfe gewährt werden, sind jedenfalls besser investiert als in Jugendgefängnissen und Jugendbewahranstalten!

### Organisierte Jugend fand keine wesentliche Berücksichtigung

Wenn wir die ursprüngliche verfassungsrechtliche Substanz der Demokratie in der modernen, technisierten Massendemokratie gegen den Masseneinheitsstaat bewahren wollen, dann gilt es, die vielfältige Wirkungsmöglichkeit der Privatinitiative auf mannigfachen Gebieten des öffentlichen Lebens anzuerkennen. Auch das Godesberger Programm der SPD hat zwangsläufig diese Anerkennung mit einbeziehen müssen, um die Betonung des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen. Je weiter der Raum privater Entfaltung ist, desto weniger hat der Einheitszwangsstaat seinen geistig vorbereitenden Nährboden, zumal die Subsidiarität zugleich auch ein föderalistisches Grundprinzip der öffentlichen Ordnung verkörpert. Wir müssen uns frei machen vom Streben nach behördlichen Zuständigkeitsmonopolen, um echte Freiheit zu gewährleisten; erst recht dann, wenn diese Freiheit zur sittlichen

guten Tat verhilft. Man hat manchmal den Eindruck, daß die Gegner der Subsidiarität ihre ablehnende Stellung nur dadurch begründen zu können glauben, daß sie der Subsidiarität die extremste Auslegung der Vollfinanzierung den privaten Trägern unterstellen. Kann man aber ein staatliches Ordnungsprinzip damit ablehnen, daß die extremste Folgerung aus diesem Prinzip als Normalfall und Wesensinhalt hingestellt wird? Niemand, welcher auf dem Boden der Subsidiarität steht, fordert Totalfinanzierung und würdigt die öffentliche Hand zum Vollzahler ohne Rechte und Einfluß herab. Was ist übrigens im Verfassungsrecht der Gegenpol? Doch wohl die Monopol-Kompetenz des Staates! Wer hätte nun den Mut, nach den Erfahrungen im Dritten Reich noch diese totale Monopol-Kompetenz als demokratisches Grundprinzip zu rechtfertigen. Ist nicht diese Total-Kompetenz zum wesensgemäßen Staats-

seit Jahren ohne Aussicht auf Erfolg sich um eine bessere Wohnmöglichkeit bemühen. Auch den jungen Familien, die es besonders schwer haben, ein vernünftiges Familienleben aufzubauen, wenn sie in einem Zimmer bei Eltern oder Schwiegereltern zusammengedrängt sind, könnte der Start in den neuen Lebensabschnitt erleichtert werden.

### Dank an die Verwaltung

Es sei mir noch ein letztes Wort zu unserem Personaletat gestattet. Es wird auch für die städtischen Ämter und Betriebe immer schwieriger, die nötigen Kräfte auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Es zeigt sich, daß trotz einer geringen Vermehrung der Stellen im Stellenplan, die tatsächliche Beschäftigtenzahl rückläufig ist. Um so mehr gebührt denen unser Dank, die durch ihren persönlichen Einsatz eine geordnete Verwaltung und die Abwicklung so großer Projekte ermöglicht haben. Möge dieser Geist der Hingabe an die Gemeinschaftsaufgaben auch ein breites Echo unter den Bürgern dieser unserer Stadt finden.

grundgesetz des totalen Staates geworden! Ich glaube, wir sollten den breiten Spielraum in dieser Polarität betreten und in vernünftigem Gespräch miteinander ein maßvolles Ergebnis erarbeiten, das jederman in der Bürgerschaft als verantwortungsbewußte Lösung ansehen kann.

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben bisher das Schwergewicht der Jugendförderung in finanzieller und sonstiger Hinsicht auf die nicht-organisierte oder sog. neutrale Jugend gelegt, während die organisierte Jugend, insbesondere die weltanschaulich oder kirchlich organisierte Jugend keine ausdrückliche Berücksichtigung fand und nur unmittelbar über den Stadtjugendring zu gewissen kleineren Zuschüssen kam. Ist dieser ungleiche Zustand in der Verwendung der öffentlichen Gelder berechtigt und auch geboten?

Nach unserer Auffassung kann echte Erziehungsarbeit nur auf dem Boden einer weltanschaulichen Bezogenheit gewährleistet werden. Dieser Erfordernis erfüllen vor allem die evangelischen, katholischen und sozialistischen Jugendverbände, in denen eine klare geistige Präsenz gepflegt wird. Eine wertneutrale Erziehung ist an sich ein Widerspruch und endet in der Neutralität des Nihilismus. Der freiheitliche Rechtsstaat, der in einer pluralistischen Gesellschaft zwangsläufig wertneutral ist, kann also kein Erziehungsträger in dem umrissenen Sinne sein, noch kann er auf konkrete Erziehungsziele verpflichten, sonst würde er den Einheitsweg der Erziehungsdiktatur, die wir ja zwölf Jahre über uns haben ergehen lassen müssen, beschreiten. Er kann wohl in seiner Verfassung einen erzieherischen Rahmen festlegen und uns ein Erziehungsideal öffentlich vor Augen stellen, die Erziehung jedoch in diesem Rahmen zu realisieren, vermag er kaum.

### Erziehung nur auf ethischem und religiösem Fundament

Schließlich bleiben — und dies ist unsere Überzeugung — alle geistigen und sittlichen Bemühungen in unserer Erziehung ohne Dauererfolg, wenn sie sich nicht gründen auf ein starkes ethisches und religiöses Fundament.

Was die öffentliche Hand in ihren Einrichtungen für die Jugend leisten kann, ist naturgemäß weniger echte Erziehungsarbeit als vielmehr Jugendunterhaltungsarbeit. Wir mögen die kommunalen Jugendheime und Jugendzentren noch so modern und komfortabel ausstatten, echte erzieherische Werte im Sinne unserer Landesverfassung werden sie nur unvollkommen leisten können. Denn diese Werte werden erst angesprochen, wenn von der Jugend eine innere geistige und sittliche Haltung abverlangt wird und wenn eine Verantwortung mit einem Sich-einführen in eine Gemeinschaft, deren Bindung freiwillig ist, anerkannt wird. Der Besuch städtischer Einrichtungen und sonstiger Veranstaltungen verpflichtet den Jugendlichen an sich zu nichts, er kann im übrigen tun und lassen, wie es ihm beliebt. Es entspricht durchaus dem materialistischen Lebenszug unserer Zeit, daß man sich die Freizeit gern in modern ausgestatteten Heimen vertreibt, ohne eine persönliche Verantwortung oder Verpflichtung dabei zu übernehmen. Man braucht sich in diesen sog. neutralen Einrichtungen zu nichts zu bekennen, nach dem Standpunkt des Ohne-mich kann man sich frei bewegen, ohne sich in die Zucht und Ordnung einer Jugendgemeinschaft einfügen zu müssen.

Wir bestreiten nun nicht die Existenzberechtigung dieser Heime, zumal ein Großteil unserer Jugend sich nicht organisiert und für den An-



schluß an Jugendverbände nicht zu gewinnen ist, weil sie die Ungebundenheit eben der Bindung vorzieht. Unser Anliegen ist nur die ungleiche Verwendung öffentlicher Gelder zwischen nicht-organisierter und organisierter Jugend. Muß denn das Hauptgewicht finanzieller Förderung gerade auf die unorganisierte gelegt werden? Verdienen die anderen diese Förderung nicht? Wir können doch immerhin sagen, daß etwa 20 bis 25 Prozent unserer Jugend organisiert ist. Es ist schwer, zuverlässiges Zahlenmaterial zu ermitteln, zumal sich oft die Organisation der Jugend durch Zugehörigkeit zu mehreren Organisationen überschneidet, dies gilt besonders für die in den Sportverbänden organisierten Jugendlichen. Wir können nun aber nicht im gleichen Atemzug sagen, daß demgemäß 75 Prozent der Jugend die kommunalen Einrichtungen in Anspruch nimmt.

### Wohlfahrtspflege keine Monopoldomäne der öffentlichen Hand

Das Verhältnis gleichberechtigter Partnerschaft wird sich in einer gerechten Verteilung der Steuergelder zwischen behördlicher und freier Wohlfahrtspflege auswirken müssen. Der Bereich der Wohlfahrtspflege ist keine Monopoldomäne der öffentlichen Hand mehr, die hauptsächlich und vordringlich mit öffentlichen Mitteln finanziert wird.

Daß die öffentliche Hand den Wohlfahrtsverbänden nur geringste Bruchteile von den Zu-

Auch hier dürfte der Prozentsatz nicht über diese 20 Prozent der nichtorganisierten Jugend liegen.

Ist es nun zu verantworten, daß die öffentliche Hand die organisierte Jugend finanziell so gering betreut, wie es bisher der Fall gewesen ist? Sollte nicht die Jugend, die sich zu einem Gemeinschaftsleben in ihren Jugendbünden bekennt, diese trägt und damit auch ideelle und materielle Verantwortung übernimmt, uns nicht so wertvoll sein, daß wir sie in gleicher Weise unterstützen, wie es gegenüber der nichtorganisierten Jugend geschieht? Die einseitige Behandlung beider Jugendteile können wir schon aus rein staatsethischen Gründen ausgleichender Gerechtigkeit nicht mehr aufrechterhalten. Wir werden es aber auch nach Verabschiedung der Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz aus rechtlichen Gründen nicht mehr tun können.

schüssen, die sie für kommunal-eigene Betriebe ausübt, zuteilt, ist dann kaum noch vertretbar. Derjenige, welcher in eigener Initiative gemeinnützige Aufgaben an Staat und Gesellschaft erfüllt und damit der öffentlichen Hand diese Aufgaben abnimmt, hat Anspruch auf eine angemessene finanzielle Unterstützung und Förderung. Es kann nur eine innere Stärkung für das Gemeindebewußtsein bedeuten, wenn möglichst viele Bürger an die Aufgaben des Gemeinwesens

in innerer Verantwortung und Hilfsbereitschaft hergeführt werden.

Daß die Heime und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege überhaupt existieren können, ist neben der freien Hilfstätigkeit besonders dem Umstand zu verdanken, daß die Ordensfrauen und Schwestern der Diakonie nicht im Tariflohn den Dienst am Nächsten leisten und keine tariflich geschützte Arbeitszeit kennen. Die Kosten des Bauens, der Modernisierung und des Betriebs der Heime sowie die Gehaltskosten für die Laienkräfte, die bei dem mangelnden Schwesternnachwuchs in immer stärker werdendem Maße anfallen, sind aber finanzielle Belastungen, die von den privaten Spenden und Opfern allein nicht verkraftet werden können.

Auf den Gebieten der freien Wohlfahrtspflege sollte die öffentliche Hand auch nicht als Konkurrenz auftreten, da ein echter Wettbewerb ohnehin nicht gegeben ist. Die öffentliche Hand schöpft aus der immer fließend gehaltenen Quelle des Steueraufkommens und ist in der Bezuschussung eigener Betriebe in keiner Weise beschränkt.

Wir gehen mit dem Herrn Oberbürgermeister durchaus einig, daß die Förderung der Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendpflege „nicht zur totalen Finanzierung führen darf, sondern daß vielmehr die eigenen Möglichkeiten mit den privaten Opfern und Spenden dabei nicht vernachlässigt werden dürfen.“

Stadtrat Bahner (ML):

## Lebhafte Zustimmung zum Etat-Entwurf der Verwaltung

Die in den diesjährigen Etatreden des Herrn Oberbürgermeister und des Herrn Stadtkämmerers zum Ausdruck gekommenen Grundsätze für die Gestaltung des diesjährigen Etats finden die lebhafteste Zustimmung der Fraktion der Mannheimer Liste.

Wir hatten schon vergangenes Jahr an dieser Stelle die Meinung vorgetragen, daß eine Begrenzung der Etatposition entsprechend den Möglichkeiten ihrer Bewältigung durch die Stadtverwaltung und des Arbeitsmarktes vorgenommen werden sollte. Wir hatten aus diesen Gründen auch vorgeschlagen, verschiedene Haushaltsstellen im außerordentlichen Haushalt zu streichen, da sie doch nur den Umfang des Etats aufblähten und ihn unübersichtlich machten, ohne daß an eine Ausführung dieser Beschlüsse gedacht werden kann. Es handelt sich dabei u. a. um die Errichtung eines eigenen Kraftfahrzeugparks für die Polizei sowie den Querbau des eventuell in Staatsbesitz übergehenden Polizeipräsidiums. Gegen unsere Stimmen wurden diese und andere Positionen im vergangenen Jahr in den Etat aufgenommen, ohne daß die Arbeiten in Angriff genommen werden konnten. Um so mehr freuen wir uns, daß der diesjährige

Etat von vornherein wirklichkeitsnahe gestaltet ist und damit wohl einen Wendepunkt in der bisherigen Uebung darstellt.

Es ist selbstverständlich, daß sich größere Vorhaben über mehrere Etatjahre erstrecken und daß eine Abgrenzung von einem zum anderen Etat unter den heutigen Verhältnissen immer schwieriger wird. Um so eindringlicher können wir aber die Forderung des Herrn Oberbürgermeisters unterstreichen, nur solche Objekte in den Etat aufzunehmen, für die alle erforderlichen Vorarbeiten geleistet sind und der Beginn der Arbeiten nach menschlichem Ermessen in Kürze erfolgen kann. Bei einer solchen Handhabung werden unsere Haushaltspläne übersichtlich werden und allen Beteiligten die notwendige Kontrolle ermöglichen.

An dieser Stelle möchten wir der Verwaltung für die den Etatentwürfen mitgegebenen Uebersichten über die abgeschlossenen, beschlossenen und noch nicht in Angriff genommenen Vorhaben sowie die graphischen Uebersichten zu dem diesjährigen Etat unseren Dank aussprechen, da hierdurch ein ausgezeichnetes Uebersichtsbild über den gesamten Etat und seine Einzelteile gewonnen werden konnte.

wordene neue Volksschule in Feudenheim in Angriff zu nehmen.

Trotz der verwaltungsmäßigen Grenzen, die der Zahl der durchzuführenden Arbeiten gesetzt sind, sollte die Verwaltung doch bestrebt sein, so viele Arbeiten wie möglich unter Zuhilfenahme von freiberuflichen Kräften und Firmen durchzuführen, da auf diese Weise mancher nicht wünschenswerte oder sogar nicht tragbare Zustand beseitigt werden könnte. Es sind auch in dieser Hinsicht beim Hoch- wie beim Tiefbauamt in letzter Zeit erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen, die das Leistungsvermögen der städtischen Ämter wesentlich erweitert haben. Als eine solche Maßnahme, die im Augenblick mangels städtischen Personals scheitern soll, sehen wir z. B. die im außerordentlichen Haushalt vorgesehene Kanalisierung in Friedrichsfeld an, die eine ganze Reihe von privaten Baumaßnahmen ermöglichen würde, wenn die Durchführung weitgehend einem erprobten privaten Unternehmen ohne städtische Regie übertragen würde, zumal sie bereits vom Technischen Ausschuss genehmigt ist.

Die Anforderungen, die der moderne Verkehr an die Gemeinden stellt, sind anerkanntermaßen zwangsläufig, so daß hier zu den Maßnahmen im einzelnen nichts zu sagen ist. Bedauerlich bleiben nur die Schwierigkeiten, die nunmehr bei der Lösung des Bahnhofsvorplatzes und seiner Umgebung entstehen. Die Mannheimer Liste hatte seiner Zeit als eine auf die Dauer wohl nicht vermeidbare Lösung vorgeschlagen, den Kaiserring so weiterzuführen, daß die Blsmackstraße und der Bahnhof selbst untertunnelt würden, so daß die schwierige Lindenhofüberführung hätte gespart werden können und eine direkte Umsteigemöglichkeit von der Straßenbahn in die Eisenbahn, wie sie anderorts schon besteht, geschaffen worden wäre.

### Kein Grund, die Getränkesteuer-Aufhebung rückgängig zu machen

Die Mannheimer Liste begrüßt ebenso die starke Betonung des Wohnungsbaues, wenn auch die voraussichtliche Finanzierung durchaus nicht ideal ist. Einen Grund zur Erleichterung dieser Finanzierung, die beschlossene Getränkesteuer aufhebung wieder rückgängig zu machen, sieht die Mannheimer Liste allerdings hierin nicht, solange solche Einsparungsmöglichkeiten von mehr als 4 Millionen DM durch eine Verstaatlichung des Polizei-Vollzugsdienstes gegeben sind, während das jährliche Aufkommen der Getränkesteuer bei weniger als der Hälfte dieses Betrages liegen würde. Die Mannheimer Liste hat seit ihrem Bestehen aus grundsätzlichen steuerpolitischen Gesichtspunkten die Aufhebung der Getränkesteuer auch in Mannheim gefordert, und kann aus dieser Haltung heraus einer Aenderung des Gemeinderatsbeschlusses auf Aufhebung auch heute nicht zustimmen.

Wie ebenfalls in unserer vorjährigen Etatsrede gefordert, bitten wir, bei der Verteilung der für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel, nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Wohnungsbau so zu fördern, daß eine Konzentrierung des Wohnraumes in der öffentlichen Hand vermieden wird. Das trifft insbesondere auch für die zur Verfügungstellung von baureifen Grundstücken an private Bauwillige zu.

Zu dieser Förderung des privaten Wohnungsbaues gehört auch die Aufgabe der Gemeinde, für die Zukunft rechtzeitig Bauland zu erschließen. Hierfür bietet sich insbesondere im Osten unserer Stadt zwischen Neuostheim, Seckenheim und Neuhermsheim bis Neckarau Gelände an. Bis zur Baureifmachung solcher Gelände vergehen bekanntlich Jahre, so daß diese Aufgabe jetzt schon im Interesse der wachsenden Zahl von Mannheimer Bürgern, die den Wunsch und die Möglichkeit haben, sich eigene Wohnungen zu errichten, in Angriff genommen werden sollte.

Auch diese Maßnahme würde wesentlich zur Behebung der Wohnraumnot beitragen können.

Ebenso findet die Aufrechterhaltung des vorgesehenen Umfangs von Schulbauten aller Art unsere seit jeher geäußerte volle Unterstützung. Es ist kaum möglich, zu entscheiden, ob der Bau von Wohnungen oder von Schulen vordringlicher sei. Beides sind unaufschiebbare öffentliche Aufgaben, die so schnell wie möglich nebeneinander gefördert werden müßten. Dabei haben wir die besondere Bitte, für das Etatjahr 1962, wie besprochen auch die dringend notwendig ge-

### Jährliche Belastung durch Vollzugspolizei auf 5 Millionen angewachsen

Im ganzen stimmt die Fraktion der Mannheimer Liste den Vorschlägen der Verwaltung und der Ausschüsse zu, muß sich aber für den Abschnitt „Polizeivollzugsdienst“ der Stimme enthalten, da sich die Lösung dieser Frage bei so hohen zur Diskussion stehenden Summen länger als vorgesehen hinauszieht und eine klare Entscheidung in dieser Frage im Interesse aller liegt.

Die Mannheimer Liste hatte auf die Abstimmung über ihren Antrag zur Verstaatlichung der Polizei verzichtet, weil eine Klärung dieser Frage unmittelbar nach Amtsantritt der neuen Landesregierung zugesagt worden war. Diese Frist wurde auf den vergangenen Herbst verschoben und wird heute bis zum Termin der Verabschiedung des Finanzausgleichs versprochen. Nachdem der Herr Oberbürgermeister optimistisch über die ersten Verhandlungen der drei Großstädte mit kommunaler Vollzugspolizei und dem Herrn Finanzminister berichtet hat, entschließen wir uns schweren Herzens, einer weiteren Fristverlängerung zuzusehen. Wir können es aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß bei dem unveränderten Zuschuß von DM 5 000,— je Vollzugsbeamten und Jahr allein in diesem Rumpfbjahr ein Zuschuß-Mehrbedarf von DM

800 000,— eintritt und somit die jährliche Belastung unserer Stadt auf über 5 Millionen DM durch die Beibehaltung der städtischen Vollzugspolizei im Jahre angewachsen ist. Viel eher als mit vielen zur Diskussion gestellten Etatbeiträgen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite könnte mit einer solchen Summe, z. B. durch einen mutigen Entschluß in der Frage der Vollzugspolizei, das Wohnraumproblem entscheidend gebessert werden.

Wir bitten deshalb auch an dieser Stelle den Herrn Oberbürgermeister, alles daranzusetzen, um eine Entscheidung der Landesregierung in der Zuschußfrage herbeizuführen, damit der Mannheimer Gemeinderat endgültige Unterlagen für eine sachliche Entscheidung erhält. Diese mindestens 5 Millionen DM jährlicher Ausgaben lassen hier wirklich den sonst so berühmten Ausspruch „Zeit ist Geld“ zu.

Zum Schluß möchten wir allen an der so pünktlichen und übersichtlichen Aufstellung des Etats beteiligten Verwaltungsstellen unseren Dank aussprechen und die Hoffnung daranknüpfen, daß diese pünktliche Art der Etat-Aufstellung und Erledigung auch für die Zukunft, insbesondere für das sehr kurze Rumpfbjahr, möglich sein wird.



## Kommunale Zeitschriftenschau

In der „Zeitung für kommunale Wirtschaft“ (Nr. 80) Januar-Heft 1961 steht das Gas im Mittelpunkt. Chefredakteur Georg Berkenhoff (München) berichtet im Leitartikel „Ferngas drängt nach Süddeutschland“ von der Einleitung eines großangelegten Vorstoßes der Ruhrgas A. G. zur Eroberung des süddeutschen Raumes. Ein ungewöhnliches Zeichen kommunaler Aktivität in dieser Richtung liegt bereits vor: Antrag zur Genehmigung einer Hochdruckverbundleitung von Mannheim nach Stuttgart und Ulm. „Die Stunde der Entscheidung für die Ortsgaswirtschaft“ ist gekommen, schreibt Berkenhoff. — Wir lesen weiter einen interessanten Beitrag von Helmut Mischler zum Thema „Kommt jetzt die Gasentgiftung?“ Die Öffentlichkeit verlangt in periodischen Abständen immer wieder Entgiftungsanlagen für das Stadtgas. München startet jetzt Umstellung auf reines Erdgas. — Vollgesicherte Geräte in jedes Haus.

Einen Einblick in die Geschichte und Verwaltung des kleinsten der Bundesländer, des Stadtstaates Bremen, erhalten wir durch zwei Aufsätze in Heft 2/61 der „Kommunalpolitischen Blätter“. Der Stadtstaat Bremen ist heute in Wirklichkeit ein „Städtestaat“. Mit rund 700 000 Einwohnern, von denen 560 000 in der Stadt Bremen und 140 000 in Bremerhaven leben, ist die „Freie Hansestadt“ das kleinste Bundesland. Doch fügt der Stolz der Bremer immer noch die Worte hinzu: „... aber sicherlich nicht das unbedeutendste“. Der zweite Aufsatz behandelt „Die Früchte vorausschauender Bremer Hafenpolitik“. Einmal ist es der Hafenausbau, der eine vorsorgende, systematische, in die Zukunft reichende Planung erfordert, zum anderen das tägliche Hafengeschehen mit seinem Auf und Ab im Hafenumschlag und den ständig wechselnden Umschlagsmengen auf der Ein- und Ausfuhrseite. — Stadtkämmerer a. D. Walter Kühlthau (Wuppertal) liefert einen interessanten Beitrag zur Frage: „Besoldungserhöhung und Gemeindefinanzen“.

In der Zeitschrift „Die lebendige Gemeinde“ (Heft 1/61) behandelt der ungenannte Verfasser in einem Beitrag kritisch die Frage: „Hat die kommunale Selbstverwaltung noch einen Sinn?“ Er bejaht sie mit folgendem Satz: „Je stärker die große Unruhe der heutigen Welt auch in den Raum unserer Gemeinden einfällt, um so fester muß sich der Wille bilden, durch tätige Mitarbeit in der kommunalen Selbstverwaltung einen Teil der Mitverantwortung zu tragen, ohne die es keine Demokratie geben kann“. — Erwähnenswert ist noch der Beitrag „Die Hebesatzpolitik der Gemeinden bei den Realsteuern“. Er gibt einen Überblick über die Höhe der Realsteuerhebesätze im letzten Jahr.

„Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung“ ist ein Aufsatz in der Zeitschrift „Das Rathaus“ in Heft 2/1961 von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Muss (Bad Kreuznach) betitelt. Die Geschäftsordnungen sind vielen Stadtrats- und Gemeinderatsmitgliedern einmal weitgehend unbekannt, aber oft auch zutiefst unsympathisch. Ihre Kenner spielen in den Parlamenten häufig die Rolle unbequemer Mahner und Kleinigkeitskrämer. Aber gerade weil sie die Geschäftsord-

nung beherrschen, pflegen sie in ihren Parlamenten auch eine starke Position zu haben. Durch sichere Kenntnisse der Geschäftsordnung ist schon in vielen Gemeindeparlamenten ein Weg gewiesen worden, Förderungswürdiges zu ermöglichen, jedoch auch manches politisch Bedenkliche verhindert worden. — Zu einer dreitägigen beamtenpolitischen Tagung hatte der Deutsche Beamtenbund seine führenden Mitglieder auf die Bühler Höhe im Schwarzwald eingeladen. Es war eine Arbeitstagung im echten Sinne des Wortes. Sie hat dazu beigetragen, daß sich die breite Öffentlichkeit wieder einmal über das Berufsbeamtentum und seine Notwendigkeit Gedanken macht. Einen Bericht unter dem Leitwort „Mittler zwischen Regierung und Volk“ lesen wir in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift „Das Rathaus“. — „Das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 bringt Ueberraschungen“ von Oberbürgermeister a. D. Ludwig Schneider MdB (Kassel). Der Verfasser spricht in seinem Beitrag von den neuen gesetzlichen Vorschriften, die die Grundeigentümer — auch Baulustige — angehen. Das sind einmal die über „Erschließungsbeiträge“, seither „Anliegerbeiträge“ genannt, zum anderen ist es die „Baulandsteuer“.

ebo

## 105 000 unbesetzte Arbeitsplätze

### Vermittlungsaufträge für ausländische Arbeitskräfte verdoppelt

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war im Januar 1961 durch eine fühlbare Zunahme der Spannung zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften gekennzeichnet. Wie das Landesarbeitsamt mitteilt, erhöhte sich der Stellenbestand um 17 500 auf 104 500; er war um mehr als 23 000 größer als vor Jahresfrist. Damit erreichte die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten unbesetzten Arbeitsplätze jetzt schon einen bemerkenswert hohen Stand, der nur um 3600 unter dem bisherigen Höchststand vom Ende August 1960 lag. Die meisten Kräfteanforderungen kamen aus der Bauwirtschaft, aber auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen nahm der Bedarf an Arbeitnehmern zu. Das Interesse an der Beschäftigung von Ausländern ist erheblich gestiegen.

Unter den offenen Stellen befanden sich mehr als 20 000 Vermittlungsaufträge für italienische, spanische und griechische Arbeitskräfte, das sind doppelt soviel Anforderungen als Ende Januar

des Vorjahres. Weitaus am stärksten waren Italiener gefragt; rund 6000 italienische Saisonarbeiter, die schon im vorigen Jahre in Baden-Württemberg beschäftigt waren, wurden von ihren alten Betrieben namentlich zurückgerufen.

Infolge der gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung des Winterbaues wurden fast sämtliche Bauarbeiter weiterbeschäftigt. Für einen Teil der Bauarbeiter wurde an Tagen mit Frosttemperaturen oder Niederschlägen Schlechtwettergeld in Anspruch genommen.

### Ehrenbürger Marguerre zum 83. Geburtstag

Am heutigen Freitag wird der Mannheimer Ehrenbürger Professor Dr. Fritz Marguerre 83 Jahre alt. Aus diesem Anlaß hat der Oberbürgermeister dem Jubilar mit einem Blumengebilde das nachstehende Glückwunschschreiben übermittelt lassen:

Sehr geehrter Herr Dr. Marguerre!  
Mit großer Verehrung und allen guten Wünschen gedenkt heute die Stadt Mannheim Ihres Geburtstages, zu dem ich Ihnen, auch im Namen des Gemeinderats, auf das herzlichste gratuliere. Gerade im letzten Jahr zeigte sich bei der Verwirklichung der Fernheizung in Mannheim die Bedeutung Ihres Planens. Ihre fortschrittliche und segensreiche Tätigkeit war und ist von bleibendem Wert für die Versorgung unserer Stadt. Ich hoffe und wünsche, daß Ihnen noch lange Jahre bei guter Gesundheit und geistiger Frische beschieden sein mögen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr  
Dr. Hans Reschke

## AKADEMISCHER WINTER

Im Rahmen der Vortragsreihe „Akademischer Winter“ spricht am Montag, dem 20. Februar 1961 um 20 Uhr in der Kunsthalle

Professor

Dr. jur., Dr. med. h. c. Eberhard Schmidt  
(Universität Heidelberg)

über

„Die Sache der Justiz und die Gerichte“

## Wohnungstausch durch Wohnungsamt

### Innerhalb Mannheims:

**Geboten:** 1 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 32,— DM  
**Gesucht:** 2 Zi. u. Kü. m. Bad, Miete bis 60,— DM  
**Gegend:** Feudenheim  
Anna Haibt, Mhm.-Feudenheim, Ziethenstr. 48a

**Geboten:** 1 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 52,— DM  
**Gesucht:** 2 Zi. u. Kü. m. Bad, Miete bis 60,— DM  
**Gegend:** Stadtgebiet  
Katharina Quintus, Mhm., Stockhornstr. 59-61

**Geboten:** 1 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 68,10 DM  
**Gesucht:** 2-3 Zi. u. Kü., mit Bad, Miete bis 95,— DM  
**Gegend:** Innenstadt, Neckarstadt  
Walter Walk, Mannheim, Untere Riedstr. 52

**Geboten:** 1 Zi. u. Kü., Miete 36,20 DM  
**Gesucht:** 2 Zi. u. Kü. evtl. mit Bad, Miete bis 80,— DM  
**Gegend:** Neckarstadt (keine Vororte)  
Alfred Jarosch, Mannheim, Fröhlichstr. 44

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad (Neubau), Miete 70,— DM  
**Gesucht:** 2-3 Zi. u. Kü., Miete bis 120,— DM  
**Gegend:** Neckarstadt-West oder -Ost  
Lina Sattler, Mannheim, Lortzingstr. 40

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü., Miete 42,— DM  
**Gesucht:** 2-3 Zi. u. Kü., Miete bis 80,— DM  
**Gegend:** Schönau  
Jakob Baumann, Mhm.-Schönau, Thorner Str. 6

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 68,— DM  
**Gesucht:** 2-2½ Zi. u. Kü. mit Bad, Miete bis 100,— DM  
**Gegend:** Innenstadt  
Luise Oesterle, Mhm.-Neckarau, Neudammstr. 9

**Geboten:** 2 Zi. u. Kochküche mit Bad, Miete 75,50 DM  
**Gesucht:** 3 Zi. u. Kü. m. Bad, Miete b. 120,— DM  
**Gegend:** Stadtgebiet  
Paul Fund, Mannheim, Kinzigstr. 6

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 61,40 DM  
**Gesucht:** 2-3 Zi. u. Kü., Miete bis 95,— DM  
**Gegend:** Schönau  
Karl Böhm, Mhm.-Schönau, Marienburger Str. 21

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 80,— DM  
**Gesucht:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete bis 110,— DM  
**Gegend:** Sandhofen  
Friedrich Seitz, Mhm.-Sandhofen, Riedgärtenstr. 5

**Geboten:** 4 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 150,— DM  
**Gesucht:** 2 Zi. u. Kü., Miete bis 120,— DM  
**Gegend:** Käfertal  
Eugen Ziegler, Mannheim, Collinstr. 8

**Geboten:** 5 Zi. u. Kü. mit Bad u. 2 Balkons, Miete 138,30 DM  
**Gesucht:** 3½ Zi. u. Kü., Miete bis 160,— DM  
**Gegend:** Oststadt, Innenstadt, Feudenheim  
Werner Lehrmann, Mannheim, Rupprechtstr. 16

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 80,— DM  
**Gesucht:** 3-4 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete bis 100,— DM  
**Gegend:** gleich  
Alfred Rupp, Mannheim, Riedfeldstr. 69-71

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete 75,60 DM  
**Gesucht:** 3 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete bis 120,— DM  
**Gegend:** gleich  
Kurt Weiner, Mannheim, Gärtnerstr. 75

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. (Miete nicht angegeben)  
**Gesucht:** 1 Zi. u. Kü. m. Bad, Miete bis 80,— DM  
**Gegend:** Innenstadt, Lindenhof, Oststadt, Neckarstadt-Ost  
Heinrich Schanzenbächer, Mannheim-Käfertal, Auf dem Sand 64

**Geboten:** 3 Zi. u. Kochküche mit Bad, Miete 76,30 DM  
**Gesucht:** 3 Zi. u. Kü., Miete bis 120,— DM  
**Gegend:** Lindenhof, Tattersall (Schloßnähe)  
Roland Riedel, Mannheim, Eisenlohrplatz 1

**Geboten:** 2 Zi. u. Kü. mit Bad (Miete nicht angegeben)  
**Gesucht:** 3 Zi. u. Kü. mit Bad, Miete bis 130,— DM  
**Gegend:** gleich  
Fritz Ballweber, Mannheim, Laurentiusstr. 15



## Das Mannheimer Sportgeschehen

Wenn die von der Deutschen Olympischen Gesellschaft herausgegebenen Informationen in allen Teilen hundertprozentig stimmen, dann darf sich der deutsche Sport heute schon auf seine nächste Zukunft freuen. Der Bund, Länder und Gemeinden wie Essen, Hannover, Wiesbaden, München, Münster, Flensburg, ja sogar kleine Gemeinden wie Ingelheim, Wetzlar, Erbach und Schorndorf, haben im Rahmen der ihnen gebotenen Möglichkeiten weitgehende Unterstützung zur Verwirklichung des „Goldenen Planes“ der DOG zugesagt. Von vielen Gemeinden wurden sogar detaillierte Angaben über Bauvorhaben von Schwimmbädern, Turnhallen und Sportplätzen gemacht, die darauf schließen lassen, daß schon in diesem Jahr wenigstens ein Teil der Bauten erstellt werden wird. Die Bundesregierung hat im Voranschlag zum Bundeshaushalt 1961 den Zuschuß zur Restfinanzierung von Übungsstätten in den Gemeinden von 10 auf 20 Millionen erhöht, ist aber um 10 Millionen unter dem vorgesehenen Betrag geblieben. Von Baden-Württemberg wird gemeldet, daß sich der Jugend- und Sportausschuß des Landtages für eine allmähliche Erhöhung der Landesmittel zur Förderung des Übungsstättenbaues ausgesprochen hat. Für das Jahr 1961 sind Zuschüsse in Höhe von 16 Millionen DM vorgesehen. Bis zum Jahr 1964 sollen diese Zuschüsse eine Erhöhung auf 24 Millionen DM erfahren. Die Entscheidung darüber fällt nunmehr der Finanzausschuß des Landtages von Baden-Württemberg. Das Land Hessen wird für 1961 den Betrag von 14,3 Millionen DM für die Errichtung von Sportstätten im Sinne des „Goldenen Planes“ zur Verfügung stellen. Das ist ein durchschlagender Erfolg der Bemühungen der Deutschen Olympischen Gesellschaft. Sie hat es erreicht, daß in den Haushaltsplänen des Bundes, der Länder und vieler Gemeinden der Sportstättenbau, mit zum Teil recht ansehnlichen Beträgen, Berücksichtigung gefunden hat. Der letzte Kampf um das liebe Geld der öffentlichen Hand wird in jedem Falle

auf der untersten Ebene, also in der Gemeinde, ausgetragen werden. Die Gemeinden werden in allen Fällen als Treuhänder das entscheidende Wort zu sprechen haben. Die Schulen auf der einen sowie die Turn- und Sportvereine auf der anderen Seite treten zusammen mit den Gemeinden, die ja das Interesse der Allgemeinheit verfolgen, als bevorzugte Interessenten in Erscheinung. Nicht die Lautstärke, sondern der höhere Grad des Bedürfnisses und der Zweckmäßigkeit werden der Verwirklichung eines Bauvorhabens vorangestellt werden müssen. Bei der Vielfältigkeit des Mannheimer Sportlebens und seiner Interessen ist es ratsam, daß sich ein Gremium versierter Männer rechtzeitig um die Vorabklärung, die Rangordnung der Projekte und die Sondernierung der Wünsche und der echten Bedürfnisse bemüht. Viel Zeit, Mühe und Ärger können so erspart werden.

Wie alljährlich, so führt auch in diesem Jahr, das Sportamt der Stadt mit den Mannheimer Schulen zum Abschluß der Bundesjugendspiele (Winterspiele) Mannschaftswettkämpfe im Geräteturnen durch. Die männliche Jugend bestreitet einen Geräte-Vierkampf am Reck, im Bodenturnen, am Barren und im Pferdsprung, während die weibliche Jugend sich am Stufenbarren, im Sprung, im Bodenturnen und in der Gymnastik mit Seil mißt. Es ist das siebte Mal, daß dieser turnerische Mannschaftskampf der Mannheimer Schulen im großen Saal des TSV 46 stattfindet. Er erfreut sich Jahr für Jahr des Zuspruchs von Lehrern und Schülern, die den Wettkämpfen der einzelnen Mannschaften mit Spannung folgen und mit Beifall nicht geizen. Mancher Schüler und Schülerin sind über die Bundesjugendspiele schon zu Turnen und Sport gestoßen. Der Wert dieser Mannschaftskämpfe ist unbestritten und stellt einen nachahmenswerten Beitrag zur Förderung des Schulsportes dar.

## Wann Einkommensteuer für Arbeitnehmer?

Für die meisten Arbeitnehmer (Empfänger von Lohn, Gehalt, Wartegeld, Pension usw.) ist die Besteuerung ihres Einkommens mit dem Lohnsteuerabzug abgeschlossen. Es gibt jedoch auch Arbeitnehmer, die noch zur Einkommensteuer veranlagt werden. Zu solchen Fällen muß zusätzlich zur bereits entrichteten Lohnsteuer noch Einkommensteuer gezahlt werden. Umgekehrt gibt es aber auch Fälle — und sie sind gar nicht selten — daß ein Teil der entrichteten Lohnsteuer, in manchen Fällen sogar die ganze Lohnsteuer zurückgezahlt wird. Zum Zwecke der Veranlagung muß eine Einkommenssteuererklärung abgegeben werden.

Das Einkommensteuergesetz führt in § 46 die Fälle auf, in denen der Arbeitnehmer zur Einkommensteuer zu veranlagung ist. Dies ist der Fall, wenn das Einkommen jährlich 24 000 DM oder mehr beträgt, 2. wenn die Nebeneinkünfte

dehn. Um eine allzu scharfe Besteuerung verhältnismäßig geringfügiger Nebeneinkünfte zu vermeiden, besteht eine Milderungsvorschrift. Uebersteigen diese Nebeneinkünfte den Betrag von 800 DM, nicht jedoch den Betrag von 1 600.— DM jährlich, so tritt nicht sofort die volle Besteuerung ein. Sie erfolgt erst, wenn diese Einkünfte jährlich 1 600.— DM übersteigen. Für die dazwischen liegenden Fälle besteht ein gleitender Übergang zur vollen Besteuerung dieser Einkünfte.

Zur Unterrichtung unserer Leser geben wir nachstehend folgende tabellarische Uebersicht:

Nebeneinkünfte	Freibleibender Betrag	Von dem Gesamtbetrag der Nebeneinkünfte sind zu versteuern
DM	DM	DM
800,—	800,—	0,—
900,—	700,—	200,—
1 000,—	600,—	400,—
1 100,—	500,—	600,—
1 200,—	400,—	800,—
1 300,—	300,—	1 000,—
1 400,—	200,—	1 200,—
1 500,—	100,—	1 400,—
1 600,—	0,—	1 600,—

Die Zwischenwerte kann man leicht selbst ausrechnen.

Die Tabelle zeigt, daß diese Nebeneinkünfte erst ab 1 600.— DM jährlich voll der Einkommensteuer unterliegen. Für viele Steuerzahler bringt dies eine wesentliche steuerliche Entlastung. Der Lohnempfänger mit Hausbesitz braucht Reparaturen nicht unbedingt so zu verteilen, daß seine Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung jedes Jahr 800.— DM nicht erreichen. Er kann auch einmal mehr Überschuß haben, ohne gleich allzuviel davon an das Finanzamt abgeben zu müssen. Dasselbe gilt für alle anderen Einkunftsarten.

### Mütterkurse für Säuglingspflege

Am 23. Februar 1961 beginnt um 18 Uhr der nächste Mütterkurs für Säuglingspflege des Landesverbandes in den neuen Räumen in M 4, 10 Erdgeschoß (Handelsschule Stock). Die Kurse finden 5 Wochen lang zweimal wöchentlich statt und führen die Mütter, Väter und andere Interessierte in die Pflege, Kleidung und Ernährung des Säuglings ein. Auch erste Erziehungsfragen werden behandelt. Der Kurs wird von einer Säuglingsschwester geleitet und kostet 15 DM.

Anmeldungen persönlich in M 4, 10 ab 12 Uhr oder telefonisch 293-27 02 oder 293-39 15.

### D'r Lorenz



Die Mannemer Narredei mit ihre drei dolle Daage am Suundaag, Mondaag un Diensdaag wär iwerstanne. D'r diesjährige Fasenachtszug hot ghalte, was er versproche hot, wann aach em Kleppergerde-General Eichinger sein Kleppergerde-Schokkelgaul nig ghalte hot, wie er un seinere Roll runnergfalle is. Er is bei dere Gelegenheit ausenannergebroche wie en druckener Nudelkuche. Zum Glück hot er awer widder gflückt werre könne. Un die Fickarweit hot dann schließlich aach ghalte. Dess war die

Hauptsach. For die Generaliwerholung vun dem verbrochliche Schokkelgaul is jetztert en ganzes Jahr Zeit.

Iwer die verschiedene Wägge wär en manches zu sage. Lob un Tadel. Awer zu was dann, die Fasenacht is rum. Bei den gelungene Wägge is immer herzhafte gelacht worre. Un wann nig gelacht worre is, dann war 's halt irgendwo faul. An ihr unaufgenehme Ploggeichter sin die Mannemer erinnert wore mim Wägge „Tauben wollt ihr ewig leben?“ D'r Gedanke wie aach die gsamt Dekoration war ausgezeichnet. Uff ihm ganze Weg sin aa „Die große Vier“ gebühlich mit lautem Ahoi begrüßt worre, bsonders vun uns ewig dorschige Mannleit. Respektvoll hot alles an denne Riese nuffgeguckt, die als Bierflasche for die vier Mannemer Brauereie, den Durlacher-Hof, den Eichbaum, 's Habereckel un die Brauerei Pfisterer geworwe hawe.

D'r neie Weg, denn d'r Zug dies Jahr gemacht hot, hot sich beschtens bewährt. Die dreihunderttausend Zuschauer hawe sich uff den lange grade Strecke, bsonders am Friedrichsring, gut verdeele könne. En allzu großes Gedräng is vermiede worre, dann meischens hawe sich norr drei Reihe an den Randstei gebildet. Hinner den Reihe war zum Laafe noch genug Blatz. Was mer bsonders uffgafte is, war, daß es viele Wertschafte uff 'm Zugweg gewe hot, die wedder gflaggt noch außedekoriert ghabt hawe, obwohl se durch die Bank Nutznießer vun Zug odder mindigschtens vun d'r Fasenacht ware. Vun den Privatleit, die eigentlich aach ihr Balkone un Hausfassade hätte schmücke könne — bsonders do, wo d'r Zug am Haus vorbei geloffe is — will ich ganz schweige.

Was mer awer am Fasenachtssuundaag am beschte gfallte hot, war 's Wetter. 's hot niemand vun den Zugbetrachter iwer kalte odder nasse Fuß zu klage brauche, so wenig wie die Wert un Café-Besitzer iwer leere Lokale. Alles war gfüllt bis uff den letschte Blatz, an alle drei dolle Daage. Noch nit enmol d'r Rosemondaagsball mit seim Massebusch hot sich uff die „Besetzungsdichte“ vun unsere Wertschafte ausgewirkt. Nig ganz so groß wie in frihere Jahre haw ich den Trudel am Fasenachtssuundaag in d'r Kurpalzstrooß un in den Planke gfunne. Verleicht machts aus, weil in denne zwee Mannemer Hauptverkehrsstrooße nim mehr so viel Bauzün sin wie ehedem un weil aach ohnehin die Häuser dort weiter zurückgetrete sin. Die Narre in d'r Stadt ware awer aach gemäßigter wie sunscht. Seiner Tollität Jupp I. is noch enmol viel ghuldigt worre, wie er mit seim Gefolg durch die Kurpalzstrooß gfare is. En Stund danooch haw ich 'n dann zum zweete un letschte Mol als Prinz sehe dirfe, wie ich mit meinere Fraa im me Café in den Enge Planke gsesse bin. Mit Spielmannszug un seinere gsamte Prinzegard is er ins Lokal eingezoge, zur Iwerraschung vun alle Anwesende.

Recht vernewelt un duschter hot dann d'r Aschermittwoch anfgange. Trüb un benevelt ware die Narreköpp nooch alle fasenachtliche Strapaze. Wie in den Köpp hots aach morgens in unsere Stroße ausgehe. Iwerall war Unordnung. Dreckige Luftschlange, ausgediente Fasenachtsskölplin, Konfetti un (in d'r Kurpalzstrooß vor T 1) sogar alte Kalenderblätter en masse sin rumgafare. Die Sunn hot dess Elend scheinbar nit mit anquicke könne und hot dicht gemacht dess heeßt, sie hot sich statt uffzugehe hinneim Mond versteckelt un en Newelschleier umhängt. Die 90prozentig Sunnefinchternis, wie se erschter widder im Jahr 1999 zu erlewe is, hot sich ausgewirkt wie d'r erschte Akt vun emme Weltunnergang. Alles zusammen hot for en echt Aschermittwochsstimmung gsort. Durch die vollkommene Vernewlung hot ma in unserer Stadt naderlich außer d'r Dunkelheit nix vun Sunnefinchternis gemerkt. Ma hot sich 's drum spare könne en Glas anzuruße, um des seltene Ereignis zu beowachte. Allmählich scheint awer d'r Mond d'r Sunn widder aus 'm Gesicht gange zu sein, dann 's is widder heller worre, wann aach d'r Newel den ganze Daag iwer nit gewiche is. Doderfor soll sich awer d'r Newel am Owend aus viele Narreköpp verzoge hawe beim Heringesse mit Bier aus den hiesige „Vier Große“. Wann norr aach em newelsche Wetter mit Hering zu helfe wär! In dem Fall sin mir Mensche halt noch arg rickständig, obwohl mer uff d'r anner Seit in d'r Lag sin Rakete grüß zum Mond un zur Venus zu schicke. Awer se is wie 's will, 's nägschte Jahr werd, wam mer noch lewe, widder Fasenacht gfeiert un wam mer uns vor Be- un Vernewlung noch so schlecht sehe könne.

Bei der Stadt Mannheim ist ab sofort die Stelle eines

### Stenografen

(eventuell auch halbtagsweise) zu besetzen.

Bewerber(innen) müssen in der Lage sein, selbständig Sitzungsprotokolle aufzunehmen und einwandfrei in die Maschine zu übertragen. Bezahlung nach VI b TO.A.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an das Städtische Personalamt Mannheim, Rathaus E 5, erbeten.

d. h. die Einkünfte, von denen der Lohnsteuerabzug nicht vorgenommen worden ist, mehr als 800 DM jährlich betragen, 3. wenn der Arbeitnehmer Einkünfte aus mehreren Dienstverhältnissen bezogen hat, diese Einkünfte dem Steuerabzug unterlegen haben und der zu versteuernde Einkommensbetrag 8 000 DM übersteigt, 4. wenn auf der Lohnsteuerkarte ein Verlust aus Vermietung und Verpachtung eingetragen ist, 5. wenn die Veranlagung beantragt wird zur Anwendung der Vorschriften des § 34 der Einkommensteuergesetze (ermäßigte Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften) und 6. wenn der Arbeitnehmer oder sein Ehegatte getrennte Veranlagung zur Einkommensteuer beantragt.

Der häufigste Fall der Veranlagung ist der, daß die Nebeneinkünfte mehr als 800 DM jährlich betragen (Ziffer 2). Bei solchen Nebeneinkünften kann es sich z. B. um Einkünfte aus der Landwirtschaft, dem Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung, Renten oder Zinsen aus Kapitalvermögen han-



## „Toulon in Schwarz-Weiß“

### Levy schreibt in der „Republique“ über die Foto-Ausstellung Mannheim-Toulon

Ich wußte, daß fotografieren eine Kunst ist, eine der subtilsten Künste sogar, als ich mich aufmachte, um die Fotoausstellung Toulon-Mannheim im Foyer der Oper zu besuchen. Die technischen und mechanischen Probleme sind dabei nicht die wesentlichsten. Entscheidend ist, wer den Apparat in die Hand nimmt, sein Geschmack und sein Empfindungsvermögen, aber auch seine Kultur.

Es gibt viele Arten, Dinge und Menschen zu sehen, sie zu analysieren, sie in eine Beziehung zu einer Atmosphäre, einer Beleuchtung zu setzen, sie zu einer gewissen „plastischen Schau“ zu bringen. Bilder eines gleichen Motivs, von verschiedenen Fotografen gesehen, unterscheiden sich in bemerkenswerter Weise. In der Fotografie gibt es auch Geist und Stil und ein künstlerisches Umsetzen der Realität. Die von der Persönlichkeit bestimmte Wahl der Mittel ist entscheidend.

Wenn es nur genügt, auf den Auslöser zu drücken oder eine Aufnahme im Aufleuchten des Elektronenblitzes zu machen, gäbe es keine Kunst der Fotografie.

Es lohnt sich wirklich, jene Kunst Robert Häussers aus Mannheim zu sehen. Dieser Deutsche hat sehr gut das Charakteristische Toulons begriffen, die Eigentümlichkeit seiner alten Gäßchen, der köstliche Kontrast von alt und neu, die Gegensätze von Licht und Schatten im Wechsel der Jahreszeiten und im Tageslauf der Sonne, einer Sonne, die auf den Fassaden der Altstadt, von denen der Putz abbröckelt und auf dem Beton der Neubauten gleichermaßen leuchtet.

Die tausend Zauber von Toulon — das Schöne, von zerstreuten Fußgängern im Vorübergehen gesehen, das Gegensätzliche einer Landschaft zwischen Gebirge und Meer, Hafenszenarien und das Leben auf der Straße — sind nicht seinem Blick verborgen geblieben. Mit einigen Bildern typisch lokalen Charakters zeigt er den Touloner Bürgern vertraute Perspektiven und Anblicke ihrer Stadt. Glückliche Auslese des wirklichen Lebens. Alles ist gut gesehen, durch gesuchte Einstellungen klug zur Wirkung gebracht, aus ungewöhnlichen Blickpunkten fotografiert.

Robert Häusser verändert das Bild des Alltags. Wie erhöht er es doch mit ein wenig Einfallsreichtum. Er rührt an kindliche Träume mit den mechanischen Pferden und den Kinderfahrrädern auf einer Promenade am Place de la Liberté, der gleiche Platz, dessen Denkmal der Förderung, dargestellt nur durch die Büste der Statue und herabhängender Zweige der benachbarten Dattelpalmen, zu einer visuellen Synthese wird.

Ich liebe dieses seltsame Spiel der horizontalen und vertikalen Linie der großen modernen Gebäude, deren geometrische Harmonie durch die feingeriffelte Struktur der Rolläden aufgelockert wird. Ist sie nicht ins Auge fallend — diese enge Rue Glacisère, wo Schatten und Sonne sich über der Straßenschlucht, vom Flattern aufgehängter Wäsche belebt, begegnen? Das Ursprüngliche und Malerische dieser Gäßchen, in denen der Himmel nichts als ein schmales Band zwischen den Dächern ist, verstand ein Künstler wie er aufzuspüren. So ist auch jener Fischer mit

dem langen Netz, das er in Ordnung bringt und dessen Maschen sich auf dem Boden vervielfältigt abzeichnen, ein ausgesprochener Teil der mediterranen Bildwelt.

Toulon — dieses liebenswerte, alte Toulon — man findet es unverkennbar am alten Tor des Arsenal, das im Bild durch den Haltestellmast des Trolleybusses nach Mourillon seltsam versperrt wird, wieder

Oder da ist dieser Kreuzer — unter dem Kiel einer am Ufer aufgebockten Jacht hindurchgesehen, deren spitzzulaufender und scharfkantiger Rumpf das Bild zerteilt.

Und weiter dann — der Fischmarkt, auf dem Nina Sage einen großen Weißfisch auslegt — die Straße Lafayette in den Morgenstunden mit Warenauslagen, seinen Sonnendächern, seinen Karren, seinen Fußgängern, von Farbe und Sonne geblendet, — der „Tour Royal“, mit der romantischen Vision einer Dämmerung, die auf den stillen Wogen sich widerspiegelt, der „Tour Blanche“, grell leuchtend unter einer heißen Sonne, die Terrasse des „Claridge“ zur Stunde des Apéritifs, die Nachbar, von fluoreszierenden Lichtern hell beleuchtet, das alte Hafenbecken, von den feinen Linien der Masten und Türmchen gezeichnet — das alles sind bemerkenswerte Bilddokumente.

Dieses Toulon, von einem Deutschen gesehen, ist es, das ich liebe. Ich kenne es gut genug, um sagen zu können, daß es treffend gesehen wurde. Die Fotografie, so in den Dienst des Tourismus gestellt, kann nur von Vorteil sein.

## Handelsregister - Amtsgericht Mannheim

### Neueintragung:

HRB 1220 — 1. 2. 1961 Parkhaus-Betriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim (R 5, 1/5 und 14/17). Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. November 1960 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist: Der Betrieb von Garagen- und Parkunternehmungen. Das Stammkapital beträgt 20 000 DM. Geschäftsführer sind: Dr.-Ing. Hans-Joachim Heitger in Mannheim, Dipl.-Ing. Günther Heitger in Schwetzingen und Herbert Gräser, Kaufmann in Viernheim. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

### Veränderungen:

HRA 1246 — 3. 2. 1961 Edmund Kürten, Butter-, Eier-, Käse-Einfuhr und Großhandel in Mannheim (Krappmühlstraße 28). Kaufmann Edmund Kürten ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

HRA 3675 — 3. 2. 1961 Industriegas Georg Tyczka KG in Mannheim, Zweigniederlassung der Firma Industriegas Georg Tyczka KG in Schwarzenfeld (Landzungenstraße 8). Dipl.-Kaufmann Hans Stadtmüller in Schwarzenfeld hat Gesamtprokura.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Amberg ist erfolgt und im Bundesanzeiger Nr. 8 bekanntgemacht.

HRA 3792 — 31. 1. 1961 Süddeutsche Kunststoff-KG A. Baron von Tilinsky in Mannheim (Stamitzstraße 15). Hans Hamm in Lampertheim und Wolfgang Edinger in Pforzheim haben Gesamtprokura. Jeder ist mit einem anderen Prokuristen vertretungsberechtigt.

HRB 22 — 3. 2. 1961 Badische Bank Filiale Mannheim in Mannheim, Zweigniederlassung, Sitz: Karlsruhe (O 4, 4). Die an Waldemar Klawon erteilte Prokura ist erloschen. Theodor Veit in Mannheim hat Prokura, beschränkt auf die Zweigniederlassung Mannheim. Er ist gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen vertretungsberechtigt.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Karlsruhe ist erfolgt und im Bundesanzeiger Nr. 10/61 bekanntgemacht.

HRB 56 — 1. 2. 1961 Rheinische Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft in Mannheim (P 7, 1). Die bereits eingetragenen Prokuren des Fritz Müller und Klaus Thimmel sind auf den Bereich der Zweigniederlassung Saarbrücken und die bereits eingetragene Prokura des Dr. Hugo Zartmann auf den Bereich des Hauptsitzes und der Zweigniederlassung Saarbrücken beschränkt. Dipl.-Volkswirt Rudolf Heß, Villingen/Schw., hat Gesamtprokura unter Beschränkung auf den Bereich des Hauptsitzes. Er ist gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied vertretungsberechtigt.

HRB 386 — 3. 2. 1961 Holz-Import und -Handels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim (Augusta-Anlage 20). Rosa Hauser ist nicht mehr Geschäftsführer. Wilhelm Konrad Keuter, Holzkaufmann in Mannheim, ist zum Geschäftsführer bestellt.

HRB — 1064 — 31. 1. 1961 DEFAKA Deutsches Familienkaufhaus Zweigniederlassung Mannheim der Helmut Horten Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim, Zweigniederlassung der Firma Helmut Horten Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Düsseldorf (T 1, 1). Werner Grabski, Direktor in Düsseldorf, und Gerhard Potthoff, Direktor in Wittlaer bei Düsseldorf, sind zu Geschäftsführern bestellt.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf ist erfolgt und im Bundesanzeiger Nr. 10/61 bekanntgemacht.

HRB 1073 — 1. 2. 1961 Zellstofffabrik Waldhof in Mannheim (Sandhofer Straße 176). Die Prokuren des Dr. Rudolf Sieber und Erich Podgacki sind erloschen. Helga Hartenstein in Mannheim, Eugen Heinzmann in Eisingen/Fils, Erich Krämer in Mannheim und Dr. Willy Eyberg in Neckarhausen bei Mannheim haben Prokura. Jeder ist gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen vertretungsberechtigt.

HRB 1154 — 31. 1. 1961 Kundenkreditbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Niederlassung Mannheim in Mannheim Zweigniederlassung der Kundenkreditbank Kommanditgesellschaft auf Aktien mit dem Sitz in Düsseldorf (P 5, 1-4). Durch Beschluß des hierzu ermäch-

### Im Ruhestand

Stadtarbeiter Ernst Manz, Gartenbauamt, 1. Dezember 1960  
Verw.-Oberinsp. Karl Suhm, Ausgleichsamt, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Johann Eichhorn, Gartenbauamt, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Hans Stremper, Gartenbauamt, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiterin Appolonia Ackermann, Krankenanstalten, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Friedrich Krauss, Krankenanstalten, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiterin Elisabeth Salomon, Verkehrsbetriebe, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Oskar Hechler, Verkehrsbetriebe, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Eugen Vierling, Verkehrsbetriebe, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Karl Pfirrmann, Verkehrsbetriebe, 1. Januar 1961  
Stadtarbeiter Friedrich Rodenheimer, WEG-Betriebe, 1. Januar 1961  
Garderobeinspektor Arthur Vögelen, Nationaltheater, 1. Februar 1961  
Polizeiobermeister Friedrich Lehmann, Polizeipräsidium, 1. Februar 1961  
Polizeikommissar Rudolf Maag, Polizeipräsidium, 1. Februar 1961  
Polizeihauptwachmeister Hugo Stein, Polizeipräsidium, 1. Februar 1961  
Verw.-Oberinspektor Ernst Chlormann, Verkehrsbetriebe, 1. Februar 1961  
Verw.-Direktor Hermann Kast, Verkehrsbetriebe, 1. Februar 1961  
Stadtarbeiter Philipp Jullmann, Verkehrsbetriebe, 1. Februar 1961  
Obermeister Josef Fritz, Tiefbauamt, 1. März 1961

tigten Aufsichtsrats vom 14. Dezember 1960 ist die Satzung geändert in § 5 Abs. 1 (Grundkapital und Einteilung) sowie durch Aufhebung des § 5a (Ermächtigung zur Kapitalerhöhung). Als nicht eingetragen wird bekanntgemacht: Das Grundkapital ist nunmehr eingeteilt in: 13 500 Stück Inhaber-Aktien zu je 1000 DM und 15 000 Stück Inhaber-Aktien zu je 100 DM.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf ist erfolgt und im Bundesanzeiger Nr. 10/61 bekanntgemacht.

HRB 1165 — 3. 2. 1961 Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim Zweigniederlassung der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen, Sitz: Hamburg (Neckarvorlandstraße 31-33). Die Prokura des Otto Lange ist erloschen.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg ist erfolgt und im Bundesanzeiger Nr. 14/61 bekanntgemacht.

### Erloschen:

HRA 2415 — 31. 1. 1961 Balthasar Bauer in Mannheim-Käfertal. Die Firma ist erloschen.

HRA 2877 — 1. 2. 1961 Gebrüder Bierenbrodt in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

HRA 3255 — 3. 2. 1961 Gebrüder Schaefer, Zigarrenfabriken, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim, Hauptsitz: Heidenheim an der Brenz. Die Zweigniederlassung ist aufgehoben.

### 10,— DM Belohnung für Hinweis auf Schäden am Gasrohrnetz

Die Stadtwerke überprüfen laufend das Gasrohrnetz. Trotzdem kann es vorkommen, daß als Spätfolge des Bombenkrieges und unter Einwirkung des stark gestiegenen Lkw-Verkehrs verborgene Schäden plötzlich offenbar werden, obwohl kurz zuvor das betreffende Leitungstück geprüft worden ist. Wir bitten daher die Mannheimer Bevölkerung, uns bei der Auffindung von Schäden zu unterstützen, indem uns Gasgeruch unverzüglich und unter möglichst genauer Angabe der Stelle gemeldet wird (Tel. 293-28 00). Je schneller ein Schaden beseitigt wird, um so sicherer werden Folgeerscheinungen vermieden.

Wir vergüten jedem (Werksangehörige ausgenommen), der uns als erster auf einen Schaden am Gasrohrnetz, am Hausanschluß oder an der Zählereinrichtung im Gebäude hinweist, jeweils 10,— DM.

Stadtwerke Mannheim  
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsbetriebe

Bei der Röntgen-Radium-Abteilung der Städt. Krankenanstalten Mannheim (Chefarzt Dr. phil. Dr. med. habil. Ott) ist zum 1. 2. 1961 die Stelle eines

### Assistenzarztes nach TO. A III

zu besetzen. Bewerber sollen über gründliche klinische Ausbildung verfügen und die Weiterbildung zum Facharzt für Röntgenologie und Strahlenheilkunde anstreben.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an das Städt. Personalamt Mannheim, Rathaus E 5, erbeten.

### Konkursverfahren

6 N 1/61 — Im Konkursverfahren über das Vermögen des Textiltechnikers Fritz Geipel, geb. am 6. 11. 1903 in Roßbach/CSR, wohnhaft in Mannheim, Seckenheimer Straße 28, wird der Eröffnungsbeschluß vom 16. 1. 61 dahingehend berichtigt, daß Konkursforderungen nicht bis zum 10. 3. 61, sondern bis zum 1. März 1961 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden sind.

Mannheim, den 7. Februar 1961

Amtsgericht Mannheim — BG 6

4 N 1/61 — Ueber das Vermögen der Firma Motor-Handels-Gesellschaft mbH in Mannheim, S 6, 22, wurde heute 12 Uhr mittags, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Oskar Bechtel, Mannheim, Qu 1, 13. Offener Arrest sowie Anmeldefrist bis 4. März 1961. Erste Gläubigerversammlung — und Prüfungstermin — am 20. März 1961, vorm. 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, IV. Stock, Zimmer Nr. 414.

Mannheim, den 10. Februar 1961

Amtsgericht Mannheim — BG 4







## Standesamtliche Nachrichten

### Geborene

5.2.1961 Zott, Karl und Maria geb. Wolfart, Mittelstraße 119, e. S. Jürgen. — Michalski, Stanislaus und Maria geb. Zimoch, Herrlachstraße 3, e. T. Michaela. — Gorille, Max und Emma geb. Keim, H 3, 22, einen Sohn Thomas. — Schmidt, Günter und Marianne geb. Stein, B 7, 3, e. S. Gerhard. — Gräff, Rudolf und Helga geb. Keller, Bismarckplatz 15, e. T. Andrea. — Erasmii Christian-Adolph und Astrid geb. Gail, Stephanien- ufer 8, e. T. Berit. — Tiedmann, Detlef und Eva geb. Pech, Brahmstraße 3, e. T. Andrea.

6.2.1961 Baier, Rudolf und Maria geb. Hoffmann, Rahestraße 33, e. T. Angela. — Wolff, Kurt und Erna geb. Ebner, Se., Schwabenstraße 6, e. T. Christa. — Spansel, Heinrich und Helga geb. Stauch, Ne., Rathausstraße 7a, e. T. Marion. — Dörr, Gerhard und Waltraud geb. Glanert, Wa., Alte Frankfurter Str. 12, e. S. Rainer. — Bosoric, Mirko und Doris geb. Kempf, Fe., Nadlerstraße 29, e. S. Rüdiger. — Klejnot, Wasy und Katharina geb. Hitzfeld, Hafenstraße 28, e. T. Gabriele. — Hörber, Erich und Ruth geb. Weidner, Alhornstraße 47, e. T. Gabriele. — Decker, Günter und Ella geb. Herm, Torwiesenstraße 6, e. S. Tino. — Huber, Heinz und Emma geb. Müller, Sa., Mönchstraße 10, e. T. Sabine. — Wiemer, Arthur und Käthe geb. Bersch, Langstraße 10, e. T. Ursula. — Pauly, Wilhelm und Gertrud geb. Maßon, Rollbühlstraße 39, e. S. Markus. — Czylwik, Werner und Ella geb. Armonys, Augartenstraße 75, e. S. Dietrich. — Groß, Walter und Frieda geb. Zanker, Moselstraße 25, e. T. Angelika.

7.2.1961 Biedermann, Karl und Gisela geb. Appel, Fe., Talstraße 6, e. T. Ursula.

8.2.1961 Specht, Otto und Irmgard geb. Specht, Weidenstraße 3, e. S. Uwe. — Riegel, Karl und Rosa geb. Klauer, Erlensstraße 58, e. T. Gabriele.

9.2.1961 Bradl, Julius und Christa geb. Klumb, Se., Rastatter Straße 53, e. T. Heike. — Müßig, Robert und Gertraud geb. Theis, Rheinaustraße 10, e. T. Gabriela.

### Gefraute

8.2.1960 Schneider, Peter, Rheinhäuserstraße 27 u. Stark, Käte, Tattersallstraße 39. — Kober, Karl Heinz, T 2, 12 und Dietz, Ursula, B 7, 3. — Rabe, Hans, Gärtnerstraße 34 und Schweigert, Marianne, Lortzingstraße 3. — Möller, Karlheinz, G 7, 42 und Mahl, Irmhild, Schö., Loslauer Weg 8. — Traub, Heinz, C 8, 1 und Gröger, Ingrid, Ketsch Ldkr. Mannheim. — Ueberrhein, Dieter, Käfertaler Straße 33 und Göhler, Waltraud, Ne., Almenstraße 17. — Schalla, Günter, F 7, 20 und Sandmaier geb. Kauerleber, Ruth, F 7, 20.

10.2.1961 Schneider, Gerhard und Pfiffkowsky geb. Knödler, Ruth, beide W., Langer Schlag 123. — Gmeiner, Josef und Runkel, Dorothea, beide Friedrichsplatz 12. — Knopp, Andreas, Karl-Benz-Straße 18 und Schmiege, Irmgard, Städt. Krankenanstalten. — Katzenberger, Dieter, Garnisonstraße 6 und Redeker, Anneliese, Käfertaler Straße 208. — Pöhle, Walter, Keplerstraße 39 und Daiger, Annerose, Schanzenstraße 9a. — Heine, Wilhelm, Diedesheim, Kr. Mosbach und Heitz geb. Schwab, Klara, F 5, 2. — Van Hoose, Billy, Bridgeport Texas und

Plötz geb. Wendt, Hannelore, G 3, 18-19. — Krummrein, Klaus, B 2, 10a und Stein Hannelore, Fe., Hauptstr. 143. — Gruber, Emil, Zellerstraße 60 und Stell geb. Abel, Sofie, Zellerstraße 60. — Cußnick, Helmut, Max-Joseph-Straße 26 und Hohnke geb. Lembach, Renate, Max-Joseph-Straße 22. — Mütsch, Siegfried und Heilemann, Inge, beide Käfertaler Straße 50. — Kohl, Hubert, Tauberstraße 2 und Pfau Eugenie, Nagold Kr. Calw. — Herterich, Walter und Morgenstern, Waltraud, beide T 6, 20. — Bludau, Erich und Dhom geb. Nagel, Freia, beide L 5, 4. — Anthofer, Egon, Käfertaler Straße 208a und Schäfer, Theresia, Kä., Forster Str. 10. — Hansche, Ludwig, Friedrich-Ebert-Straße 68 und Weigerding, Maria, Eisenlohrstraße 17. — Hackl, Hubert, Ketsch und Mehnert, Ute, Egelstraße 4. — Manz, Heinzotto, Duisburg und Brügemann, Gertrud, Karl-Ladenburg-Str. 52. — Anton, Georg und Leutz geb. Necker, Sophie, beide F 7, 39.

### Verstorbene

6.2.1961 Futterer, Albert, 6. 8. 82, Beethovenstr. 20. — Doppke, Gertrud geb. Meier, 4. 10. 14, M 3, 3. — Bärin, Luise geb. Linde, 2. 3. 99, Waldhofstr. 18. — Anweiler, Karolina geb. Blass, 4. 3. 82, Landteilststraße 5.

7.2.1961 Maier, Margaretha, 25. 10. 79, Ulmenweg 25. — Ullmann, Olga geb. Kruschel, 20. 6. 79, Lillenthalstraße 215. — Mayer, Rudolf, 1. 10. 97, Lutherstraße 27. — Kaufmann, Johannes, 24. 4. 80, Pestalozzistraße 16. — Boger, Franziska geb. Franz, 13. 2. 76, Laurentiusstr. 4. — Götz, Anna geb. Biegel, 10. 5. 98, Se., Bühler Str. 5b. — Stein, Friedrich, 24. 9. 1900, Kä., Edenkoberer Str. 9. — Mai, Elise geb. Lebert, 10. 3. 86, Käfertaler Straße 54. — Hoffmann, Lina geb. Franz, 24. 7. 09, Kä., Unionstr. 2. — Reibel, Karoline geb. Müller, 25. 4. 84, Haydnstraße 6. — Drackert, Luise geb. Köngeter, 28. 2. 87, Seckenheimer Straße 64.

8.2.1961 Schnitzler, Katharina geb. Burkart, 5. 12. 75, L 2, 12. — Gattner, Georg, 12. 10. 92, Se., Badener Str. 33. — Schröder, Elisabetha geb. Mayer, 9. 1. 83, L 10, 4-6. — Schilling, Anton, 1. 8. 72, Ulmenweg 50. — Ramspeck, Marie, 7. 11. 91, Wa., Stationstraße 7. — Metzger, Peter, 1. 1. 82, E 7, 8.

9.2.1961 Herrwerth, Johann, 26. 7. 89, Kä., Reierstraße 25. — Leiser, Ludwig, 24. 2. 82, Melchiorstr. 14. — Oberbauer, Richard, 17. 10. 85, B 5, 8. — Bohn, Christian, 16. 3. 14, Eichenweg 18. — König, Wilhelm, 18. 2. 85, Fe., Adolf-Damaschke-Ring 24. — Stadel, Barbara geb. Klank, 14. 5. 83, Otto-Beck-Straße 8. — Pätzold, Meta geb. Kühn, 7. 6. 93, Fahrachstraße 176.

10.2.1961 Müllerleile, Max, 19. 11. 86, Se., Badener Straße 15.

### In memoriam Ehrenbürger Waldeck

Am Grabe von Ehrenbürger Dr. Florian Waldeck, der gestern (15. Februar) 75 Jahre alt geworden wäre, wurden Kränze des Oberbürgermeisters Dr. Reschke und der Gesellschaft der Freunde Mannheims niedergelegt.

## Abendakademie und Volkshochschule

### Montag (20. Februar):

Institut für Erziehung (E 2, 1) 20 Uhr: Dr. Richter, Philosophie und weltanschauliche Grundlagen des Kommunismus.

Institut für Erziehung (E 2, 1) 20 Uhr: G. Portele, Literatur in Opposition.

Kunsthalle, 20 Uhr, Dr. Ladstetter, Die Schätze der Kunsthalle.

Neckarau, Volkshaus, 20 Uhr: Dr. Watzinger, Der jüdische Anteil an der Entwicklung Mannheims, mit Lichtbildern.

Neuhemsheim, „Zum Goldenen Becher“, 20 Uhr: H. Orth, Tierkinderstuben in Feld und Wald, mit Lichtbildern.

Käfertal, Volksbücherei, 20 Uhr: Dr. Schacht, Erwachsene und die Jugend.

### Dienstag (21. Februar):

Institut für Erziehung (E 2, 1) 20 Uhr: Dr. Dieter Sinn, Grundbegriffe der Philosophie.

Institut für Erziehung (E 2, 1) 20 Uhr: Dipl.-Ing. Schmele, Raketentechnik und Raumfahrt.

Volksbücherei (U 3, 1) 20 Uhr: Dr. P. Stolzenberg, Dienstag-Kollegium.

Pfingstberg, Schulhaus, 20 Uhr: Fritz Hofmann, Jugoslawien — Land mit vielen Gesichtern, Lichtbildervortrag.

Wallstadt, Schulhaus, 20 Uhr: Mallorca und Ibiza, Lichtbildervortrag.

### Mittwoch (22. Februar):

Institut für Erziehung (E 2, 1) 20 Uhr: Dr. P. Kübler, Das Hitler-Deutschland sollte anders sein.

Rheinau, Volksbücherei, 20 Uhr: Schallplattenkonzert mit Einführung, Dr. Scharschuch.

Gartenstadt, Waldschänke, 20 Uhr: Dr. Dr. Karl Hoock, Mannheim in Zahlen.

Neustheim, Hebel-Schule, 20 Uhr: Dr. W. Tiegeler, Du und der Krebs.

Seckenheim, „Zum Löwen“, 20 Uhr: Orth, Tierkinderstuben in Feld und Wald, mit Lichtbildern.

### Donnerstag (23. Februar):

Institut für Erziehung (E 2, 1) 20 Uhr: Dipl.-Pol. H. Ufer, Aktuelle politische Fragen.

Rheinau, Volksbücherei, 20 Uhr: H. Betzler, Totaler Krieg und Kriegsbücher.

Käfertal, Volksbücherei, 20 Uhr: Dr. Scharschuch, Schallplattenkonzert mit Einführung.

## Institut für Erziehung und Unterricht

### Dienstag (21. Februar):

17.30 bis 19.00 Uhr: Dekan Hrsh. Schmidt: Ausgewählte Kapitel des Römerbriefes — Fortsetzung — Arbeitsgemeinschaftsraum.

16.00 bis 18.00 Uhr: Mittelschullehrer Werner Köppen: Methodik des Geschichtsunterrichts. Saal.

### Mittwoch (22. Februar):

16.00 bis 17.30 Uhr: Dr. W. Breunig: Der Schülerbeobachtungsbogen, sein Aufbau und seine Behandlung. Arbeitsgemeinschaftsraum.

18.00 bis 19.30 Uhr: Dr. K. Brauch: Die Vorbereitung für den Unterricht. Arbeitsgemeinschaftsraum.

### Freitag (24. Februar):

16.00 bis 18.00 Uhr: Dr. H. Maier: Die didaktischen Grundlagen des Sprachlehr- und Sprachkunde-Unterrichts. Arbeitsgemeinschaftsraum.

15.00 bis 17.00 Uhr: Rektor a. D. Hermann Röscher: Grundlagen der Photographie und Labortechnik. Photolabor.

15.00 bis 17.00 Uhr: Konrektor F. Galfé, Angest. Willi Walz: Technische Ausbildung an Tonfilmgeräten; zweiter Kurs. Studio.

## Akademischer Winter

Im Rahmen der Vortragsreihe „Akademischer Winter“ spricht am Montag, dem 20. Februar 1961 um 20 Uhr im Vortragssaal der Stadt, Kunsthalle Professor Dr. jur., Dr. med. h. c. Eberhard Schmidt von der Universität Heidelberg über das Thema

„Die Sache der Justiz und die Gerichte“

Eintritt frei.

Herausgeber: Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. W. Poensgen, Städt. Pressestelle, Rathaus, E 5. — Geschäftsstelle: Wilhelm Geppert, Wespstraße 20. Telefon 4 25 80. Druck: Mannheimer Großdruckerei, R 1, 4-6. Ueberweisungen erbeten auf: Postscheck-Konto Karlsruhe 366 76 (Wilhelm Geppert, Mannheim).

Die mit dem vollen Namen oder den Initialen gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Stadtverwaltung oder der Redaktion dar.

# VERANSTALTUNGEN

## Nationaltheater Mannheim

Großes und Kleines Haus am Goetheplatz  
Spielplan vom 18. bis 27. Februar 1961

Der Vorverkauf beginnt jeweils montags  
F 2 52 66 und 2 18 01

**Samstag, 18. Februar, Großes Haus; 20.00 bis 22.45 Uhr:**  
„Die Zauberflöte“, Oper von W. A. Mozart.  
Miete J, 3. Vorst., Th.-G. Gr. J und freier Verkauf.

**Samstag, 18. Februar, Kleines Haus; 19.45 bis 22.45 Uhr:**  
Zum letzten Male!  
„Die Tochter des Brunnenschmieds“, Komödie von Marcel Pagnol. Für die Theatergemeinde Nr. 6891 bis 7420 und beschränkter Verkauf.

**Sonntag, 19. Februar, Großes Haus; 13.30 bis 16.15 Uhr:**  
„Die Zauberflöte“, Für die Mannheimer Jugendbühne Gr. B und beschränkter Verkauf.

**Sonntag, 19. Februar, Großes Haus; 20.00 bis 22.45 Uhr:**  
„Boccaccio“, Operette von Franz von Suppé.  
Außer Miete!

**Sonntag, 19. Februar, Kleines Haus; 15.00 bis 17.30 Uhr:**  
„Romulus der Große“, Komödie von Friedrich Dürrenmatt. Für die Mannheimer Jugendbühne Gr. C Nr. 1 bis 535 und beschränkter Verkauf.

**Sonntag, 19. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.30 Uhr:**  
„Romulus der Große“  
Miete N, Halbgr. II, 3. Vorst., Th.-G. Gr. N und freier Verkauf.

**Sonntag, 19. Februar, Kunsthalle; 11.00 bis 12.30 Uhr:**  
Drittes Programm!  
Schauspielfeldregisseur Heinz Joachim Klein spricht über Regie Entwicklung und Aufgabe.  
Eintrittspreis: 1,50 DM, Studierende und Schüler 50 Prozent Ermäßigung.

**Montag, 20. Februar, Großes Haus; 20.00 bis 22.45 Uhr:**  
„Boccaccio“, Miete K, 3. Vorstellung, Theatergemeinde Gr. K und freier Verkauf.

**Montag, 20. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.00 Uhr:**  
„Der fröhliche Weinberg“, Lustspiel von Carl Zuckmayer. Miete H, Halbgr. I, 3. Vorst., Th.-G. Gr. H und freier Verkauf.

**Dienstag, 21. Februar, Großes Haus; 20.00 bis 22.30 Uhr:**  
„Fidelio“, Oper von Ludwig van Beethoven.  
Für die Theatergem. Nr. 2121 bis 3180 u. beschr. Verk.

**Dienstag, 21. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.00 Uhr:**  
„Mandragola“, Komödie von Max Christian Feiler nach Machiavelli. Miete S, Halbgr. I, 4. Vorstellung, und freier Verkauf.

**Mittwoch, 22. Februar, Großes Haus; 19.15 bis 22.45 Uhr:**  
„Peer Gynt“, Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen, deutsch von Christian Morgenstern, Musik von E. Grieg. Miete L, 3. Vorst., Th.-G. Gr. L und freier Verkauf.

**Mittwoch, 22. Februar, Kleines Haus; 19.45 bis 22.45 Uhr:**  
„Cosi fan tutte“, Komische Oper von Lorenzo da Ponte, Musik von W. A. Mozart. Miete M rot, Halbgr. I, 4. Vorst. und freier Verkauf.

**Donnerstag, 23. Februar, Großes Haus; 19.00 bis 22.45 Uhr:**  
„Lohengrin“, Oper von R. Wagner.  
Miete D, 4. Vorst. und freier Verkauf.

**Donnerstag, 23. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.00 Uhr:**  
„Mandragola“  
Miete S, Halbgr. II, 4. Vorst. und freier Verkauf.

**Freitag, 24. Februar, Großes Haus; 20.00 bis 22.45 Uhr:**  
„Boccaccio“, Für die Theatergemeinde — auswärt. Gruppen — und beschränkter Verkauf.

**Freitag, 24. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.00 Uhr:**  
\*) „Der fröhliche Weinberg“  
Miete N, Halbgr. I, 3. Vorst., Th.-G. Gr. N u. fr. Verk.

**Samstag, 25. Februar, Großes Haus; 19.45 bis 22.45 Uhr:**  
Wiederaufnahme!  
„Hoffmanns Erzählungen“, Phantastische Oper von Jac. Offenbach. Außer Miete!

**Samstag, 25. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.00 Uhr:**  
Zum 25. Male!  
\*) „Der fröhliche Weinberg“, Miete A, Halbgr. II, 4. Vorst., Th.-G. Gr. A und freier Verkauf.

**Sonntag, 26. Februar, Großes Haus; 14.00 bis 16.45 Uhr:**  
„Der Barbier von Sevilla“, Kom. Oper von G. Rossini.  
Für die Mannheimer Jugendbühne Gr. A u. fr. Verk.

**Sonntag, 26. Februar, Großes Haus; 20.00 bis 22.30 Uhr:**  
Balletabend  
Rossini/Britten: Divertimento, Strawinsky: Der Kuß der Fee, Tschalkowsky: Pas de deux, Egk: Danza.  
Miete B, 4. Vorst., Th.-G. Gr. B und freier Verkauf.

**Sonntag, 26. Februar, Kleines Haus; 15.00 bis 17.30 Uhr:**  
„Romulus der Große“  
Für die Mannh. Jugendbühne Gr. C Nr. 536 bis 1070 und beschränkter Verkauf.

**Sonntag, 26. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.30 Uhr:**  
„Romulus der Große“  
Miete A, Halbgr. I, 4. Vorst., Th.-G. Gr. A und freier Verkauf.

**Montag, 27. Februar, Großes Haus; 19.15 bis 22.45 Uhr:**  
„Peer Gynt“, Miete O, 3. Vorst., Th.-G. Gr. O und freier Verkauf.

**Montag, 27. Februar, Kleines Haus; 20.00 bis 22.00 Uhr:**  
\*) „Mandragola“, Miete C, Halbgr. I, 4. Vorst., Th.-G. Gr. C und freier Verkauf.

\*) Die Intendanz ist der Ansicht, das dieses Stück für Jugendliche nicht geeignet ist.

### Voranzeige:

Am Samstag, dem 11. März 1961, findet im Großen Haus um 20.00 Uhr ein einmaliges Gastspiel mit Mitgliedern des Wiener Burgtheaters und des Theaters in der Josefstadt Wien, „MICHAEL KRAMER“, Drama von Gerhart Hauptmann, mit Ewald Balser u. a. m. statt. Eintrittspreise: 3,50 bis 15,— DM. Schriftliche Kartenbestellungen in der Preisliste ab 6,— DM nimmt die Theaterkasse jetzt schon entgegen.



## ERDBESTATTUNGEN FEUERBESTATTUNGEN UMBETTUNGEN

ausschließlich durch die

**Städt. Friedhofsverwaltung Mannheim, Röntgenstr. 15**

Hauptfriedhof Tel. 5 15 60 u. 293/2507

Reichhaltiges Lager an preiswerten Särgen und Sterbewäsche



# Mutter in einer neuen Zeit

Professor Heuss sprach für das Müttergenesungswerk / „Es gibt noch immer verborgene Not“

Alljährlich einmal, in den ersten Tagen des Monats Mai, wird die Leistung der Mütter, ihre unermüdliche Tätigkeit, die nach außen hin meist so wenig sichtbar wird, in das Schlaglicht der öffentlichen Meinung gerückt. Das Müttergenesungswerk leitet die Sammlung für ein ganzes Jahr, die in der Woche vor dem Muttertag beginnt, mit einer Pressekonferenz ein.

Diesmal fand sie in Berlin, im zauberhaften Schloß Bellevue statt. Frau Wilhelmine Lübke, die Gattin des Bundespräsidenten, kündigte an, daß die Arbeit des sozialen Werkes in diesem Jahr auch auf jene Mütter ausgedehnt werde, die den Haushalt jener 65 000 heimat- und staatenlosen Familien führen, die es heute noch im Bundesgebiet und in Westberlin gibt. Frau Lübke dankte gleichzeitig den vielen freiwilligen Helfern, deren Idealismus es zu verdanken sei, daß dieses Müttergenesungswerk so große Erfolge zu verzeichnen habe. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, forderte die Berliner Wirtschaft und die Berliner Bevölkerung auf, in diesem Jahr größere Opfer zu bringen als bisher.

Alt Bundespräsident Professor Theodor Heuss, der dieser Stiftung seiner verstorbenen Frau von Herzen verbunden ist, ging in einer launigen Ansprache auf den Strukturwandel der soziologischen Verhältnisse ein, auf die völlig veränderte Stellung der Frau, die er als den größten weltgeschichtlichen Vorgang der letzten 60 bis 80 Jahre bezeichnete. „Von meinen Jugendfreundinnen hat keine einzige einen Beruf erlernt“, kommentierte Professor Heuss, „heute unterhalte ich mich mit meinen sämtlichen Großnichten über die Frage, was sie lernen wollen. Daß sie etwas lernen wollen, ist eine Selbstverständlichkeit geworden.“ Die Frau aber, die gleichberechtigte Partnerin des Mannes, werde in dieser neuen Situation bei der Gewichtsverteilung der seelischen Sorgen überfordert. In dem Strukturwandel der soziologischen Verhältnisse sah Professor Heuss den Kern der Aufgabe des Müttergenesungswerkes, das nicht etwa eine sentimentale Gründung unter dem Eindruck

der Nachkriegsnöte gewesen sei. Vielmehr erklärte der Alt Bundespräsident das Zusammenwirken der verschiedenen Verbände im Müttergenesungswerk für einen großen seelischen Aktivposten: die Sicherung einer überdauernden psychologischen Kraftquelle, derer die Mutter, zumal auch die junge Mutter, bedarf.

Daß auch heute noch sehr viel echte, heimliche Not besteht, erläuterte Frau Nold vom Müttergenesungswerk, Nürnberg, in einem sehr informativen und eindrucksvollen Referat. Sie zeigte die Ursachen der seelischen und körperlichen Erschöpfung der Mütter auf, jener 82 000, die im vergangenen Jahr Gäste in den Heimen des Müttergenesungswerkes waren. Nicht zuletzt sei es neben der körperlichen Erschöpfung und ständigen Ueberforderung die finanzielle Sorge, die viele Mütter bedrücke. Sorgen, von denen vor allem die jungen Familien mit ihrem relativ kleinen Einkommen und mit mehreren Kindern betroffen werde. Untersuchungen von Haushaltseinkommen hätten ergeben, daß jede fünfte Familie mit vier oder mehr Kindern ein Gesamtnetoeinkommen habe, das unter dem durchschnittlichen Fürsorgersatz liege. Bei Haushalten mit nur einem Kind gelte das gleiche nur für jeden 85. Haushalt. Der mühselige Versuch, mit einem Wirtschaftsgeld auszukommen, das einfach nicht ausreichen könne, zehre an der Kraft vieler Mütter.

Gegen das falsche Bild von der Mutter, die ihre Kinder im Stich lasse, um Pelzmantel, Auto und Fernsehgerät zu verdienen, wandte sich Frau Nold mit ganz besonderem Nachdruck. An Hand von Erhebungen über die Situation der Familienhaushalte konnte sie eindeutig folgendes aufführen: „Das durchschnittliche Nettoeinkommen wird mit 500 bis 700 DM angegeben. Beruhigend wird festgestellt, diese Haushalte machten nur ein schwaches Drittel aller Haushalte aus. Das schwache Drittel sind, aufregenderweise aber immerhin fünf Millionen. Konsequenz wird unter Absetzung von dem „nur“ einen Drittel weitergefolgt: Die Einkünfte der Männer reichen aus, die Frauen müssen nicht berufstätig sein. Es sind angeblich nur ihre Ansprüche, die sie aus dem Haus treiben. Diese Behauptung wird unterbaut durch den Hinweis darauf, daß der Verbrauch von Schweinefleisch, Speck, Hülsenfrüchten, Kartoffeln abgenommen, dagegen der von Süßfrüchten um 231 Prozent zugenommen habe. Als schlagendes Beispiel für die Begehrlichkeit wird die Steigerung des Verbrauches von Geflügel genannt — man weiß aber, daß der Preis von Geflügel nicht mehr über den übrigen Fleischpreisen liegt. Hier wird mit Hilfe der Statistik der Versuch unternommen, die einseitige Schuld der Frau zu beweisen.

Wir alle wissen, daß es Mütter gibt, die aus Begehrlichkeit arbeiten, aus Ehrgeiz oder weil der Haushalt sie nicht freut. Worin aber hat es seinen Grund, daß diese negative Sicht soviel mehr einleuchtet, daß man die Klage über das Versagen der Mütter sofort parat hat, ohne auch nur den Versuch zu machen, genauer hinzusehen?“

Aber noch ein weiteres wesentliches Moment führte Frau Nold auf, daß nämlich die jungen Frauen von heute vor der Ehe berufstätig waren. Sie gingen an ihre Aufgabe als Hausfrau, Ehegefährtin und Mutter ganz anders heran, als ihre Mutter und Großmutter — nicht sofort schlechter.

Eine Mutter von vier Kindern zwischen vier und zehn Jahren beschreibt das so: „Meine Mutter dachte nicht darüber nach, was sie alles für uns tat. Ich dagegen weiß genau, worauf ich verzichte um der Kinder oder um des Mannes willen. Ich möchte sehr viel Anerkennung dafür, denn es ist mir nicht so selbstverständlich, daß darüber nicht zu reden wäre. Ich beneide oft meinen Mann, der morgens weggehen kann und

abends dann ein Anrecht auf Schonung hat. Ich liebe meine Familie sicher nicht weniger als meine Mutter es tat — aber ich gehe oft einfach weg für ein paar Stunden, dahin, wo niemand etwas von mir will und ich nur ich selbst zu sein brauche. Ich würde meine Kinder so gern schön anziehen. Ich weiß, daß das nicht so wichtig ist, aber ich kann es nicht hindern, daß ich ohne hübsche Kleider nicht so stolz auf sie sein kann. Ich brauche das aber als Gegengewicht gegen die Mühsal. Ich wünschte, ich hätte die Kraft, wenigstens Halbtagsarbeit zu tun. Dann müßte ich sie die Schuhe nicht tragen lassen, bis sie zerfallen. Ich wäre auch nicht zum Ideal „einfach, aber sauber und geflickt“ verurteilt. Ich möchte auch teilhaben am Lebensstandard der anderen. Es ist mir leider nicht genug, in der Stille meine Pflicht zu tun und nichts dabei für mich zu wollen.“

Solch ein Brief läßt die Kritik über das sogenannte falsche Sozialprestige schweigen. Die Bewältigung des Wohlstandes ist jedenfalls für Mütter und Familien eine anstrengende Sache.

82 000 Mütter, überanstrengt, erschöpft, überfordert, oft verzweifelt am eigenen Schicksal, haben im vergangenen Jahr in den Müttergenesungsheimen Erholung und Selbstbesinnung gefunden. In diesem Jahr werden es ebensoviele, wenn nicht sogar mehr sein. Die Sammlung des Müttergenesungswerkes ist einer der Bausteine für dieses große Unternehmen. Die Sammlung soll aber nicht nur ein nachdrücklicher Aufruf zum Opfer, sondern auch ein Anlaß sein, die Meinung über die Mütter zu korrigieren. Unbewußt, so sagt Frau Nold, spiele der Einzelne oft das Bild einer sehr anderen Zeit, das in die Literatur eingegangen sei, gegen die Mutter einer neuen industriellen Gesellschaft aus. Aber, weiß man heute schon, wie diese Mutter eigentlich sein müßte und sein kann? Ilse Tubbesing

## Das Wetter bestimmt die Mode

Korrespondierender Meteorologe der Pariser Modeschöpfer zu sein, gilt als eine Auszeichnung. Seit drei Jahren läßt sich die Haute Couture mit Wetterprognosen beraten. Schon Christian Dior und Jacques Fath riefen von Zeit zu Zeit die Wetterwarten an und fragten, wie wohl das Wetter im nächsten Sommer werden würde. Heute liegen auf den Planungstischen der Couturiers Wetterkalender aus allen Ländern, vom Hundertjährigen aus Deutschland bis zum Dreihundertjährigen aus China.

Vor 500 Jahren zog in China der Modeschöpfer Tsing Ting-mu, der für den kaiserlichen Palast arbeitete, als erster beim Entwerfen schwerer oder leichter Roben den Chinesischen Wetterkalender zu Rate. Die alten Chinesen liebten es, elegante Wollstoffe dadurch geschmeidig zu machen, daß sie das Gewebe in farbiges heißes Wachs tauchten, das sie später, durch nochmaliges Erhitzen aus dem Stoff bis auf geringe Spuren wieder entfernten. Seidenstoffe wurden durch Pflanzensäfte wetterfest gemacht. Daher gab es besondere Mode-Apotheker, die darauf bedacht waren, daß die Wettervorhersagen möglichst ungünstig ausfielen, damit sie recht viel Stoffwachs und Imprägniertinktur verkaufen konnten; denn nur wenn eine unbeständige Jahreszeit zu erwarten war, wurden die Stoffe stark imprägniert, bevor der Modeschöpfer sie zuschnitt. Deshalb war der Dreihundertjährige Wetterkalender in China lange Zeit Zielscheibe der Angriffe der Mode-Apotheker, die seine Richtigkeit anzweifeln. Aber die Chinesen verlassen sich noch heute auf ihren Dreihundertjährigen.

„Schickt die Mütter eher zu uns, nicht erst dann, wenn sie ganz am Ende ihrer Kräfte sind!“ Das ist ein Wunsch, wie man ihn in Müttergenesungsheimen oft zu hören bekommt.



deutscher Seite war alles anwesend, was Rang und Namen hatte; der Oberbürgermeister, Landtagsabgeordnete, Gerichtspräsidenten, Polizeipräsident, Bürgermeister aus der näheren Umgebung usw.

Nicht so ganz klappte es mit den vielen „offenen Türen“. Fast jede Kaserne hatte an irgendeinem Tag wenigstens ein Tor für deutsche Besucher weit geöffnet. Und da

Feiern waren überhaupt nicht vorgesehen: Sie arrangierten zwei Volleyballspiele, zwei Basketballspiele, zwei Softballspiele (entspricht dem bekannteren Baseball), einen Tischtennis-Wettkampf, einen Leichtathletik-Wettkampf und einen Bunten Abend nach der Art der „Je-ka-mi“-Abende.

Die Informationsabteilung des Nachschubkommandos der 7. US-Armee hatte übrigens

## Holz- und Pappköpfe kommen zum Festival

Internationale Festspielreihe hervorragender Puppentheater

Zur vierten Deutschen Puppentheaterwoche treffen sich vom 5. bis 10. Juni in Mannheim außer zahlreichen „Puppennarren“ auch eine Reihe hervorragender Puppentheater aus der Bundesrepublik, aus der Ostzone, aus der Schweiz und aus der Tschechoslowakei. Die Teilnehmer wollen sich nicht nur kennenlernen, sondern auch künstlerische, pädagogische und organisatorische Fragen erörtern. Vor allem aber wollen sie mit ihren Puppen spielen und neben den uralten Möglichkeiten auch avantgardistische neue Wege zeigen.

Als Veranstalter der vierten Deutschen Puppentheaterwoche zeichnet die Stadt Mannheim gemeinsam mit dem Deutschen Bund für Puppenspiel und dem Deutschen Institut für Puppenspiel (beide Sitz Bochum) verantwortlich. Die Gesamtleitung wurde Fritz Wortelmann übertragen. Er ist ein ausgezeichnete Sachkenner, seit Jahrzehnten Schriftleiter der Zeitschrift „Der Puppenspieler“ und Leiter des Deutschen Instituts für Puppenspiel. Im Deutschen Bund für Puppenspiel sind 400 Amateure und Professionals, Einzelmitglieder und Spielgemeinschaften zusammengeschlossen. Außerdem zählt der Bund rund 2500 „Interessierte“.

Die erste Deutsche Puppentheaterwoche der Nachkriegszeit fand 1950 in Kassel statt, die zweite ein Jahr später in Düsseldorf. Erst im Herbst 1959 war dann wieder ein solches Treffen der Puppenspieler in Bochum angesetzt. Zur vierten Woche in Mannheim werden neben passionierten Laienspielern und anderen Persönlichkeiten, die ihr Herz dem Puppenspiel geschenkt haben, zehn Bühnen und Spielgemeinschaften erwartet: Das Basler Marionettentheater, die „Solo-Marionetten“ aus Prag, die „Augsbur-

ger Puppenkiste“, das Kabarett an Fäden „Die Klappe“ aus Schwannsee bei Bremen, „Das Taschentheater“ aus Bonn, „Der Puppenspiegel“ aus Stuttgart, „Die Schattent“ aus Dresden, die „Rottacher Puppenspiele“ und das „Soldiner Puppentheater“.

Mit „Das Gespenst von Canterville“ von Oskar Wilde und „Dr. Doolittle und seine Tiere“ wird sich das „Mannheimer Puppentheater“ an diesem Festival beteiligen. Bei den verschiedenen Aufführungen sollen alle Arten des Puppenspiels, Marionetten, Stockpuppen, Handpuppen und Schattenspiele, zu ihrem Recht kommen. Der genaue Veranstaltungsplan wird noch festgelegt, wie der Leiter der Woche, Fritz Wortelmann, gestern bei einer Pressekonferenz im Weinzimmer des Rosengartens mitteilte.

Im Rahmen der Woche ist außerdem eine „Pädagogische Arbeitsgemeinschaft“ geplant. Als Vortragende wurden gewonnen: Dr. Joseph Klersch, Köln („Vom Wesen des Puppenspiels“), Professor Dr. Gertrud Weismantel, Jungenheim („Das Puppenspiel in der Volksschule und seine Vorbereitung in der Pädagogischen Akademie“), Holzbildhauer Diplom-Ingenieur Fritz Herbert Bross, Stuttgart („Handpuppenherstellung“), Studienrat Wolfgang Kaftan, Bochum („Das Puppenspiel in der höheren Schule“) und Carl Schröder, Radebeul („Improvisationen“). Die Teilnahme an den Vorträgen und der Arbeitsgemeinschaft ist kostenlos. Sto

Für die Haßlocher Pferderennen am Himmelfahrtstag (Donnerstag, 11. Mai), in deren Rahmen auch das Mannheimer Badenia-Jagdrennen gelaufen wird, befindet sich eine Kartenvorverkaufsstelle bei Buchmacher Bernhard Albers in N 4, 17, am Gockelsmarkt.

## „Schönwetter-Sprünge“

über dem Neuostheimer Flugfeld

Deutsche und amerikanische Fallschirmspringer wollen heute nochmals über dem Neuostheimer Flugfeld ihre kühnen Sprünge wagen. Das erste Springen am vergangenen Samstag war sehr erfolgreich abgelaufen. Etwa 2000 Zuschauer hatten sich eingefunden. Die Wiederholung am Sonntag fiel dafür buchstäblich ins Wasser. Starke Regenfälle und böige Winde machten die Absprünge unmöglich. Sollte nun heute zwischen 14 und 16 Uhr die Wetterlage günstig sein, so wird das ausgefallene Fallschirmspringen nachgeholt werden.

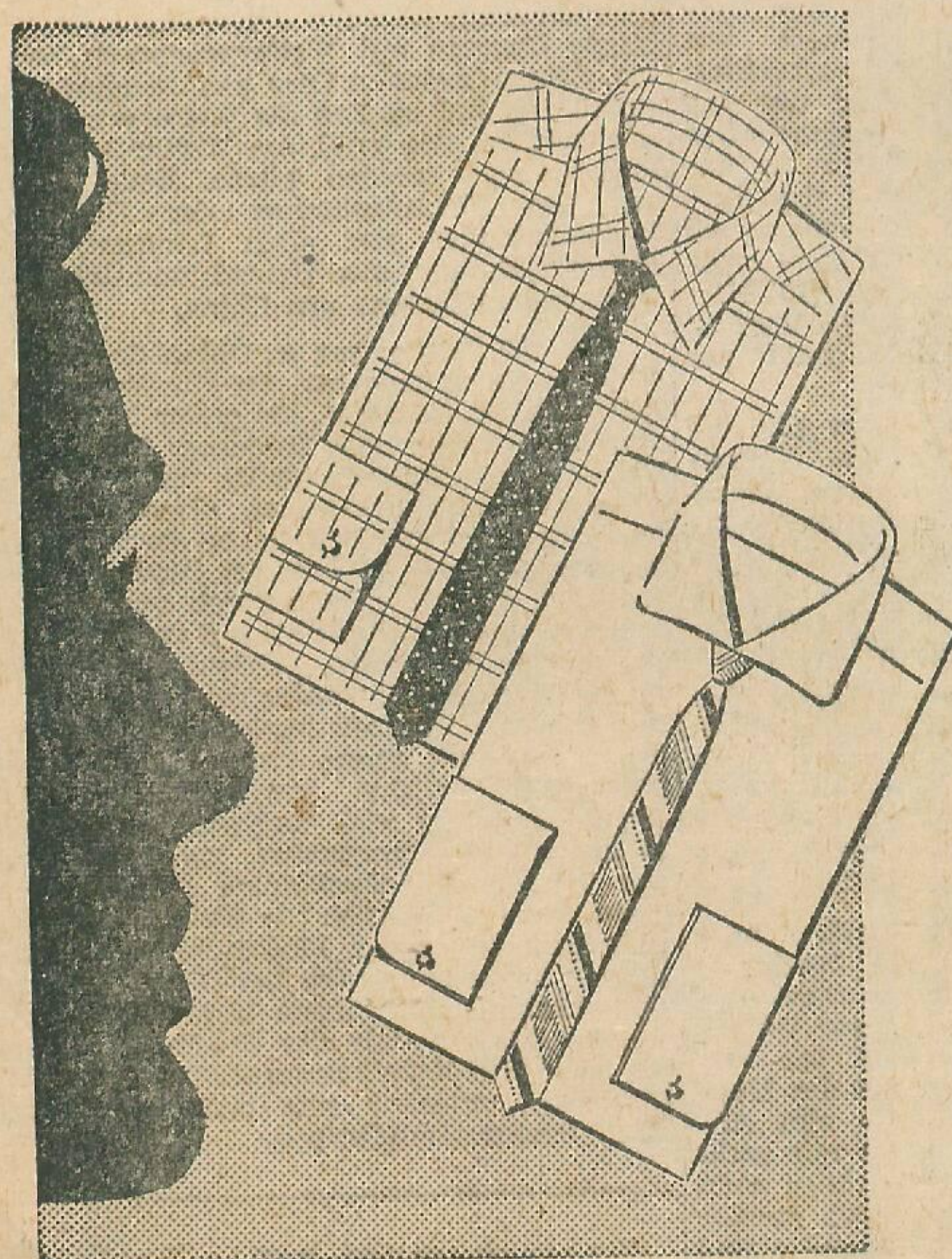
-0-

## Sputniks als atheis

Wanderausstellung „Kampf des SED

„Die Religion ist das Opium des Volkes“. Dieses vielzitierte Karl-Marx-Zitat, das den unversöhnlichen Gegensatz des philosophischen Marxismus zum Christentum offenbart, fällt seit Freitagabend in großen Lettern in einem Saal des CVJM-Hauses in Mannheim (K 2, 10) den Besuchern schon als Blickfang in die Augen. Es ist nur eines von vielen aus dem SED-Regime der Sowjetzone stammenden Zitaten sowie Bild-dokumenten gleicher Tendenz, die jetzt im CVJM-Haus im Rahmen einer vom Volksbund für Frieden und Freiheit im Auftrag des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen gezeigten Wanderausstellung zu sehen sind. Diese Lehrschau wurde am Freitagabend eröffnet und soll bis einschließlich Donnerstag dieser Woche in Mannheim bleiben.

Auf 15 Schautafeln enthüllt sich dem Betrachter dabei ein anschauliches Bild vom Ausmaß des vom SED-Staat gegen Kirche und Religion in Wort und Tat trotz gelegentlicher scheinbarer Kompromisse unerbittlich geführten Kampfes, der letztlich nur die konsequente Befolgung jener Lehre des Marxismus-Leninismus darstellt, daß die Religionsfeindlichkeit einer der Eckpfeiler dieser ganzen Weltanschauung sei. So bietet die Schau in Zitaten, Karikaturen und Bild-dokumenten Beispiele für die in der Zone wachsende antireligiöse Propaganda, mag es



## Herrenwäsche - so

Trevira-Krawatten

in vielen modischen Dessins ab

3.90

Campinghe

honanartig . . .

Campinghemden

verschiedene Pastellfarben „Non Iron“ . . . . .

8.00

Sporthemd

weiß, „Non Iron“  
Blindnaht, Frackm

Frotteehemden

in kräftig bunten Farben . . .

9.75

Freizeithe

1/1 Arm, in mo  
rungen . . . .

Popeline-Schlafanzüge

unifarbig, mit Halbarm und kurzer Hose 15.75



# Was folgt auf den Wohlfahrtsstaat?

Schwedens Sozialdemokratie befindet sich zu ihrem 70jährigen Jubiläum an einem Wendepunkt

Von unserem Korrespondenten Walter Hanf

1. Mai 1958 in Stockholm: Durch die Feiertagsruhe der Stadt ziehen die Demonstranten zum traditionellen Kundgebungsplatz „Gärdet“. Spruchbänder und Plakate fordern die allgemeinen Zusatzpensionen, deretwegen gerade vor einigen Tagen eine Regierungskrise ausgebrochen ist. Aber die sonntäglich gekleideten — sehr gut gekleideten — Demonstranten werden offensichtlich nicht von Revolutionsgefühlen vorwärtsgetrieben. Die meisten tragen lässig, ein wenig geniert sogar, hinter den Fahnenführern und Spielmannszügen her. Der ganze Aufzug wirkt für das sozialdemokratische Stockholm recht kompromittierend. Eine wirklich eindrucksvolle Demonstration war dagegen am Abend desselben Tages zu sehen. Über die Fahrbahnen der großen Ausfallstraßen wälzte sich eine endlose Autokolonne — Stunde um Stunde. Die Stockholmer hatten den 1. Mai auf dem Lande, in den Schären, am Mälarsee verbracht.

Die Demonstrationsmüdigkeit fiel natürlich auch den Veranstaltern auf. Ein Untersuchungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei meinte indigniert, daß sich zwar die Einwohnerzahl von Stockholm seit dem ersten Demonstrationszug verdoppelt habe, die Zahl der Demonstranten aber sei eher geringer geworden. Warum denn? Die Partei wuchs jedenfalls in den gleichen Proportionen wie die Stadt. Aber anscheinend wenden sich viele von der Maidemonstration als leerer Form ab. Demonstrieren — wofür denn? Und — vor allem — gegen wen denn? Man ist ja seit 26 Jahren an der Macht. Auch die Kampfparolen, die alljährlich pflichtgemäß auf dem „Gärdet“ heruntergesagt werden, bewegen den sozialdemokratischen Wähler kaum noch: „Ausbeutung der Schaffenden, Sozialisierung, Klasse und Kapitalismus.“ Was soll denn der ganze Katalog der schönen Redensarten, fragt der skeptische Stockholmer. 26 Jahre haben gezeigt, wozu die Partei in der Lage ist und wozu nicht. Und Ausbeutung gar? Man hat schließlich die effektivsten Gewerkschaften und den höchsten Lebensstandard in Europa.

Die offiziellen Redensarten — sie sind wirklich nur eine leere Litanei — und vor allem die unlustige Reaktion der Angesprochenen beschäftigen seit Jahren die Theoretiker von Schwedens Sozialdemokratischer Partei. Die Partei ist nach der Meinung von vielen an einen Wendepunkt gekommen — oder in eine Sackgasse. Sie hat die Mittelschichten Schwedens geschaffen. Aber wird sie sich diese Mittelschichten auch erhalten können? Die beiden letzten Wahlen zeigten jedenfalls eine Fluktuation von sozialdemokratischen Wählern in die bürgerlichen Parteien. Das bescheidene Gewand des Sozialismus will anscheinend nicht mehr so recht zu dem gehobenen Lebensstil passen. Oder wie der Parteiprogrammatiker Kellgren meint: „Die Partei sägt sich durch ihre Reformen selbst den Ast ab, auf dem sie sitzt.“

Es entstand ein echtes politisches Dilemma, das die kleine Schar nicht ahnen konnte, die am 19. April 1889 in einem unansehnlichen Lokal in der Stockholmer Tunnelstraße Schwedens Sozialdemokratische Partei gründete. Hat die 26jährige Regierungsperiode diese in ganz Europa hochgeachtete Sozialdemokratie an der Wurzel getroffen? Haben Erfolge und Macht eines Vierteljahrhunderts ihre Dynamik lahmgelegt? Am Tage des 70. Jubiläums, zu dem die Sozialdemokraten ganz Europas der schwedischen

Bruderpartei ihre Reverenzen erweisen, ist diese Frage noch unbeantwortet. Es lassen sich aber Symptome finden.

## Der Kampf um das Wahlrecht

Ein Chronist der schwedischen Sozialdemokratie teilte vor einigen Jahren den Weg der Partei in fünf Etappen ein. Die erste Etappe wurde vom kämpferischen Sozialismus geprägt. Schweden war vor siebzig Jahren ein unterentwickeltes Bauernland, dessen Armut sich gleichmäßig auf die abhängigen Kleinbauern, die Kätner, Häusler und Tagelöhner verteilte. Das Land konnte den wachsenden Menschenüberschuß nicht mehr ernähren. In diese Jahre fällt der Strom der Emigration. Hunderttausende wollen in Amerika ein „neues Schweden“ aufbauen. Aber gleichzeitig zeigten sich die Vorboten des industriellen Zeitalters. Die Gründergeneration der schwedischen Sozialdemokratie war radikal, kompromißlos marxistisch, ganz und gar von Deutschland her beeinflusst. Ihr Anspruch zielte auf die „Totalrevolution“ und auf die Machtergreifung. Es bot sich indessen nur ein Weg für die umstürzlerischen Pläne: die politische Emanzipation. Für das allgemeine und gleiche Wahlrecht kämpfte die Partei bis zum Jahre 1918, als die tiefgreifendste Verfassungsreform der schwedischen Geschichte das Wahlrecht von dem Einkommen des Bürgers unabhängig machte.

Drei Jahrzehnte hatte dieser Kampf gedauert. Er hatte die Partei aus der hoffnungslosen Isolation in den Reichstag getragen. Allmählich wuchs sie von der bedeutungslosen Sekte, die sie noch am An-

fang dieses Jahrhunderts war, zur Massenpartei der Verzwweifelten und Mißvergnügten. Aber mit dem Ringen um Gleichheit und Demokratie traten allmählich die kämpferischen Utopien in den Hintergrund. Die Masse der Arbeiter forderte umgehende Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen, sie wollte nicht bis zum „Absterben des Staates“ oder bis zum jüngsten Tag der „klassenlosen Gesellschaft“ warten. Die Partei schwenkte auf den Weg der Reformen ein.

Ganz deutlich wurde die Abkehr von der marxistischen Gründerideologie bereits in den zwanziger Jahren, als der Sozialdemokratie zum ersten Male die Regierungsverantwortung aufgebürdet wurde. Das geschah nicht als erträumter Sieg des sozialistischen „Systems“ über den Kapitalismus, sondern ganz schlicht im Rahmen des Ablaufs der demokratischen Spielregeln. Kompromisse, Entgegenkommen und Einlektungen wurden nötig, und immer dünner wurde der Katalog der alten Forderungen. Die Forderung nach der Republik wurde zu Grabe getragen, mit der lutheranischen Staatskirche hatte man vorher schon Frieden geschlossen, und die knifflige Frage der Sozialisierung wurde — demokratisch genug — an einen „Sozialisierungsausschuß“ abgeschoben. 15 Jahre lang benutzte man diesen Ausschuß als Alibi auf Kundgebungen und Demonstrationen, aber als der Ausschuß 1935 nach fünfzehnjähriger Arbeit und ohne Sozialisierungsprogramm sanft entschlief, — geschah nichts. Die Partei hatte den Weg des sozialen Ausgleichs eingeschlagen. Er führte direkt in den Wohlfahrtsstaat.

## Das „Volksheim“ wird eingerichtet

Besagter Chronist nannte die zweite Etappe emphatisch „die hellste, die glücklichste und die schönste Periode für die Sozialdemokratie und für ganz Schweden“. Diese Periode währte vom Regierungsantritt 1932 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Sie ist untrennbar mit dem Namen von Per Albin Hansson verknüpft. Dieser weitsichtige Sozialdemokrat nahm die Bauernpartei in sein Kabinett auf, er räumte den letzten internationalen Schutt aus dem Parteiprogramm hinweg und erklärte, daß die schwedische Sozialdemokratie „eins ist mit der schwedischen Nation — nicht mit den Sozialdemokratien in anderen Ländern“. Hansson ersetzte die Klassenkampfprinzipien durch demokratische Zusammenarbeit, er modifizierte abermals die Sozialisierungsansprüche und eröffnete mit Hilfe aller Parteien — nach anfänglichem Zögern der Konservativen — eine breite Offensive gegen Armut, Not und Unsicherheit. „Schweden muß“, so sagte Hansson, „ein gutes Heim für alle Mitbürger werden. Dieses Heim kennt keine Privilegierten und keine Zurückgesetzten, keine Hätschelkinder und keine Stiefkinder. Alle müssen gleichermaßen betreut werden.“ Das war die typisch schwedische und durchaus unsozialistische Formel des großen englischen Menschenfreundes Robert Owen, der hundert Jahre früher „das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl“ angestrebt hatte. Die Sozialgesetzgebung lief auf Hochtouren, und das „Volksheim“ — so wird Schweden noch heute nach

lidierung. Aber schon brach das Dilemma an, das sich während der dreißiger Jahre bereits angedeutet hatte. Der Wohlfahrtsstaat wurde bis zum Äußersten perfektioniert, kritische Stimmen aus der eigenen Wählerschaft opponierten gegen den Steuerdruck. Man wollte selbst über sein Einkommen verfügen und es nicht in Form von Steuern für die staatlichen Wohltaten aufwenden. Noch aber waren die sozialdemokratischen Führer zu sehr in den alten Lehren befangen, die das Heil in der wirtschaftlichen Sicherheit sahen. Sie stellten die Weichen nicht rechtzeitig auf die sozialistische „fünfte Etappe“ um. Der Theoretiker Claes-Erik Odhner nannte sie „besessen von der Wirtschaftspolitik“. Wo aber die soziale Sicherheit zur Verfassungsnorm wurde, wo mächtige Gewerkschaften die Ausbeutung des Arbeiters verhindern, wo der gehobene Lebensstandard gleiche Startbedingungen für die junge Generation schuf, und wo schließlich das sozialdemokratische Programm so allgemein akzeptiert worden war, daß es nicht mehr typisch und parteitrennend wirkt, — da muß die Wirtschaftspolitik auf ihre rechten Proportionen reduziert werden. Die „industrielle Demokratie“ oder auch nur das Mitbestimmungsrecht waren schwachdiskutierte Verlegenheitslösungen. Selbst der berühmte Parteideologe Ernst Wigforss sagte „nein zu dem Gedanken, die Zukunftspläne innerhalb der Grenzen zu belassen, die der Wohlfahrtsstaat anweist“. Was aber soll auf den Wohlfahrtsstaat folgen?

Die vierte Generation — oder die Rebellen gegen die Parteingenieure der Schwe-

dischen Sozialdemokratie suchen ein neues Programm. „Wir können die Probleme der fünfziger Jahre nicht mehr mit den Ideen der dreißiger Jahre oder den Mitteln der achtziger Jahre lösen“, warnt Odhner und resümiert: „Der Sozialismus ist nicht länger eine Klassenideologie. . . . der Einkommensausgleich hat die gesellschaftlichen Gegensätze verwischt.“ Deshalb habe sich ein neues sozialdemokratisches Programm nicht mehr ausschließlich mit dem „ökonomischen Menschen“ zu befassen. Der ökonomische Mensch sei heute viel stärker Agitationsobjekt der bürgerlichen Parteien, die hier auf Egoismus und Neid spekulieren. Die Sozialdemokratie allein könne jedoch den jahrzehntealten Teufelskreis durchbrechen, sie habe eine neue „Lebenseinstellung“ anzubieten. Der Mensch als Ganzheit müsse angesprochen werden, nicht nur der Mensch in seiner sozialen Ausprägung als Pensionär oder Metallarbeiter, oder gar utopisch als Zukunfts- und Fabelwesen. Der Mensch als Nachbar, als Begleiter, als Weggenosse.

Hier wird sehr genau die Problematik des modernen Daseins sichtbar: Die Einsamkeit in der Massengesellschaft, die Angst vor Atomzeitalter und Automation, die Zersplitterung in Ehe und Familie, die „Prosperitätsverbrechen“ einer ratlosen Jugend, die „Ersatzreligionen“ Kino, Illustrierte, Groschenroman. Kennt man die schwedischen Statistiken über Jugendverbrechen, Ehescheidungen und Selbstmorde — sie liegen erschreckend hoch —, dann beginnt man die Reformatoren der Sozialdemokratie zu verstehen.

Hanssons Metapher genannt — wurde bestens eingerichtet.

Schon in dieser Aufbauperiode verwischten sich die Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien zusehends. Die dritte Etappe, oder „die Bedrohung von außen“, trieb die Parteien noch enger aneinander. Im Reichstag etablierte sich unter Hanssons Ministerpräsidentenschaft eine nationale Sammlungsregierung aller Parteien.

Auch die Belastungsprobe des Krieges zeigte, daß die schwedischen Sozialdemokraten den maxistischen Kinderschuhen entwachsen waren. Hansson forderte eine „nationale Verteidigung auf demokratischer Grundlage“ bereits vor dem zweiten Weltkrieg. Während des Krieges wurde Schweden dann derart effektiv aufgerüstet, daß in knapp fünf Jahren das gesamte Volkseinkommen eines Vorkriegsjahres der Armee zufließt. Trotz seiner Neutralität war Schweden mißtrauisch, ist es mißtrauisch bis auf den heutigen Tag. Kein Sozialdemokrat würde im Ernst an den eminent hohen Verteidigungsausgaben zweifeln, die heute sofort hinter dem Sozialbudget stehen, und so hat Schweden auch eine zwar kleine, aber sehr schlagkräftige und moderne Armee.

Der Krieg war schließlich beendet, seine krisenhaften Nachwehen überstanden, die Sozialdemokraten wieder mit absoluter Mehrheit in der Regierung, und die „vierte Etappe“ stand unter dem Motto der Konso-



## Devise der Bundesbahn: Ab 31. Mai noch schneller!

Mit Beginn des Sommerfahrplans wird der Fernverkehr erheblich beschleunigt / „Helvetia“ ist schnellster Zug

**Frankfurt.** Noch schneller und noch bequemer, das ist die Devise der Bundesbahn für den am 31. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplan. Die durchgehende Elektrifizierung der linken Rheinseite und des Abschnittes Regensburg—Passau sowie die Fertigstellung der Umgehungskurve bei Ludwigshafen mit dem Fortfall der zeitraubenden Spitzkehre bringen für die Bundesbahn erhebliche Zeitgewinne im Fernverkehr, teilte der Präsident der Bundesbahndirektion Frankfurt, Dr. Wilhelm Unverzagt, mit. Statt der bisherigen Verbrennungstriebwagen auf der Strecke vom Ruhrgebiet nach Basel werden zwischen Dortmund und Basel elektrisch betriebene Züge eingesetzt.

Der Fernverkehrszug „Merkur“ von Hamburg nach Frankfurt wird in beiden Rich-

tungen um 33 bis 36 Minuten beschleunigt. Statt bisher über Wiesbaden-Süd läuft er über Wiesbaden-Hauptbahnhof. Auch der „Saphir“ von Frankfurt über Köln, Brüssel nach Ostende verkehrt über Wiesbaden-Hauptbahnhof, so daß die hessische Landeshauptstadt Anschluß an das Transeuropanetz erhält. Der „Gambrinus“, der früher in Kiel eingesetzt wurde, verkehrt jetzt nur noch zwischen München und Hamburg.

Der „Ostende-Wien-Express“ wird im Sommerfahrplan 1959 linksrheinisch über Bonn—Mainz gefahren, um Vorteile der elektrischen Traktion auszunutzen. Dadurch kann dieser Zug in beiden Richtungen um eineinhalb Stunden bis zwei Stunden 20 Minuten beschleunigt werden. Der „Rheinpfeil“ zwischen Dortmund und München wird um 54 bis 57 Minuten beschleunigt. Auch der Jugoslawia-Express fährt zwischen Den Haag und München in beiden Richtungen um 43 bis 69 Minuten schneller. Nach Istanbul verkehrt er nur noch an drei Tagen in der Woche.

Der D-Zug zwischen Amsterdam und Wien, der über die rechte Rheinseite geführt wird, hält in Zukunft auch in Ridesheim. Damit wird diese von den Touristen besonders geschätzte Fremdenverkehrsstadt

Auch der Interzonenverkehr erfährt einige Verbesserungen. Der D-Zug Berlin—Frankfurt—Basel fährt künftig über Leipzig. Er wird auf der Fahrt zwischen Frankfurt und Basel um 18 Minuten beschleunigt und erreicht einen Anschlußzug nach Italien. Zwischen Leipzig, Erfurt, Bebra, Frankfurt sind in beiden Richtungen je ein Entlastungszug vorgesehen.

### Zweites Opfer der Wahnsinnstat

**Lünen.** Die grausige Tat des 56 Jahre alten Peter Ecker, der — wie wir gestern berichteten — eine junge Frau und ihren fünfjährigen Sohn mit Benzin übergossen und angezündet hat, forderte ihr zweites Todesopfer. Nach der Mutter erlag nun auch das Kind seinen Verletzungen.

### Soldat überfiel Taxifahrer

**Mainz.** Ein 18 Jahre alter desertierter amerikanischer Soldat hat in Mainz einen 45-jährigen Taxifahrer mit einer Bierflasche niedergeschlagen und zu berauben versucht. Eine Polizeistreife, die durch die Hilferufe des Chauffeurs aufmerksam geworden war, nahm zusammen mit einigen Straßenpassanten sofort die Verfolgung des flüchtenden Soldaten auf und stellte ihn kurze Zeit später.

## Vorerst noch kein Prozeß

... um Kaiserslauterer Tb-Fälle / Regierung nicht hinreichend informiert

**Kaiserslautern.** Das seuchenhafte Auftreten von Tuberkuloseerkrankungen in einer an Ostern aus einer Volksschule in Kaiserslautern entlassenen Mädchenklasse ist in Neustadt an der Weinstraße in einer Besprechung zwischen Vertretern der rheinland-pfälzischen Landesregierung, dem pfälzischen Regierungs-Vizepräsidenten Dr. Collofong und dem von der „Notgemeinschaft der betroffenen Eltern“ mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragten Rechtsanwalt Oskar Munzinger (Kaiserslautern) erörtert worden. Wie Munzinger nach seiner Rückkehr in Kaiserslautern erklärte, habe die Aussprache gezeigt, daß Landes- und Bezirksregierung über den genauen Sachverhalt und die Behandlung des

bedauerlichen Falles durch das Staatliche Gesundheitsamt Kaiserslautern offenbar noch nicht hinreichend informiert seien. Er habe sich daher bereit erklärt, der Regierung seine Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Regierung wolle ihrerseits neue Erhebungen anstellen, um die Zusammenhänge völlig zu klären. Wenn dies geschehen sei, solle eine neue Besprechung stattfinden. Auf Grund dieses Uebereinkommens, sagte Rechtsanwalt Munzinger, werde er zunächst keinen Musterprozeß beim Landgericht Kaiserslautern anstrengen, der vorgesehen ist, wenn Schadensersatzansprüche der Eltern vom Staat nicht anerkannt werden sollten.

Von Ende 1957 bis Januar 1959 waren — wie wir berichteten — in der Mädchenklasse der Goetheschule in Kaiserslautern zwei Fälle von offener Tuberkulose und 16 andere Fälle von Tuberkuloseerkrankungen festgestellt worden, die jedoch nicht tuberkelaktiv sind. Eines der erkrankten Mädchen war am 4. Januar an einer tuberkulösen Hirnhautentzündung gestorben. Zehn der Mädchen sind zur Zeit noch in Sanatorien.

### „Eigengebrauch“

Lücken im Opiumgesetz auf

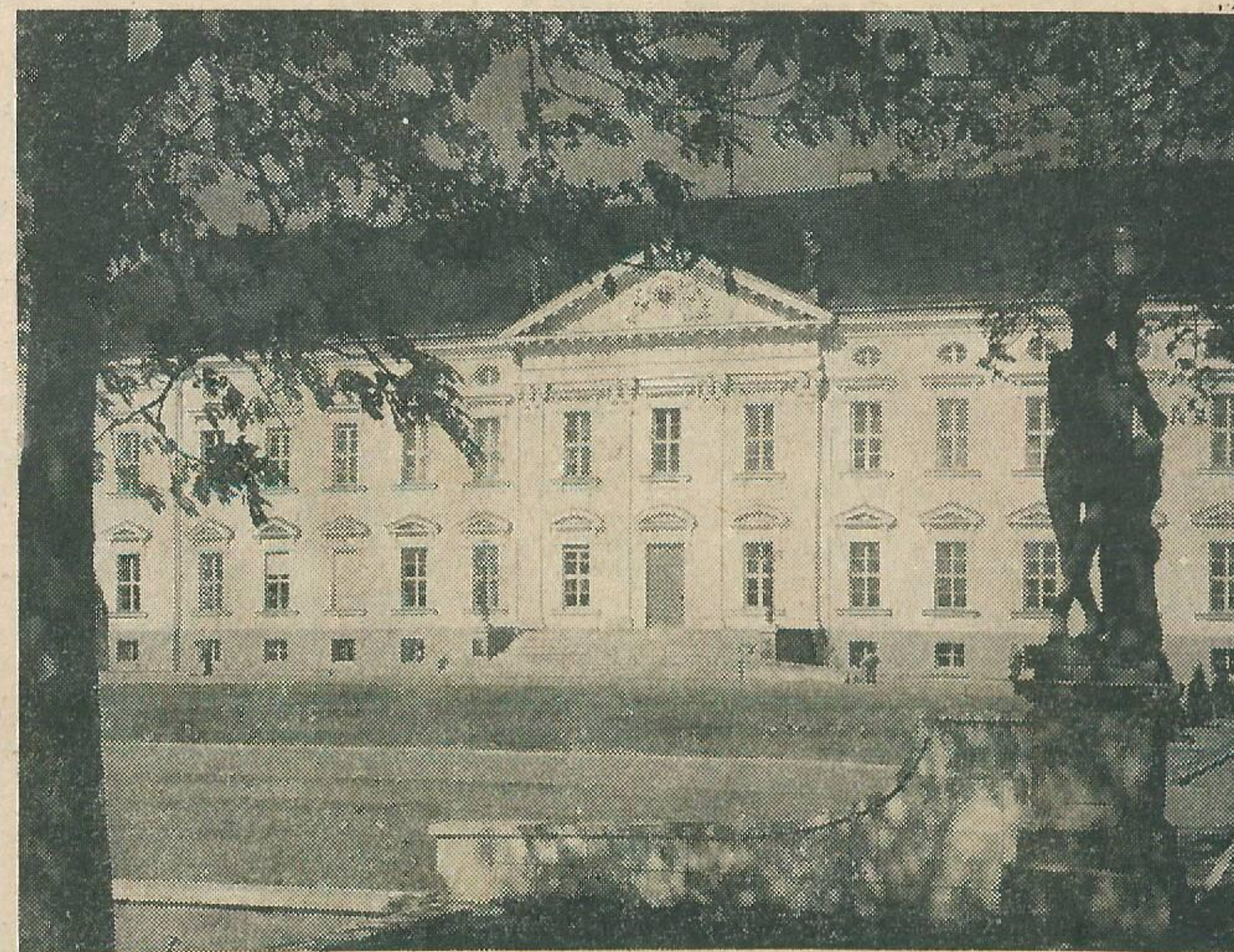
toriums herumsprach und andere „Interessanten“ ebenfalls Kokain bei dem Studenten bestellen wollten, ging dieser zur Polizei, ohne ein Gramm Kokain hergestellt zu haben.

## Protest gegen die „Rote Hand“?

Parteien verlangen Intervention der Bundesregierung in Paris

**Bonn.** In Bonn ist man außerordentlich besorgt über den Untergrundkampf zwischen

Beunruhigung hin, von der große Teile der Union ergriffen worden seien.



Schloß Bellevue ist empfangsbereit

Die Renovierungsarbeiten an Schloß Bellevue, dem neuen Amtssitz des Bundespräsidenten in Berlin, sind beendet. Am 12. Mai wird Bundespräsident Professor Heuss seinen Einzug halten.

### Noch keine Spur

**Reutlingen.** Die Suche der Polizei nach der 14-jährigen Schülerin Irene Galert aus Metzingen ist bisher erfolglos geblieben. Bei einer Großfahndung der Landespolizei in den Wäldern um Metzingen konnte ebenfalls keine Spur der Vermissten gefunden werden. An der Suchaktion waren 40 Polizeibeamte beteiligt, die von zwei Revierförstern unterstützt wurden. Bei den Streifen durch den Wald wurden zwei Polizeibeamte von Rehböcken angefallen und leicht verletzt. Irene Galert hatte in den Morgenstunden des 5. April ihr Elternhaus zum Kirchgang verlassen. Seitdem fehlt — wie wir bereits berichteten — jede Spur von ihr. Die Polizei befürchtet, daß das Mädchen einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

### Konkursverfahren eröffnet

**Freiburg.** Ueber das Unternehmen des Freiburger Wäschereibesitzers Otto Wälde, der wegen Betrugsverdachts unter Hinterlassung einer angeblichen Schuld von 1,4 Millionen Mark von den Justizbehörden nach Ostern gesucht worden war, sich in der Zwischenzeit aber selbst der Polizei gestellt hat, ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden. Ob und in welchem Verhältnis sich der Konkurs realisieren läßt, kann gegenwärtig noch nicht übersehen werden. Die Staatsanwaltschaft Freiburg teilte mit, daß der Haftbefehl gegen Wälde bestehen bleibt. Das inzwischen eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den seit dem 10. April in Untersuchungshaft befindlichen Wäschereibesitzer dürfte voraussichtlich mehrere Monate in Anspruch nehmen.



Mannheimer Morgen

11.3.59

## „Bruder Müller“ sammelt Außenseiter

Mission eines Stuttgarter Kaufmanns: Mit Rat und Tat helfen

Stuttgart. In einer Holzbaracke in der Stuttgarter Altstadt ist dieser Tage ein Verein gegründet worden, der seinesgleichen nicht hat: notleidende, vom Schicksal geschlagene Menschen, entlassene Strafgefangene, Dirnen, Trunkenbolde, Landstreicher und Bettler haben sich zur „Werkschaft der Armen“ zusammengeschlossen. Initiator dieser Organisation der Habenichtse ist der ehemalige Stuttgarter Kaufmann Gottlieb Müller, ein hagerer spitzbärtiger Sonderling, der mit Hingabe einer Mission lebt, zu der er sich berufen fühlt.

Die „Werkschaft der Armen“ darf den Anspruch erheben, ein eingetragener Verein zu sein mit allem, was dazugehört. In der Satzung steht: „Die Werkschaft ist ein Kreis von Menschen, die sich durch diesen Zusammenschluß gegen die Unbill des täglichen Lebens und gegen kommende Schwierigkeiten aller Art schützen wollen.“ Die Mitglieder bezahlen monatlich zwei Mark Beitrag und „sind bestrebt, werktätige Menschen zu sein“. Wie bei jedem richtigen Verein gibt es Mitgliedskarten mit Beitrags-

marken. Wer den Ausweis vorzeigt, dem soll in Müllers Hilfsstationen der „Bruderschaft Salem“, die er in allen großen Städten der Bundesrepublik einrichten will, mit Rat und Tat bevorzugt geholfen werden.

Gottlieb Müller ist gewiß ein Mann mit schrulligen Ideen. Aber die Stuttgarter Behörden, die gemerkt haben, daß seine Taten Gutes wirken, lassen ihn gerne gewähren und unterstützen ihn. „Bruder Müller“, wie er von seinem abgerissenen Völkchen genannt wird, hat sich durch seine Aktivität in Stuttgart längst einen Namen gemacht. Vor eineinhalb Jahren rief er die „Bruderschaft Salem“ ins Leben. Innerhalb von 14 Tagen ließ er in der Altstadt zwischen Ruinenkellern und Bierkneipen eine Holzbaracke bauen und richtete dort ein Wohnheim für Frauen ohne festen Wohnsitz ein. Ein Wohnheim für herumstreunende Männer folgte kurz darauf. Müllers Bruderschaft verfügt heute über 100 Betten und betreut außerdem täglich etwa 100 Menschen.

Im Westberliner Stadtteil Moabit hat Müller vor einem halben Jahr eine Zweigstelle der Bruderschaft eingerichtet, die in ähnlicher Weise arbeitet. Seine Mitarbeiter sind für 5 DM Taschengeld pro Woche bei freier Kost und Logis tätig. Sie waren selbst Gestrauchte, die durch seine Hilfe wieder Boden unter die Füße bekamen. Etwa 2500 Freunde, meist arme Leute, in der Mehrzahl Krankenschwestern, unterstützen ihn mit Geldspenden. Auch die Stadt gewährt ein Scherflein. Mit der Polizei steht er auf bestem Fuße.

Für die Zukunft hat Gottlieb Müller imposante Pläne. Mit unerschütterlichem Optimismus hofft er, einen Teil der von ihm betreuten Menschen wieder auf die rechte Bahn bringen zu können. Er hat auch bereits Äcker erworben, auf denen er Siedlungen mit Gärtnereien und Handwerkbetrieben für die Hilfsbedürftigen erstehen sieht. Die „Werkschaft der Armen“ — so schwebt ihm vor — soll schließlich eine große Organisation von „politisch-religiösem Gewicht“ werden, mit deren Hilfe er für Gewaltlosigkeit und tätige Nächstenliebe wirken will.

## denfest rächte sich

einem Jahr Gefängnis verurteilt

und das brennende Wrack mehrere Meter weit vor sich hergeschoben

### Ehepaar in seinem Haus verbrannt

Friedrichshafen. Völlig verkohlt aufgefunden wurden die Leichen des Ehepaars [Name] und Frieda Würzbach in seinem Haus, [Name] innerhalb der Gemeinde Klufternefriz (Kreis Ueberlingen) liegt und zur Gemarkung Friedrichshafen gehört. Der Hergang ist noch ungeklärt. Er wird zur Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft untersucht. Es wird vermutet, daß bei dem das Ehepaar [Name] Explosion hervorgerufen hat, die die Fenster [Name] zerstört wurden. [Name] Ingenieur, [Name] Alter.







Auswanderung

- a) Zeitpunkt:
- b) Auswanderungsland:
- c) Heutige Anschrift:

Deportation

- a) Zeitpunkt:
- b) Weiteres Schicksal:
- c) Rückkehr 1945:

Ununterbrochener Wohnsitz in der Gemeinde bis 1945:

Heutige Anschrift:

Teilnehmer des Ersten Weltkriegs (gegebenenfalls Auszeichnungen, Verwundungen usw.):

Mitglied von Vereinen (Sport-, Gesangsvereine usw.):

Mitglied einer politischen Partei:

Teilnahme am öffentlichen Leben; Bekleidung von bürgerlichen Ehrenämtern (Gemeinderat usw.):

Bestrafungen nach 1933 (Polizeistrafen) auf Grund der nationalsozialistischen Judengesetzgebung:

Verhaftung bzw. Zwangseinweisung in ein Konzentrationslager 1933 - 38:



## Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale

Gemeinde/Kreis:

Angaben über die einzelnen Gemeindeangehörigen und Staatsbürger  
jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung

Ortsanwesend: 30. 1. 1933

Familienname:

Vornamen:

Geburtstag:

Geburtsort:

Beruf:

Religionszugehörigkeit (Glaubensjude, Angehöriger eines christlichen Bekenntnisses):

Konversion zum Christentum (Zeitpunkt, neue Religionszugehörigkeit):

Staatsangehörigkeit:

Eheschließung:

a) Tag:

b) Ort:

c) Name des Ehegatten:

d) Religionszugehörigkeit des Ehegatten (Glaubensjude, Angehöriger eines christl. Bekenntnisses mit jüd. bzw. nichtjüd. Abstammung):

e) Namen und Geburtsjahre der Kinder:

Ehe

a) Ehe zwischen Glaubensjuden:

b) Sog. Mischehe zwischen einem Glaubensjuden und einem Christen jüdischer Abstammung:

c) Sog. Mischehe zwischen einem Glaubensjuden und einem Christen nichtjüdischer Abstammung:

d) Scheidung der Mischehe nach 1933 aus politischen Gründen (Rassegesetze):

Sterbedatum (falls in der Gemeinde verstorben):

Todesursache:

Abwanderung bzw. Umzug in eine andere Gemeinde:

a) Zeitpunkt:

b) Neue Wohngemeinde:

c) Freiwilliger Umzug in die neue Gemeinde:

d) Zwangseinweisung in die neue Gemeinde im Zuge der von den nationalsozialistischen Dienststellen verfügten Wohnungszusammenlegung von Juden: